

Internetfreiheit in Russland nach den Wahlen 2011–2012: Änderungen und neue Herausforderungen aus der Sicht von Medienexpert_innen und Journalist_innen

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades
Doctor Philosophiae (Dr. Phil.)
am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
(Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft)
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Irina Kharuk

Berlin 2020

Erstgutachterin: Prof. Dr. Margreth Lünenborg

Zweitgutachterin: Prof. Dr. Carola Richter

Tag der Disputation: 31.08.2020

Freie Universität Berlin

Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei zahlreichen Personen und Institutionen bedanken, ohne deren Mithilfe und Unterstützung die Anfertigung dieser Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

Mein besonderer Dank gilt zunächst für meine Doktormutter Frau Prof. Dr. Margreth Lünenborg für die hervorragende Betreuung, die hilfreichen Feedbacks und die vielen produktiven Diskussionen, die mich immer weiter gebracht haben. Vielen Dank für die Möglichkeit, diese Studie durchzuführen!

Ich danke Frau Prof. Dr. Carola Richter für die hilfsbereite Betreuung und ihre konstruktiven Anregungen als Zweitgutachterin.

Außerdem richte ich meine Dankbarkeit an alle meine Interviewpartner_innen für ihr Interesse an diesem Forschungsprojekt und ihre Offenheit während der Interviews. Ich danke meinen Kolleg_innen und Co-Doktorand_innen, die mich im gemeinsamen Colloquium regelmäßig unterstützt und mit neuen Ideen inspiriert haben. Mein Dank geht zudem auch an die Konrad-Adenauer-Stiftung, ohne die mein Studium und Aufenthalt in Deutschland nicht möglich gewesen wären.

Mein besonderer Dank gilt Johanna Trautmann: für ihre Geduld, ihre konstruktiven Anregungen, ihre mehrfache Durchsicht dieser Arbeit, vor allem aber ihre moralische Unterstützung. Ich danke Ilona Dolzhanskaya und Yulia Underwood, die mich trotz der großen räumlichen Entfernung stets in meinem Vorhaben bestärkt haben. Außerdem möchte ich mich bei meiner Co-Doktorandin Marina Zhir-Lebed für einen produktiven und bereichernden Austausch bedanken.

Nicht zuletzt richte ich meinen großen Dank an meine Freunde und Eltern, die mich jahrelang unterstützt haben und auch in schwierigen Zeiten für mich da waren.

Kurzfassung

Diese Dissertation untersucht die aktuellen medialen Entwicklungen in Russland nach der politischen Mobilisierung durch das Internet 2011–2013 und gleichzeitigen Verschärfung seiner gesetzlichen Regulierung 2012–2016. Mit der aktiven Verbreitung von Informationen über Wahlfälschungen 2011–2012 gewann das Internet als Informationsquelle sprunghaft an Bedeutung, was nicht nur von Nutzer_innen, sondern auch vom Gesetzgeber schnell erkannt wurde. Seit 2012 wurden in Russland Dutzende neue Gesetze verabschiedet, die die Arbeit der Onlinejournalist_innen und Blogger_innen wesentlich beeinflussten und zur Entstehung von neuen Einschränkungsmechanismen im russischen Internet führten. Am 1. November 2012 trat die so genannte „Schwarze Liste von Internetseiten“ in Kraft, wodurch in der Geschichte des russischen Internets zum ersten Mal direkte Sperrungen von Webseiten ermöglicht wurden.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird die Rolle dieser neuen medialen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Realisierung der Internetfreiheit in Russland aus der Sicht von Medienexpert_innen und Journalist_innen analysiert. Zum einen werden in der Dissertation auf Basis von Dokumenten- und Literaturanalyse die wichtigsten Transformationen im russischen Mediensystem mit der landesweiten Verbreitung des Internets sowie die neuen gesetzlichen Änderungen seit 2012 aufgeführt. Dazu werden unterschiedliche öffentlich zugängliche Quellen wie Berichte von internationalen Organisationen, Medienverbänden, Stiftungen und NGOs sowie aktuelle Medienmeldungen verwendet, darunter auch Quellen in russischer Sprache. Nach einer ausführlichen Darstellung der neuen gesetzlichen Normen in Bezug auf die Internetregulierung 2012-2016 werden auch ihre Auswirkungen nach Einschätzung von Medienexpert_innen präsentiert und mit Fallbeispielen wie Sperrungen im Internet oder Verfolgungen von einzelnen Journalist_innen illustriert.

Zum anderen werden qualitative Interviews mit Onlinejournalist_innen und Blogger_innen aus Russland durchgeführt, die über allgemeine gesellschaftspolitische Themen inklusive netzpolitische Entwicklungen berichten und gleichzeitig selbst unter dem Druck der neuen gesetzlichen Änderungen stehen. Dazu werden in die Untersuchung Onlinejournalist_innen aus nicht-staatlichen liberal-orientierten und oppositionellen Medien einbezogen, deren Rolle im russischen Mediensystem in anderen wissenschaftlichen Studien noch wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Es wurden die wichtigsten Änderungen und

Anpassungsstrategien in der Arbeit von Onlinejournalist_innen und Blogger_innen wie z.B. inhaltliche oder sprachliche Anpassungen aufgegriffen, die seit 2012 entstanden und als direkte Folgen der neuen gesetzlichen Regulierung zu verstehen sind. Am Ende der Arbeit werden die Einschätzungen der Medienorganisationen mit den Ergebnissen der Interviews verglichen. Somit wird in der Arbeit aufgezeigt, welche Methoden der Internetkontrolle in Russland seit 2012 verwendet werden und dass ihre Realisierung jedoch sehr stark von solchen Rahmenbedingungen wie z.B. technischen Möglichkeiten oder wirtschaftlichen Entwicklungen abhängig ist. Da die Forschungsfrage sich auf die jüngsten Entwicklungen 2012—2016 bezieht, leistet das Dissertationsprojekt einen Beitrag zum Verständnis der gegenwärtigen medialen Änderungen in Russland und legt gleichzeitig bei ihrer Untersuchung einen starken Fokus auf den historisch-kulturellen Kontext.

Abstract

This dissertation examines the current media developments in Russia after the political mobilization through the Internet 2011–2013 and the simultaneous increase of its legal regulations 2012–2016. Following the active spread of information about election fraud in 2011–2012, the growing importance of the Internet as a source of information has been realized not only by users but also by legislators. Since 2012, dozens of new laws have been passed in Russia, which significantly influenced the work of online journalists and bloggers and led to the emergence of new restriction mechanisms on the Russian Internet. On November 1, 2012, the so-called "black list of websites" became effective, which enabled direct blocking of websites in Russia for the first time in the history of the Russian Internet.

This study analyses the role of the new media and legal frameworks for the realization of Internet freedom in Russia from the perspective of media experts and online journalists. On one hand, this dissertation shows the most important transformations in the Russian media system after a rapid rise of the Internet penetration, as well as the legal changes since 2012, based on the document and literature analysis. Various publicly available sources are used, such as reports from international organizations, media associations, foundations and NGOs, as well as current media reports, including sources in Russian. After a detailed description of the new legal norms regarding the Internet regulation 2012–2016, their effects are also presented according to the evaluation by media experts and illustrated with case studies such as online blockages or persecution of individual journalists.

On the other hand, qualitative interviews are conducted with online journalists and bloggers from Russia who report on general socio-political topics, including Internet regulation, and who are under pressure since the new legal changes themselves. For this purpose, the study includes online journalists from nongovernmental liberal-oriented and oppositional media, whose role in the Russian media system has received little attention in academic studies. The most important changes and adaptation strategies in the work of online journalists and bloggers are addressed, such as content or language adjustments, which have been used since 2012 and can be understood as direct consequences of the new legal regulation. At the end of this research, the media organizations' assessments are compared with the results of the interviews. Thus, this dissertation shows which methods of Internet control have been used in Russia since 2012 and that their realization, however, depends on general conditions such as

technical possibilities or economic development. Since the research question refers to the latest developments 2012-2016, this dissertation contributes to the understanding of the current media changes in Russia and at the same time puts a strong focus on social-cultural context in its exploration.

„Wir werden nie die Balance zwischen Freiheit und Regulierung suchen,
die Wahl wird immer zugunsten der Freiheit ausfallen.“

Wladimir Putin beim Treffen
mit den russischen Internetexpert_innen, Dezember 1999

„Ich bin mir absolut sicher, dass die Ära der Rückkehr von der repräsentativen Demokratie
zur direkten Demokratie durch das Internet kommt.“

Dmitri Medwedew beim Treffen
mit dem Parteivorsitz „Einiges Russland“, Mai 2010

Inhaltsverzeichnis

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis.....	12
1. Einleitung	13
1.1 Einführung in das Thema	13
1.2 Fragestellung, Eingrenzung und Aktualität des Themas	15
1.3 Vorgehensweise und Aufbau der Arbeit	21
2. Das Internet und seine Regulierung: theoretische Grundlagen.....	25
2.1 Die Dimensionen der Internetfreiheit: Begrifflichkeit und theoretische Abgrenzung ...	26
2.2 Von Demokratisierung zu mehr Kontrolle? Die Debatte über Potenziale des Internets	28
2.3 Die Kontrolle des Internets in nicht-demokratischen Regimen.....	33
2.3.1 Merkmale von nicht-demokratischen Regimen	33
2.3.2 Methoden, Motive und Grenzen der Internetkontrolle	35
3. Land der gelenkten Medien. Mediensystem und Medienfreiheit in Russland	44
3.1 Berichterstattung und Transformationen der klassischen Medien	44
3.2 Journalistische Kultur und Besonderheiten des journalistischen Berufs	50
4. Die Entwicklung des Internets als alternativer Kommunikationsraum	55
4.1 Die Geschichte des russischen Internets und das Konzept des <i>RUNET</i>	55
4.2 Internetverbreitung und Internetnutzung	57
4.3 Die Entwicklung der sozialen Netzwerke	66
4.4 Onlinemedien und Blogosphäre	70
5. Das Internet in Russland im veränderten politischen Kontext	76
5.1 Die Rolle des Internets bei der politischen Mobilisierung 2011–2013	76
5.2 Staatliche Angebote im Internet	81
5.3 Das Internet als staatlich konstruierte Gefahr nach der Protestbewegung	85
5.4 Internetregulierung und Internetzensur in der öffentlichen Meinung	90
6. Die Verstärkung der gesetzlichen Regulierung des Internets von 2012–2016.....	95
6.1 Grundlegende gesetzliche Normen und Kontrollmechanismen	96
6.2 Gesetzliche Änderungen 2012–2016.....	102
6.3 Zur Wahrnehmung und Umsetzung der neuen Gesetze	109
6.3.1 Kritik von Internetexpert_innen und internationalen Organisationen	109

6.3.2 Einschränkungen im Internet: Fallbeispiele.....	115
7. Methodisches Vorgehen und Materialgrundlage	122
7.1 Zur Methodik der Untersuchung	122
7.1.1 Begründung der qualitativen Vorgehensweise	122
7.1.2 Qualitative Experteninterviews.....	124
7.2 Auswahl der Befragten	125
7.3 Bildung der Leitfadenfragen und theoretische Erwartungen vor den Interviews.....	129
7.4 Ablauf und Transkription	132
7.5 Darstellung des Materials	134
7.5.1 Entstehungssituation und Anonymisierung	134
7.5.2 Profile der Expert_innen	136
7.6 Auswertungsverfahren	146
7.6.1 Methodische Merkmale der qualitativen Inhaltsanalyse.....	146
7.6.2 Ablauf der Auswertung	148
7.7 Gütekriterien der Forschung	150
8. Darstellung und Interpretation der Ergebnisse	153
8.1 Gesetzliche Änderungen und journalistische Arbeit	154
8.1.1 Wahrnehmung und Folgen der neuen Regulierung	154
8.1.2 Anpassungsstrategien und neue Praktiken im russischen Internet	161
8.1.3 Die Rolle der Makrofaktoren und des soziopolitischen Kontextes	166
8.2 Wandel der staatlichen und öffentlichen Diskussion	170
8.3 Grenzen und Prognosen der Internetkontrolle	178
9. Fazit und Ausblick	184
9.1 Russisches Internet zwischen Freiheit und Kontrolle: Zentrale Ergebnisse.....	184
9.2 Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion	190
9.3 Ausblick, Limitierungen und Anregungen zu weiteren Studien	193
10. Literaturverzeichnis	198
11. Anhang	228
Anhang 1. Interviewleitfaden	228
Anhang 2. Transkriptionsregeln	231
Anhang 3. Bildung des Kategoriensystems	232
Anhang 4. Beispiel der Interviewauswertung.....	235

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1. Methoden der Internetkontrolle in den GUS-Ländern	39
Tabelle 2. Wie oft nutzen Sie Internet? (in % von allen Befragten)	58
Tabelle 3. Welche sozialen Netzwerke haben Sie in den letzten 2—3 Monaten benutzt? (in % von den jeweiligen Altersgruppen der Internetnutzer_innen)	68
Tabelle 4. Die Zugänglichkeit zu internationalen Netzwerken in Russland	68
Tabelle 5. Einstellung zu Gefahren im Internet	93
Tabelle 6. Gesetzliche Änderungen und ihre Wirkungen (ausgewählte Beispiele)	110
Tabelle 7. Statistik der Einschränkungen der Internetfreiheit (Stand 2016)	116
Tabelle 8. Ranking der meistzitierten Internetressourcen in Russland im Jahr 2015	128
Tabelle 9. Übersicht der durchgeführten Interviews	137
Abbildung 1. Dynamik der Internetverbreitung, % von gesamter Bevölkerung	59
Abbildung 2. Änderung der Verhältnisse zwischen den Internetnutzer_innen und der gesamten Bevölkerung	59
Abbildung 3. Top-20 Internetseiten nach Mediascope 2016, Nutzer_innen in Tausend	61
Abbildung 4. Registrierung der Onlinemedien in Russland	70
Abbildung 5. Internetnutzung und Einstellung zur Zensur	92
Abbildung 6. Ablauf der Auswertung	149
Abbildung 7. Realisierung der Internetfreiheit in Russland, eigene Darstellung	169

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa, zirka
DDoS	Distributed Denial of Service
DNS	Domain Name System
DPI	Deep Packet Inspection
ebd.	ebenda
etc.	et cetera
FOM	Fond obščestvennoe mnenie (Stiftung für Öffentliche Meinung)
FSB	Federalnaja sluschba besopasnosti Rossijskoi Ferderazii (Föderaler Dienst für die Sicherheit der Russischen Föderation)
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
IP	Internet Protocol
GfK	„Growth from Knowledge“, Forschungsinstitut
NGO	Nichtregierungsorganisation/Nonprofit-Organisation
Nr.	Nummer
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
o.J.	ohne Jahresangabe
ONI	OpenNetInitiative
o.V.	ohne Verfasser_in
RAEK	Rossijskaja asociacija èlektronnoj komunikacii (Russische Assoziation für elektronische Kommunikation)
ROG	Reporter ohne Grenzen
RF	Russische Föderation
SEO	Search Engine Optimization
Übers.	Eigene Übersetzung
UN	United Nations
URL	Uniform Resource Locator
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
WCIOM	Vserossijskij centr izučenija obščestvennogo mnenija (Allrussischen Zentrum der Forschung der öffentlichen Meinung)
WGTRK	Vserossijskaja gosudarstvennaja televizionnaja i radioveščatel'naja kompanija (Allrussische staatliche Fernseh- und Radiogesellschaft)
zit. n.	zitiert nach
z. B.	zum Beispiel

1. Einleitung

1.1 Einführung in das Thema

Mit der weltweiten Entwicklung des Internets wird zunehmend über die neuen Chancen für Kommunikationsfreiheiten und politische Beteiligung der Bürger_innen diskutiert.¹ Da das Internet spontane Aktivitäten und schnellen Informationsaustausch erlaubt, werden die Internetnutzer_innen zu aktiven Produzenten_innen von Informationen. Sie können Inhalte im Netz selbst posten, weiterleiten und kommentieren. Im Gegensatz zu den klassischen Medien mit der „one-to-many-Kommunikation“, ermöglicht das Internet somit eine Art der horizontalen „many-to-many-Kommunikation“, wo Nachrichten und Beiträge vernetzt aufgebaut sind (vgl. Grunwald et al. 2006, S. 35).

Diese neuen Wege für die Informationsverbreitung sowie die neuen Merkmale des Nutzerverhaltens verändern ohne Zweifel die professionelle journalistische Tätigkeit und die Arbeit der Medien. Es sind kaum mehr Redaktionen ohne Onlineabteilungen zu finden und es gibt mehrere neue, „hybride“ Formate, bei denen professionelle journalistische Beiträge mit den Posts aus Blogs kombiniert oder in denen Blogger_innen zitiert werden. Gleichzeitig ist mit der Entwicklung der Blogosphäre ein enormes Wachstum eines Bürgerjournalismus zu beobachten, der neue Möglichkeiten für Investigationen und die Verbreitung regierungskritischer Informationen eröffnet:

„Nie zuvor war es für den Einzelnen so leicht, am Onlinediskurs teilzuhaben: Nutzerfreundliche Technologien ermöglichen jedem das Erstellen von Inhalten und so einen freien Meinungs austausch, der sich in den vielfältigen Anwendungen des Web 2.0 wie Blogs, Wikis oder sozialen Onlinenetzen ausdrückt.“ (Appenzeller et al. 2012, S. 261)

Besonders in Ländern mit beschränkter Medienfreiheit und staatlich kontrollierten klassischen Medien ist die Rolle des Internets für die Verbreitung von alternativen Informationen nicht zu unterschätzen (vgl. Schröder 2012, S. 7). Mit dem schnellen Zugang zu Informationen in Echtzeit sowie Austauschmöglichkeiten mit Gleichgesinnten und unterschiedlichsten Gruppen trägt das Internet dort dazu bei, dass es „nicht nur den Menschen innerhalb restriktiver Mediensysteme, sondern auch interessierten Aktivisten, Journalisten und Bürgern außerhalb des Landes die Gelegenheit gibt, sich über Vorgänge aus erster Hand zu informieren.“ (Schmidt 2006, S. 130)

¹ Für die Angabe männlicher und weiblicher Formen gibt es in wissenschaftlichen Texten unterschiedliche

In Russland, wo alle großen Medien unter staatlicher Kontrolle sind, begann mit der Ausbreitung des Internets eine neue Ära des Mediensystems und der politischen Bürgerbeteiligung. Die Nutzung der sozialen Netzwerke und Onlinemedien wurde für die Mehrheit der Bevölkerung, aber auch für Politiker_innen, Journalist_innen und Vertreter_innen verschiedener politischer Institutionen Teil ihres Alltages und ihrer beruflichen Tätigkeit. Während am Anfang der 2000er Jahre die Internetnutzung in Russland im Vergleich zu den westlichen Ländern noch relativ gering war, betrug die Zahl der Internetnutzer_innen Ende 2016 etwa 70% der Bevölkerung (nach monatlicher Reichweite, vgl. FOM 2017a).

Nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011–2012 und der Veröffentlichung zahlreicher Hinweise auf Wahlfälschungen in den sozialen Netzwerken und Blogs erhielt das Internet als Informationsquelle in Russland besonders viel Aufmerksamkeit. Gerade diese Veröffentlichungen standen in einem großen Widerspruch zu der Berichterstattung in den staatlichen Medien und führten in der Folge unter breiten Bevölkerungsgruppen zu einer vermehrten Kritik an der Korruption der Regierung. Direkt nach den Wahlen und im ersten Halbjahr 2012 wurden landesweit mehrere große Kundgebungen organisiert, was ohne die schnelle Verbreitung von Informationen im Internet kaum möglich gewesen wäre:

„2012 is full of examples affirming the Internet’s role, in Russia, as an interpersonal, communication medium, above and beyond its ‚liberating‘ power as an information medium. These include the resilience of online networks in face of DDoS attacks, the crowd-sourcing of volunteer and aid efforts, the online production and distribution of grassroots symbols and publicity materials, the flood of documentation and self communication related to protests and election violations on social media and YouTube [...]“ (Alexanyan 2013, S. 239–240)

Solche Prozesse verdeutlichen das Potenzial des Internets für die Verbreitung kritischer Informationen und konnten in Russland mit seinen traditionell staatlich kontrollierten Medien nicht ohne Aufmerksamkeit der Regierung bleiben. Seit 2012 wurden mehrere gesetzliche Änderungen vorgenommen, die die Medien- und Internetregulierung in Russland verschärften. Allein in den darauf folgenden Jahren 2012 und 2013 wurden in der Staatsduma entsprechend 31 und 38 Gesetzentwürfe vorgeschlagen, die in Berichten von NGOs und Internetverbänden als reaktionär bezeichnet wurden (vgl. Roskomsvoboda o.J.). Am 1. November 2012 trat in Russland das sogenannte Gesetz über die „Schwarze Liste von Internetseiten“ in Kraft,² das angeblich dem Schutz von Jugendlichen vor Pornografie und

² Diese Bezeichnung wird auch in den Medienmeldungen und Berichten von internationalen Organisationen und NGOs für das Föderale Gesetz Nr. 139-FZ vom 28.07.2012 „Über die Änderung des Föderalen Gesetzes ‚Über den Schutz von Kindern vor Informationen, die schädlich für ihre Gesundheit und Entwicklung sind‘“ genutzt, siehe z. B. ROG 2019a.

gefährlichen Informationen dienen soll, praktisch aber für die Sperrung politisch unerwünschter Inhalte eingesetzt wird (vgl. ebd.).

Unter den Vertreter_innen der Internetunternehmen, Medienexpert_innen sowie Journalist_innen löste dies starke Kritik aus, die jedoch innerhalb der russischen Bevölkerung keine große Aufmerksamkeit erhielt. Als Hauptmotive der gesetzlichen Regulierung dienten vor allem sensible Themen wie Kinderschutz und der Kampf gegen extremistische Inhalte, wodurch die Diskussion über die „gefährliche Seite“ des Internets in Russland kontinuierlich verstärkt wurde. Diese negative Wahrnehmung des Internets als Informationsquelle führte wiederum dazu, dass neue gesetzliche Einschränkungen weiterhin erlassen werden konnten bzw. dass ihr restriktiver Charakter breiten Gruppen der Gesellschaft verborgen blieb.

Unter diesen neuen Rahmenbedingungen lässt sich fragen, ob das Internet in Russland weiterhin als freiheitlicher Kommunikationsraum betrachtet werden kann. Welche Prozesse finden durch die rasche Internetverbreitung und gleichzeitige Verschärfung der Internetregulierung in den russischen Medien und in der journalistischen Arbeit statt? Welche neuen Methoden werden seit 2012 für die Einschränkungen im Internet genutzt und wie können sie umgegangen werden? Wie verändert sich gleichzeitig die öffentliche Diskussion über das Internet als Informationsquelle und welche Rolle spielt es für die Möglichkeit der weiteren Internetkontrolle? Auf diese Aspekte soll im Rahmen dieses Dissertationsprojektes eingegangen werden.

1.2 Fragestellung, Eingrenzung und Aktualität des Themas

Die oben beschriebene wachsende Rolle des Internets für die politische Mobilisierung sowie die vorgenommenen gesetzlichen Änderungen in Russland dienen als Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit. Nach der Protestwelle 2011–2013 wurden mehrere Studien angefangen, die die neuen Transformationsprozesse in den russischen Medien mit der Realisierung des Potenzials des Internets analysieren. Sie fokussieren sich dabei auf so thematische Schwerpunkte wie die politische Mobilisierung durch das Internet (vgl. Nikiporez-Takigava 2012, Gorham 2014), die Rolle der sozialen Netzwerke für die politische Kommunikation (vgl. Bode/Makarychev 2013, Mischnikov 2012, Gladarev/Lonkila 2012), die Politisierung der russischen Blogosphäre (vgl. Bodrunova/Litvinenko 2012 und 2013, Bodrunova 2013, Koltsova/Shcherbak 2014), die Transformationen des journalistischen Berufs durch die Neuen

Medien (vgl. Pasti 2012) sowie die Bestimmung konkreter Begriffe in diesem für Russland relativ neuen Forschungsfeld (vgl. Devjatkov/Makarychev 2012). In mehreren Studien von Toepfl (2011, 2013 und 2014) wird die Rolle der Neuen Medien, z. B. der liberal-oppositionellen Blogs, im nicht-demokratischen Regime Russlands analysiert. Fragen der Internetregulierung werden in Studien von Alexanyan (2013), Tkacheva/Schwarz (2013) sowie Ognyanova (2014) thematisiert. Asmolov (2015) betrachtet die Rolle der öffentlichen Meinung bei der Realisierung der Internetregulierung. Darüber hinaus gibt es einzelne rechtswissenschaftliche Studien, welche die spezifischen Probleme der rechtlichen Regulierung des Internets in Russland genauer untersuchen (siehe z. B. Richter 2013). Die Rolle der gesetzlichen Änderungen seit 2012 im Hinblick auf die Realisierung der Internetfreiheit ist aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive allerdings kaum erforscht.

Im deutschsprachigen Raum gibt es mehrere Veröffentlichungen, die sich mit dem politischen System und der Rolle der Medien in Russland bis Mitte/Ende der 2000er Jahre ausführlich auseinandersetzen (vgl. u. a. Amelina 2006, Mommsen 2007, Gladkov 2002, Trautmann 2002). Der Hauptakzent dieser Studien liegt auf dem staatlichen Monopol in den Medienstrukturen Russlands und den Angriffen auf Journalist_innen. Dabei werden zwei Phasen der Transformationsprozesse unterschieden: die frühen 1990er Jahre mit der Liberalisierung und Privatisierung der größten Medien und die ab Mitte der 2000er Jahre einsetzende neue Welle der Machtverteilung und Konzentration der Medien auf kremlorientierte Medienkonzerne. Mehrere Untersuchungen beschäftigen sich allgemein mit dem Thema der Transformationsprozesse in den osteuropäischen Ländern inklusive Russland und betrachten dabei auch die Änderungen in Bezug auf die Medienlandschaft und Medienregulierung (siehe z. B. Thomaß/Tzankoff 2003, Hribal 2003, Engelke 2011). Die späteren Transformationen im russischen Mediensystem durch die Digitalisierung und Verbreitung von Neuen Medien werden in den Studien von Oates (2007), Vartanova (2009), Etling et al. (2010) untersucht. In den Studien von Gordienko (2003), Lenhard (2003), Brunmeier (2005), Golyenko (2010) sowie Konradova/Kaluzskij (2010)³ wird auf das

³ Für die Übertragung der russischen Namen wird hier und in der Literaturliste die Transliteration nach den Regeln der DIN 1460 verwendet. Im Gegensatz zur Transkription, bei der nur die Aussprache dargestellt wird, geht es bei der Transliteration um die Übertragung eines anderen Schriftsystems (vgl. Merkblatt zur linguistischen Notation o.J.). Eine Ausnahme wird bei den Namen (z. B. bei den Namen der russischen Politiker_innen, Journalist_innen oder Medien) sowie Titeln im Literatur- und Quellenverzeichnis gemacht, wenn ihre Anwendung in den deutschsprachigen Quellen in transkribierter Form bereits etabliert ist (z. B. Alexander Tkatschow statt translit. Aleksander Tkačev, Dmitri Medwedew statt Dmitrij Medvedev). Bei der Wiedergabe der russischsprachigen Quellen in der Literaturliste werden die russischen Regeln zur Punctuation

Verhältnis zwischen Politik und Internet in Russland eingegangen. Allerdings wurden diese Analysen in einer Zeit abgeschlossen, als das Internet in Russland noch keine landesweite Bedeutung hatte.

Im Gegensatz dazu bezieht sich die Fragestellung dieser Studie auf die gegenwärtigen Änderungen in den russischen Medien und der Internetregulierung seit 2012, die noch wenig erforscht sind. Eine diesbezügliche Schwierigkeit besteht darin, dass in Russland ein theoretischer und empirischer Rahmen für wissenschaftliche Forschungen in diesem Feld noch nicht entstanden ist, was viele Forscher_innen selbst betonen (vgl. Devjatkov/Makarychew 2012, S. 8). Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass sowohl der Prozess der Internetregulierung in Russland als auch die Lage der Internetfreiheit sehr stark von der aktuellen politischen Situation abhängen, was weitere theoretische Untersuchungen notwendig macht und die Relevanz der vorliegenden Arbeit verdeutlicht.

Gleichzeitig können die Auswirkungen und Effizienz der Medienregulierung in einem Land nur unter Berücksichtigung des historisch-kulturellen Kontextes betrachtet werden. „Medien können nicht allein der Untersuchungsgegenstand sein. Zusätzlich sind Begrifflichkeiten und politische Hintergründe des Wandels zu klären.“ (Hribal 2003, S. 55) In vielen Studien und Berichten wird die Realisierung der Kommunikationsfreiheit in Russland jedoch häufig aus westlicher Perspektive dargestellt. In der vorliegenden Arbeit wird dagegen der Versuch unternommen, die Auswirkungen der neuen Internetregulierung und die daraus entstehenden Anpassungsstrategien im russischen Internet unter Berücksichtigung des historisch-kulturellen Kontextes in Russland zu analysieren.

Ziel dieser Dissertation ist es, aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive zu betrachten, wie die nach den Wahlen 2011–2012 vorgenommenen Änderungen der gesetzlichen Medienregulierung und die neuen Verhältnisse zwischen den verschiedenen medialen und politischen Akteur_innen die Möglichkeiten für den unabhängigen Journalismus und den freien Meinungs Austausch im russischen Internet beeinflussen. Dementsprechend wird in dieser Studie folgende Forschungsfrage untersucht:

Wie verändert sich aus der Sicht von Medienexpert_innen und Journalist_innen die Realisierung der Internetfreiheit in Russland mit dem Wandel der gesetzlichen und medialen Rahmenbedingungen seit 2012?

und Schreibweise beibehalten. Zitate, die für diese Arbeit inhaltlich relevant sind, werden ins Deutsche übersetzt.

Im Zusammenhang mit dieser Forschungsfrage muss in der Arbeit auf folgende Detailfragen eingegangen werden:

- Welche Einschränkungen entstehen im russischen Internet mit der Verschärfung seiner gesetzlichen Regulierung seit 2012?
- Welche Rolle spielt die veränderte staatliche und öffentliche Diskussion für die Internetregulierung?
- Welche Anpassungen bzw. Verhaltensmuster ergeben sich unter Onlinejournalist_innen und Blogger_innen als Reaktion auf die neuen Rahmenbedingungen?

Auf Basis einer literaturbasierten Analyse werden im ersten Teil der Arbeit die medialen Entwicklungen in Russland mit der landesweiten Verbreitung des Internets sowie die neuen gesetzlichen Änderungen seit 2012 dargestellt. Gleichzeitig wird aufgezeigt, welche konkreten Folgen die neu etablierten Einschränkungen für die Realisierung der Medien- und Internetfreiheit in Russland haben und welche Kritik diesbezüglich von Seiten der Medien- und Internetexpert_innen formuliert wird. Um deren Perspektive und Einschätzungen darzustellen, werden in der vorliegenden Dissertation unterschiedliche, öffentlich zugängliche Quellen analysiert, aber auch andere wissenschaftliche Studien sowie aktuelle Medienmeldungen und Berichte von internationalen Organisationen, Medienverbänden, Stiftungen und NGOs hinzugezogen.

Als empirischer Teil der Forschung werden qualitative Experteninterviews mit Onlinejournalist_innen und Blogger_innen durchgeführt, die die Änderungen in den gesetzlichen Regulierungen unmittelbar in ihrer Arbeit erleben und deren Expertise und Insiderwissen zum Verständnis und zur Rekonstruktion der analysierten Prozesse beitragen. Die qualitativen Experteninterviews erlauben dabei, mehr Freiheit für die Gesprächspartner_innen zu gewährleisten, einzelne Aspekte zu vertiefen und konkrete Fallbeispiele zu besprechen. Die Wahl dieser Methode lässt sich dadurch erklären, dass bei dieser Forschungsarbeit keine Hypothese am Anfang steht (vgl. Flick 2009, S. 150), sondern die vorliegende Studie explorativen Charakter hat. Sie hat nicht als Ziel, eine konkrete Hypothese zu prüfen, sondern die gegenwärtigen Änderungen in der Realisierung der Internetfreiheit in Russland zu erkennen, zu beschreiben und zu analysieren.

Dazu ist anzumerken, dass für die Interviews ursprünglich mehrere Gruppen von Expert_innen, Medienanalytiker_innen, Forscher_innen und Medienjurist_innenvorgesehen waren. Da deren Perspektive sich aber gut aus den oben genannten Berichten der Medienorganisationen und anderer Literaturquellen nachvollziehen lässt, wurde die Auswahl der Interviewpartner_innen auf Onlinejournalist_innen und Blogger_innen beschränkt.⁴ Gleichzeitig wurde davon ausgegangen, dass vor allem die Arbeit der liberal und oppositionell orientierten Journalist_innen und Blogger_innen von den neuen gesetzlichen Regulierungen betroffen ist. Deswegen fokussiert sich die vorliegende Studie auf diese ausgewählte Gruppe und wirft somit einen relevanten wissenschaftlichen Blick auf staatlich unabhängige und oppositionelle Medien, deren Rolle noch wenig erforscht wurde.

Bereits am Anfang des Dissertationsprojektes haben sich gleichzeitig einige Limitation erwiesen, die an dieser Stelle zu verdeutlichen sind:

- *Die Neuigkeit des Forschungsfeldes:* Obwohl in den westlichen Ländern zahlreiche Studien sowohl zum Thema Internet und Politik als auch zur Internetregulierung veröffentlicht wurden, ist dieses Forschungsfeld in Bezug auf die Entwicklungen in Russland noch relativ neu (vgl. oben). In den russischsprachigen Quellen ist auch die Bestimmung und Verwendung von Begriffen wie „Neue Medien“, „Soziale Medien“ und „Internetmedien“ nicht einheitlich (vgl. Nikiporez-Takigava 2012, S. 13). Zudem gibt es in Russland keine langjährige akademische Tradition der Internet- und Medienforschung, was sich in Bezug auf die Quellensuche als eine der Herausforderungen dieser Arbeit herausstellte: „In Russia the most influential texts about new paradigm in journalism are published in online media and written by journalists themselves, while the academic reflection on this matter has not been elaborated yet.“ (Litvinenko 2013, S. 2)
- *Der zeitliche Rahmen:* Der Zeitraum der Forschung bezieht sich auf die Entwicklungen, die durch die kontinuierlich veränderten politischen Bedingungen sowie die neuen rechtlichen Regelungen stets beeinflusst werden. Da als Impuls und Ausgangspunkt dieser Dissertation die gesetzlichen Änderungen nach den Protesten 2011–2012 herangezogen wurden und die Experteninterviews im ersten Halbjahr 2016 durchgeführt wurden, werden hier vor allem die gesetzlichen Änderungen in der Legislaturperiode von 2011 bis 2016 berücksichtigt. Auf spätere Entwicklungen, die

⁴ Die genauere Auswahl der Befragten wird in Kap 7.2 dargestellt.

die Internetregulierung in Russland ebenfalls wesentlich beeinflussen und in weiteren Studien ausführlicher analysiert werden, wird im Ausblick dieser Arbeit eingegangen. Darüber hinaus ist auch die Entwicklung von neuen Technologien und Anbietern zu berücksichtigen, die nach 2016 für Russland charakteristisch war. So nahm z. B. bereits während der Durchführung dieser Studie die Diskussion über die Rolle von Messengern, Videoblogging oder Onlinediensten wie *Instagram* und *YouTube* für die Internetfreiheit und journalistische Arbeit stark zu. Dies stellt ohne Zweifel einen wichtigen Forschungsbereich dar, der aber aufgrund des ausgewählten zeitlichen Rahmens nicht direkt im Fokus dieser Dissertation liegt.

- *Ausschluss der regionalen und staatlichen Medien:* Die Entwicklung der Medien in Russland lässt sich durch starke regionale Unterschiede charakterisieren. Dies betrifft sowohl die Mediennutzung als auch die Arbeit in den Redaktionen. So berichten etwa regionale Tageszeitungen meistens über lokale Themen und Probleme. Sie haben meistens keine Möglichkeiten und auch nicht den Anspruch auf tiefer gehende Analysen oder investigative Recherchen, was vor allem mit ihrer schlechten Finanzierung und Krise der Werbemärkte zusammenhängt (vgl. Albrecht 2007, S. 62). Dadurch entsteht in den Regionen⁵ im Vergleich zu den überregionalen Medien eine größere Abhängigkeit der Redaktionen von regionalen Administrationen und Sponsoren (vgl. Trautmann 2002; Ballin 2006; Albrecht 2011). Da es in dieser Studie jedoch nicht um eine ausführliche Darstellung der regionalen Besonderheiten geht, werden diese hier auch nicht detaillierter untersucht.⁶ Das Gleiche gilt auch für die starke Segmentierung der russischen Medien nach ihrer jeweiligen politischen Ausrichtung. In dieser Arbeit werden keine Experteninterviews mit den Vertreter_innen staatlicher Medien durchgeführt, da die Besonderheiten dieser Medien in Russland bereits in anderen wissenschaftlichen Studien ausführlich dargestellt wurden⁷ und ihre Positionierung von der staatlichen Agenda determiniert wird.
- *Zugänglichkeit der Daten:* Bei der Analyse konkreter Fälle und Beispiele der Beschränkungen im russischen Netz war ein dauerhafter Zugang zu den Onlinedaten schwierig, weil diese im Laufe der Zeit wieder schnell aus dem Internet

⁵ Obwohl Russland eine Föderation ist, tendiert es zu einer starken Zentralisierung in Moskau. Unter Regionen sind hier nicht ländliche Gebiete, sondern alle Einheiten (auf russisch „Subjekte“) der Russischen Föderation außer Moskau gemeint. Sogar die Medien aus Sankt Petersburg gelten in Russland als regionale Medien.

⁶ Mehr zur Auswahl der Befragten siehe in Kap. 7.2.

⁷ Zur Selbstwahrnehmung und Einstellung zur Zensur der Journalist_innen aus den staatlichen Medien siehe z. B. Schimpfossil/Yablokov 2014.

verschwanden. Zu berücksichtigen ist auch, dass das gesamte Forschungsprojekt nicht unmittelbar in Russland stattfand. Das Gewinnen der zu befragenden Expert_innen war somit stark von dem konkreten zeitlichen Rahmen und Bedingungen der Feldforschung abhängig und daher beschränkt.

- *Abgrenzung zu anderen Schwerpunkten:* Die Realisierung der Internetfreiheit berührt auch andere Aspekte wie z. B. den generellen Aufbau der IT-Strukturen oder die Rolle des Internets für Geschäfts- und Handelsbeziehungen. Aus diesem Grund kann der hier dargestellte Themenbereich von unterschiedlichen Disziplinen untersucht werden. Da es hier um eine kommunikationswissenschaftliche Perspektive geht, wird hier auf solche Faktoren wie die Entwicklung der digitalen Wirtschaft und die technischen Besonderheiten der Netz-Infrastruktur nur dann ausführlicher eingegangen, wenn sie für das Verständnis der neuen gesetzlichen Regulierungen in Russland eine Rolle spielen.

1.3 Vorgehensweise und Aufbau der Arbeit

Das persönliche und wissenschaftliche Interesse am Schwerpunkt dieser Arbeit ist von mehreren Faktoren geprägt und hat eine bessere thematische Einarbeitung in das Thema ermöglicht. Die Autorin kommt selbst aus Russland und beschäftigte sich bereits im Rahmen ihrer Masterarbeit mit den Besonderheiten des russischen Mediensystems, was das problemlose Einbeziehen der relevanten russischsprachigen Literaturquellen und Expert_innen erlaubte. So wurde schon in der Masterarbeit auf Fragen wie die Platzierung Russlands in den internationalen Länderrankings von *Reporter ohne Grenzen* und *Freedom House*, die Merkmale der journalistischen Kultur und der klassischen Medien sowie die gesetzlichen Regulierungen des Internets eingegangen (vgl. Kharuk 2013). Diese stellen wichtige Grundlagen für das richtige Verständnis der Lage der Medien- und Internetfreiheit in Russland dar und werden auch hier noch einmal vertieft.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in neun große Kapitel. Nach der Einleitung und Beschreibung des Untersuchungsbereiches werden in Kapitel 2 die theoretischen Grundlagen formuliert, die für die Analyse der Realisierung der Internetfreiheit im russischen Kontext relevant sind. Da der Begriff „Internetfreiheit“ unterschiedlich definiert werden kann, werden im ersten Teil dieses Kapitels die Bedeutungsebenen und Dimensionen genauer erläutert, die

in dieser Arbeit angewendet werden. Im Weiteren wird die veränderte Diskussion über das demokratisierende Potenzial des Internets nachgezeichnet und erklärt, warum dessen Wachstum und Bedeutungszunahme in Ländern mit nicht-demokratischen Regimen nicht unbedingt zu mehr Kommunikationsfreiheit führen. Anschließend werden die grundlegenden Motive und Methoden der Internetkontrolle dargestellt, welche in nicht-demokratischen Regimen benutzt werden. Gleichzeitig wird die Rolle des politisch-kulturellen Kontextes und der Informationskultur für die Implementierung der Internetkontrolle beschrieben und deren Grenzen aufgezeigt.

Das Verständnis der gegenwärtigen medialen Prozesse und der Rolle des Internets ist ohne Darstellung der klassischen Medien und der Besonderheiten des journalistischen Berufs in Russland nicht möglich. Deswegen wird in Kapitel 3 näher darauf eingegangen. Da das russische Mediensystem jedoch bereits in mehreren Veröffentlichungen umfassend beschrieben wurde, sollen hier nur einige grundlegende Besonderheiten skizziert werden, die für die vorliegende Arbeit eine Rolle spielen. Ein Teil des Kapitels 3 befasst sich daher mit den besonderen Merkmalen der russischen Medienkultur und den dortigen Herausforderungen im journalistischen Beruf. Dadurch soll verdeutlicht werden, welche historischen Entwicklungen die schwierige Lage der Medienfreiheit im heutigen Russland prägen und inwiefern die wachsende Rolle des Internets die journalistische Arbeit verändert.

Darauf aufbauend konzentriert sich das Kapitel 4 auf die Rolle des Internets als Informationsquelle sowie die Entwicklung der Onlineangebote in Russland. Zum einen werden hier die statistischen Daten zur Internetentwicklung und –nutzung von verschiedenen Forschungsinstituten dargelegt. Obwohl dieser Teil keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt (z. B. weil die Nutzerstatistiken kontinuierlich aktualisiert werden), illustriert er doch den starken medientechnologischen Wandel in Russland vor und nach der Protestbewegung 2011–2013. Zum anderen wird in diesem Kapitel die Entwicklung der Onlinemedien, sozialen Netzwerke und Blogs aufgezeigt und ihr Stellenwert im russischen Mediensystem erklärt.

Das Kapitel 5 diskutiert die Wechselbeziehung zwischen Internet und Politik im russischen Kontext. Hier wird einerseits die Rolle des Internets bei den Mobilisierungsprozessen 2011–2013 und der Verbreitung politischer Inhalte in Russland dargestellt, andererseits steht die deutliche Änderung der Position des Staates in Bezug auf die Internetregulierung nach den Protesten 2011–2013 im Fokus des Kapitels. Gleichzeitig wird hier näher ausgeführt, inwiefern sich auch die öffentliche Diskussion über die „gefährliche Seite“ des Internets

aufgrund der veränderten staatlichen Rhetorik verstärkte. Auf Basis von Daten verschiedener Forschungsinstitute wird am Ende des Kapitels veranschaulicht, welche wichtigen Besonderheiten in der Wahrnehmung der Kommunikationsfreiheit sowie der Internetregulierung und –zensur in Russland eine Rolle spielen, die beim Erforschen des vorliegenden Themas ebenfalls berücksichtigt werden müssen.

Das Kapitel 6 beinhaltet eine ausführliche Darstellung und Analyse der gesetzlichen Änderungen in Bezug auf die Medien- und Internetregulierung in Russland nach 2012. Zum einen werden hier die einzelnen rechtlichen Normen, die Besonderheiten ihrer Umsetzung sowie die Einschätzung ihrer Folgen für die Medien- und Internetfreiheit seitens der Internetexpert_innen und internationalen Organisationen dargestellt, zum anderen einzelne Fälle von Einschränkungen im russischen Internet sowie Angriffe auf unabhängige Journalist_innen und Blogger_innen beschrieben. Diese Einschränkungen hängen nicht immer direkt mit gesetzlichen Regulierungen zusammen, können aber als bedrohliches Phänomen für die Freiheit des russischen Internets betrachtet werden.

Als wichtige Informationsquelle hierfür dienten die im Internet veröffentlichten Statistiken und Berichte der *Russischen Assoziation für elektronische Kommunikation (RAEK)*, der *Assoziation der Internetnutzer*, der *Menschenrechtsorganisation Agora*, des Forschungszentrums *Lewada* und vieler anderer. Somit wurden für die Dissertation sowohl russischsprachige als auch deutsch- und englischsprachige Quellen benutzt. Neben der Primärliteratur wurden auch aktuelle Meldungen deutscher und russischer Onlinemedien sowie verschiedene Gesetzestexte ausgewertet. Die Analyse der seit 2012 vorgenommenen gesetzlichen Änderungen sowie der Beispiele ihrer Umsetzung stellte eine wichtige Grundlage für die später durchgeführten Experteninterviews dar. In diesem Zusammenhang ist jedoch anzumerken, dass es nicht Aufgabe dieser Arbeit ist, sich mit den rechtlichen Normen und Gesetzen im juristischen Sinne auseinanderzusetzen, sondern deren Bedeutung für die Realisierung der Internetfreiheit, die journalistische Arbeit und Entstehung eines neuen öffentlich Diskurses über die Rolle des Internets in Russland zu analysieren.

Im Mittelpunkt des Kapitels 7 stehen die methodischen Verfahren zur Durchführung und Auswertung der Experteninterviews. Solche Aspekte wie die Begründung der qualitativen Vorgehensweise, die Auswahl der Expert_innen, die Entwicklung der Leitfadenfragen und das Verfahren der Auswertung werden hier vorgestellt. Zur besseren Einordnung des gewonnenen Materials werden die Profile der Interviewpartner_innen und die von ihnen

repräsentierten Medien und Blogs beschrieben. Am Ende des Kapitels werden darüber hinaus die Annahmen der Forschung präsentiert, die aufgrund früherer theoretischer Überlegungen vor der Durchführung der Interviews formuliert wurden.

In Kapitel 8 werden die gewonnenen empirischen Daten dargestellt und analysiert. Hier werden die Kernkategorien der Auswertung präsentiert und mit Zitaten aus den Interviews belegt. Für die bessere Übersichtlichkeit entspricht die Darstellung der Ergebnisse dabei den thematischen Blöcken der Leitfragen (siehe Interviewleitfaden in Anhang 1). Gleichzeitig werden hier die wichtigsten Handlungsmuster in der Arbeit der Onlinejournalist_innen und Blogger_innen herausgearbeitet und dabei deren unterschiedliche Ansätze und Herangehensweisen im Umgang mit den neuen medialen und gesetzlichen Rahmenbedingungen beschrieben.

In Fazit und Ausblick werden die gesamten empirischen Ergebnisse im Hinblick auf die Forschungsfrage und früheren theoretischen Überlegungen zusammengefasst. Dazu wird noch einmal auf die vor den Interviews formulierten Annahmen eingegangen. Anschließend werden die Limitierungen des eigenen Vorgehens verdeutlicht sowie Anregungen für weitere Forschungen gegeben.

2. Das Internet und seine Regulierung: theoretische Grundlagen

Die weltweite Expansion des Internets führte zu neuen Möglichkeiten für einen grenzübergreifenden Informationsaustausch, eine schnellere Vernetzung sowie größere politische Partizipation. Besonders in Bezug auf Länder mit traditionell kontrollierten klassischen Medien bezeichneten frühere wissenschaftliche Studien das Internet⁸ häufig als eine „Befreiungstechnologie“ von den autoritären Regimen (vgl. Diamond 2010). Mit dem Konzept einer neuen *Agora* (vgl. Grunwald et al. 2006, S. 68) erhielten deren Bürger_innen auf einmal neue Wege für eine unabhängige und kritische Meinungsäußerung sowie politische Mobilisierung. Somit erhielt mit dem Internet auch die Kommunikationsfreiheit völlig neue Möglichkeiten. Im internationalen Ranking der Medienfreiheit von *Freedom House* wurden einige Länder gerade dank der schnellen Informationsverbreitung durch das Netz sogar besser eingestuft (vgl. Meier 2013, S. 90). Gleichzeitig ist das Internet als rein „demokratisches Medium“ auch nicht zu idealisieren. Faris und Etling wiesen in ihrer Studie darauf hin, dass das Internet lediglich als Instrument zu betrachten sei, das für unterschiedliche Zwecke genutzt werden könne und dessen Rolle bei der Förderung des politischen Wandels sehr kontextabhängig sei (vgl. Faris/Etling 2008). Das enorme kommunikative Potenzial des Internets wurde inzwischen auch von Staaten und ihren Regierungen erkannt, die es zur Überwachung von Bürger_innen und Dissidenten_innen, aber auch für die Stärkung ihrer eigenen Informationspolitik und Propaganda nutzen und entsprechend instrumentalisieren können.

In diesem Kapitel werden theoretische Grundlagen zur Rolle des Internets bei der Realisierung demokratischer Freiheiten sowie zu den Möglichkeiten seiner Regulierung diskutiert. Da sich die Forschungsfrage dieser Studie auf mehrere Aspekte bezieht, sind hier diverse theoretische Überlegungen notwendig. Zum einen wird hier die Abgrenzung zu anderen Schwerpunkten und Forschungsfeldern formuliert, die mit dem Thema dieser Arbeit korrelieren. Zum anderen werden in diesem Kapitel die Methoden der Internetkontrolle in nicht-demokratischen Ländern dargestellt, die zu Einschränkungen der Kommunikationsfreiheit und Bekämpfung Andersdenkender benutzt werden. Dafür wird

⁸ Zur besseren Lesbarkeit werden die Begriffe „Internet“ und „Netz“ hier synonym verwendet.

zuerst auf die Diskussion über das demokratisierende Potenzial des Internets eingegangen und aufgezeigt, warum die Entwicklung dieser neuen Technologien nicht unbedingt zur Demokratisierung, sondern im Gegenzug auch zur Etablierung neuer Onlineeinschränkungsmechanismen führen kann. Da es dabei mehrere Klassifizierungen nicht-demokratischer Regime gibt und das politische Regime in Russland in vielen Studien auch unterschiedlich beschrieben wird, sollen hier zunächst die allgemeinen Strukturmerkmale nicht-demokratischer Regime kurz erläutert werden. Im Weiteren werden die konkreten Methoden und Motive der Internetkontrolle in nicht-demokratischen Regimen dargestellt. Gleichzeitig werden hier die Grenzen der staatlichen Internetkontrolle erklärt, die bei der Analyse der Realisierung der Internetfreiheit zu berücksichtigen sind.

2.1 Die Dimensionen der Internetfreiheit: Begrifflichkeit und theoretische Abgrenzung

Der Begriff „Internetfreiheit“ umfasst mehrere Aspekte, die an der Schnittstelle zwischen Kommunikations-, Rechts- und Politikwissenschaften liegen. Auch in der wissenschaftlichen Literatur wird er daher in unterschiedlichen Bedeutungen verwendet. Der Gebrauch dieses Begriffs variiert außerdem im Deutschen, Englischen und Russischen,⁹ was bei der Bearbeitung der Quellen in diesen Sprachen eine besondere Herausforderung für diese Arbeit darstellte. Deswegen muss hier erläutert werden, was das Konzept der Internetfreiheit umfasst und welche seiner Dimensionen in dieser Studie berücksichtigt werden.

Generell bezieht sich das Konzept der Internetfreiheit auf mehrere andere Rechte und Freiheiten, die auch vor der Entwicklung des Internets und der globalen Digitalisierung in mehreren internationalen Dokumenten formuliert wurden (vgl. Advisory Council on International Affairs 2014). Am 5. Juli 2012 wurde vom *UN Human Rights Council* eine Resolution zum Schutz der Menschenrechte im Internet verabschiedet (vgl. Benedek/Kettman 2013, S. 18), deren Hauptprinzip folgendermaßen lautet:

„The same rights that people have offline must also be protected online, in particular freedom of expression, which is applicable regardless of frontiers and through any media of one’s choice, in accordance with Article 19 of the Universal Declaration of Human Rights and the international Covenant on Civil and Political Rights.“ (The Human Rights Council 2012)

Der Begriff „Internetfreiheit“ wird dabei häufig als Sammelbegriff verwendet, der auch die Meinungs- und Medienfreiheit im digitalen Raum umfasst. In den Berichten von *Reporter*

⁹ In den Berichten von *Freedom House* wird z. B. der Begriff „Net Freedom“ benutzt, welcher sich auf die Medienfreiheit im Internet bezieht, siehe auch Sell 2017, S. 240.

ohne Grenzen wird z. B. die „Informationsfreiheit im Internet“ thematisiert, welche als Freiheit von Internetzensur verstanden wird (vgl. ROG o.J. Informationsfreiheit). *The Swedish Institute* definiert Internetfreiheit als „free flow of information and ideas online – freedom of expression and the absence of censorship, and respect for the privacy of individuals“ (The Swedish Institute 2013, S. 6). Sell versteht in ihrer Studie die Internetfreiheit als „neue Dimension von Kommunikationsfreiheit“ und weist darauf hin, dass „unter dem Begriff der Netzfreiheit (äquivalent: Internetfreiheit) sich die übrigen Dimensionen von Kommunikationsfreiheit im Kontext digital vernetzter medialer Räume [vereinen].“ (Sell 2017, S. 152) In dieser Arbeit wird der Begriff Internetfreiheit ebenfalls in dieser Bedeutung verwendet.

Gleichzeitig wird Internetfreiheit häufig als Antagonist zum Begriff „Internetsicherheit“ verwendet:

„As a control and freedom are often posited as binary opposites, these two concepts seem to be mutually exclusive – a zero-sum game. If one increases, the other will naturally decrease. This way of reasoning may not be entirely incorrect or misplaced, but as of yet convergence or divergence is hard to discern, and the trajectories of Internet freedom and control are running parallel to each other.“ (Lagerkvist 2010, S. 18)

So besteht der Kernpunkt der Internetfreiheit in einem uneingeschränkten Internetzugang und in der Möglichkeit, jede Information weiter zu verbreiten. Die Internetsicherheit stellt dagegen die Begrenzung dieser Freiheit zum Schutz vor Verbreitung illegaler Inhalte und zur Minimierung möglicher krimineller Onlineaktivitäten dar (vgl. Advisory Council on International Affairs 2014). Die Problematik der Internetsicherheit ergibt sich dabei aus der Tatsache, dass die Vielfalt der Nutzer_innen sehr groß und der Internetzugang prinzipiell sehr offen, die Transparenz und Effizienz der normativen Regulierungen dagegen sehr gering sind (vgl. ebd., S. 8). Außerdem geht es bei der Realisierung der Internetfreiheit häufig um die Kombination von Rechten, die auch in einem Gegensatz zueinander stehen können: „The internet is increasingly the scene of a clash between conflicting rights such as freedom of expression, privacy, and copyright“ (ebd., S. 9). Deswegen kann Internetfreiheit genauso wie andere Freiheiten (z. B. eine absolute Medien- und Redefreiheit) nicht erreicht werden. Die Notwendigkeit ihrer Einschränkung ist zum einen mit der Gewährleistung der Internetsicherheit, zum anderen mit den technischen und wirtschaftlichen Kapazitäten des jeweiligen Landes zu erklären.

Eine prinzipiell andere Problematik entsteht jedoch dann, wenn die Einschränkung der Internetfreiheit als eine bewusste Politik des Staates realisiert wird und als Instrument bei der

Bekämpfung der Andersdenkender bzw. einer kritischen Opposition dient (vgl. Advisory Council on International Affairs 2014, S. 8). Gerade diese Problematik stellt den Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit dar. Hier soll genauer beschrieben und analysiert werden, inwieweit das Internet in Russland von staatlicher Seite kontrolliert wird und welche Auswirkungen dies auf kritische journalistische Arbeit und die Möglichkeiten des freien Informationsaustauschs im russischen Netz hat.

In Anschluss ist wichtig anzumerken, dass sich viele Studien zur Internetfreiheit mit einzelnen konkreten Variablen wie Cyberkriminalität, Datenschutz, *hate speech*, Diffamierungen im Netz, Internet- und Urheberrechten sowie einigen anderen Themenbereichen beschäftigen (siehe z. B. Corrales/Westhoff 2006; Groshek 2009 und 2010). Da diese Studien sich aber eher auf rechtswissenschaftliche Fragestellungen konzentrieren, werden diese Aspekte hier nicht weiter diskutiert.

2.2 Von Demokratisierung zu mehr Kontrolle? Die Debatte über Potenziale des Internets

Die Etablierung neuer Kommunikationstechnologien löst häufig eine erneute Diskussion über ihr demokratisches Potenzial aus. Wie oben bereits erläutert, war dies im Fall des Internets vor allem mit der Hoffnung auf bessere Möglichkeiten für eine freiere Meinungsäußerung in Ländern mit eingeschränkter Rede- und Medienfreiheit verbunden. Jedoch bewegt sich die aktuelle Debatte über das Internet als demokratisierendes Mittel zwischen optimistischen und pessimistischen Perspektiven. Um die Rolle des Internets für die Realisierung der Kommunikationsfreiheit sowie die Gründe der Etablierung von mehr Internetkontrolle zu verdeutlichen, folgt hierzu ein kurzer Überblick.

Die demokratiethoretischen Erwartungen an das Internet sind vor allem mit den prinzipiell neuen Merkmalen der netzbasierten Kommunikation verbunden, welche die Entwicklung der Internettechnologien ermöglichten. So spricht beispielsweise Neuberger (2009) von der Integration verschiedener Kommunikationstypen im Internet, dem leichteren Zugang zu einer breiteren Öffentlichkeit und dem flexiblen Rollentausch zwischen den Produzent_innen und Rezipient_innen von Information (vgl. Neuberger 2009, S. 23). Das Internet verändert die traditionellen Informationsflüsse von einer vertikalen zu einer horizontalen Kommunikation (vgl. Stier 2017, S. 16), wodurch die Kommunikation im Netz dezentral stattfindet:

„Wichtig ist [...] die dezentalisierende Tendenz des Internets. Nutzer benötigen kein Zentrum mehr, um miteinander in Kontakt zu treten. Die ‚Massen‘ spalten sich in kleine Gruppen auf. Öffentlichkeiten bilden sich an verschiedenen Knotenpunkten im digitalen Netzwerk, ohne dabei Rücksicht auf fixe Kommunikationszentren nehmen zu müssen.“ (Winter 2010, S. 98)

Mit seiner größeren Flexibilität in Bezug auf Raum- und Zeitdimensionen ermöglicht das globale Netz eine permanente Verbindung zwischen Anbieter_innen und Nutzern_innen, einen hohen Grad an Aktualisierung von Informationen und eine schnellere Verknüpfung von alten und neuen Angeboten (vgl. Neuberger 2009, S. 26). Zudem werden durch das Internet unterschiedliche Anwendungsbereiche und neue Formen von Aktivitäten geschaffen. Diese bestehen in der Rezeption von Informationen, dem Versenden von Nachrichten, Podcasting, dem Ansehen und Produzieren von YouTube-Videos, Blogging und Microbloggings etc. (vgl. Winter 2010, S. 97).

Aufgrund dieser neuartigen Möglichkeiten wird häufig betont, dass die Etablierung des Internets zu einer besseren politischen Information der Bürger_innen und ihrer stärkeren bürgerlichen Partizipation beiträgt (vgl. Lindner 2012). Dank der schnelleren und dezentralen Datenübertragung bekämen die Nutzer_innen neue Wege für das Erstellen eigener Inhalte und einen freieren Meinungs austausch (vgl. Heimrich 2012, S. 127). Das Internet werde damit zu einem „fairen Spielfeld“ (vgl. Levitsky/Way 2010), in dem neue Akteure in politischen Diskussionen und Entscheidungsprozessen eine Stimme bekommen (vgl. Deibert/Rohozinski 2010a, S. 3; Winter 2010, S. 98). Somit ergeben sich z. B. neue Kommunikationsmöglichkeiten auch für zivilgesellschaftliche Akteure sowie NGOs, die dank des Internets ihre Interessen kostengünstig und mit maximaler Reichweite darstellen können (vgl. Meißelbach 2009, S. 104). In Ländern mit kontrollierten klassischen Medien kann das Internet durch den sogenannten „Schneeballeffekt“ die Verbreitung kritischer Informationen beschleunigen und dadurch unterschiedlichste soziale Gruppen zu Offline-Aktivitäten mobilisieren (vgl. Tkacheva 2013, S. 21). Bürger_innen, die früher wenig oder kaum an Politik interessiert waren bzw. von den klassischen Medien kaum erreicht wurden, können durch das Netz in politische Diskussionen mit einbezogen werden (vgl. Gibson/Lusoli/Ward 2005, S. 578).¹⁰

Der starke Technikdeterminismus und Glaube an neue politische Prozesse durch die neuen technischen Möglichkeiten kann jedoch auch als eindimensional gesehen werden (vgl. Grundwald u.a. 2006, S. 13). Insofern wird laut der sogenannten „Verstärkungsthese“, die die ursprüngliche „Mobilisierungsthese“ über das Potenzial des Internets ersetzte, das Internet

¹⁰ Diese Prozesse waren auch während der Proteste in Russland zu beobachten, siehe dazu Kap. 5.1.

eher als ein Kommunikationsraum verstanden, der jedoch nicht automatisch „Informationen von sinnlosen zu sinnvollen“ organisiert (vgl. Bucher 2009, S. 64). „Nicht Technik löst die Probleme der Demokratie, sondern Technik kann von gesellschaftlichen Akteuren eingesetzt werden, um die Probleme zu lösen.“ (Grundwald u.a. 2006, S. 13)

Das Scheitern der Demokratisierungsidee durch das Netz liegt an den unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten sowie an neuen Herausforderungen an das Nutzungsverhalten selbst (vgl. Tkacheva 2013, S. 13). Trotz der möglichen Vielfalt im globalen Netz tendieren die Nutzer_innen in ihrem Verhalten meist zum Konsum solcher Informationen, mit denen sie sich eher identifizieren und die ihren Interessen oder Überzeugungen nahestehen bzw. entsprechen. Die im Internet entstehenden Interessengruppen können sich dabei in Konfrontation befinden. Im Gegensatz zu den demokratietheoretischen Erwartungen führt diese Entwicklung jedoch nicht zu einer Konsolidierung, sondern eher zu einer Fragmentierung der Gesellschaft (vgl. Tkacheva 2013, S. 21), zu einer Vereinzelung der Nutzer_innen oder „Elitisierung“ des Internets (Neuberger 2012, S. 108). Ein weiterer Kritikpunkt in Bezug auf die Internetnutzung besteht darin, dass für die Onlinesuche nach Informationen im Netz bei den Nutzer_innen gewisse Kompetenzen und ein Informationsvorsprung notwendig sind (vgl. Winter 2010, S. 49). Die politischen Kenntnisse von Bürger_innen stellen somit eine der Grundvoraussetzungen für die politische Partizipation dar und werden nicht durch das Internet an sich „produziert“ (vgl. Michniewicz 2010, S. 5). „Anders als im Fernsehen müssen sich die Nutzer die gewünschten Informationen selbst abholen, sie gleichsam aus dem Netz extrahieren.“ (Perlot 2008, S. 91)

Im Gegensatz zu den optimistischen Erwartungen der Mobilisierungsthese gehören jedoch vor allem Unterhaltungsinhalte zu den populärsten Suchanfragen im Internet (vgl. Morozov 2011). Im Zusammenhang mit der Schwierigkeit des Selektionsprozesses und Phänomenen wie Desinformation im Netz ist zu vermuten, dass das Internet auch „demobilisierend“ wirken und zu politischer Ignoranz, Misstrauen und Politikverdrossenheit führen kann (vgl. Emmer 2005, S. 39). Außerdem können die gleichen Informationen von unterschiedlichen Internetnutzer_innen je nach ihrem persönlichen Hintergrund auch unterschiedlich wahrgenommen werden:

„Nutzer empfangen die gleichen Informationen, können sie jedoch verschieden einordnen, verwenden unterschiedliche Verständnisrahmen und konstruieren differente Bedeutungen. In den neuen Medien stehen heterogene Informationsräume und diskursive Arenen zunächst gleichberechtigt nebeneinander. Dadurch wird der Anschein eines ungefilterten Informationsbestandes erweckt. Die Selektionsleistung wird allerdings über den Umweg der knappen Aufmerksamkeit wieder eingeführt.“ (Winter 2010, S. 49)

Zum anderen zeigen spätere politische Entwicklungen (wie z. B. nach dem Ausbruch des „Arabischen Frühlings“, der mit der Hoffnung auf eine politische Wende und Verbesserung der Menschenrechtslage im Nahen Osten begann, aber nach einer Phase der Unruhe mit der Stärkung der autoritären Regime der Region endete, vgl. BpB 2016b), dass die kommunikativen Potenziale des Internets auch von nicht-demokratischen Regimen erkannt und für ihre Zwecke genutzt werden können. Da die neuen Möglichkeiten einer spontanen Mobilisierung von den Regierungen eher als Gefahr gesehen werden, kann dies nicht nur zu einer Verstärkung demokratisierender Prozesse, sondern im Gegenzug auch zu einer Entwicklung neuer Mechanismen der Internetkontrolle führen (vgl. Benedek/Kettemann 2013, S. 145). Während im Kontext der demokratiethoretischen Ansätze die Worte des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan über die Bekämpfung des „Goliath of totalitarianism“ mit dem „David of the microship“ häufig zitiert werden (zit n. Kalathil and Boas 2003, S. 1), zeichnen sich spätere wissenschaftliche Untersuchungen durch einen deutlichen Pessimismus hinsichtlich der demokratisierenden Rolle des Internets aus.

Einer der wesentlichen Kritikpunkte daran ist z. B., dass die Internetinfrastruktur trotz des Wachstums der Internetnutzung meistens in den Händen von Regierungen bleibt (vgl. Kalathil/Boas 2003; MacKinnon 2011; Morozov 2011) und somit zugunsten der Interessen des Staates benutzt wird (vgl. Stier 2017, S. 64):

„The early believers in ‚dictators dilemma‘ have grossly underestimated the need for online intermediaries. Someone still has to provide access to the Internet, host a blog or a website, moderate an online community, or even make that community visible in search engines. As long as all those entities have to be tied to a nation state, there will be ways to pressure them into accepting and facilitating highly customized censorship that will have no impact on economic growth.“ (Morozov 2011, S. 103)

In seinem Buch *The Net Delusion* betont Morozov, dass Aktivist_innen in Autokratien genau aus diesem Grund per se keine Chance gegen Überwachung oder Internetzensur haben (vgl. Morozov 2011). Kalathil und Boas weisen in ihrer Studie (2003) darauf hin, dass, obwohl die Entwicklung der IKT eher in wissenschaftlichen Kreisen stattfindet, ihre Implementierung nach wie vor unter der Kontrolle des Staates bleibt:

„Obviously the role of the state is extensive in authoritarian regimes, and in many cases this is particularly true with respect to the media and ICTs. In such countries early experimentation with the Internet usually occurs in the scientific or academic sector, but the central government is generally the major player in any Internet development beyond the experimental level.“ (Kalathil/Boas 2003)

Dabei werden nicht nur in demokratischen, sondern auch in autoritären Staaten die Strategien der IKT-Entwicklung aktiv implementiert und Konzepte des E-Government benutzt (vgl.

Kalathil/Boas 2003). Letztere führen somit nicht nur zu mehr Transparenz und direkter Kommunikation mit den Bürger_innen, sondern auch zu einer Stärkung der bürokratischen Kontrolle der Regime (vgl. Stier 2017, S. 65). Durch technologische Entwicklungen werden außerdem die Kontrollmöglichkeiten und Einschränkungen der Kommunikationsfreiheit durch verschiedene staatliche Organe und Behörden erweitert, da auch sie von der Digitalisierung profitieren und dadurch ebenfalls immer wieder über neue Überwachungsinstrumente verfügen bzw. diese weiterentwickeln (vgl. Pöttker 2016, S. 351). Diese Instrumente können gegenüber den Bürger_innen mit der Notwendigkeit des Schutzes vor illegalen Inhalten begründet werden, dienen gleichzeitig aber auch einer Kommunikationskontrolle zugunsten staatlicher Interessen (vgl. ebd.). Außerdem können Staaten das Internet zur Verstärkung ihrer eigenen Propaganda nutzen, was eine kritische Selektion von Onlineinformationen wesentlich erschwert: „The Internet also plays a critical role in improving the effectiveness of the regime’s propaganda campaigns. Modern propaganda can be easily distributed in highly personal and targeted ways to citizen’s mobile devices and email accounts.“ (Tkacheva 2013, S. 3)

Insofern ist festzustellen, dass die Entwicklung des Internets nicht unbedingt zu neuen demokratisierenden Prozessen in einer Gesellschaft beiträgt: „Das Internet ist ein vielseitiges Medium, das heterogenen politischen Interessen und Zwecken dienen kann. Die reine Verfügbarkeit des neuen Informationskanals führt noch nicht zu Makro-Outcomes wie Revolutionen oder erhöhter autokratischer Stabilität“ (Stier 2017, S. 5). Ohne Zweifel ermöglicht das Internet neue Kommunikationswege, die Mobilisierungsprozesse erleichtern und für verschiedene Nutzergruppen eine neue „Stimme“ sind. Deshalb führte auch in Russland die rasch entstandene Protestbewegung im Winter 2011–2012 zu neuen Hoffnungen auf eine politische Modernisierung und Demokratisierung des Landes (siehe dazu Kap. 5). Der vorgenommene Überblick zeigt jedoch die Grenzen der neuen kommunikativen Möglichkeiten auf, was bei der Analyse der Realisierung der Kommunikationsfreiheiten durch das Internet berücksichtigt werden muss und in Bezug auf Russland im empirischen Teil dieser Arbeit noch anschaulicher wird.

2.3 Die Kontrolle des Internets in nicht-demokratischen Regimen

2.3.1 Merkmale von nicht-demokratischen Regimen

Wie aus den theoretischen Anmerkungen oben folgt, werden das demokratisierende Potenzial des Internets und die Möglichkeiten seiner Realisierung in den meisten wissenschaftlichen Studien im Zusammenhang mit dem politischen Regime des Landes betrachtet. Schließlich werden die Verhältnisse zwischen den unterschiedlichen politischen Akteuren sowie die Konfigurationen und Grenzen der Medien- und Netzpolitik vom Typ des jeweiligen Regimes bestimmt (vgl. Stier 2017, S. 8). In Bezug auf das Thema Internetkontrolle und Internetzensur beziehen sich die meisten Studien auf nicht-demokratische Regime (vgl. Ognyanova 2014, S. 2) und konzentrieren sich auf Länder wie z. B. China (MacKinnon 2011, Lei 2011, Faris/Roberts/Wang 2009, Jiang 2012, Lagerkvist 2010), Ägypten (el-Nawawy/Khamis 2013, Papacharissi/de Fatima Oliveira 2012), Malaysia und Thailand (Yangyue 2014). Bevor im Weiteren einige konkrete Methoden und Anwendungsbereiche der Einschränkungen im Internet vorgestellt werden, muss hier präzisiert werden, welche Klassifikation von politischen Regimetypen in dieser Arbeit verwendet wird und welche ihrer Merkmale bei der Betrachtung der Besonderheiten der Internetkontrolle relevant sind.

In der klassischen Politikwissenschaft werden Regime in demokratische und nicht-demokratische bzw. demokratische und autoritäre Typen unterteilt (vgl. Roskin/Cord/Medeiros/Jones 2011).¹¹ Länder mit einer demokratischen politischen Ordnung zeichnen sich durch kompetitive, freie und faire Wahlen, Mehrparteiensysteme und zivile Regierungen aus, die eine zentrale Rolle bei der Politikgestaltung spielen (vgl. Stier 2017, S. 60). Unter nicht-demokratischen Regimen werden dagegen autoritäre Regime als politisches System:

„[...] with limited, non-responsible political pluralism; without an elaborated and guiding ideology, but with distinctive mentalities; without either extensive or intense political mobilisation, except at some points in their development, and in which a leader, or, occasionally, a small group, exercise power from within formally ill-defined limits but actually quite predictable ones“ (Linz 2000 [1964], S. 159).

charakterisiert.

¹¹ Da der Fokus dieser Arbeit nicht auf der Darstellung anderer Untertypen und Mischformen liegt (siehe mehr z. B. bei SWP 2011), wird auf sie an dieser Stelle nicht detaillierter eingegangen. Auch zu den politischen Ordnungen, die hier angesprochen werden, sind mehrere Typologien vorhanden, die in politikwissenschaftlichen Studien ausführlicher betrachtet werden.

Obwohl diese Definition von Linz aus den 1960er Jahren stammt und in späteren wissenschaftlichen Studien erweitert wurde, zeigt sie deutliche Abgrenzungsmerkmale, die autoritäre Systeme von anderen politischen Ordnungen unterscheiden.

Gleichzeitig gehören zu nicht-demokratischen Regimen auch solche, die sowohl über Merkmale aus demokratischen als auch autoritären Regimen verfügen und unter dem Überbegriff „hybride Regime“ zusammengefasst werden können. Obwohl ursprünglich hybride Regime als Übergangsform verstanden wurden, die nur wenige Schritte von der Demokratie „entfernt“ sind (vgl. Tkacheva 2013, S. 8), hat sich in der späteren Demokratieforschung herausgestellt, dass nicht alle Länder, die unter diese Kategorie fallen, Demokratie als „ideale Form“ anstreben (vgl. Schmolz 2015, S. 561). Hybride Regime unterscheiden sich je nach ihrer Offenheit, halten aber im Gegensatz zu autoritären Regimen regelmäßige Wahlen ab, verfügen über mehrere Parteien und lassen einen gewissen Grad an Meinungsvielfalt zu. Dieser pseudodemokratische Schein stellt deswegen eines der wichtigsten Merkmale hybrider Regime dar (vgl. Diamond 2002, S. 24). Ihr prinzipieller Unterschied zu autoritären Regimen besteht darin, dass letztere deutlich weniger Kanäle und Institutionen für die Bildung einer politischen Opposition oder Teilnahme von Bürger_innen an den politischen Entscheidungsprozessen anbieten (vgl. Tkacheva 2013, S. 24). Auch in Bezug auf liberale Rechte wie Meinungs-, Medien- oder Versammlungsfreiheit weisen hybride Regime eine verhältnismäßige Liberalität und Offenheit auf. Diese Freiheiten werden in einem gewissen Maß garantiert und realisiert, was die Bildung einer Opposition oder die Arbeit von unabhängigen Medien ermöglicht (vgl. Tkacheva 2013, S. 9). Obwohl in einigen Studien Russland als eine Autokratie bezeichnet wird,¹² neigen die meisten Forscher_innen in diesem Fall zu der Bezeichnung „hybrides System“ (vgl. Shiraev 2013, S. 18), die auch in dieser Studie beibehalten wird. So betont z. B. Toepfl (2011), dass Russland ein relativ verschlossenes Regime mit relativ freiheitlicher Internetpolitik sei und bezeichnet es als ein „semi-autoritäres Regime“ (vgl. Toepfl 2014, S. 69).¹³ Gerade dieser „hybride“ Charakter des politischen Regimes in Russland ist für diese Arbeit besonders relevant, weil dadurch die Besonderheiten der Netzpolitik sowie auch die möglichen Grenzen der Internetkontrolle bestimmt werden.

¹² Vgl. z. B. Medvedev (2017).

¹³ Hier ist zu bemerken, dass der Begriff „hybrides Regime“ als Sammelbegriff zu verstehen ist und sich durch die synonyme Verwendung von „semi-freien“ und „hybriden“ Regimen oder z. B. die von *Freedom House* benutzte „partly free“ Bezeichnung kritisieren lässt (vgl. Levitsky/Way 2010, S. 5). So bleibt z. B. unklar, nach welchen Kriterien und Definitionen Regime als „nicht frei“ charakterisiert werden (vgl. ebd.). Da der Fokus dieser Arbeit aber nicht auf einer detaillierten Beschreibung der regimespezifischen Merkmale liegt, wird hier die Unterteilung der Regime nur aufgrund der oben beschriebenen Charakteristiken vorgenommen.

Im nächsten Abschnitt werden konkrete Methoden der Internetkontrolle und deren Klassifizierungen ausführlicher dargestellt, die sich in empirischen Studien zu den einzelnen Ländern oder in Berichten internationaler Organisationen finden lassen. Das Verständnis von Besonderheiten und Anwendungsbereichen dieser Methoden, die sich nach unterschiedlichen Faktoren und Motiven der Nutzung unterscheiden, dient dabei als theoretische Grundlage für die weitere Analyse der Lage der Internetfreiheit und der Rolle der gesetzlichen Änderungen in Russland seit 2012.

2.3.2 Methoden, Motive und Grenzen der Internetkontrolle

Die Klassifikationen von Methoden der Internetkontrolle variieren je nach Studie, unterscheiden aber im Prinzip zwischen direkten Methoden, also mit einer Verweigerung des Zugangs zu bestimmten Inhalten, und indirekten Methoden, durch die vor allem das Verhalten der Nutzer_innen beeinflusst werden soll (vgl. „non-filtering-solutions“ nach Deibert/Rohozinski 2010a). In den Berichten von *Freedom House* werden z. B. drei Kategorien aufgelistet, die für die Messung der Einschränkungen der Internetfreiheit angewendet werden:

- Beschränkungen des Internetzugangs (durch gesetzliche Regulierungen, infrastrukturelle und wirtschaftliche Barrieren für den Zugang, die Rechts- und Eigentumskontrolle über Internetdiensteanbieter);
- Filterung oder Blockierung von Inhalten (durch rechtliche Bestimmungen zu Inhalten, technische Filter und Blockierung von Webseiten, Selbstzensur und Unterdrückung von Onlineaktivismus);
- Verstöße gegen Rechte der Nutzer_innen und ihre Verfolgung (durch Überwachung, Haftstrafen, Belästigungen oder Cyberangriffe) (vgl. Freedom on the Net Methodology o.J.).

Der Grad der Implementierung von diesen Methoden unterscheidet sich dabei von Land zu Land. Als „Trendsetter“ der Internetkontrolle können Länder wie Nordkorea oder China genannt werden (vgl. Ognyanova 2014, S. 2). Diese praktizieren eine politisch motivierte Vorzensur und nutzen vor allem Sperrungen und repressive Maßnahmen gegen Internetaktivisten_innen und Blogger_innen (vgl. Dr.Web.de 2009).

Die folgende Klassifikation von *OpenNetInitiative (ONI)* bietet eine detaillierte Beschreibung – vor allem der technischen Methoden – mit denen Internetzensur umgesetzt werden kann:

1) Technische Blockierungen umfassen die drei am häufigsten benutzten Techniken der Sperrungen nach IP-Adressen, DNS (Domain Name System) oder URL (Uniform Resource Locator). Die Entscheidung zwischen diesen drei Ansätzen hängt mit den jeweiligen Beweggründen und technischen Möglichkeiten der einzelnen Staaten zusammen (vgl. Yangyue 2014, S. 4). In den meisten Ländern kommt jedoch die Blockierung nach Schlüsselwörtern in den URLs zur Anwendung. Dies gilt als fortgeschrittene Technik, weil sie eine maximal „korrekte“ Blockierung ohne zusätzliche Sperrung der legalen Inhalte ermöglicht (wie z. B. bei der Blockierung nach den IP-Adressen)¹⁴ (vgl. Zittrain/Palfrey 2008, S. 33). Da DDoS-Angriffe auch Sperrungen von Inhalten nach sich ziehen können, werden sie in der Klassifikation der ONI den technischen Blockierungen zugeordnet (vgl. ONI Overview of Internet Censorship).

2) Die Entfernung von Suchergebnissen wird dann möglich, wenn die Internetdiensteanbieter verpflichtet werden, mit der Regierung zu kooperieren. In diesem Fall werden die illegalen bzw. unerwünschten Webseiten von den Suchergebnissen ausgeschlossen oder deren Auffinden erschwert. Die Gefahr dieser Methode besteht darin, dass die Suchergebnisse unter diesen Umständen für die Nutzer_innen unsichtbar manipuliert werden.

3) Das Löschen der Seiten wird in den Fällen benutzt, wenn Aufsichtsbehörden über einen direkten Zugriff auf die Web-Hosts verfügen sowie die rechtliche Zuständigkeit für das Löschen der Inhalte haben.

4) Die Förderung von Selbstzensur wird durch die Beeinflussung der Suchgewohnheiten z. B. durch die Einschüchterung der Nutzer_innen umgesetzt. Zu diesem Zweck werden absichtlich keine klaren und eindeutigen Regeln formuliert, was für Onlineposts oder Onlinerecherchen zulässig ist. Dadurch wird die Wahrnehmung der totalen Überwachung gefördert sowie der Verzicht auf Veröffentlichung kritischer Materialien bzw. das Besuchen unerwünschter Webseiten initiiert (vgl. ONI Overview of Internet Censorship).

Auf diese Weise werden immer mehr Methoden der Internetkontrolle etabliert, die nicht mit direkten Einschränkungen des Zuganges bzw. der Filterung von Inhalten verbunden sind. Ähnlich wie bei ONI unterscheidet Yangyue (2014) in seiner Studie vier Gruppen von

¹⁴ Dies wird seit 2012 in Russland angewendet. Die Blockierung nach IP-Adressen wird dabei stark kritisiert, siehe mehr dazu in Kap. 6.

Methoden der Internetkontrolle: 1. Zensur der Inhalte im Internet, 2. Erweiterung des rechtlichen Rahmens und der Regulationen, 3. Monopolisierung der Infrastruktur und 4. Stimulierung der Selbstzensur (vgl. Yangyue 2014, S. 4). Letzteres versteht der Autor als eine der Methoden des „psychologischen Drucks“ auf Kritiker_innen und Oppositionelle, die auch durch die Verstärkung staatlicher Propaganda im Netz selbst realisiert werden kann:

„The fourth method of Internet control occurs psychologically. On the one hand, states may use intimidatory actions of monitoring and punishing ‚untamed‘ online activities, encouraging an atmosphere of ‚self-censorship‘. Moreover, governments may actively participate in online activities for propaganda and ideological purposes.“ (Yangyue 2014, S. 6)

MacKinnon (2011) spricht in diesem Zusammenhang über einen sogenannten „networked authoritarianism“. Darunter werden autoritäre Regime verstanden, die kritische Gespräche auf Webseiten und in den sozialen Netzwerken teilweise „erlauben“. Diese können dann sogar Einfluss auf die Politik der Regierung haben. Die Bürger_innen bekommen dadurch im Internet das Gefühl einer gewissen „Freiheit“ und den Eindruck, in einer Weise sprechen und gehört werden zu können, wie sie zuvor in einem klassischen Autoritarismus nicht möglich gewesen war (vgl. MacKinnon 2011, S. 33, vgl. oben). Gleichzeitig können aber repressive Maßnahmen wie z. B. die Filterung der Inhalte im Netz weiter realisiert werden (vgl. ebd., S. 41).

Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Methoden der Internetkontrolle in der vergleichenden Perspektive in unterschiedlichen Kontexten und zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingesetzt bzw. aktiviert werden können. In Ländern wie Kuba oder Nordkorea wird der Internetzugang auf „regelmäßiger“ Basis durch hohe Kosten oder gesetzliche Restriktionen eingeschränkt (vgl. Romanosky/Libicki/Winkelman/Tkacheva 2015, S. 9). In anderen Ländern handelt es sich hierbei jedoch nur um temporäre Einschränkungen (z. B. während stattfindender Proteste) oder bei territorialen Sperrungen an einzelnen Orten (vgl. ebd.). Darüber hinaus können nur bestimmte Inhalte oder spezifische Internetseiten gesperrt werden (z. B. *Google News* in China). Solche Sperrungen zielen vor allem auf prominente Webseiten und verhindern den Zugang, indem sie DDoS-Angriffe verwenden (vgl. Romanosky/Libicki/Winkelman/Tkacheva 2015, S. 10).¹⁵ Gleichzeitig können aber auch die Motive der Einschränkungen im Internet in unterschiedlichen Ländern variieren. So geht es z. B. in China, Iran und Burma/Myanmar um die Verfolgung politischer Dissident_innen, im Nahen Osten um religiöse Kontrolle zur Verhinderung der Verbreitung von Ideen, die als

¹⁵ Unter den DDoS-Angriffen (*Distributed Denial of Service*) werden gezielte Versuche der Überlastung und somit Nichtverfügbarkeit eines Internetservices verstanden. Zu den DDoS-Attacken auf die Webseiten mehrerer Onlinemedien und Informationsportale während der Proteste in Russland im Winter 2011/2012 siehe Kap. 6.

häretisch gelten (vgl. Warf 2011, S. 4). Nach Faris und Villeneuve (2008) können die Motive von Internetzensur in drei Gruppen unterteilt werden: Politik und Macht, soziale Normen und Moral sowie nationale Sicherheit (vgl. Faris/Villeneuve 2008, S. 9). Dabei wird die Internetzensur „thematisch“ häufig mit der notwendigen Gewährleistung des Schutzes von Kindern oder der Abwehr und Bekämpfung von Terrorismus begründet, dient aber eigentlich den Interessen des Regimes (vgl. Warf 2011, S. 4).

Ein anderer wichtiger Aspekt ist der Zusammenhang zwischen den jeweiligen Formen der Internetkontrolle und den technischen Entwicklungen sowie der Internetverbreitung im jeweiligen Land. Einerseits können eine geringe Ländergröße und eine relativ große Onlinezivilgesellschaft günstige Voraussetzungen für eine Demokratisierung sein (vgl. Howard 2010). Andererseits werden in autoritären Ländern mit geringer Internetdichte „offensivere“ Methoden der Internetkontrolle genutzt, die unmittelbar mit der Einschränkung des Internetzugangs wie z. B. dem Schließen von Internetcafés verbunden sind (so z. B. in Kuba, Vietnam und Burma/Myanmar) (vgl. Warf 2011, S. 7). Die Sicherheitsdienste können außerdem ihr umfangreiches Personal für die direkte Überwachung von Nutzer_innen der Internetcafés einsetzen. So kann beispielsweise von den Café-Besitzer_innen verlangt werden, dass sie die Identität der Nutzer_innen feststellen und über das Material, auf das diese zugreifen, den Behörden berichten (vgl. Tkacheva 2013, S. 3). Gleichzeitig zeigen die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, dass auch in mehreren nicht-demokratischen Ländern das Wachstum der Internetnutzung sowie die Entwicklung neuer Internettechnologien und des damit verbundenen Business enorm sind (vgl. Kap. 2.2). So gehört z. B. China zu den Ländern, wo die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) am meisten entwickelt ist. Unternehmen, die im Bereich der Innovation im mobilen Internet tätig sind, erhalten dort starke Unterstützung von der Regierung (vgl. MacKinon 2011, S. 37). Dies bedeutet aber nicht automatisch die Verstärkung demokratischer Prozesse: „The correlation between Internet penetration and democratization may be spurious if the factors that promote the diffusion of new technologies, such as a high standard of living, also promote democratization.“ (Tkacheva 2013, S. 23) Auch Russland verzeichnete in den 2010er Jahren eine der schnellsten Internetentwicklungen im Vergleich zu den benachbarten Regionen oder vielen europäischen Ländern: „Russians made up the second-largest online population in Europe by mid-2011, trailing only Germany, and were on track to become the largest online population in the region.“ (Oates 2013, S. 7, siehe auch Kap 4.2) In Ländern mit schneller IKT-Entwicklung kommen daher eher Methoden der Internetkontrolle wie Blockierung und

Filterung von bestimmten Informationen, Verfolgung von Onlineaktivisten_innen oder „Soft“-Taktiken zur Anwendung, die zur Etablierung von Selbstzensur führen oder Internetprovider zwingen, ihre Nutzer_innen zu beobachten (vgl. Warf 2011, S. 11).

In diesem Zusammenhang sind die drei Sammelbände *Access Denied*, *Access Controlled* und *Access Contested* der OpenNet-Initiative zu nennen, in denen die Methoden der Internetkontrolle klassifiziert werden (Deibert u.a. 2008, 2010 und 2012). Der zweite Band *Access Controlled* (Deibert/Rohozinski 2010a) beschäftigt sich mit den Methoden der Internetkontrolle in den GUS-Ländern inklusive Russland und ist hier besonders beachtenswert. Obwohl diese Studie noch vor dem in dieser Arbeit ausgewählten Zeitraum veröffentlicht wurde und spätere Entwicklungen nicht miteinbeziehen konnte, verweist sie doch auf einige grundlegende Tendenzen, die für Russland und die benachbarten Staaten auch heute noch eine Rolle spielen. Bemerkenswert ist auch, dass in *Access Controlled* die Relevanz der Erforschung der Internetkontrolle besonders in der GUS-Region selbst betont wird, da die dort etablierten Modelle nach Ansicht der Autoren gut auf andere Länder übertragbar sind: „The future of cyberspace controls can be found in RUNET.“ (Deibert/Rohozinski 2010a, S. 17)

Die Besonderheiten der Internetkontrolle werden auch in *Access Controlled* in einem engen Zusammenhang mit den politischen Regimen der analysierten GUS-Länder betrachtet (vgl. oben). Je nach Regime werden in der Region unterschiedliche Methoden der Internetkontrolle benutzt, die von Autoren in drei Generationen unterteilt werden:

Tabelle 1. Methoden der Internetkontrolle in den GUS-Ländern

Less Authoritarian			First Generation	Second Generation	Third Generation
Ukraine	53	Flawed Democracy		→	
Moldova	62				→
Georgia	104	Hybrid Regime		→	→
Russia	107			→	→
Armenia	113			→	
Kyrgyzstan	114				→
Kazakhstan	127	Authoritarian	→	→	→
Belarus	132			→	→
Azerbaijan	135			→	→
Tajikistan	150			→	
Uzbekistan	164			→	→
Turkmenistan	165			→	
More Authoritarian					

Quelle: Deibert/Rohozinski 2010a, S. 28.

Obwohl diese drei Generationen mit der historischen Entwicklung der IKT-Technologie verknüpft sind (wie bereits oben erwähnt, wurden z.B. bei der noch niedrigen Internetverbreitung eher direkte Methoden wie Zugangsabschaltungen benutzt), haben sie einander nicht chronologisch „ersetzt“ – folgten also nicht nacheinander –, sondern können auch parallel benutzt werden (vgl. Deibert/Rohozinski 2010a, S. 28, siehe Tab. 1).

Die erste Generation der Internetkontrolle umfasste Blockierungen des Internetzuganges, wie die z.B. die Filterung und Sperrung von Inhalten im Internet nach Domain-Namen, Schlüsselwörtern oder IP-Adressen (vgl. Deibert/Rohozinski 2010a, S. 22). Da solche Methoden als „radikal“ empfunden werden können und mit der demokratischen „Scheinbarkeit“ hybrider Regime schwer kombinierbar sind (vgl. oben), werden sie überwiegend von autoritären Regimen benutzt: „As countries become more dependent on cyberspace for research, business, and other international communications, the friction introduced by filtering becomes increasingly unpopular, costly, and impractical.“ (Deibert/Rohozinski 2010a, S. 30)

Die zweite und die dritte Generation der Internetkontrolle sind komplizierter und entsprechen eher den indirekten Methoden (vgl. Deibert/Rohozinski 2010a, S. 30). Bei den Methoden der zweiten Generation der Internetkontrolle kommen z.B. rechtliche Regulierungen und technische Mechanismen zum Einsatz. Dadurch hat der Staat die Möglichkeit, den Onlinezugang zu Informationen bei Bedarf nur in bestimmten Situationen zu verweigern (vgl. ebd., S. 24). Die Methoden der zweiten Generation können umgesetzt werden, indem die Webseiten bei staatlichen Behörden registriert oder die Internetprovider unter Gefahr des Lizenzwiderrufs verpflichtet werden, „illegale“ Inhalte zu filtern oder zu entfernen. Durch die Verstärkung von „Verleumdungsgesetzen“, bei der kritische Beiträge über die Regierung oder Regierungsbeamte als Verleumdung eingestuft und strafrechtlich verfolgt werden können, werden vor allem unabhängige und kritische Medien und Blogger_innen eingeschränkt. Die zweite Generation der Internetkontrolle ist außerdem mit der Verstärkung der Diskussion über Staatssicherheit, mit der Rechtfertigung der Sperrungen im Internet und mit Sicherheitsgründen verbunden (vgl. Deibert/Rohozinski 2010a, S. 24–25) (siehe mehr dazu in Bezug auf Russland in Kap. 5).

Bei der dritten Generation der Internetkontrolle geht es nicht um eine direkte Verweigerung des Internetzuganges, sondern vor allem um die Bekämpfung potenzieller Bedrohungen für

das Regime. So werden die Gegeninformationen im Internet erstellt und dadurch Kritiker_innen und Oppositionelle diskreditiert und demoralisiert:

„The key characteristic of third-generation controls is that the focus is less on denying access than successfully competing with potential threats through effective counterinformation campaigns that overwhelm, discredit, or demoralize opponents.“ (Deibert/Rohozinski 2010a, S. 7)

Gleichzeitig werden die Nutzer_innen gezwungen, auf nationalen Domains und Webseiten zu bleiben, was die Onlinesuche nach Informationen einschränkt. Parallel dazu werden Daten über die einzelnen Nutzer_innen gesammelt. Als Beispiel dafür nennt Oates (2013) die Bereitstellung eines Hochgeschwindigkeits-Internetzuganges in Schulen. Dieser richtet sich nicht auf das Erhalten weltweiter Informationsquellen, sondern kann vom Staat für die Verstärkung eigener Propaganda unter den Jugendlichen oder zur Kontrolle und Verfolgung ihres Verhaltens im Netz benutzt werden (vgl. Oates 2013, S. 19). Darüber hinaus gehören Phänomene wie bezahlte Kommentare und auch weniger „sichtbare“ Methoden wie z. B. Kooperationen mit Bloggern_innen oder SEO-Optimierung für die Priorisierung der erwünschten Seiten bei den Suchanfragen:

„Specifically, the state can co-opt popular bloggers to conduct smear campaigns against political opponents; use search-engine optimization to point people away from popular opposition pages to well-designed government sources of information; and employ social-networking and micro-blogging services such as Twitter to deliver attractive, pro-state messages (what many would call propaganda).“ (Oates 2013, S. 19)

Somit werden mit der dritten Generation der Internetkontrolle die technischen und kommunikativen Potenziale des Internets immer stärker realisiert und zugunsten der Interessen des Staates genutzt. In Bezug auf Russland ist festzustellen, dass Phänomene wie Fake-News, bezahlte Kommentare und sogenannte „Trollfabriken“ eine enorme Verbreitung erfahren haben. Sie werden vor allem dazu benutzt, die Glaubwürdigkeit nicht erwünschter Informationen im Internet, darunter auch Berichte kritischer Medien, zu diskreditieren.

Die weiteren technologischen Entwicklungen können jedoch auch als Grenze der Internetkontrolle gesehen werden. Zum einen sind ihre Möglichkeiten durch die technischen Kapazitäten sowie durch die Besonderheiten des Internetaufbaus eines Landes generell beschränkt (vgl. Timofeeva 2006). Zum anderen können zu offensichtlich restriktive gesetzliche Regulationen oder Einschränkungen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Image des Landes in den Augen von Investor_innen schaden:

„[...] cultural attitudes toward dissent, and geopolitical concerns, particularly for states seeking to attract foreign investment. For example, countries seeking to promote development of an information technology sector or international exports of services (e.g., Malaysia), including

tourism, are often concerned that Internet censorship can diminish the revenues from such efforts“ (Warf 2011, S. 8).

Darüber hinaus schaffen es Regime nicht immer, bei den schnellen Entwicklungen der neuen Technologien mitzuhalten (vgl. Warf 2011, S. 5). Wie in der Einleitung dieser Arbeit bereits erwähnt, entfachte sich in Russland in diesem Zusammenhang z. B. mit dem rasanten Wachstum der Popularität des Dienstes Telegram-Messenger, der 2013 von Bruder Durov, dem Gründer des in Russland meistbesuchten sozialen Netzwerks vk.com, entwickelt wurde, eine relativ neue Diskussion (vgl. Kap. 4.2). Die Bedeutung solcher Apps für politische Kommunikation und Kommunikationsfreiheit ist noch wenig erforscht und wird sich zweifellos zu einem der wichtigsten Themen für weitere wissenschaftliche Untersuchungen entwickeln. Außerdem ist zu vermuten, dass die zukünftige Entwicklung der Internetkontrolle vor allem in Form gesetzlicher Regulierungen stattfinden und auch die Verbreitung von Informationen durch Messenger stärker berücksichtigt werden wird.¹⁶

So zeigt der oben gegebene Überblick eine gewisse Evolution, aber auch Potenziale und Grenzen der Internetkontrolle in nicht-demokratischen Ländern auf. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass die Methoden der Internetkontrolle mit der Entwicklung neuer Technologien ebenfalls einen technologischen Sprung schaffen, da auch sie sich an diese neuen Technologien anpassen und somit immer komplizierter werden:

„As the context of Internet censorship changes, including rising penetration rates, deregulation of telecommunication providers, and new geopolitical circumstances (e.g., openness to foreign investment), both government authorities and their opponents resort to changing tactics.“ (Warf 2011, S. 6)

Da die Zugangs- oder Webseitensperrungen als zu „offensiv“ erscheinen, gewinnen in fortgeschritteneren Ländern die indirekten Methoden der Internetkontrolle an Bedeutung.

Andererseits können die oben dargestellten Methoden je nach technischen Möglichkeiten, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politisch-kulturellem Kontext und Motiven der Internetkontrolle unterschiedlich eingesetzt und durch diese Faktoren auch eingegrenzt werden: „The uneven landscapes of Internet censorship reflect the complex intersections between the growth of cyberspace and a large variety of regional, national and local political and cultural contexts.“ (Warf 2011, S. 8) In ihrer Studie beschreibt Ognyanova (2014) z. B.

¹⁶ *Telegram* fokussiert sich stark auf die Sicherheit der Nutzer_innen und bietet eine Option für verschlüsselte, geheime Chats an. Da die Diskussion über die Rolle von *Telegram* für die Kommunikationsfreiheit in Russland erst später entstand, als der Schwerpunkt dieser Arbeit bereits festgelegt war, kann auf die damit verbundenen Prozesse hier nicht ausführlich eingegangen werden. Parallel kann dies jedoch als eine Anregung zu weiteren Forschungen gesehen werden, siehe Fazit.

folgende Mechanismen für die Realisierung der Medienkontrolle und Internetzensur in Russland:

- „• Censorship and self-censorship prompted by the information culture and political traditions of the country
- Control over mainstream media leading to restrictions of the available content and a negative framing of the Internet
- Legal frameworks and their selective application; threats and intimidation of individuals by the authorities.“ (Ognyanova 2014, S. 3)

Auf der einen Seite entsprechen diese Mechanismen den oben beschriebenen indirekten Methoden der Internetkontrolle, auf der anderen Seite ist ihre effektive Implementierung in Russland nur dank der länderspezifischen Besonderheiten (wie z. B. einer historisch geprägten Neigung zur Selbstzensur) möglich.

Auf Basis der hier dargestellten Methoden und Grenzen der Internetkontrolle in nicht-demokratischen Regimen werden in dieser Arbeit die neuen Einschränkungen im russischen Internet seit 2012 und ihre Auswirkungen auf die Realisierung der Internetfreiheit und unabhängige journalistische Arbeit dargestellt und analysiert. Gleichzeitig wird verdeutlicht, unter welchen länderspezifischen Rahmenbedingungen die aktuellen medialen und gesetzlichen Änderungen in Russland stattfinden und welche Besonderheiten die Realisierung der Internetfreiheit in Russland somit bekommt.

3. Land der gelenkten Medien. Mediensystem und Medienfreiheit in Russland

Ein adäquates Verständnis der veränderten Rolle des Internets und der Lage der Kommunikationsfreiheit in Russland ist ohne Darstellung der Rolle der klassischen Medien und Merkmale journalistischer Arbeit nicht möglich:

„Generally speaking, the Internet in Russia is influenced by the distortions of the offline media system and can be better understood via the notion of national media models rather than via the normative Western ideas of the universal democratic impact of the web.“ (Bodrunova/Litvinenko 2012, S. 43)

Die Entwicklung und Besonderheiten der russischen Medienlandschaft wurden bereits in mehreren Studien beschrieben (u.a. Vartanova 2013a, Pasti 2009 und 2011, Voltmer 2006, Oates 2006, Trautmann 2002, Zassoursky 2004, Amelina 2006, Gladkov 2002, Mommsen/Nußberger 2007, Stegherr 2010, White 2006). Nichtsdestotrotz sollen hier einige wichtige Merkmale des Mediensystems und journalistischen Berufs in Russland erklärt und die damit verbundenen Probleme in der Realisierung der Medien- und Kommunikationsfreiheit verdeutlicht werden. Gerade diese Merkmale bestimmen in vielerlei Hinsicht, wie die konkreten Medien und einzelne Journalist_innen mit den in dieser Arbeit analysierten Änderungen der medialen und gesetzlichen Rahmenbedingungen umgehen. Gleichzeitig skizziert dieses Kapitel einige Transformationsprozesse, die mit der aktiven Verbreitung des Internets in den russischen Medien stattfinden und in weiteren Kapiteln ausführlich dargestellt werden.

3.1 Berichterstattung und Transformationen der klassischen Medien

Eine komplexe Betrachtung des Verhältnisses zwischen den Medien und dem gesellschaftlichem Wandel ist in Russland von besonderer Bedeutung, da die Medien von den politischen Transformationsprozessen des Landes stets sehr abhängig waren (vgl. Hribal 2003, siehe mehr dazu bei Thomas/Tzankoff 2001, 2003). Im Vergleich zu anderen westlichen Staaten haben in Russland außerdem inoffizielle Vereinbarungen und sogenannte „ungeschriebene Regeln“ immer eine enorme Rolle für die Verhaltensweisen in allen Bereichen der Gesellschaft, inklusive der Medien gespielt (vgl. Vartanova 2013b, S. 10).

Nach den berühmten „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umstrukturierung) erlangten die Medien Anfang der 1990er Jahre zum ersten Mal offiziell ihre Unabhängigkeit vom Staat. In der Verfassung von 1993 wurde die Medienfreiheit proklamiert, eine Zensur durfte nicht stattfinden (Verfassung der Russischen Föderation, Kapitel 2 Art. 29). Diese Unabhängigkeit wurde jedoch von einigen neuen negativen Phänomenen begleitet, deren Ursache vor allem in der starken wirtschaftlichen Krise begründet war und zu einer starken Kommerzialisierung der Medien führte (vgl. Pasti 2010, S. 58). Journalistische Artikel wurden häufig als PR-Beiträge gegen Geld erstellt (sogenannte „Dschinsa“ oder „Zakazuha“, russisch: „zakaz“ – Bestellung) (vgl. ebd.).

Mit der Präsidentschaft von Wladimir Putin 2000–2008 fing eine Machtneuverteilung unter den Inhaber_innen der Medien an. Gerade in dieser Zeit fanden die wichtigsten Änderungen mit einer starken „Politisierung der Medien“ und gleichzeitig einer starken „Medialisierung der Politik“ statt (Trautmann 2002, S. 476). Eines der prominentesten Beispiele dafür war die Zerschlagung der Medienholding *Media Most*, deren liberale Redaktionen der TV-Sender *NTV* und *TV6* fast komplett ausgewechselt wurden.¹⁷ Etwa 300 Journalist_innen mussten ihren Arbeitsplatz verlassen; viele kritische Nachrichtensendungen wurden geschlossen (vgl. Trautmann 2002, S. 496). Damit begann eine neue Phase in der Entwicklung der Medien, bei der vor allem die Rolle des Staates wesentlich verstärkt wurde: „Putin took a new course towards the verticalization of authority with an idea for re-constructing a Great Russia.“ (Pasti 2010, S. 58)

So werden nach Angaben der internationalen Organisation *Freedom House*¹⁸ die größten Medien in Russland heutzutage direkt vom Staat kontrolliert:

„The Russian state controls, either directly or through proxies, all five of the major national television networks, as well as national radio networks, important national newspapers, and national news agencies. The state also controls more than 60 percent of the country’s estimated 45,000 regional and local newspapers and other periodicals.“ (Freedom House 2016b).

Außer der Kontrolle durch unmittelbares Eigentum werden verschiedene Mechanismen benutzt, die einen indirekten Druck auf Medien ermöglichen. Dazu gehören z. B. eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit der Medien vom Staat oder staatlichen Unternehmen, die willkürliche Kontrolle durch verschiedene Behörden, Schwierigkeiten bei der Lizenzierung

¹⁷ Siehe mehr dazu bei Brunmeier (2005), Koltsova (2006), Zassurskii I. (2004), Stegherr/Liesem (2010), Mommsen/Nußberger (2007), Schlindwein (2007), Schmidt, C. (2011), Vartanova (2013a).

¹⁸ Die Positionierung Russlands in den internationalen Länderrankings wird mit dem Fokus auf Internetregulierung in Kap. 6 dargestellt.

von Medien und Akkreditierung von Journalist_innen sowie Fälle von direkten Bedrohungen und Angriffen (vgl. Smaele 2006, S. 47).

Gleichzeitig dienen die klassischen Medien der Popularisierung der staatlichen Politik: „While individualistic cultures demand to be fully informed by objective, independent journalism, collectivistic societies value loyalty above all else. Media are viewed as instrumental; they are tools in the hands of the governing elite.“ (Ognyanova 2014, S. 11) Gerade deswegen spielte die rasche Entwicklung und Ausbreitung des Internets in Russland mit der damit verbundenen Etablierung neuer, alternativer Informationsräume sowohl für die Machthaber_innen als auch für die Nutzer_innen eine besonders wichtige Rolle (siehe in Kap. 5).

Trotz der scheinbaren Vielfalt der registrierten Medien (im Jahr 2016 wurden in Russland z. B. etwa 83.000 und im November 2019 bereits 146.000 Medien offiziell registriert) (vgl. Roskomnadsor o.J.), ist die Unabhängigkeit ihrer Berichterstattung eher zu kritisieren: „Russia provides a communication paradox in that there is so much information and so little democracy.“ (Oates/Kaid/Berry 2010, S. 145) Die meisten landesweit zugänglichen Medien gehören den drei wichtigsten Medienholdings WGTRK (Deutsch: Allrussische staatliche Fernseh- und Radiogesellschaft), GAZPROM-Media und der Nationalen Mediengruppe, die unmittelbar dem Staat oder staatstreuen Unternehmen gehören.

Gleichzeitig wird Russland häufig als ein traditionelles Fernsehland gesehen (vgl. ROG 2013). Die große Popularität des Fernsehens in Russland kommt daher, dass die Hauptsender über elf Zeitzonen ausgestrahlt werden und an allen Wohnorten landesweit empfangen werden können. Dazu gehören der *Kanal Eins* (mit etwa 220 Mio. Zuschauer_innen in Russland und im Ausland, Reichweite Inland – 99,5% der Haushalte), *Rossija 1* (Reichweite 99,4% der russischen Bevölkerung, etwa 50 Mio. Zuschauer_innen im Ausland) sowie *NTV* (117 Mio. Zuschauer_innen insgesamt) (vgl. Media-online.ru, Stand 2016). Seit 2009 gehören die Sender *Kanal Eins*, *Rossija 1*, *Rossija 2* (Sportkanal), *Rossija-K*, *Rossija 24* (Nachrichtensender), *NTV*, *Karusel* (Kinderkanal von *Kanal Eins* und *WGTRK*) und der *Kanal 5* zur Liste der sogenannten „Pflichtkanäle“, die für alle Bürger_innen unbegrenzt zugänglich sein sollen.¹⁹

¹⁹ Zu ausführlicheren und detaillierten Informationen über die Besonderheiten der Fernsehnutzung in Russland vgl. die Studien von Oates (2006), Voltmer (2006), Vartanova (2009 und 2010) und Anikina (2009).

Jedoch stellt die Entwicklung des Internets und der Onlinemedien eine große Konkurrenz zum Fernsehen dar. Die soziodemografischen Daten zeigen deutlich, dass das Fernsehen zunehmend von den Älteren und immer weniger unter den jungen Gruppen der Bevölkerung genutzt wird (vgl. Kap. 4). So sahen im August 2016 etwa 83% der über 60-Jährigen in der Bevölkerung täglich Fernsehen,²⁰ während dies nur auf 21% der Bürger_innen zwischen 18–30 Jahren zutrifft; 15% der letztgenannten Gruppe konsumierten dabei gar kein Fernsehen (vgl. FOM 2016a). Der Popularitätsverlust des Fernsehens in der jungen Generation und bei den Bewohner_innen der Großstädte lässt sich mit allgemeinen medientechnologischen Entwicklungen (viele Nutzer_innen ziehen es vor, Informationen online via Smartphone oder Tablet abzurufen), aber auch mit der einseitigen Berichterstattung der föderalen TV-Kanäle erklären. „Politische Sendungen dienen fast zur Gänze dazu, die Arbeit der Regierung in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen.“ (Stegherr/Liesem 2010, S. 312) Außerdem gibt es kaum Sendungen, die Raum für offene Debatten, Kritik oder oppositionelle Meinungen bieten:

„Die Nachrichten laufen stets in gleicher Form ab: Zunächst zeigt das Fernsehen Bilder des Präsidenten und seiner Tagetermine, direkt danach kommt der Ministerpräsident samt seinen Tageterminen. Die Sendung verkommt zur Medwedew-Putin-Show.“ (Hartwich 2011)

Auch die Unterhaltungsprogramme werden an die jeweilige aktuelle politische Agenda angepasst. So werden z. B. bei außenpolitischen Krisen, Anspannungen oder Konflikten Sendungen bzw. Filme mit dezidiert patriotischem Charakter gesendet (so z. B. während der Ukraine-Krise 2014).²¹ Die sinkende Qualität und allgemeine Tendenz der Sendungen zu mehr Unterhaltung werden von den Nutzer_innen eher negativ wahrgenommen. Nach den Angaben von FOM gehört dies neben dem Überfluss an Werbung zu den Hauptkritikpunkten der Zuschauer_innen am russischen Fernsehen (vgl. FOM 2015).

Jedoch bekommt mit der Implementierung von neuen Technologien und der wachsenden Rolle des Internets auch das staatliche Fernsehen in Russland neue Merkmale:

„Today, it is evident that the presence of foreign social networks in the Russian media landscape, as well as Russian-speaking video bloggers, has started to cast impact upon the state-owned and commercial ‘traditional’ media. The latter, rapidly losing young urban audience, have to adapt their content and style to this audience and to their views, to make the TV and newspaper content at least noticed.“ (Bodrunova/Koltsova 2019, S. 115)

Die Digitalisierung und Integration verschiedenster Plattformen, die starke Fragmentierung der Nutzer_innen nach Interessen und konsumierten Formaten verdeutlichen die

²⁰ Die Auswahl der Statistik hier entspricht dem zeitlichen Rahmen der Durchführung der Interviews.

²¹ In den russisch- und deutschsprachigen Quellen werden dazu unterschiedliche Begriffe benutzt.

Notwendigkeit neuer und innovativer Entwicklungsstrategien. Bereits im Jahr 2007 wurde ein Programm für die Entwicklung des Rundfunks in Russland für den Zeitraum 2008–2015 verabschiedet, in dessen Rahmen alle Bürger_innen einen unbegrenzten und kostenlosen Zugang zu den 20 größten Fernsehsendern bekommen sollten (vgl. Programm 2007). Die gesamten Kosten dieses Programms lagen bei etwa 4,35 Mrd. Dollar (vgl. Kozybaev 2012). Gleichzeitig erhielten die staatlichen Medien (vor allem die Nachrichtenagenturen und Fernsehsender) eine enorme finanzielle Unterstützung für ihre Entwicklung und Modernisierung. In den Jahren 2010–2012 wurden etwa 174 Mrd. Rubel aus dem russischen Staatshaushalt in die staatlichen Medien investiert (vgl. Vartanova 2013a, S. 128). Als anderes Beispiel kann auch die Schaffung des öffentlich-rechtlichen TV-Kanals *OTR* im Mai 2013 genannt werden, der mit staatlichen Mitteln in Höhe von 1,5 Mrd. Rubel pro Jahr finanziert wurde und deswegen stark kritisiert wird. Noch höher ist die Finanzierung des Privatsenders *Russia Today* mit 11 Mrd. Rubel pro Jahr (vgl. Jakowenko 2013). Dieser einzige englischsprachige Fernsehkanal sendet „nach außen“ und soll dadurch ein „richtiges“ Russland-Bild schaffen (vgl. ebd.).

Als einziger oppositioneller Fernsehsender ist der im Jahr 2010 gegründete TV-Kanal *Doschd* (russisch: „Regen“) zu nennen. Sein offizielles Motto lautet: „Geben Sie dem Fernsehen noch eine Chance!“ (<http://tvrain.ru/>). Allerdings hat dieser Sender eine relativ begrenzte Zielgruppe, zu der vor allem oppositionell eingestellten Vertreter_innen der Mittelschicht, Bewohner_innen der Großstädte und aktive Internetnutzer_innen gehören. Bei den Protesten 2011–2012 spielte *Doschd* eine große Rolle, da auf diesem Kanal Liveübertragungen von den Protestorten gezeigt wurden sowie soziale Netzwerke und Twitter bei den Nachrichten aktiv zitiert wurden, was die gleichzeitige Berichterstattung der staatsnahen Fernsehsender konterkarierte und zu starker Kritik führte (vgl. Orttung/Walker 2013, siehe auch Kap. 5). Nachdem der Sender aber im Jahr 2014 aus dem Kabelfernsehprogramm ausgeschlossen wurde, verlor er rasant an Reichweite und der damit verbundenen Finanzierung (siehe Kap. 8.1). Heutzutage ist *Doschd* nur noch über Abonnement zugänglich, was den Zugang für das breite Publikum zusätzlich erschwert.

Im Gegensatz zu vielen westlichen Ländern spielt die Presse in Russland im Vergleich zum landesweiten Fernsehen eine sekundäre Rolle. Viele große Zeitungen und Zeitschriften, die bis heute die höchste Reichweite haben, wurden bereits in den 1990er Jahren gegründet. Dazu gehören z. B. *Kommersant* (1990), *Nezawisimaja gazeta* (1990) und *Segodnja* (1993). Gleichzeitig haben sich einige Zeitungen, die in der Sowjetzeit eine wichtige Rolle spielten,

wie die *Komsomol'skaja Prawda* oder die *Moskovskij Komsomolec* reformiert und sind zu Boulevardblättern geworden (vgl. Haushofer 2009). In den Jahren 1992–1993 haben vor allem die Printmedien aus wirtschaftlichen Gründen an Reichweite eingebüßt und an Auflagenhöhe verloren: Gleichzeitig wurde mit der Steigerung der Produktionskosten auch die Popularität der Zeitungen immer geringer, weil viele Familien aus Kostengründen auf das Abonnement verzichtet haben (vgl. Trautmann 2002, S. 339). In den 2000er Jahren führten die Zerschlagung einiger Medienkonzerne und die Übernahme der größten Zeitungen durch kremlnahe Unternehmen zur Etablierung und Ausübung einer starken Selbstzensur, da die Redaktionen sich nicht mehr eine kritische Berichterstattung erlauben konnten (vgl. Mommsen/Neußberger 2007, S. 49).

Unter den Segmenten der Printmedien, die in Russland noch stark nachgefragt bleiben, sind besonders die Business- und Unterhaltungsmedien hervorzuheben: „Today only weekly business magazines are trying to resume the traditions of the quality press, though discussions of non-economic issues are minimal.“ (Vartanova/Smirnov 2010, S. 31) Als deutliche Tendenz ist feststellbar, dass die Auflage gedruckter Ausgaben zurückgeht, diese jedoch gleichzeitig mit einer zunehmenden Nutzung der Onlineversionen von Printmedien kompensiert wird (vgl. Kozybaev 2012). Nach Angaben von *TNS Russia* 2016 wechseln etwa jährlich 5% der Leser_innen von Print- zu Onlinemedien, die mehr interaktive Funktionen anbieten und kreativer gestaltet sind (vgl. Federal'noe agentstvo po pečati i massovym kommunikacijam 2016). Eine der wenigen Zeitungen, mit deutlich oppositionellem Charakter, die große investigative journalistische Recherchen in Russland durchführt und aus diesem Grund auch in westlichen Literaturquellen häufig erwähnt wird, ist die *Novaya Gazeta* (siehe Kap. 8.1). Trotzdem hat die *Novaya Gazeta* in Russland selbst keinen großen Leserkreis, sondern ist vor allem auf die größeren Städte wie Moskau und St. Petersburg begrenzt (vgl. Pörzgen 2011). Von den Befürworter_innen der Regierung wird sie sogar als feindlich und verräterisch wahrgenommen (vgl. Iarex.ru 2018).

Unter den Radiosendern befindet sich der Sender *Echo Moskvy* in der Rolle der letzten „Insel der Freiheit“ (vgl. Rabitz 2007, S. 4). Dieser Radiosender ist durch seine starke Kritik an der Regierung und dem Präsidenten bekannt; das Sendungsprogramm besteht aus zahlreichen Talkshows, aktuellen politischen Diskussionen und Live-Sendungen. Trotzdem gehört dieser Sender zu der überwiegend staatlich gehaltenen Gazprom-Media Holding (66% der Aktien), was eine gewisse Abhängigkeit vom Staat voraussetzt (vgl. Dekoder.de Echo Moskwy o.J.). Insofern ist hier kritisch anzumerken, dass *Echo Moskvy* nur als eine „geduldete Opposition

im Medienbereich“ betrachtet werden kann, womit der Staat zeigen möchte, dass es keine Einschränkungen der Medienfreiheit gibt und Journalist_innen selbstverständlich „kritisch“ über die Politik des Kremls berichten können (vgl. Rabitz 2007, S. 4). Die Reichweite des Senders ist jedoch sehr begrenzt. Sie beläuft sich auf etwa 2,5 Mio. Hörer_innen täglich, was in Relation zur russischen Gesamtbevölkerung als niedrig betrachtet werden kann (vgl. Rabitz 2010, S. 166). So gehören zur Zielgruppe des Senders vor allem die Bewohner_innen von Moskau über 40 Jahren mit hohem Einkommen und gutem Bildungsniveau (vgl. Echo Moskwy o.J.). Nennenswert ist dieses Radio aber auch in Zusammenhang mit der Konvergenz unterschiedlicher Internetplattformen. Seit August 2011 ist eine neue Version der Webseite zugänglich, die sich vor allem auf aktive Internetnutzer_innen konzentriert. So kann dort z. B. ein eigenes Profil sowie ein eigener Blog erstellt werden. Die meistgelesenen Blogs der Seite gehören prominenten Journalist_innen, oppositionellen Politiker_innen und engagierten Aktivist_innen und locken daher eine größere Leserschaft auf die Seite des Senders.

3.2 Journalistische Kultur und Besonderheiten des journalistischen Berufs

Die journalistische Kultur spielt besonders in „semi-freien“ Gesellschaften wie Russland (vgl. Kap. 2) eine wirksame Rolle, da viele Prozesse in den Medien durch Traditionen oder ein eigenes Verständnis der Funktionen des Journalismus bestimmt werden. So kritisiert z. B. Vartanova (2013), dass russische Medien (sowie auch die Umsetzung der Medienfreiheit in Russland) häufig nach westlichen Kriterien eingeschätzt werden, ohne die historischen und kulturellen Entwicklungen Russlands zu berücksichtigen (vgl. Vartanova 2013b, S. 8). Der Begriff „journalistische Kultur“ selbst hat mehrere Definitionen und bezieht sich auf unterschiedliche Aspekte:

„The concept of journalistic culture enables a dynamic understanding of journalism as a discursive institution that is permanently being reconstituted and reaffirmed through a number of culturally negotiated professional values and conventions. Like any other culture, journalistic culture exists in three general states of manifestation: as sets of ideas (values, attitudes, and beliefs), as practices (of doing news), and as artifacts (news content).“ (Hanitzsch 2008, S. 34)

Solche Werte und Praktiken unterscheiden sich von Gesellschaft zu Gesellschaft und hängen stark von der jeweiligen politischen Kultur des Landes und seinem politischen System ab. Die Unterschiede zwischen den politischen Systemen und seinen Medienkulturen beeinflussen auch die Arbeit der Journalist_innen: „Eine Verallgemeinerbarkeit kann man erst

beanspruchen, wenn man die gleichen Merkmale und Verhaltensmuster auch in unterschiedlichen journalistischen Kulturen nachgewiesen hat.“ (Donsbach/Patterson 2003, S. 282) Somit kann auch die Realisierung der Medienfreiheit auf unterschiedliche Weise erfolgen. „Denn journalistische Kultur und Pressefreiheit beeinflussen sich gegenseitig: Journalist_innen passen sich in ihrer Arbeit den äußeren Rahmenbedingungen an; der autoritäre Staat reagiert seinerseits auf die Art der Berichterstattung der Medien.“ (Albrecht 2008, S. 12) Deswegen ist es an dieser Stelle wichtig, einige besondere Merkmale der journalistischen Kultur sowie allgemeine Probleme des journalistischen Berufs in Russland zu diskutieren.²² Hier werden vor allem Fragen des journalistischen Selbstverständnisses und der journalistischen Ausbildung beleuchtet, da gerade sie als wesentliche Faktoren für die hohe Akzeptanz der gegenwärtigen gesetzlichen Regulierungen im Medienbereich zu verstehen sind.

Generell gab es in Russland noch nie eine lange Periode, in der vor einer kompletten Unabhängigkeit der Medien vom Staat gesprochen werden konnte. Bereits mit der Etablierung der ersten Zeitungen Anfang des 18. Jahrhunderts wurden offizielle Behörden geschaffen, die im zaristischen Russland für Zensur verantwortlich waren (vgl. Vartanova/Nieminen/Salminen 2009, S. 27). Die Wurzeln des modernen Journalismus liegen in der Sowjetzeit mit einer starken Tendenz zu den ideologischen Funktionen, als es noch notwendig war, ein positives Bild der zentralen politischen Macht zu erschaffen (vgl. White 2008, S. 128). Die 1990er Jahre waren mit der Kommerzialisierung und Instrumentalisierung der Medien und damit mit der Entstehung neuer wirtschaftlicher Abhängigkeiten verbunden, was auch die Glaubwürdigkeit der journalistischen Beiträge diskreditierte (vgl. Kap. 3.1). Dadurch verloren die russischen Journalist_innen eine eigene Identität sowie die Idee ethischer journalistischer Standards:

„In den 1990er Jahren strebten die russischen Journalisten und die Medienunternehmen so sehr nach der Befreiung von Zensur, parteilicher und staatlicher Kontrolle, [...] dass sie die Idee der Zusammenarbeit nicht nur mit dem Staat, sondern auch mit der Gesellschaft generell, die Idee der sozialen Verantwortung der Medien gegenüber dem Publikum, vollkommen abgelehnt haben.“ (Vartanova 2013a, S. 127, Übers. I. K.)

²² In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass es in Bezug auf Russland kaum möglich ist, von einer „zentralen“ und einheitlichen journalistischen Kultur zu sprechen. In seiner Studie weist Albrecht darauf hin, dass in Russland mindestens zwei große journalistische Kulturen existieren – die „Moskauer“ und die journalistische Kultur in den Regionen (vgl. Albrecht 2008, S. 79). Da die Kapazitäten der Medien in den Regionen sehr eingeschränkt sind, haben die Journalist_innen dort weniger Ansprüche an ihre Arbeit und erfüllen meistens nur ihre informative Funktion. Der „Moskauer Journalismus“ erlebt im Gegensatz dazu mehr moderne Transformationen, da er von der Digitalisierung bzw. den Tendenzen der internationalen Medienentwicklung stärker profitiert (vgl. Albrecht 2008, S. 80). Dies wurde auch in dieser Studie bei der Auswahl der Befragten berücksichtigt, siehe Limitierungen der Forschung.

Dabei konnte diese eigene Rolle auch später nicht identifiziert werden (vgl. Albrecht 2008, S. 44). So verstehen sich die Journalist_innen in Russland in erster Linie nur als Informator_innen, die Informationen weiter an das Publikum vermitteln sollen (vgl. Anikina 2012, S. 17). Die Kontrollfunktion des kritischen Journalismus (so z. B. gegenüber der Arbeit der Regierung) ist in Russland im Gegensatz zu westlichen Gesellschaften nur wenig ausgeprägt (vgl. ebd.).

In Bezug auf die späten 2000er Jahre spricht Pasti (2010) über die Entstehung von zwei Generationen russischer Journalist_innen: die erste arbeitete noch in der sowjetischen Zeit, während die zweite Generation der Journalist_innen ihre berufliche Tätigkeit zur Zeit der Transformationen der 1990er und 2000er Jahre aufnahm (vgl. Pasti 2010, S. 59). Paradoxerweise war jedoch gerade die zweite Generation der Journalist_innen von einem verstärkten staatlichen Einfluss auf die Arbeit der Medien betroffen. Die „Umbruchzeit“ der 1990er Jahre mit der Verbreitung des Phänomens „bezahlter“ journalistischer Beiträge führte dazu, dass viele angehende Journalist_innen bereits von Anfang an nicht an die Möglichkeit unabhängiger russischer Medien glaubten (vgl. Schlindwein 2007, S. 4). Unter diesen Rahmenbedingungen wuchs eine Generation von Journalist_innen heran, die sich nicht an professionellen ethischen Standards orientierte, sondern versuchte, ihre pragmatischen Ziele in Form einer schnellen Karriere und der Realisierung eigener kreativer Ambitionen zu erreichen (vgl. Pasti 2004). Gleichzeitig mussten sich die Redaktionen sowie alle Akteur_innen der Medienbranche in Russland stark nach der politischen Linie des Staates und den ‚inoffiziellen‘ Vorgaben richten. In diesem Zusammenhang spricht Pasti von „Tsar staying in the mind“ (Pasti 2010, S. 72) und Vartanova von „a strong belief in the regulatory role of the state shared by almost all players on the media scene“ (Vartanova 2009, S. 289).

Zweifellos sind viele Probleme und Einschränkungen in der Arbeit der Journalist_innen in Russland darüber hinaus mit konkreten, vor allem wirtschaftlichen Bedingungen und Herausforderungen verbunden. Da die Redaktionen häufig unter wirtschaftlichem Druck stehen, wechseln viele davon zu Unterhaltungsformaten, um neue Finanzierungsmöglichkeiten zu erhalten: „The media is oriented towards entertainment and actually the most important question of a freedom of expression concerns which film or which concert to show.“ (Pietiläinen 2005, S. 204) Folglich werden solche Medien vom Publikum als weniger seriös wahrgenommen (vgl. oben, siehe auch Pasti 2010, S. 68).

Die niedrigen journalistischen Standards in Russland lassen sich außerdem mit Problemen der journalistischen Ausbildung und der generell schlechten Bezahlung von Journalist_innen erklären. Obwohl diese Ausbildung bei Abiturient_innen traditionell stark nachgefragt wird, sind viele Programme an den Hochschulen veraltet oder bis heute noch von der „sowjetischen“ Schule des Unterrichts beeinflusst. Mangelnde technische Ausstattung und die fehlende Möglichkeit zur Anwendung neuer Methoden im Studium bleiben in der Zeit der Neuen Medien auch eine große Herausforderung (vgl. Fedorov 2012, S. 54). Viele Programme sind darüber hinaus stark philologisch ausgeprägt und von der modernen Praxis sowie aktuellen journalistischen Standards weit entfernt.²³ Darüber hinaus haben viele Lehrer_innen an den Hochschulen ihre professionelle Tätigkeit noch in der Sowjetzeit angefangen und können jüngeren Studierenden nicht immer ein korrektes Bild des Berufes und der Wichtigkeit eines unabhängigen, kritischen Journalismus vermitteln (vgl. oben).

Für eine objektive Darstellung muss in diesem Zusammenhang jedoch angemerkt werden, dass sich die Universitätsprogramme, die Lehrstandards und die technische Ausstattung der Hochschulen von Ort zu Ort stark unterscheiden. Im Jahr 2010 gab es russlandweit z. B. mehr als 120 Hochschulen, die eine journalistische Ausbildung im Angebot hatten (vgl. Vartanova/Lukina 2010, S. 203). Dazu gehören auch große prominente Hochschulen mit einer langen Unterrichtstradition im Journalismus (wie z. B. die Lomonossow-Universität in Moskau), die versuchen, sich mit den modernen Herausforderungen und Änderungen im Beruf auseinanderzusetzen. Solche Entwicklungen sind jedoch nur für die Großstädte aktuell und betreffen die Regionen kaum.

Eine andere wichtige Tendenz der journalistischen Ausbildung in Russland besteht in der starken Vermischung mit PR. Viele Universitäten bieten die Spezialisierung „Öffentlichkeitsarbeit“ oder „Werbung“ im Rahmen ihrer journalistischen Fakultäten an, was auch ihre Popularität erklärt: Ein Studium im Journalismus wird häufig als möglicher Start für die weitere Karriere in der PR oder der Werbung angesehen (vgl. Pasti 2012, S. 25). Die Absolvent_innen journalistischer Fakultäten sehen sich daher in den meisten Fällen nicht als Journalist_innen, sondern eher als PR-Leute (vgl. Nygren/Degtereva/Pavlikova 2010). Auch in ihrem weiteren professionellen Werdegang wechseln viele Journalist_innen häufig aufgrund der schlechten Bezahlung zu einer Tätigkeit im kommerziellen Bereich (vgl. MSI 2012, S. 231). Parallel dazu öffnen zunehmend kommerzielle Medienschulen und

²³ In der Sowjetzeit gehörte die journalistische Ausbildung zu den philologischen Fakultäten, vgl. dazu Nygren/Degtereva/Pavlikova (2010).

journalistische Kurse, da viele professionelle Journalist_innen als Dozent_innen unterrichten, um eine zusätzliche Einnahmequelle zu haben. Dies ermöglicht einerseits die Vermittlung der auf dem Markt gefragten Kompetenzen, andererseits kann die angebotene Qualität der kommerziellen Schulen mit der klassischen, akademischen Ausbildung oft nicht konkurrieren:

„In response to these diverse and multifaceted changes, new faculties and schools of journalism have been established, in many cases only formally keeping journalism in their name, while existing institutions have undergone substantial reorganization.“ (Vartanova/Lukina 2010, S. 215)

Zwischenfazit:

Der hier gegebene Überblick zeigt einige wichtige Merkmale des Mediensystems und Journalismus in Russland, die bei der Betrachtung der neuen internetbasierten Angebote und der Lage der Internetfreiheit berücksichtigt werden müssen. Die staatlich kontrollierten klassischen Medien, vor allem das Fernsehen, sind die führenden Massenmedien im Land und bestimmen durch ihre einseitige Berichterstattung in vielerlei Hinsicht die Einstellung der Bürger_innen zu politischen Fragen sowie demokratischen Werten wie Rede- und Meinungsfreiheit. Parallel dazu führen die historisch geprägten Besonderheiten des journalistischen Selbstverständnisses, Probleme in der journalistischen Ausbildung sowie die fehlende freiheitliche Tradition in Russland zu allgemein niedrigen journalistischen Standards und somit zu einer Diskreditierung des journalistischen Berufs. All diese Faktoren beeinflussen auch die Effizienz der gesetzlichen Einschränkungen der Medien- und Internetfreiheit in Russland. Andererseits finden mit der Entwicklung des Internets neue Transformationen in den klassischen Medien statt, die zu neuen Formaten wechseln und sich zunehmend an Onlineangeboten orientieren müssen.

4. Die Entwicklung des Internets als alternativer Kommunikationsraum

Trotz des oben dargestellten „paternalistischen Charakter[s] der Beziehungen zwischen Medien und dem Staat“ (Vartanova 2013a, S. 109, Übers. I. K.) gewann das Internet als Informationsquelle in Russland schnell eine enorme Bedeutung. Seine rasche Verbreitung und die Änderungen in der Internetnutzung können dabei als Faktoren betrachtet werden, die zu der Etablierung einer Vielzahl kritischer Stimmen in Form neuer oppositioneller Medien, Aktivist_innen oder Blogger_innen beitrugen, aber in der Folge auch zu einem verstärkten Interesse des Gesetzgebers in diesem Bereich führten. In diesem Kapitel werden die wichtigsten statistischen Daten zur Entwicklung und Nutzung des Internets in Russland sowie die wachsende Rolle der journalistischen Onlineangebote und sozialen Medien im Vorfeld und nach der Protestbewegung 2011–2013 dargestellt. Zweifellos unterliegen die Zahlen der Nutzer_innen und die Internetverbreitung einem kontinuierlichen Wandel und haben sich auch während der Niederschrift dieser Arbeit stark verändert. Deswegen kann hier nur auf allgemeine Tendenzen der Internetentwicklung in dem analysierten Zeitraum eingegangen werden, welche für das Erkenntnisinteresse dieser Forschung eine Rolle spielen.²⁴

4.1 Die Geschichte des russischen Internets und das Konzept des *RUNET*

Für ein besseres Verständnis der Besonderheiten und des technischen Aufbaus des russischen Internets ist ein kurzer Überblick über seine Geschichte notwendig. Dessen aktive Phase begann erst in der Mitte der 1990er Jahre, obwohl es bereits in der sowjetischen Zeit Versuche gab, ein akademisches Computernetz zu errichten (vgl. Brunmeier 2005, S. 36). In den 1990er Jahren wurde das nationale Computernetz *Relcom* entwickelt, das sich an den Strukturen, Prinzipien und Protokollen des modernen Internets orientierte und entsprechend aufgebaut war (vgl. FB.ru 2016b). Im August 1990 wurde der erste Datenaustausch zwischen Computern des Moskauer Kurtschatow-Instituts und dem Computernetz der Universität Helsinki, Finnland durchgeführt. Zwei Jahre später wurde Russland an das *EUnet* angeschlossen (vgl. Brunmeier 2005, S. 38). Am 7. April 1994 wurde der Domainname *.ru*

²⁴ Obwohl hier auch spätere Daten exemplarisch präsentiert werden, liegt der Fokus bei der Darstellung der Statistiken vor allem auf den Zeitraum vor der Durchführung der Experteninterviews (2016) sowie auf den Entwicklungen im Vorfeld der politischen Mobilisierung in den Jahren 2011–2013.

offiziell registriert, mit dem die Geschichte des sogenannten *RUNET* beginnt (vgl. Seoded.ru o.J.).

Die Verwendung des Begriffs *RUNET* wird in der Literatur und in den offiziellen Dokumenten von den Behörden nicht einheitlich gehandhabt. Die Bezeichnung *RUNET* entstand aus den zwei Domain-Namen-Endungen *.ru* und *.net*, obwohl dieser Begriff mit dem Domainname *.ru* nicht gleichzusetzen ist (vgl. ebd.). Das *RUNET* wird als das Internet in Russland selbst verstanden („rossijskij internet“ = „russländisches Internet“) und wird als Begriff auf die geografischen Landesgrenzen bezogen. Andere Interpretationen verstehen aber das *RUNET* eher als ein Segment des Internets in Bezug auf die russische Sprache („ruskojazychnij internet“ = „russischsprachiges Internet“) oder auch als Teil des Internets in einer bestimmten kulturellen Tradition („russkij internet“ = „russisches Internet“) (Konradova/Schmidt 2014, S. 34). In dieser Interpretation bezieht sich der Begriff *RUNET* nicht nur auf das Internet in Russland, sondern auch auf mehrere GUS-Staaten sowie auf Länder mit starken russischsprachigen Gemeinschaften wie z. B. Lettland, Deutschland, Israel und die USA und umfasst weitere Domain-Namen wie z. B. *.pф*, *.su*, *.ru*, *.am*, *.az*, *.by*, *.ge*, *.kg*, *.kz*, *.md*, *.ua*, *.ykp* und *.uz* (vgl. Seoded.ru o.J.).²⁵ Obwohl russische Migrant_innen in unterschiedlichen Ländern und Regionen leben, finden ihre Onlineaktivitäten eher im *RUNET* statt (vgl. Deibert/Palfrey/Rohozinski 2010, S. 18). Insofern ist das *RUNET* nicht nur als geografisches, sondern auch als ein kulturelles und soziopolitisches Phänomen zu verstehen.

Ein anderes wichtiges Merkmal besteht darin, dass mit dem Begriff *RUNET* häufig dessen ursprünglich liberaler und freiheitlicher Charakter sowie seine starke Politisierung assoziiert werden (vgl. Deibert/Palfrey/Rohozinski 2010, S. 18). Asmolov und Kolozaridi (2017) betonen beispielsweise in ihrer Chronologie, dass die politische Regulierung des Internets in Russland erst seit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011–2012 begonnen habe (siehe dazu Kap. 6). Davor waren die Phasen der Entwicklung des *RUNET* durch die Dominanz unterschiedlicher „Interneteliten“ gekennzeichnet, die als „actors that take an active part in the social construction of the Internet within a specific socio-political and cultural context“ (Asmolov/Kolozaridi 2017, S. 63) definiert werden können. Aus diesem Grund wurde das *RUNET* in den 1980er Jahren vor allem durch wissenschaftliche Kreise

²⁵ Diese Top-Level-Domains werden für folgende Länder verwendet: Russland, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kirgisistan, Kasachstan, Republik Moldau, Ukraine und Usbekistan.

beeinflusst. In den 1990er Jahren wurde es dagegen eher als eine neue Form des Samisdat²⁶ oder „intelligente Bibliothek“ verstanden und seine Entwicklung eher von kulturellen Eliten bestimmt (vgl. ebd., S. 67). Gerade in dieser Zeit etablierten sich auch die ersten Onlinemedien wie beispielsweise die *Elektronische Zeitschrift* sowie die ersten Blogs in Russland (vgl. Brunmeier 2005, S. 33). In den frühen 2000er und 2010er Jahren verstärkte sich die Rolle der sozialen Medien und der Blogosphäre deutlich. Viele Journalist_innen, Autor_innen und oppositionelle Politiker_innen gingen seit dieser Zeit aktiv ins Internet, da dieses im Gegensatz zu den klassischen Medien noch frei von politischen Restriktionen war (vgl. Deibert/Palfrey/Rohozinski 2010, S. 20).

Dieser kurze chronologische Überblick zeigt somit bereits einige wichtige Merkmale der historischen Entwicklung des russischen Internets auf, das ursprünglich im Vergleich zu den klassischen Medien als freierer und alternativer Kommunikationsraum aufgebaut und genutzt wurde. Dies ist eine wesentliche Besonderheit, welche auch bei der Analyse von aktuellen Einschränkungen, der Rolle von gesetzlichen Änderungen, aber auch der Möglichkeiten von technischen Sperrungen in Russland berücksichtigt werden muss.

4.2 Internetverbreitung und Internetnutzung

Die Verbreitung des Internets in Russland fand anfangs durch die mangelnden technischen Möglichkeiten und die große territoriale Abgeschiedenheit vieler Regionen nur langsam statt (vgl. Anikina 2009, S. 248). Aus diesem Grund sprechen die früheren Studien der 2000er Jahre sogar von einem elitären Charakter des russischen Internets (vgl. Schindwein 2007; Anikina 2009; Etling/Alexanyan/Faris et al. 2010). Während es in dieser Zeit als „a tool of the urban elite“ gesehen wurde (Alexanyan 2009, S. 3), zeigen die aktuellen Nutzerstatistiken eine komplett entgegengesetzte Tendenz und ein rasantes Wachstum der Internetverbreitung in den späten 2010er Jahren. Die entsprechenden statistischen Daten werden in Russland selbst von mehreren Forschungsinstituten und Organisationen erfasst wie z. B. von der Stiftung für öffentliche Meinung (*Fond obshchestvennoje mnenie*, FOM), dem Allrussischen Zentrum der Forschung der öffentlichen Meinung (*Wserossijski zentr isutschenija obschtschestwennowo mnenija*, WCIOM), dem analytischen Zentrum von Jurij Lewada

²⁶ Mit diesem Begriff wurde in der Zeit der Sowjetunion die Verbreitung von alternativen, offiziell nicht erlaubten Texten bezeichnet, die häufig durch Abschreiben mit der Hand oder durch Fotokopien reproduziert wurden (von russischem „sam“ und „isdat“ – selbständig herausgeben).

(Lewada-Zentrum), der TNS Russland, Yandex, der Russischen Assoziation für elektronische Kommunikation (*Rossijackay Assoziacija Elektornnoi Kommunikazii, RAEK*) und vielen anderen. Hier werden einzelne Statistiken exemplarisch dargestellt, die je nach Methode und Grundgesamtheit etwas variieren. So werden von FOM nur die Nutzer_innen ab 18 Jahren unabhängig von ihrem Wohnort berücksichtigt, während das TNS in seinem Bericht *Web Index* die Daten über Nutzer_innen ab 12 Jahren in Städten ab 100.000 Einwohner_innen und in dem Bericht *Web Index Mobile* über die Internetnutzer_innen von mobilen Geräten in den Städten mit mehr als 700.000 Einwohner_innen erfasst (vgl. Yandex 2016). Nichtsdestotrotz belegen alle Statistiken ein rasches Wachstum der Internetnutzung in Russland, was auch dessen Rolle für die Verbreitung von Informationen qualitativ veränderte.

Nach Angaben von WCIOM betrug die Zahl der Internetnutzer_innen in Russland in der ersten Hälfte 2011 51% und Anfang 2017 bereits 75% der Bevölkerung, während sie im Jahr 2005 nur bei etwa 5% lag (vgl. WCIOM 2017a). Als durchschnittliche Gesamtdauer der Internetnutzung wurde von den meisten russischen Bürger_innen 9 Jahre angegeben, was die schnelle Internetverbreitung in Russland seit den 2010er Jahren bestätigt (vgl. ebd.). Dabei waren 90% der Menschen im Alter von 18–24 Jahren im Jahr 2017 täglich online, die gesamte Zahl der täglichen Internetnutzer_innen hat sich seit 2011 mehr als verdoppelt:

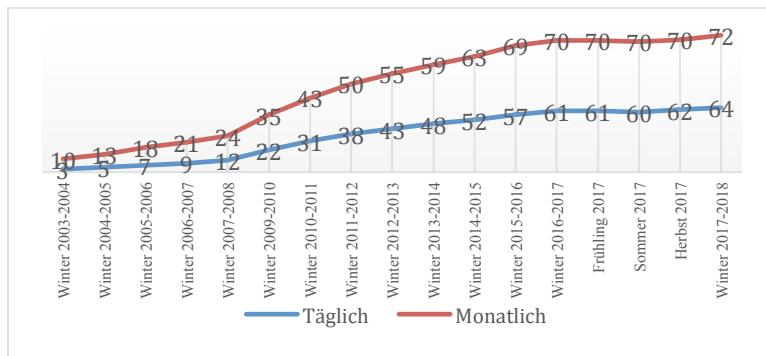
Tabelle 2. Wie oft nutzen Sie Internet? (in % von allen Befragten)

	1 IV 2011	1 IV 2012	1 IV 2013	1 IV 2014	1 IV 2015	1 IV 2016	1 IV 2017	1 IV 2018
Fast täglich	28	37	42	45	51	53	56	62
Mehrmals pro Woche	14	14	15	14	13	12	13	12
Mehrmals pro Monat	6	5	6	6	5	4	4	4
Ab und zu, nicht weniger als 1 Mal pro Halbjahr	3	2	2	2	2	1	2	2
Nutze nicht	48	41	34	32	29	29	25	19
Keine Angabe	1	1	1	1	0	1	0	1

Quelle: WCIOM 2017b.

Diese Dynamik lässt sich auch mit den Daten von FOM illustrieren: Im Winter 2007–2008 betrug die tägliche Reichweite des Internets 12% von der gesamten Bevölkerung, im Winter 2011–2012 – 32%, im Winter 2015–2016 – 57% und im Winter 2017–2018 – bereits 64%. Die monatliche Reichweite des Internets wuchs entsprechend von 24% im Jahr 2012 bis zu 72% Ende 2017 (vgl. FOM 2018a):

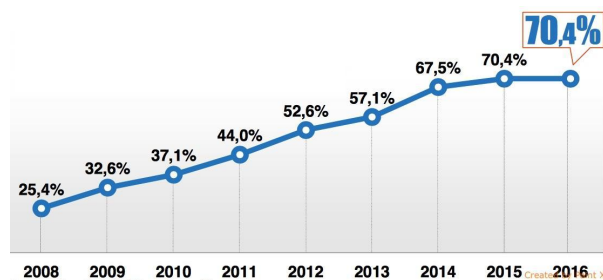
Abbildung 1. Dynamik der Internetverbreitung, % von gesamer Bevölkerung



Quelle: FOM 2018a, Stand Sommer 2018.

Ähnliche Statistiken werden von GfK (Gesellschaft für Konsumforschung) präsentiert: Während Ende 2008 die Zahl der aktiven Internetnutzer_innen in Russland nur 25,4% der Bevölkerung betrug, stieg sie im Jahr 2012 bis zu 52,6% und Ende 2016 bis zu 70,4%²⁷ (oder 84 Mio. Menschen):

Abbildung 2. Änderung der Verhältnisse zwischen den Internetnutzer_innen und der gesamten Bevölkerung



Quelle: GfK 2018a.

Wie aus den dargestellten Statistiken hervorgeht, hat sich die Zahl der aktiven Internetnutzer_innen in Russland in den letzten zehn Jahren fast verdreifacht. Besonders in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre lässt sich ein qualitativer Sprung in der Internetnutzung beobachten. Bemerkenswert ist jedoch, dass sich seit 2015 der Zuwachs der Internetnutzer_innen pro Jahr verlangsamt (vgl. Yandex 2016). Dies lässt sich mit dem zu diesem Zeitpunkt bereits relativ hohen Verbreitungsgrad erklären. Mehrere soziale Gruppen und alle Großstädte des Landes waren damals bereits an das Internet angeschlossen (vgl. WCIOM 2015a). Im Jahr 2016 stellten jedoch Nutzer_innen über 45 Jahren sowie die Bewohner_innen der ländlichen Regionen und Provinzen immer noch ein großes Potenzial für den weiteren Zuwachs dar (vgl. Yandex 2016).

²⁷ Laut dem jüngsten Bericht der GfK betrug die Zahl der Internetnutzer_innen Ende 2018 75%; 61% der Bürger_innen nutzen das Internet von mobilen Endgeräten (vgl. GfK 2018b).

Im Unterschied zu dieser allgemeinen Verlangsamung der Internetverbreitung seit 2015 verzeichnet die Nutzung des mobilen Internets in Russland ein kontinuierliches Wachstum. Im Jahr 2016 nutzten etwa 56 Mio. Menschen ab 16 Jahren (46,6%) das Internet über mobile Endgeräte (vgl. GfK 2018). 13,2% der russischen Bürger_innen gingen ausschließlich über das mobile Internet online (vgl. ebd.). Ende 2016 betrug der Zuwachs von ausschließlichen Nutzer_innen des mobilen Internets im Vergleich zum Vorjahr 24%, während der Gesamtwuchs der Internetnutzer_innen nur um 2% anstieg (vgl. Mediascope 2017). Laut Jahresbericht des *Russischen Internet-Forums* (RIF) überholte die Nutzung des mobilen Internets im Jahr 2017 erstmals die Nutzung des Internets über Desktop; die Zahl der Bürger_innen, die das Internet ausschließlich mobil nutzten, erreichte 20,9% (vgl. RIF 2018b). Neben vergleichbaren weltweiten Tendenzen lässt sich diese Entwicklung in Russland auch dadurch erklären, dass das mobile Internet auf dem Land sehr günstig ist. Bereits im Jahr 2010 gab es etwa 250 Mobilfunkbetreiber, die rund 40% des Telekom Umsatzes ausmachten (vgl. Deibert/Palfrey/Rohozinski 2010, S. 213). Das mobile Internet in Russland wird zudem ausschließlich über Prepaid-SIM-Karten benutzt, die keine Mindestlaufzeit haben und keine Kündigung benötigen. Die unkomplizierte Anschaffung, die hohe Konkurrenz unter den Anbietern und die aus diesem Grund niedrigen Preise für hohe Geschwindigkeiten machen das mobile Internet leicht zugänglich und für die russischen Nutzer_innen besonders attraktiv.²⁸ Gerade durch die schnelle Verbreitung des mobilen Internets stieg auch die durchschnittliche Zeit der Internetnutzung pro Monat rasant an: Anfang 2012 betrug sie etwa 22,4 Stunden pro Monat (im Vergleich mit den 13,3 Stunden pro Monat in 2007) (vgl. Civil Society Development Foundation 2012a).

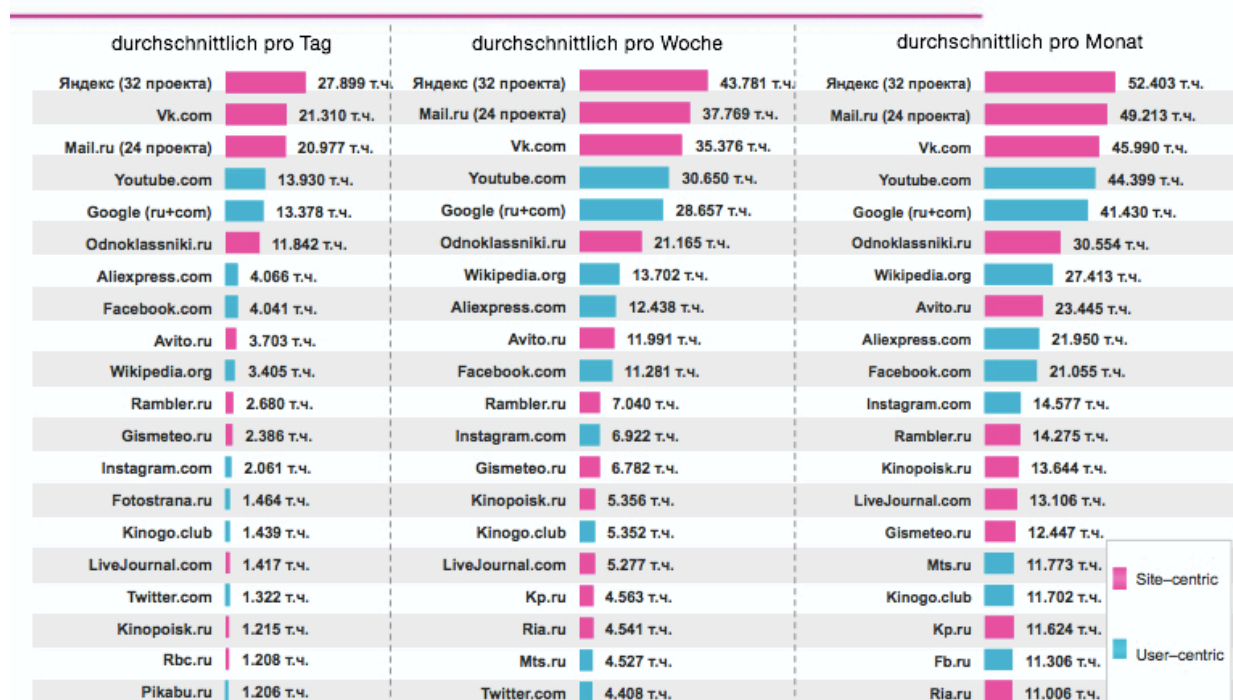
Im Hinblick auf die Preise für das Internet sind in Russland große, vor allem regionale Unterschiede festzustellen. In weit entfernten Regionen können die Kosten für einen stationären Internetzugang 5–6 Mal höher sein. Im Jahr 2016 lag beispielsweise der monatliche Preis für einen stationären Internetzugang mit unbegrenztem Datenvolumen in den Städten Jakutsk oder Nowy Urengoi (beide Sibirien) bei 950–1.000 RUB (etwa 14 Euro), während in Petrosawodsk (Karelien) oder in Sewastopol auf der Krim eine Verbindung mit der gleichen Geschwindigkeit etwa 150–300 RUB (etwa 2–4 Euro) kostete (vgl. Yandex 2016). Im Durchschnitt lag der Preis für einen Tarif ohne Limit mit einer Downloadgeschwindigkeit von mindestens 3 MB/s im März 2016 bei 404 Rubel (etwa 5

²⁸ Bis 2014 wurde der Kauf von SIM-Karte in Russland kaum kontrolliert und ohne Angabe von persönlichen Daten möglich. Seit 2014 können die SIM-Karte nur in speziellen Verkaufspunkten und nur mit Angabe von Passdaten gekauft werden. Im Jahr 2017 wurde außerdem das Gesetz über Verbot der Verbreitung der illegalen SIM-Karten unterzeichnet.

Euro) (vgl. ebd.). In den zentralen Regionen und Städten der Region Moskau (z. B. Podolsk, Odinzowo, Kolomna) sind die Preise am niedrigsten, während die höchsten in weit entfernten Regionen wie Fernost und dem Nordkaukasus festzustellen sind. Die Preise für das mobile Internet können sich allerdings auch je nach Region bis zu 3–4 Mal unterscheiden. Das mobile Internet für ein Tablet kostet in Russland durchschnittlich etwa 280 Rubel (etwa 3,7 Euro) pro Monat für ein Paket von 4,5 GB. Den teuersten mobile Zugang gibt es in Fernost, den kostengünstigsten in Moskau, auf der Krim,²⁹ der Wolga-Region und im Nordwesten – (vgl. ebd.). Generell bleiben die Preise für das Internet in Russland jedoch sehr niedrig, was eine gute Zugänglichkeit sowohl für den Alltag als auch für professionelle Tätigkeiten gewährleistet.

Zu den meistbesuchten Internetressourcen in Russland gehören vor allem die Suchmaschinen (*Yandex.ru*, *Mail.ru* und *Google*), die sozialen Netzwerke und Foto- und Video-Services (vor allem die russischen *vk.com* und *Odnoklassniki*, aber auch *Facebook*, *YouTube*, *Instagram* und *LiveJournal*), Musik- und Videoportale (*Kinopoisk* und *Kinogo*) sowie die Onlineshopping-Seiten (*AliExpress* und *Avito.ru*):

Abbildung 3. Top-20 Internetseiten nach Mediascope 2016,³⁰ Nutzer_innen in Tausend



Quelle: Mediascope 2016.

²⁹ Seit 2015 werden in russischsprachigen Studien die Daten von der Krim miterfasst.

³⁰ Hier wird der Stand von 2016 präsentiert, da dieser Zeitraum mit der Zeit der in dieser Arbeit durchgeführten Interviews korreliert. Das Ranking der meistzitierten Onlinemedien in dieser Zeit wurde außerdem bei der Suche nach den möglichen Interviewpartner_innen berücksichtigt, siehe Kap. 7.1.

Dies entspricht der Statistiken von *WCIOM* über die Hauptmotive der Internetnutzung: Ende 2015 lag die Suche und das Herunterladen von Musik, Filmen und Texten (56%) an der Spitze, danach folgte die Nachrichtensuche (55%), der E-Mail-Verkehr (53%) sowie Arbeit und Studium (50%) (vgl. Bizhit.ru 2015). 44% der Internetnutzer_innen gingen aufgrund der sozialen Medien, Chats und Foren ins Netz, 32% suchten nach neuen Freundschaften, 31% nutzten das Internet für Onlinespiele und 25% für Onlineshopping (vgl. ebd.).

Trotz dieser starken Neigung zu Unterhaltungszwecken ist hier prinzipiell anzumerken, dass das Netz in Russland gleichzeitig eine immer wichtigere Rolle für das Empfangen von politischen Informationen und Nachrichten spielt. Im Jahr 2011 – dem Jahr der ersten Protestbewegungen nach den Dumawahlen – nutzten etwa 50% der russischen Bürger_innen unter 35 Jahren das Internet häufiger als das Radio oder Printmedien für die Suche nach Nachrichten (vgl. Tkacheva 2013, S. 125). Gleichzeitig nahm seit dieser Zeit die Nutzung von sozialen Netzwerken und Messenger stark zu. Nach Angaben von *Comscore* verbrachten die russischen Nutzer_innen im Jahr 2012 die Hälfte ihrer Zeit online in den sozialen Netzwerken, was weltweit den größten Anteil darstellt (vgl. Federal'noe agentstvo po pečati 2013, S. 36). 99,7% aller Nutzer_innen, die sich täglich im Internet aufhielten, verbrachten ihre Zeit in sozialen Netzwerken (vgl. ebd., S. 90).

Internetverbreitung und Wirtschaft

Wie in den anderen Ländern spielt das Internet in Russland auch eine immer stärker werdende Rolle für Wirtschaft und Handel und stellt ein großes Potenzial für die verschiedensten kommerziellen Projekte und Investitionen dar. Dies bedeutet gleichzeitig, dass viele Märkte und Business-Bereiche sehr stark mit dem Internet verknüpft sind. Laut dem Bericht der Föderalen Agentur für Massenmedien betrug der Anteil der Internetwirtschaft im Jahr 2013 1–2% des BIP (vgl. Federal'noe agentstvo po pečati 2013, S. 62). Als Hauptfaktor dieses Wachstums wird die Entwicklung des E-Commerce, des elektronischen Handels, genannt: Etwa 14 Mio. Menschen kauften 2013 über das Internet ein; der Umsatz des Onlineshopping betrug in diesem Jahr etwa 390 Mrd. Rubel (vgl. ebd.). Dieses rasante Wachstum galt auch für den Werbemarkt: der Umsatz der Werbung im Internet überholte im Jahr 2013 den Umsatz der Presse und des Fernsehens (vgl. Federal'noe agentstvo po pečati, 2013, S. 90). Nach Angaben von *RIF* betrug das Gesamtvolumen der Einnahmen in *RUNET* im Jahr 2013 etwa 1 Billion Rubel (1,7% des BIP), der Umsatz des gesamten Wirtschaftssystems des mit dem Internet verknüpften Handels erreichte 5,2 Billionen Rubel (8,5% des BIP) (vgl. RIF

2014). Zum 2017 betrug der Anteil der Internetwirtschaft bereits 3,8% der BIP (vgl. RIF 2018b). Die mobile Wirtschaft entwickelte sich zur elftgrößten Wirtschaftsaktivität Russlands und konkurrierte in dieser Größenordnung mit der Landwirtschaft (vgl. ebd.) Gleichzeitig nutzten etwa 65% Unternehmen im Jahr 2017 das Internet für ihre Finanzoperationen (vgl. Worobjev 2018). Dabei waren 20% der Nutzer_innen in C2C (*client to client*) Verkäufe involviert. Das Volumen dieses Marktes für direkte private Internetverkäufe betrug Ende 2017 295 Mrd. Rubel mit 90 Mio. durchgeführten Transaktionen (vgl. RIF-Bericht 2018). Das Wachstum der Gesamtausgaben der russischen Werbewirtschaft für mobile Formate wurde für das Jahr 2017 auf 43% eingeschätzt (vgl. Mediascope 2018).

Während am Anfang der 2000er Jahre die Verbreitung des Internets in Russland noch relativ niedrig war (vgl. oben), verdeutlichen die genannten Statistiken, dass heutzutage viele Wirtschaftsbeziehungen und Dienstleistungen über das Internet angeboten und abgewickelt werden. Wie in Kapitel 2.2 aufgeführt, kann daher eine Verschärfung der Internetregulierung auch zu einem möglichen Rückgang der ökonomischen Prozesse führen. Insofern sollten bei der Verabschiedung neuer Gesetze auch wirtschaftliche und Dienstleistungsinteressen berücksichtigt werden. Obwohl die ökonomischen Faktoren und Einflüsse nicht direkt im Fokus dieser Arbeit stehen, geben die oben genannten Daten daher auch einen wichtigen Kontext wieder und beschreiben die wirtschaftlichen Abhängigkeiten zwischen der Internetentwicklung und den Möglichkeiten seiner Regulierung.

Vertrauen in Informationsquellen: Internet vs. klassische Medien

Als weitere wichtige Folge der schnellen Internetverbreitung in Russland ist die Änderung der Mediennutzung sowie des Vertrauens zu verschiedenen Informationsquellen zu nennen. Dies wurde in Kapitel 3 in Bezug auf das Fernsehen bereits thematisiert. An dieser Stelle wird erläutert, welche Rolle dabei der landesweiten Verbreitung des Internets zukommt. Die Statistiken der hier zitierten Forschungsinstitute und Unternehmen sind in ihren Ergebnissen teilweise widersprüchlich, was viel über die wichtigen Veränderungen in der Wahrnehmung der Medien in Russland aussagt.

Laut der Daten von *Synovate Comcon* ist das Vertrauen in das Fernsehen in dem Zeitraum von 2006 bis 2011 von 45% auf 35%, das Vertrauen in die Printmedien von 31% auf 26% gesunken (vgl. Civil Society Development Foundation 2012a). Das Vertrauen in das Internet als Informationsquelle belief sich im Jahr 2011 auf 40% (vgl. ebd.). Dies stellt – besonders im Vorfeld der Parlamentswahlen vom 4. Dezember 2011 für die Staatsduma und der

Präsidentenwahl am 4. März 2012, als dem Internet eine kritische Rolle in der politischen Mobilisierung in Russland zukam – eine relevante Tendenz dar (siehe dazu Kap. 5.1).

Gleichzeitig zeigen andere Statistiken, dass in dem analysierten Zeitraum das Fernsehen in Russland sowohl nach Reichweite als auch nach Vertrauen der Nutzer_innen das führende Medium im Land blieb. Den Ergebnissen einer allrussischen Umfrage im Sommer 2012 zufolge, erhielten 98% der russischen Bürger_innen die Nachrichten aus dem zentralen Fernsehen, 88% aus dem regionalen Fernsehen (vgl. Gtmarket.ru 2012). Als zweithäufigste Informationsquelle wurde die Presse (die überregionale Presse von 70% und die lokale Presse von 68% der Bürger_innen) genannt. Das Internet befand sich auf dem dritten Platz (59%). Es hatte bereits 2012 das Radio überholt (53% für das zentrale und 46% für das regionale Radio) (vgl. ebd.). Das größte Vertrauen als Informationsquelle erhielt demzufolge das Fernsehen: Die Mehrheit derjenigen, die ihre Informationen von überregionalen oder regionalen Fernsehsendern beziehen (jeweils 78%), vertrauten am meisten diesen Quellen. An zweiter Stelle befand sich die überregionale und lokale Presse (70% bzw. 68%), gefolgt von dem überregionalen und lokalen Radio (72% bzw. 68%). Das Internet war hier auf dem vierten Platz (64% derjenigen, die Informationen von dieser Quelle erhalten, vertrauen den Informationen im Web) (vgl. ebd.). Im Gegensatz dazu zeigte jedoch eine spätere Statistik aus dem Jahr 2015, dass trotz des rasant gestiegenen Vertrauens in das Internet als Informationsquelle, immer noch 55% der russischen Bürger_innen bei der Verbreitung von widersprüchlichen oder nicht vertraulichen Informationen den Nachrichten aus dem Fernsehen mehr glauben würden. Nur 18% würden Informationen aus dem Internet inklusive Blogs, Foren und sozialen Netzwerken bevorzugen (vgl. WCIOM 2015b).

Auch nach Angaben von FOM bleibt das Fernsehen landesweit eine Hauptinformationsquelle für Nachrichten (vgl. Kap. 3.1). Nichtsdestotrotz zeigen die Statistiken des Instituts, dass die Nutzerzahlen beim Fernsehen von 2012 bis 2018 kontinuierlich gesunken sind. Anfang 2012 sahen noch 78% der russischen Bürger_innen täglich fern, 64% nutzten dieses Medium für Informationen. 2016 sahen nur noch 61% täglich fern. Im Jahr 2017 nutzten 58% der gesamten russischen Bevölkerung täglich den Fernseher und 54% bezogen daraus ihre Informationen (vgl. FOM 2018b). Dabei ergab sich hinsichtlich des Vertrauens in den Wahrheitsgehalt des Mediums Fernsehen folgendes Bild: 41% der Befragten hatten nur selten kein Vertrauen in das Fernsehen, 65% der Bevölkerung hatten gelegentlich kein Vertrauen in die Fernsehnachrichten und 24% hatten oft kein Vertrauen (vgl. ebd.). In dem Zeitraum 2013–2014 stieg das Vertrauen in die Fernsehberichterstattung wieder etwas an, was sich vor allem

mit dem Beginn der Ukraine-Krise, den wirtschaftlichen Sanktionen des Westens gegenüber Russland und der aktiven Berichterstattung der staatlichen Medien zu diesen Themen erklären lässt.

Die späteren Entwicklungen von 2015–2019 zeigen jedoch einen deutlichen Vertrauensverlust des Fernsehens bei den Zuschauer_innen auf. Während im April 2015 63% der russischen Bürger_innen das Fernsehen als Informationsquelle angaben, der sie am meisten vertrauen, betrug diese Zahl im Januar 2019 nur noch 36% (vgl. FOM 2019). Dieses wichtige Phänomen kann teilweise mit der wachsenden Popularität von YouTube in Russland erklärt werden. Im Jahr 2018 verzeichneten die TOP-100-Kanäle auf YouTube im Hinblick auf ihre Abonnentenzahl ein Wachstum von 60–70% im Vergleich zum Vorjahr (vgl. VC.ru 2018). Obwohl dabei Kanäle mit Unterhaltungscharakter die Spitzenpositionen innehaben, erhalten auch Informationskanäle mit investigativen, journalistischen Beiträgen oder Dokumentarfilme Mio. von Aufrufen³¹ und stellen dadurch eine starke Konkurrenz zum „überregulierten staatlichen beziehungsweise staatsnahen Fernsehen“ dar (vgl. Dekoder 2018b).

Ohne Zweifel ist auch darauf hinzuweisen, dass das Vertrauen in die unterschiedlichen Informationsquellen je nach den soziodemografischen Charakteristika der Nutzer_innen variiert. Während das Fernsehen vor allem unter den älteren Bevölkerungsgruppen populär ist (98% der Nutzer_innen sind Rentner_innen mit mittleren oder niedrigen Einkommen), hat sich für die jüngere Nutzergruppen (vor allem für die Bewohner_innen der Großstädte mit hohem Ausbildungs- und Einkommensniveau) das Internet als absolut führende Informationsquelle etabliert (vgl. Galitzky/Petuckova 2013).

So zeigen die hier dargestellten Statistiken, dass sich die Rolle der unterschiedlichen Medien als Informationsquelle im letzten Jahrzehnt in Russland kontinuierlich verändert hat. Obwohl das Fernsehen das führende Medium im Land bleibt, wird das Internet immer häufiger für Informationen und politische Nachrichten benutzt und hat in dieser Funktion das Radio und

³¹ Als Beispiel dafür ist der YouTube-Kanal *vDud* des Sport-Journalisten und Bloggers Juri Dud zu nennen. Dieser Kanal wurde erst 2017 gegründet, bekam allerdings in den ersten zwei Jahren bereits mehr als sechs Mio. Abonnent_innen (https://www.youtube.com/channel/UCMCgOm8GZkHp8zJ6l7_hIuA). Allein das erste Video des Kanals wurde innerhalb von 24 Stunden nach seiner Veröffentlichung mehr als 100.000 Mal aufgerufen. Der Kanal basiert auf dem Format des klassischen journalistischen Interviews, zeichnet sich aber durch eine außergewöhnliche Auswahl von Gästen (Künstler_innen, YouTuber_innen, Musiker_innen) und eine besonders freie Gesprächssituation – in den Videos wird viel Vulgärsprache benutzt – aus. In den Diskussionen geht es häufig um politisch brisante und gesellschaftlich tabuisierte Themen (vgl. Dekoder 2018b). Außerdem drehte Dud im Jahr 2019 zwei Dokumentarfilme über Stalins Terror (*Kolyma-Heimat der russischen Angst*, vgl. Dud 2018) und über die Geiselnahme in Beslan im September 2004 (vgl. Dud 2019), die ein großes Medienecho auslösten und mehrere Mio. Aufrufe bekommen haben.

teilweise auch die Printmedien überholt. Gleichzeitig ist aufzuführen, dass das Vertrauen in die unterschiedlichen Informationsquellen stark mit den jeweiligen aktuellen politischen Ereignissen verknüpft sein kann. Besonders in der Zeit wichtiger politischer Ereignisse oder Krisen ist eine Zunahme des Vertrauens der russischen Bürger_innen zum staatlichen Fernsehen zu beobachten.

4.3 Die Entwicklung der sozialen Netzwerke

Wie oben bereits angedeutet, gehören die sozialen Netzwerke in Russland nach den Nutzerzahlen und der verbrachten Onlinezeit zu den meistgenutzten Internetressourcen. So verzeichnete im Jahr 2018 das soziale Netzwerk *vk.com*³² mit 43,2% unter allen Internetressourcen direkt nach der russischen Suchmaschine *Yandex.ru* mit 44,5% die größte Reichweite (vgl. Mediascope 2018). Die tägliche Reichweite der sozialen Netzwerke betrug dabei 52% der Bevölkerung; das sind 27 Mio. Menschen (vgl. ebd.). Nach Angaben von *WCIOM* nutzen 45% der russischen Bürger_innen ab 18 Jahren mindestens ein soziales Netzwerk täglich, 62% – wöchentlich (vgl. *WCIOM* 2018, Stand Februar 2018). Gleichzeitig verfügt die Entwicklung der sozialen Netzwerke in Russland über einige Besonderheiten, da international führende Plattformen wie *Facebook* und *Twitter* erst zu einem späteren Zeitpunkt dort zugänglich waren.

So waren im Jahr 2012 bereits 82% der Internetnutzer_innen in Russland in sozialen Netzwerken registriert; 2010 betrug diese Zahl noch 52% (vgl. *WCIOM* 2012b). Zu den meistbesuchten sozialen Medien gehörten die russischen *Odnoklassniki.ru* (73% der Internetnutzer_innen), *Vkontakte.com* (62% der Internetnutzer_innen) und *Moi Mir* (31% der Internetnutzer_innen) (vgl. ebd., Stand 2012). Im Jahr 2017 besuchten etwa 42% der russischen Internetnutzer_innen täglich *vk.com*, 27% – *Odnoklassniki*, 25% – *Instagram*³³, 20% – *Facebook* und *Moi Mir*, nur 11% – *Twitter* und 7% – *LifeJournal* (vgl. *WCIOM* 2017b). Obwohl die russischen sozialen Netzwerke eine offensichtliche Ähnlichkeit zu ihren internationalen Analogon haben, werden hier einige ihrer besonderen Funktionen angeführt.

³² Bis Januar 2012 war der offizielle Name des Netzwerks *Vkontakte.ru* (aus dem Russischen: „in Kontakt“, „in Verbindung“). Aufgrund der besseren Lesbarkeit werden in dieser Arbeit beide Namen verwendet.

³³ *Instagram* verzeichnet in Russland ein sehr schnelles Wachstum und gehört dort heutzutage zu den meistbenutzten Portalen, die sowohl für E-Commerce und Werbung als auch privat benutzt werden. Ende 2018 befand sich Russland weltweit auf Platz 6 nach der Zahl der aktiven Instagram-Nutzer_innen (vgl. *BR-Analytics.ru* 2018).

Das soziale Netzwerk *vk.com* wurde 2006 gegründet und hat seinen Sitz in Sankt Petersburg. Nach eigenen Angaben erreicht *Vk* monatlich etwa 97 Mio. Menschen. 5 Mrd. Nachrichten werden täglich verschickt, *VK-Messenger* wird von 82 Mio. Menschen aktiv monatlich genutzt (vgl. *vk.com*, Stand Herbst 2018). *Vk.com* ist in 86 Sprachen zugänglich, wird aber am meisten auf Russisch benutzt und bleibt somit ein wichtiges Medium für die russischsprachigen Communities im Ausland (vgl. Kap. 4.1). Außer der Russischen Föderation wird *Vkontakte* in Belarus, Kasachstan und in der Ukraine aktiv benutzt (vgl. *Alexa.com* o.J.). Obwohl *vk.com* häufig wegen der offensichtlichen Ähnlichkeit zu *Facebook* kritisiert wird, verfügt das soziale Netzwerk über einige besondere Funktionen. Als solche gilt z. B. die Möglichkeit, Video- und Audiodateien zu suchen und abzuspielen. In den Gruppen des Netzwerks sind zahlreiche Dateien mit den Filmen, Serien, Musik auf unterschiedlichen Sprachen zu finden. Dies stellt einen der Gründe dar, warum dieses soziale Netzwerk seine führende Position im russischen Internet behält (vgl. *FB.ru* 2016a). Aus gleichem Grund wird *vk.com* aber auch wegen des Verstoßes der Urheberrechte häufig kritisiert.³⁴ Erst im Jahr 2013 wurde ein Gesetz zum Schutz der Urheberrechte verabschiedet, aufgrund dessen mehrere illegal zugängliche Musik- und Videoinhalte bei *vk.com* gelöscht wurden (vgl. Kap. 6).³⁵

Trotz des starken Unterhaltungscharakters gibt es auf *vk.com* viele Gruppen zu politischen Themen, die unterschiedliche politische Kräfte repräsentieren. Eine für diese Arbeit relevante Perspektive in Bezug auf *Vk* und seine Politisierung besteht außerdem darin, dass sich der Gründer des sozialen Netzwerks, Pawel Durow, mit der wachsenden Rolle des Internets in Russland unter dem starken Druck der russischen Geheimdienste befindet. In den Meldungen der russischen Medien wurde mehrmals über seinen Streit mit dem FSB wegen der Herausgabe von Nutzerdaten berichtet (vgl. *Russia Beyond* 2016).³⁶ 2014 verkaufte Durow das soziale Netzwerk und verließ das Unternehmen. Seit dieser Zeit wird *vk.com* eine Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten vorgeworfen, da auch die Anzahl der Verurteilungen für die Posten der illegalen Informationen (am meisten als extremistische qualifiziert) rasant gestiegen ist (vgl. *Dekoder* 2016b, siehe dazu Kap. 6.5).

³⁴ Im Vergleich zu den westlichen Ländern wird in Russland das Einhalten der Urheberrechte weniger scharf kontrolliert, die Gesetzgebung in diesem Bereich befindet sich noch im Werden (siehe Kap. 6).

³⁵ Dies löste eine starke, negative Reaktion seitens der *VK-Nutzer_innen* aus, was die prinzipiell andere Wahrnehmung der Urheberrecht-Regulierung in Russland im Vergleich zu den westlichen Ländern verdeutlicht. Als Reaktion auf Gesetz wurde z. B. bei *vk.com* eine Protestaktion gestartet, nach der die Audiodateien ausländischer Interpret_innen mit ähnlich klingenden Transliterationen in die russische Sprache übersetzt und somit weiter benutzt wurden (vgl. *Forbes* 2013).

³⁶ FSB ist die Abkürzung für: *Federalnaja sluschba besopasnosti Rossijskoi Federazii*, und steht für Föderaler Dienst für die Sicherheit der Russischen Föderation. Dieser Geheimdienst besteht seit 1995 und ist der Nachfolger des früheren KGB mit Sitz in Moskau.

Das zweite meistgenutzte soziale Netzwerk in Russland *Odnoklassniki* wurde im März 2006 gegründet und hat seinen Sitz in Moskau. Die monatliche Reichweite dieses Netzwerks beträgt 71 Mio. Menschen, davon stammten im Jahr 2017 43 Mio. aus Russland (vgl. RIF 2018a). Das soziale Netzwerk ist in 11 Sprachen zugänglich, darunter mehreren slawischen und zentralasiatischen (vgl. *Odnoklassniki.ru*, Stand Herbst 2018). Im Gegensatz zu *vk.com* wird dieses soziale Netzwerk eher von älteren Zielgruppen genutzt:

Tabelle 3. Welche sozialen Netzwerke haben Sie in den letzten 2–3 Monaten benutzt? (in % von den jeweiligen Altersgruppen der Internetnutzer_innen)

	Alle Nutzer	18-24	25-29	30-39	40-49	50+
Vkontakte	61	93	74	61	42	39
Odnoklassniki	57	41	52	63	67	57
Facebook	16	22	20	13	19	12
Moi Mir	11	10	13	13	10	9
Instagram	11	26	14	9	5	2
Twitter	7	12	7	7	6	5
Moi Krug	4	6	5	4	3	3
LiveJournal	3	3	4	3	3	2
Andere	1	1	0	1	1	2
Nutze keine sozialen Medien	13	2	7	11	15	28

Quelle: FOM 2016b.

Die beiden meistgenutzten russischen sozialen Netzwerke repräsentieren auch unterschiedliche Lifestyles und Werte: Während *Odnoklassniki* seinen Fokus eher auf konservative Gruppen ausrichtet, ist *VK* dagegen liberaler und europaorientierter (vgl. Golyenko 2010, S. 33).

Internationale Netzwerke und Services wie *Facebook* und *Twitter* sind in Russland erst seit Anfang der 2010er Jahre zugänglich:

Tabelle 4. Die Zugänglichkeit zu internationalen Netzwerken in Russland

2006	<i>Facebook</i> opens to all English language users <i>Twitter</i> micro-blogging platform launches – English only Russian social networking sites <i>Odnoklassniki</i> and <i>Vkontakte</i> (copycat of <i>Classmates</i> and <i>Facebook</i>) launch
2007	<i>Yandex</i> acquires Russian <i>Moikrug.ru</i> blogging/social networking platform, becomes <i>Ya.ru</i>
2010	<i>Facebook</i> available in Russian
2011	<i>Twitter</i> available in Russian

Quelle: Alexanyan 2013, S. 56.

Bereits im Jahr 2010 wurden von *Facebook* entsprechende Verträge mit russischen Mobilfunkanbietern abgeschlossen, die die Nutzung einer mobilen Version ermöglichten (vgl. BloombergBusinessWeek Magazin 2010). In der Folge wurde 2011 ein Zuwachs von *Facebook*-Nutzer_innen um 67% verzeichnet, während im Vergleich zum Vorjahr der Zuwachs bei *Vkontakte* nur 13% betrug (vgl. Seonews.ru 2012).

Allerdings blieben *Facebook* und *Twitter* in Russland – gemessen an ihrer täglichen Reichweite – auch später hinter ihren russischen Analogen zurück (vgl. WCIOM 2018, Stand Februar 2018). Dies ist ein beachtenswertes Phänomen, weil *Facebook* international eine große Rolle für die politische Kommunikation und Mobilisierung zugeschrieben wird. Zur Zeit der politischen Proteste im Zusammenhang der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011/2012 waren die Nutzerzahlen von *Facebook* in Russland eher gering:

„The total amount of Russian *Facebook* users, that played a major role in communication upon the protest issues, is only about 9 million users (liberal journalists from Moscow are used to talking about “the *Facebook* million” while describing their core audience), which is a rather small figure in comparison with the Russian population of 142 million.“ (Bodrunova/Litvinenko 2012, S. 45)

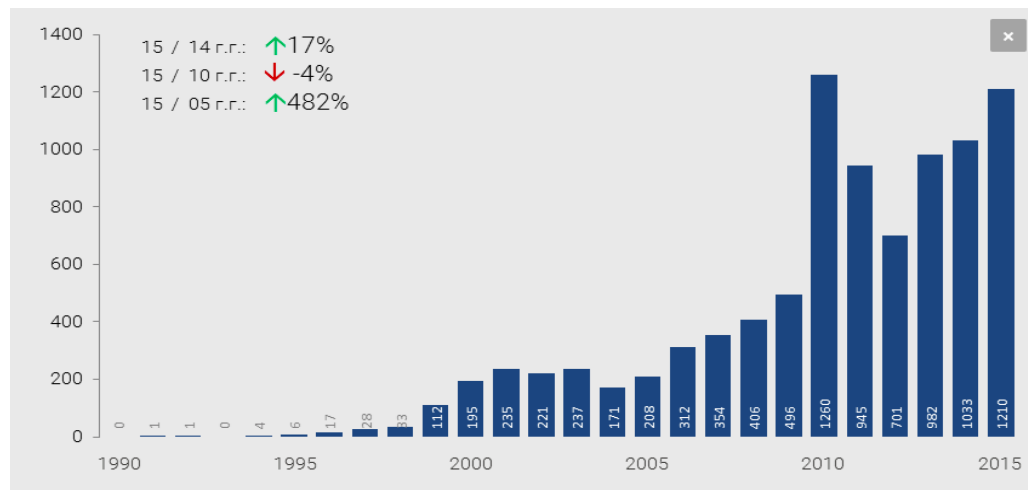
Nichtsdestotrotz ist die Rolle von *Facebook* in Russland als politisches Medium nicht zu unterschätzen, was ursprünglich mit der stärkeren Popularität unter den politisch aktiveren und liberaler eingestellten Nutzergruppen zu erklären ist. Da das soziale Netzwerk erst später in russischer Sprache zugänglich war, befanden sich unter den ersten *Facebook*-Nutzer_innen vor allem die Bewohner_innen der Großstädte, die über internationale Kontakte auf englischer Sprache verfügten und sich stärker an der westlichen Kultur und liberalen Werten orientierten (vgl. Bodrunova/Litvinenko 2012). Außerdem gilt *Facebook* in Russland bis heute als sicherere Plattform für die Kommunikation und Informationsaustausch, weil die Daten der Nutzer_innen im Gegensatz zu den russischen Analogen nicht auf russischen Servern gespeichert werden³⁷ und daher nicht von russischen Behörden und Sicherheitsdiensten direkt eingefordert werden können. All dies sind Gründe, warum *Facebook* in Russland – trotz seiner relativ beschränkten Reichweite – eine große Rolle bei der politischen Mobilisierung 2011–2013 zukam (siehe mehr dazu in Kap. 5).

³⁷ Seit 2015 sind internationale Anbieter_innen, die in Russland tätig sind, gesetzlich verpflichtet, die Daten der russischen Nutzer_innen auf Territorium von Russischen Föderation zu bearbeiten und zu speichern. Da somit die Daten leichter von den russischen Geheimdiensten kontrolliert werden können, wurde diese gesetzliche Änderung von Medienexpert_innen stark kritisiert; ihre Umsetzung wird bis heute verhandelt und ist nicht realisiert.

4.4 Onlinemedien und Blogosphäre

Obwohl die ersten Onlinezeitschriften in Russland erst Ende der 1990er Jahre gegründet wurden, begann mit der landesweiten Verbreitung des Internets auch die Entwicklung der Onlinemedien. Zu einem der ersten selbstständigen Onlinemedien gehörte z. B. die Onlinezeitschrift *Žurnal* (Russisch: Zeitschrift) sowie das von einem der „Väter des RUNETS“³⁸ und kremlnahen Politikberater Gleb Pawlowski gegründete *Russkij žurnal* (Russisch: Russische Zeitschrift). Beide entstanden in den Jahren 1996 und 1997 (vgl. Brunmeier 2005, S. 127). Anfang der 2000er Jahre wurden dann mehrere Onlinezeitschriften und Portale gegründet, die bis heute zu den meistbesuchten Onlinemedien in Russland zählen. Diese sind: *gazeta.ru*, *smi.ru*, *utro.ru* und *lenta.ru* (vgl. Bodrunova/Litvinenko 2012, siehe auch Kap. 7.5.2). Im Jahr 2006 waren etwa 145 Onlinezeitungen in Russland registriert, die bis zu 30.000 Leser_innen pro Tag erreichten (vgl. Schlindwein 2007, S. 24). Seit den 2010er Jahren ist ein zunehmendes Wachstum bei der Gründung von Onlinemedien in Russland zu beobachten, was auch den Ergebnissen der oben aufgeführten Statistiken zur Internetverbreitung entspricht:

Abbildung 4. Registrierung der Onlinemedien in Russland



Quelle: MediaDigger 2016.

Im Jahr 2016 betrug der Anteil der Onlinemedien etwa 10% unter allen in Russland registrierten Medien (vgl. MediaDigger 2016). Unter den meistzitierten Onlinemedien im russischen Internet sind folgende zu nennen:

³⁸ Unter dem in den russischen Medien etablierten Begriff „Väter des Runets“ (Russisch: „Otcy runeta“) werden die Journalist_innen, Wissenschaftler_innen, Medienunternehmer_innen und IT-Entwickler_innen verstanden, die an der Herstellung der ersten Internet-Verbindungen mit dem Ausland sowie an der Gründung der ersten Onlinemedien am Ende der 1990er Jahren teilgenommen haben. Mehr dazu siehe z. B. bei Loschak 2019.

- Internetressourcen:³⁹ *RT* (<https://russian.rt.com>), *Meduza* (<https://meduza.io>), *RBC* (<https://rbc.ru>), *News.ru* (<https://www.news.ru.com>), *Lenta.ru* (<https://lenta.ru>), *BBC Russia* (<https://www.bbc.com/russian>), *Znak.com* (<https://www.znak.com>), *Gazeta.ru* (<https://gazeta.ru>), *Life.ru* (<https://life.ru>);
- Zeitschriften (inklusive Onlineversionen): *Snob* (<https://snob.ru>), *Cosmopolitan* (<https://www.cosmo.ru>), *Esquire* (<https://esquire.ru>), *Forbes* (<https://www.forbes.ru>), *National Geographic* (<https://nat-geo.ru>);
- Zeitungen (inklusive Onlineversionen): *Novaya Gazeta* (<https://www.novayagazeta.ru>); *Moskowski Komsomolez* (<https://mk.ru>); *Komsomolskaja Prawda* (<https://www.kp.ru>); *Rossijskaja gaseta* (<https://rg.ru>); *Iswestija* (<https://iz.ru>) (vgl. Medialogia 2018a).

Dabei können die Onlinemedien unterschiedlich klassifiziert werden. Safina (2013) vergleicht die Klassifikation von mehreren Autor_innen, die die Onlinemedien in Russland in folgende Gruppen unterteilen:

- Selbstständige Onlineressourcen und Onlineversionen von klassischen Medien;
- Nachrichtenportale, Onlinemedien mit kommentierender Funktion oder gemischt;
- Onlinemedien mit einer Redaktion, von einem Autor_innen oder gemischt;
- Monothematische und polythematische Medien; allgemeine und spezialisierte;
- Staatliche, Medien der großen Mediengruppen, von politischen Gruppen, Business Gruppen und unabhängige;
- Mit allrussischer oder regionaler Reichweite (vgl. Safina 2013, S. 157–159, Übers. I. K.).⁴⁰

Gleichzeitig ist für die Onlinemedien in Russland eine starke politische Segmentierung charakteristisch. In Anlehnung an Bovt (2002) sprechen Bodrunova und Litvinenko (2012) über vier Phasen in der Entwicklung der russischen Onlinemedien. So hatten die ersten, in den 1990er Jahren gegründeten Onlineprojekte, eher experimentellen Charakter, während sich die großen Onlinemedien zu Beginn der 2000er Jahre – im Vorfeld der ersten Präsidentschaft Wladimir Putins – vor allem an den Interessen der großen Wirtschafts- und Geschäftsakteure

³⁹ Die Onlineversionen von Zeitungen und Zeitschriften werden hier in einzelnen Kategorien dargestellt, vgl. Medialogia 2018.

⁴⁰ Für die Interviews dieser Arbeit wurden die überregionalen, polythematischen, nicht-staatlichen Onlinemedien (selbständige und Onlineversionen) ausgewählt, siehe Kap. 7.2.

orientierten. Im Gegensatz dazu war die Entwicklung der Onlinemedien in Russland seit Mitte der 2000er Jahren stärker von den politischen Ereignissen gekennzeichnet (so z. B. dem Kaukasuskrieg 2008 zwischen Russland und Georgien, der Präsidentschaft von Dmitri Medwedew 2008–2012 und den Parlaments-, bzw. Präsidentschaftswahlen 2011/2012). Dies führte zu einer politischen Segmentierung (vgl. Bodrunova/Litvinenko 2012). Auch in der aktuellen Phase bleiben die Onlinemedien in Russland stark segmentiert, was durch die Entstehung neuer, alternativer Onlineprojekte weiter verstärkt wird:

„This current phase of new media development, along with the high penetration of the Internet in Russia, is characterized by even tighter state control of TV channels and high polarization of the digital public sphere, with the formation of the new cluster of alternative online media outlets targeting the group of urban liberal intellectuals, such as *slon.ru*, *openspace.ru*, *snob.ru*, etc.“ (Bodrunova/Litvinenko 2012, S. 45)

Gleichzeitig haben viele der neuen Onlinemedien einen „hybriden“ Charakter, indem sie die Merkmale der Onlinemedien und Blogplattformen in sich vereinen:

„Practically all Internet media resources have forums to exchange views journalist-to-user or user-to-user. This is extremely important for the development of civic culture and the fostering of debating skills.“ (Pietiläinen/Fomicheva/Resnianskaia 2010, S. 52)

So positioniert sich das schon erwähnte Portal *Snob.ru* als eine „Snob-Gemeinschaft“, in die jeder eintreten kann und in der die jeweiligen Autor_innen direkt miteinander diskutieren können: „Hier können ein berühmter Moskauer Schriftsteller, ein in die Kinematografie verliebter Student, ein hervorragender britischer Modedesigner und ein Politik-Interessierter aus Boston miteinander streiten.“ (Snob.ru Basement o.J., Übers. I. K.)

Die neuen Herausforderungen durch die steigende Multimedialität und Interaktivität führen generell auch zu entsprechenden Anpassungen in der Arbeitsroutine der Redaktionen (vgl. Lünenborg/Berghofer 2010, S. 21). In Russland fangen viele Onlinemedien an, nach dem Prinzip einer „verteilten Redaktion“ (Übers. I. K.) zu arbeiten, in der es keine festen Redaktionsräume bzw. Arbeitsplätze mehr gibt und die Recherche bzw. Vorbereitung von Informationsmaterialien auch von außerhalb durchgeführt werden können (vgl. Kozybaew 2012). Dabei müssen die Journalist_innen selbst immer mehr Funktionen übernehmen, wie z. B.: Berichte für Papier- und Onlineversionen schreiben, Fotos und Videos aufnehmen sowie im LiveJournal und in sozialen Netzwerken bloggen (vgl. ebd.).

Gleichzeitig werden in den Onlinemedien immer häufiger auch Blogbeiträge zitiert, was nach Gorny (2009) mit den Anfangszeiten der russischen Blogosphäre ihrem deutlich freiheitlicheren Charakter zusammenhängt: „Unlike most of the Russian media which are

directly or indirectly controlled by the state, the Russian blogosphere remains a place of free speech and uncensored discussion.“ (Gorny 2009, S. 9) Dieser Charakter ist auch mit der historischen Entwicklung der russischen Blogosphäre zu erklären. So entstanden die ersten Blogs im Jahr 2001 auf *LiveJournal*, als die Medienholding *Most* aufgelöst und der TV-Sender *NTV* an die Gazprom Media Holding verkauft wurde (vgl. Barbashin 2011, Interview mit Oleg Kaschin). Dieses Ereignis, das parallel zu der Etablierung neuer Kommunikationsmöglichkeiten im Netz stattfand, führte dazu, dass die russischen Blogs von Anfang an sehr stark politisiert waren. Während die kritische Meinungsäußerung bei den zentralen Fernsehsendern und Printmedien in Russland weiter schwierig war, übernahmen Blogs in Russland die Rolle der früheren sowjetischen „Küchengespräche“, bei denen die politischen Vorgänge von der sowjetischen Intelligenzija zuhause im kleinen, privaten Kreis und geheim besprochen wurden (vgl. Vinogradov 2013, S. 18). So vergleicht Gorham (2014) die russische Blogosphäre als Raum für eine neue, digitale „Glasnost“:

„With both the twenty-first century blogosphere and Gorbachev’s glasnost in the late 1980s, authorities essentially ceded considerable authority over the flow of web-based information, and, by doing so, gave way to a torrent of news and information that radically changed the tone and content of the political debate.“ (Gohram 2014, S. 173)

2009 waren etwa 7,4 Mio. Blogs in Russland registriert (vgl. Yandex.ru 2009).⁴¹ Dabei konzentrierte sich das aktive Blogging vor allem auf die Großstädte, wo auch die bürgerliche Mittelschicht am meisten präsent ist: Moskau, Sankt Petersburg, Jekaterinburg, Samara, Nishnij Nowgorod (vgl. ebd.). Ende 2010 besuchten bereits 19 Mio. russische Bürger_innen eine der Blogplattformen ein Mal im Monat, im Juli 2012 gab es bereits etwa 55 Mio. Blogs auf *RUNET* (vgl. Moen-Larsen 2013, S. 7).

Etwa 70% aller russischsprachigen Blogs und 76% der aktiven Blogs befinden sich auf vier Blog-Services: *LiveJournal.com*, *Blogs.Mail.ru*, *Ya.ru* und *LiveInternet.ru* (vgl. Yandex 2009). Etling et al. (2010) verweisen auf den hybriden Charakter dieser Plattformen („social network system hybrids“), da sie Merkmale von Blogs mit den Funktionen sozialer Netzwerke wie *Facebook* oder *MySpace* miteinander kombinieren (Etling et al. 2010, S. 12). Im Gegensatz zu den Blogs in den meisten westlichen Ländern, wo direkt über eine bestimmte URL auf Onlinetagebücher zugegriffen werden kann, erlauben die hybriden russischen Systeme, ein Netzwerk von „Freunden“ oder „Followern“ aufzubauen, wodurch

⁴¹ Der letzte Bericht zur Nutzung der Blogs in Russland wurde von der Suchmaschine *Yandex* im Jahr 2009 veröffentlicht und wird in mehreren Studien zitiert. Obwohl die späteren Statistiken hier nicht einbezogen werden, illustrieren die oben dargestellten Daten die wichtigsten Besonderheiten in der ursprünglichen Entwicklung und im Aufbau der russischen Blogosphäre, die für diese Arbeit relevant sind.

die Blogs meistens über die „Freunde“-Seiten empfangen werden können (vgl. ebd.). Dadurch wird in der russischen Blogosphäre eine bestimmte Makrostruktur geschaffen, die aus mehreren getrennten Lagern mit starken inneren und schwachen externen Verbindungen besteht (vgl. Toepfl 2012, S. 1438).

Gleichzeitig bestätigen Etling et al. (2010), dass die Blogs in Russland im Gegensatz zu den klassischen Medien den Zugang zu zahlreichen alternativen Informationen anbieten, die auch oppositionell ausgerichtet sein können: „The online ‘news diet’ of Russian bloggers is more independent, international, and oppositional than that of Russian Internet users overall, and far more so than that of non-Internet users, who are more reliant upon state-controlled federal TV channels.“ (Etling et al. 2010, S. 3) Durch diese Blogs eröffneten sich in Russland neue Möglichkeiten für politischen Aktivismus und zivilgesellschaftliches Engagement. In diesem Zusammenhang ist z. B. der oppositionelle Aktivist und Politiker Alexej Navalny zu nennen, dessen Popularität mit seinem Blog zur Aufdeckung von Korruptionsfällen und der 2011 erfolgten Gründung des *Fond borby s korrupziei* (Deutsch: „Fonds für Korruptionsbekämpfung“, *FBK*) begann. Im Rahmen dieser Stiftung wurden mehrere Projekte geführt, wie z. B. *Rospil* (auf Deutsch etwa: „Das Zersägen russischer Steuergelder“) zur Aufdeckung von Korruptionsfällen im öffentlichen Beschaffungssystem bei Staatsaufträgen, *RosZHKCH* und *RosJama* – zur Bekämpfung der Korruption beim Wohn- und Straßenbau (vgl. fbk.info o.J.). Allein die Namen der einzelnen Projekte verweisen auf ihren kritischen Charakter, da sie mit den offiziellen Namen der großen staatlichen Korporationen korrelieren wie z. B. *Rosnano*, *Rostneft* etc.⁴²

Nach den Wahlen 2011–2012 rief Alexej Navalny aktiv zu Protesten auf und wurde während seiner Teilnahme selbst mehrmals verhaftet. Von ihm stammt die Bezeichnung der regierenden Partei „Einiges Russland“ als „Partija žulikov i vorov“ (Deutsch: „Partei der Gauner und Diebe“). Diese Bezeichnung bekam 2011 einen viralen Charakter und wurde in der Folge zu einer der wichtigsten Slogans der Protestierenden während der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011–2012.⁴³

⁴² So bedeutet das Präfix „Ros“ – wie bei den Namen der oben genannten staatlichen Unternehmen – „rossijski“ (auf Deutsch: „Russländisch“). Der russische „pil“ bedeutet umgangssprachlich „säugen“ und heißt im übertragenen Sinne „aufteilen“ oder „klauen“. Zusammengesetzt bilden diese beiden Teile ein Wortspiel, das auch die Enttäuschung über die Rolle der offiziellen Behörden und staatlichen Unternehmen in Bezug auf Korruption wiedergibt (vgl. Groham 2014, S. 174).

⁴³ Auch im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2018 veröffentlichte Alexej Navalny die Ergebnisse mehrerer investigativer Recherchen zur Korruption in der Regierung auf seinem YouTube-Kanal. Eine besonders große Resonanz hatte z. B. der Dokumentarfilm *On vam ne Dimon* (Deutsch: *Für euch ist er kein Dämon*), in dem die offiziellen Einnahmen des Premierministers Dmitri Medwedew hinterfragt werden (vgl. Navalny 2017). Der

Zwischenfazit:

Die technologischen Entwicklungen und die rasante Verbreitung des Internets veränderten die Medienlandschaft Russlands komplett. Während die Reichweite des Internets zu Beginn der 2000er Jahre noch sehr gering war und die Internetnutzung als „elitär“ bezeichnet werden konnte, ist das heutige Russland ohne das fast überall zugängliche Internet und die entsprechenden IT-Technologien nicht mehr denkbar. Wie die oben erwähnten Statistiken verdeutlichen, änderten sich mit der landesweiten Verbreitung des Internets in Russland auch das Verhalten der Nutzer_innen sowie ihr Vertrauen in die unterschiedlichen Medien. So etablierten sich immer mehr soziale Gruppen, die für die Suche und Recherche nach Informationen vor allem das Internet nutzen. Darüber hinaus führte die Entwicklung des Internets zur Entstehung neuer „hybrider“ Onlineformate, die eine genaue Definition bzw. Grenze zwischen Blogging und Journalismus nicht mehr zulassen (siehe mehr in Kap. 7.2). Auch in den Medien werden inzwischen die Beiträge aus Blogs und sozialen Netzwerken häufiger zitiert. Aufgrund der ursprünglich freien Entwicklung und einer fehlenden Regulierung entwickelte sich das Internet in Russland schnell zum einen alternativen Kommunikationsraum, der im Gegensatz zu den klassischen Medien weniger kontrolliert wurde und eine schnellere Verbreitung auch von regierungskritischen und oppositionell orientierten Informationen ermöglichte. Das Erreichen eines hohen Verbreitungsgrades trug daher wesentlich dazu bei, dass die staatlichen Medien nicht mehr das Monopol auf Informationen innehaben. Die rasche Internetentwicklung und die wachsende Rolle der sozialen Netzwerke und Onlineplattformen waren später auch die Gründe für die Verschärfung der gesetzlichen Regulierungen des Internets.

Film wurde am 2. März 2017 veröffentlicht und bekam innerhalb eines Tages über 1,5 Mio. und innerhalb einer Woche über 7,2 Mio. Klicks (vgl. Kurdjubova 2017). Im Jahr 2018 kandidierte Navalny selbst bei den Präsidentenwahlen, wurde aber als Kandidat wegen der Strafverfahren gegen ihn nicht zur Teilnahme zugelassen (siehe Kap. 6). Bemerkenswert ist auch, dass Navalny beim staatlichen Fernsehen als „persona non grata“ gilt, das heißt, dass sein Name bei den Sendungen von Journalist_innen oder Vertreter_innen des russischen Staatsapparats nie direkt genannt wird (vgl. Dekoder 2018a).

5. Das Internet in Russland im veränderten politischen Kontext

Nachdem im vorherigen Kapitel die wichtigsten Statistiken zur Internetverbreitung und Internetnutzung präsentiert wurden, wird im Folgenden auf die Rolle des Internets bei der politischen Mobilisierung 2011–2013 detaillierter eingegangen. Durch die zahlreichen Berichte und Videonachweise über die Fälschungen während der Dumawahlen 2011 trat das politische Potenzial des Internets in Russland deutlich hervor (vgl. Kap. 2). In diesem Kapitel wird die Rolle des Internets in Russland bei der politischen Mobilisierung 2011–2013 dargestellt und beschrieben, inwiefern sich die Position und die Regulierungsmaßnahmen der Regierung durch die wachsende Bedeutung des Internets änderten. Hier werden die liberalen Entwicklungen und die Verstärkung der staatlichen Onlineangebote noch vor den Protesten nachgezeichnet und der deutliche Wandel in der staatlichen Rhetorik und der Darstellung des Internets im öffentlichen Raum aufgezeigt. Als Beispiele hierfür dienen einzelne Stellungnahmen russischer Politiker_innen in Bezug auf das Internet und seiner Regulierung. Diese Positionen sind aus dem Grund wichtig, weil gerade sie die öffentliche Diskussion rund das Thema Internet in Russland wesentlich beeinflussen und somit die Basis für weitere gesetzliche Änderungen schaffen. Dazu werden am Ende des Kapitels einige soziologische Daten herangezogen, welche die Besonderheiten der Wahrnehmung der Internetregulierung und Internetzensur im russischen Kontext verdeutlichen.

5.1 Die Rolle des Internets bei der politischen Mobilisierung 2011–2013

Die Proteste 2011–2013 waren seit den 1990er Jahren die ersten und die größten Proteste in der Geschichte des modernen Russlands, die mehrere Tausend Menschen auf die Straßen brachten (vgl. Duffy 2015).⁴⁴ Die meisten davon fanden im Winter 2011–2012 anlässlich der Duma- und Präsidentschaftswahlen in unterschiedlichen Formen statt. Weitere große Aktionen wurden im Juni und im September 2012 organisiert. Die gesamte Protestbewegung war noch bis zur Mitte 2013 aktiv (vgl. Wolkow 2012a). Ähnlich wie in anderen Ländern erhielt diese Mobilisierung sogar eigene Namen wie „Russischer Winter“ oder „Weiße

⁴⁴ Obwohl einzelne Proteste auch später stattfanden, ging die Zahl der Proteste nach 2013 zurück (vgl. Lewada 2013a). Deswegen wird hier der Zeitrahmen der politischen Mobilisierung in Russland mit diesem Jahr eingegrenzt.

Revolution“ und war ursprünglich mit großen Erwartungen auf Änderungen im politischen System und bei den regierenden Eliten Russlands verknüpft.⁴⁵

Die Verstärkung der Protestlaune in der russischen Gesellschaft Ende 2011 war mit einigen politischen Ereignissen verbunden. Dazu gehörten z. B. die Fälschungen der Gouverneurswahlen in Sankt Petersburg, die Entlassung des Finanzministers Alexej Kudrin nach einem öffentlichen Streit mit dem Präsidenten sowie die Weigerung von Dmitri Medwedew, an den Präsidentschaftswahlen zugunsten von Wladimir Putin teilzunehmen (vgl. Wolkow 2012a). Neben allgemeinen Problemen, wie der Korruption bei den Beamten, der Willkür bei Polizei und Justiz, waren dies die wichtigsten Auslöser der wachsenden Unzufriedenheit und führten später zu einer verstärkten öffentlichen Aufmerksamkeit gegenüber den Nachweisen über Wahlfälschungen (vgl. ebd.). Außerdem trugen diese Faktoren auch zum „Protestcharakter“ der Dumawahlen am 4. Dezember 2011 bei und bewirkten, dass die Parteien der sogenannten „Systemopposition“ zum ersten Mal bessere Ergebnisse hatten (vgl. ebd.).⁴⁶ Obwohl die Protestbewegung somit einige objektive Gründe hatte, war die spontane Mobilisierung von mehreren Tausend Bürger_innen direkt am Tag nach den Dumawahlen vor allem durch die Aktivitäten in den sozialen Netzwerken möglich geworden. Ivanov weist in diesem Zusammenhang darauf hin (2013), dass zur Zeit der Proteste die technologische Entwicklung des Landes berücksichtigt werden muss (vgl. Ivanov 2013, S. 171). Gerade im Winter 2011–2012 waren viele russische Bürger_innen im Internet und in den sozialen Netzwerken aktiv (vgl. Kap. 4). Dies trug auch dazu bei, dass die Protestaktionen sehr schnell landesweit verbreitet und organisiert werden konnten (vgl. Nikiporets-Takigawa 2013, S. 4). Weniger als eine Woche nach dem ersten Protest in Moskau gab es z. B. am 10. Dezember 2011 Demonstrationen „Für faire Wahlen“ („Sa Tschestnije Wibory“) in 99 anderen russischen Städten (vgl. Owen 2017, S. 384).

Zur Zeit der Proteste entwickelten sich die sozialen Netzwerke zu „Multiplikatoren der Unzufriedenheit“: Dort wurden Videos und Screenshots über die Wahlfälschungen hochgeladen sowie Aufrufe zu Protesten verbreitet, was zu schnellen sozialen Reaktionen führte (vgl. Civil Society Development Foundation 2012b). Während die Webseiten kritisch-

⁴⁵ Da es in dieser Arbeit nicht um eine detaillierte Analyse einzelner Proteste, ihres Ablaufs oder der teilnehmenden politischen Kräfte geht, soll hier nur ein kurzer Überblick mit dem Fokus auf die Rolle der Neuen Medien und die mediale Darstellung der Proteste gegeben werden.

⁴⁶ Mit „Systemopposition“ werden in Russland alle Parteien außer der regierenden Partei bezeichnet, die im Parlament vertreten sind und somit zur regierenden Partei formal in der Opposition stehen. Unter der „nicht-systemischen Opposition“ werden dagegen alle Parteien verstanden, die im Parlament nicht vertreten sind und die eine Alternative zum Machtblock aus der regierenden Partei und Systemopposition darstellen.

oppositioneller Medien wie dem Radiosender *Echo Moskvy* oder der Zeitschrift *Novaja Gazeta* (vgl. Kap. 3) zur Zeit der Proteste unter starken DDoS-Attacken litten, verbreiteten sich immer mehr Informationen über die sozialen Netzwerke und Blogs:

„The early December cyber attacks were ferocious – but ultimately proved futile. Alternative pages for posting information about the electoral violations were quickly established on social networks. When Livejournal, the most popular blog platform in Russia, suffered an unrelenting assault, users turned to *Facebook*, which became a central clearinghouse for collecting information related to the protests.“ (Soldatov/Borogan 2015b, S. 153)

Parallel dazu machten die technischen Möglichkeiten von *Facebook* wie z. B. das Erstellen von Gruppen gleichgesinnter Benutzer_innen, das Abonnieren bestimmter Webressourcen oder die symbolische Unterstützung über den Like-Button dieses soziale Netzwerk schnell zu einem wichtigen politischen Tool (vgl. Bode/Makarychev 2013, S. 54). Über *Facebook* wurden potenzielle Teilnehmer_innen auch direkt für Proteste angeworben (vgl. Wolkow 2012a). Obwohl dieses soziale Netzwerk in Russland vor 2011 weniger populär war (vgl. Kap. 4), wurde es dank seines ursprünglich liberalen Charakters schnell politisiert und aktiv zu Protestaufrufen genutzt. So stimmten dem ersten Protest auf dem Bolotnaja Platz 36.000 *Facebook*-Nutzer_innen und dem Protest auf der Sacharova Straße 54.000 *Facebook*-Nutzer_innen zu (vgl. Wolkow 2012a). Die Teilnehmer_innen der ersten Proteste entsprachen in vielerlei Hinsicht den Teilnehmer_innen der „Moskauer“ *Facebook*-Gruppe: Junge Aktivist_innen, Vertreter_innen kreativer Berufe (Schriftsteller_innen, Musiker_innen, Dichter_innen), Werbefachleute und Journalist_innen (vgl. Wolkow 2012b). In der wissenschaftlichen Literatur und in den nachfolgenden Medienbeiträgen erhielt diese Gruppe der Protestierenden spezielle Bezeichnungen als „kreative Mittelschicht“ bzw. „verärgerte Bürger“ (vgl. Pogorelskaja 2012, S. 32). Darunter werden die Bewohner_innen Moskaus verstanden, die ein hohes Lebens- und Einkommensniveau haben, aber mit der politischen Realität und den Einschränkungen bzw. Verletzungen der Bürgerrechte zur Zeit der Proteste nicht einverstanden waren (vgl. ebd.).⁴⁷

Gleichzeitig bewirkte die Teilnahme prominenter Personen Vertrauen bei den Bürger_innen und führte zu einer erhöhten Aufmerksamkeit gegenüber den Protesten (vgl. Lewada 2011). Castells (2012) bezeichnete dies als „emotional mobilization“, die während der Proteste

⁴⁷ Laut der soziodemografischen Charakteristika war die überwiegende Gruppe der Protestierenden im Dezember 2011 und im Februar 2012 diejenige, die sich „teure Gegenstände leisten können, aber ein Auto zu kaufen, macht sie schwierig“ (40% im Dezember 2011 und 41% im Februar 2012). Etwa ein Viertel der Demonstrant_innen (28% im Dezember 2011 und 24% im Februar 2012) konnte ein Auto kaufen, 5% und 3% waren „diejenigen, die sich alles leisten können“. Insgesamt bildeten diese drei Gruppen etwa 70% der Teilnehmenden ab. Zum Vergleich: In Moskau machen sie etwa die Hälfte der Bevölkerung aus (50–51%), in Russland insgesamt aber nur ein Fünftel (22%) (vgl. Wolkow 2012b, S. 74).

stattgefunden habe: „The ‚individual outrage‘ and ‚increasing anger against injustice‘ expressed over the Duma elections and Putin’s return to the Kremlin became connected to other individual issues through social media.“ (Castells 2012, S. 231) Die Statistiken des *Lewada-Zentrums* bestätigen, dass 56% der Teilnehmer_innen über den Protest am 24. Dezember 2011 aus den Onlinemedien, 33% aus dem Freundeskreis und 33% aus anderen Internetquellen erfuhren (im Vergleich dazu gaben nur 18% der Befragten das Fernsehen als Informationsquelle an) (vgl. Lewada 2011). Die Aufrufe in den sozialen Netzwerken durch Prominente führten darüber hinaus dazu, dass bei den ersten Kundgebungen auch Bürger_innen mobilisiert wurden, die normalerweise politisch wenig aktiv sind (vgl. Wolkow 2012b, S. 80). So gaben die Teilnehmer_innen der ersten Proteste an, dass sie sich zum ersten Mal Demonstrationen angeschlossen hätten und dass ihnen dabei prominente Künstler_innen und Aktivist_innen als Vorbild gedient hätten (vgl. Ksenofontova 2012).

Die Rolle des Internets während der Proteste 2011–2013 spielte auch insofern eine Rolle, als die Bürger_innen dadurch neue Kommunikationsinstrumente für die sogenannte „obšestvennyj kontrol“ (Russisch: „Gesellschaftliche Kontrolle“) erhielten (vgl. Owen 2017, S. 380). Im Laufe der Dumawahl 2011 wurde dann von der Nichtregierungsorganisation zum Schutz der Wahlrechte *GOLOS*⁴⁸ und der Zeitung *Novaja Gazeta* das Projekt „Interaktive Karte der Fälschungen“ auf *YouTube* gestartet, bei dem alle Fälschungen und die Arbeit der Wahlbeobachter_innen aus 40 Regionen Russlands visualisiert wurden (vgl. Wolkow 2012b). Obwohl die russischen Bürger_innen bereits seit den 1990er Jahren die Möglichkeit hatten, an Wahlbeobachtungen teilzunehmen, war dieses Instrument jedoch vor der Ära des Internets weniger populär und transparent (vgl. ebd.). Im Gegensatz dazu hatten die ersten Onlinenachweise über die Wahlfälschungen eine enorme Resonanz und veranlassten viele Bürger_innen dazu, sich selbst als Wahlbeobachter_innen anzumelden.⁴⁹

Die Möglichkeiten für „obšestvennyj kontrol“ wurden auch durch die aktive Entwicklung des Bürgerjournalismus während der Proteste erweitert. Neben professionellen Journalist_innen und Prominenten begannen in der Folge auch viele Protestierende selbst aktiv über die Ereignisse im Winter 2011–2012 in ihren Blogs und sozialen Netzwerken zu berichten. Interessanterweise hatten die Slogans, die sowohl im Internet Verbreitung fanden

⁴⁸ Unter den Hauptaufgaben der Organisation war die Wahlbeobachtung auf allen politischen Ebenen. Nach der Verabschiedung des NGO-Gesetzes im Jahr 2012 wurde die Organisation verpflichtet, sich als „ausländischer Agent“ registrieren zu lassen (siehe mehr in Kap. 6). 2016 wurde die Organisation durch einen Gerichtsbeschluss in Moskau aufgelöst.

⁴⁹ Die aktive Anmeldung als Wahlbeobachter_in war auch für die späteren Duma- und Präsidentenwahlen 2016–2018 charakteristisch.

als auch während der Proteste auf den Straßen zu sehen waren, häufig einen humoristischen oder allegorischen Charakter. Diesbezüglich weist Asmolov (2012) auf Bachtins Begriff der „Karnevalisierung“ hin,⁵⁰ der als „Feiern der Zivilgesellschaft“ und als „Teil der Lachkultur“ zu verstehen ist (vgl. Asmolov 2012). So werden im Laufe des Karnevals mit seiner theatralischen Inszenierung die bestehenden Machtpositionen einer Gesellschaft überwunden, während die Symbole der repressiven Staatsmacht ins Lächerliche gezogen werden. Das daraus entstehende Gelächter wird als Befreiung erlebt (vgl. Lexikon der Filmbegriffe o.J.). Der „karnevalisierte“ Charakter bei der Protestbewegung 2011–2013 ist dadurch zu erklären, dass die Äußerung einer direkten Kritik in Russland nie institutionalisiert wurde und historisch sogar als gefährlich betrachtet werden kann: „The Russian hybrid political system of the 2010s disabled traditional institutions of representative democracy and inadvertently forced the public to be inventive in their dissent.“ (Denisova 2016, S. 979)

Parallel zu der verstärkten Mobilisierung durch das Internet war die mediale Präsentation der Proteste bei den traditionellen Medien eher umstritten. Die oppositionellen Medien (wie z. B. der TV-Sender *Doschd*) berichteten im Laufe der ersten Kundgebungen direkt von den Straßen und zitierten aus Blog- und Twitterbeiträgen. Dies stellte gleichzeitig auch eine starke Kritik an der Glaubwürdigkeit der Berichterstattung der staatsnahen Fernsehsender dar (vgl. Orttung/Walker 2013, S. 5). Die zentralen Fernsehsender erwähnten in ihrer Berichterstattung dagegen nur einzelne Aktionen, eine kleinere Zahl von Teilnehmer_innen oder ignorierten die Proteste komplett. Bei den ersten Protesten in Moskau wurden die Angaben der Polizei von etwas über 25.000 Protestierenden zitiert, während die Organisator_innen der dortigen Kundgebungen von mehr als 100.000 Menschen sprachen (vgl. Zeit Online 2011). Im Fokus der Berichterstattung der staatlichen TV-Kanäle standen außerdem nicht die Forderungen der Demonstrant_innen, sondern die gute Arbeit der Polizei (vgl. Wolkov 2012b, S. 73). Sie zeigten die Kundgebungen zur Unterstützung Putins und der regierenden Partei, die parallel zu den oppositionellen Protesten stattfanden.⁵¹ So hatten laut den Umfragen von *WCIOM* im März 2012 nur etwa 30% der russischen Bürger_innen über die Protestaktion „Für faire Wahlen“ gehört, während von den Demonstrationen für die Unterstützung Putins etwa 60% der Bürger_innen erfahren hatten (vgl. *WCIOM* 2012a). Auch die negative Darstellung der Protestierenden und der oppositionellen politischen Kräfte, die in den staatlichen Medien

⁵⁰ Michail Bachtin (1895–1975) war ein russischer Literaturwissenschaftler und Kunsttheoretiker.

⁵¹ Parallel zum oppositionellen Protest auf der Yakimanka am 4. Februar 2012 wurde z. B. die Pro-Putin-Kundgebung auf der Poklonnaja Gora organisiert. Weitere regierungsfreundliche Kundgebungen fanden am 23. Februar 2012 in Luschniki und am 4. und 5. März 2012 auf dem Maneschnaja-Platz statt (vgl. Wolkov 2012b, S. 72).

häufig als feindliche, ausländische oder verräterische Kräfte bezeichnet wurden, sei hier erwähnt (vgl. Kamnew 2012, S. 188). So sprach Putin bei einer live übertragenen Fragestunde im Dezember 2011 von dem Versuch der Regierungsgegner_innen, das Land zu destabilisieren, was die Bevölkerung nicht zulassen solle (vgl. Spiegel Online 2011). Nach Berichten über die Verletzungen von Polizist_innen rief der Pressesprecher des Präsidenten Peskov in einer stark provozierenden Rede dazu auf, die Leber der Protestierenden „auf Asphalt zu schmieren“ (zit. n. Denisova 2016, S. 978). Durch solche Stellungnahmen und deren aktive Verbreitung in den staatlichen Medien waren das Image der Proteste und die Forderungen der Protestierenden bei der Mehrheit der russischen Bürger_innen im ganzen Land schnell diskreditiert (vgl. Nikiporets-Takigawa 2013, S. 4).

Somit kann die mobilisierende Rolle des Internets in Russland auch kritisch betrachtet werden (vgl. Kap. 2.2). Nichtsdestotrotz kann festgestellt werden, dass mit der aktiven Verbreitung von Informationen im Internet während der Proteste 2011–2013 eine neue Ära im russischen Mediensystem und in der politischen Kommunikation begann. Dies bestätigt sich sowohl durch das wachsende Interesse der Forschung (vgl. Einleitung) an diesem Thema als auch durch die direkt nach den Protesten begonnenen Maßnahmen zur der Internetregulierung. Obwohl die Rolle der sozialen Netzwerke und Neuen Medien während der Proteste in Russland nicht zu idealisieren ist, bewirkten sie doch einen erleichterten Zugang der Bürger_innen zu verschiedensten Informationen und trugen auf diese Weise zu mehr Transparenz und der Entwicklung einer alternativen Onlineberichterstattung bei.

5.2 Staatliche Angebote im Internet

Die besondere Bedeutung und Rolle des Internets für oppositionelle politische Kräfte hängt in Russland sowohl mit den „früheren“ Zeiten⁵² als auch mit der oben beschriebenen Mobilisierung 2011–2013 zusammen: „Opposition politicians and candidates who had been excluded from the traditional media by being blacklisted could convey their political programs and opinions freely on the internet.“ (Konradova/Schmidt 2014, S. 46) Gleichzeitig blieben die technologische Entwicklung, die schnelle Internetverbreitung und die oben dargestellte Rolle der sozialen Netzwerke bei den Protesten auf den Straßen von der russischen Regierung nicht unbemerkt. Wie in Kapitel 2 gezeigt, führte die Entwicklung der

⁵² Die erste Internetseite unter den politischen Parteien Russlands wurde z. B. von der oppositionellen Partei *Yabloko* in den 1990er Jahren eröffnet, vgl. Konradova/Schmidt 2014, S. 46.

neuen Medien zu unterschiedlichen Effekten. Auch die regierenden Mächte machten sich bald die neuen technologischen Möglichkeiten zunutze, um ihre Informationen und somit ihre eigenen Botschaften weiter top-down zu transportieren. Da mit der wachsenden Internetverbreitung diese Möglichkeiten besonders im Hinblick auf die Schaffung eines besseren politischen Images auch in Russland erkannt wurden, fing seit den 2010er Jahren eine aktive „Mode“ auf die Internetnutzung durch die russische Politik an.

Die Geschichte der Politisierung des russischen Internets ist mit dem Namen von *Fond effektivnoj politiki* (*FEP*, russisch: „Stiftung für effektive Politik“) verbunden – einer Politikberatungsorganisation, die von einer Allianz von Medieninhaber_innen und kremlnahen Polit-Technolog_innen vor dem Präsidentschaftswahlkampf 1996 gegründet wurde und für politische Kampagnen und Informationsprojekte im Internet bekannt war. Gerade durch die Unterstützung und Teilnahme von dieser Organisation wurden solche Projekte im *RUNET* wie *Russkij žurnal* (vgl. Kap. 4), *Lenta.ru*, *Kreml.org*, die Stiftung für öffentliche Meinung (FOM), die Webseite des Radio *Majak* und viele andere gegründet (vgl. RIA Novosti 2011). Ursprünglich sollte auch die Webseite des Förderprogramms „Elektronisches Russland 2002–2010“ von dieser Organisation geschaffen werden. Erst im Jahr 2011 wurde die offizielle Kooperation der *FEP* mit der russischen Regierung beendet (vgl. ebd.). Die Bedeutung dieser Organisation bestand darin, dass gerade in ihren Projekten die wachsende Rolle und das Potenzial des Internets für die Politik und politische Kampagnen realisiert und zum ersten Mal in Russland aktiv benutzt wurden.

Weitere Schritte zur staatlichen Unterstützung der Internetentwicklung und entsprechende Internetangebote wurden in den 2000er Jahren unternommen. Im Jahr 2002 trat in Russland das Programm *Elektronaja Rossia* in Kraft, nach dem sich Russland im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie zu einer Informationsgesellschaft entwickeln sollte (vgl. Brunmeier 2005, S. 71). Dies war das erste Programm dieser Art, da sich die russische Regierung zuvor kaum mit den neuen Medien auseinandergesetzt hatte (vgl. ebd.). Dieses Programm kam für Russland jedoch relativ spät: Während andere Länder zu diesem Zeitpunkt im *Network Readiness Index* des Weltwirtschaftsforums⁵³ in ihrer IT-Entwicklung schon weit fortgeschritten waren – die ersten Positionen hielten die USA, Singapur, Finnland und Schweden – wurde Russland nur auf Platz 63 platziert (vgl. Brunmeier 2005, S. 72). Die Verabschiedung des Förderprogramms unterstrich das verstärkte Interesse und die

⁵³ Dieser Index wird im Rahmen des *Global Information Technology Report* vom Weltwirtschaftsforum erstellt und zeigt den Grad der Implementierung von IuK in Form eines Länderrankings.

Bereitschaft des Staates, vor allem die Wirtschaft auf dem Weg in die digitale Zukunft zu unterstützen.

Die aktive und für diese Arbeit relevante Popularisierung der Internetnutzung unter russischen Politiker_innen fing aber erst mit der Präsidentschaft von Dmitri Medwedew 2008—2012 an, der für sein progressives Management, seine Affinität zu neuen Technologien und Gadgets sowie die aktive Nutzung sozialer Medien bekannt war. Im Jahr 2011 erhielt er sogar den Titel „*RUNET*-Blogger des Jahres“ (vgl. Moen-Larsen 2013, S. 7).

„Medvedev (sic!) gilt angesichts seiner Kenntnisse des Internets und dessen subkultureller Jargons als ‚IT-Präsident‘, als russischer Obama, der den Umgang des Staates mit dem Internet revolutionieren könne. Auch die emanzipatorische Vision einer Förderung der Bürgergesellschaft gerade mittels der modernen Netzwerktechnologien greift der Präsident, selbst als einer der prominentesten Blogger des Landes auf.“ (Schmidt 2011, S. 65)

Medwedew war der erste Präsident, der einen eigenen Videoblog startete.⁵⁴ Im Jahr 2009 wurde sein Blog mit der in Russland populärsten Blogplattform, *LiveJournal*, verknüpft, um damit ein breiteres Publikum und somit mehr Wähler_innen zu erreichen (vgl. Moen-Larsen 2013, S. 8). Im Jahr 2011 wurden im Blog von Medwedew mehr als 157 Themen aufgeführt und mehr als 116 Mio. Kommentare hinterlassen (vgl. Open Society Foundation 2011, S. 60). Die Profile von Medwedew in den sozialen Netzwerken gehören zu den meistbesuchten im russischen Internet: Er hat Accounts auf *Vk.com* (2,2 Mio. Follower), *Facebook* (1,4 Mio. Follower), *Twitter* (4,98 Mio. Follower) und *Instagram* (2,8 Mio. Follower, Stand Herbst 2018). Sein *Twitter*-Account *@KremlinRussia* (später *@MedvedevRussia*) war eines der ersten *Twitter*-Accounts eines russischen Staatsbeamten und hatte bereits 2011 mehr als 2,5 Mio Follower (vgl. TASS 2014a).

Gleichzeitig rief Medwedew andere Politiker_innen systematisch dazu auf, die neuen Technologien und das Internet aktiver zu nutzen. Als eine der ersten Initiativen dieser Zeit lässt sich beispielsweise die Eröffnung eines speziellen Netzwerks für russische Staatsbeamte, das *Gosbook.ru*,⁵⁵ im Juli 2010 nennen, das auch eine staatliche Finanzierung erhielt. Bei Arbeitstreffen von Beamten der Regierung forderte Medwedew im März 2010 außerdem „elementare Computerkenntnisse“ (Russisch: „elemntarnaya komp’yuternaya gramotnost“) bei den führenden Positionen:

„Nur diejenigen, die das können sind moderne Manager, diejenigen, die das nicht können – und es tut mir leid, dass ich das sagen muss – sind noch nicht bereit. Und wenn ich dorthin schaue [zum Internet], dann müssen auch alle anderen dorthin schauen. Dies ist mein Wunsch, nicht nur an die

⁵⁴ Der erste Beitrag wurde im Jahr 2008 auf *blog.kremlin.ru* veröffentlicht.

⁵⁵ Seit 2016 wieder geschlossen.

Regierung, sondern auch an die Regierungschefs der Regionen. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis.“
(Medwedew 2010, zit. n. vesti.ru 2010, Übers. I. K.)

In mehreren seiner Aussagen betonte Medwedew die Rolle des Internets auch für die Medien- und Meinungsfreiheit in Russland. „Die Meinungsfreiheit muss mithilfe technologischer Innovationen sichergestellt werden“, so Medwedew in seiner ersten Rede vor der Föderalversammlung im Jahr 2008 (zit. n. Albrecht 2011, S. 144). Zudem befürwortete er eine aktive staatliche Förderung der IKT-Implementierung und entsprechende Bindungsprogramme zur Schaffung einer besseren Internetzugänglichkeit sowie Onlineangebote für staatliche Dienstleistungen. Seit 2008 wurde in Russland das Projekt von E-Government erarbeitet und im Jahr 2010 unterzeichnet. Dessen erste Etappen wurden in der Zeit der Präsidentschaft Medwedews umgesetzt. Zu den Hauptzielen des Projektes gehörten der Übergang zur Ausführung aller staatlichen Dienstleistungen in elektronischer Form, das Schaffen wichtiger E-Government-Infrastrukturen sowie die Sicherstellung seiner IT-Komponenten (vgl. Systemprojekt 2010). Im Jahr 2016 wurde eine neue Version des Projektes verabschiedet, das in der Folge den späteren IKT-Entwicklungen angepasst wurde. In dieser Version, die mit einem Planungshorizont bis 2020 verbunden ist, wird unterstrichen, dass die aktuellen Änderungen in der Internettechnologie seit 2010 die Mechanismen der Arbeit der staatlichen Behörden bei der Daten- und Unterlagenverwaltung komplett verändert haben (vgl. Systemprojekt 2016). Das neue Konzept orientiert sich an so neuen Technologien und Entwicklungen wie der Cloud-Technologie, der Benutzung von Big Data und der Entwicklung von künstlicher Intelligenz, wie Blockchain usw. Als Hauptziele, nach denen die elektronische Regierung in Russland künftig funktionieren soll, werden beispielsweise die Senkung der Bürokratie und generelle Zugänglichkeit von staatlichen Dienstleistungen „für alle zu jeder Zeit“ formuliert (vgl. ebd.).

Die von Medwedew angefangene „Internetmode“ wurde von anderen Politiker_innen als Befehl von oben verstanden, eigene Blogs und Profile in den sozialen Netzwerken zu erstellen (vgl. Toepfl 2012, S. 1444). So eröffneten im Mai 2010 32 von 83 russischen Gouverneuren ihren eigenen Blog (vgl. ebd.). Im Jahr 2014 hatten bereits 53 von 85 Gouverneuren in Russland einen eigenen Blog und ein Profil in mindestens einem sozialen Netzwerk (*Twitter*, *LiveJournal*, *Facebook*, *Vk.com*) (vgl. TASS 2014a). Die populärsten Plattformen unter den regionalen Politiker_innen waren dabei *Twitter* (50 Gouverneure) und *LiveJournal* (18 Gouverneure) (vgl. ebd.).

Obwohl die meisten Profile und Onlinetagebücher nur als Zeichen der eigenen Loyalität zum

Präsidenten geführt wurden (vgl. Toepfl 2012, S. 1444), entwickelten sich einige davon schnell zu den meistbesuchten Profilen im russischen Internet. Im Jahr 2015 waren unter den meistgelesenen russischen Politiker_innen, außer Medwedew selbst, der Präsident der Tschetschenischen Republik Ramsan Kadyrow (1,2 Mio. Follower), der ehemalige Stellvertretende Ministerpräsident in der Regierung der Russischen Föderation Dmitri Rogosin (605.000 Follower), der Vorgesetzte der Liberal-Demokratischen Partei Russlands Wladimir Schirinowski (444.000 Follower), der Gouverneur der Region Krasnodar Alexander Tkatschow (385.000 Follower), der ehemalige Gouverneur von Kirov Oblast Nikita Belych (271.000 Follower), der Abgeordnete der Staatsduma Nikolai Walujew (259.000 Follower) und der ehemalige Vorsitzende des russischen Föderationsrates Sergei Mironow (220.000 Follower) (vgl. Sobesednik.ru 2015). Im September 2018 zählte das Projekt *Medialogia* den Bürgermeister der Stadt Moskau, Sergei Sobjanin, die Pressesprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, und den Präsidenten der Tschetschenischen Republik, Ramsan Kadyrow, zu den TOP-3 der meistgelesenen Blogger_innen im russischen Internet (vgl. Medialogia 2018b).

5.3 Das Internet als staatlich konstruierte Gefahr nach der Protestbewegung

Die oben dargestellten liberalen Entwicklungen wie die aktiven bürgerlichen Initiativen im Netz mit ihrer verstärkten Beobachtung der Arbeit der staatlichen Behörden und der Aufdeckung von Wahlfälschungen führten dazu, dass das Internet von dem russischen Staatsapparat als neue Herausforderung wahrgenommen wurde:

„The ruling elite obviously faces new challenges to which it has chosen to react in a rather oppressive way, yet this response has only decreased loyalty to the kremlin and provoked new tensions within the elite itself. Thus, the new social media make it harder and more costly to control society and open up new spaces for political activity.“ (Etling et al. 2010, S. 54)

Seit dieser Zeit lässt sich ein deutlicher Wechsel in der staatlichen Rhetorik rund das Thema Internet und seiner Regulierung feststellen, der auch in den öffentlichen Stellungnahmen russischer Politiker_innen verfolgt werden kann.⁵⁶ Für diese Arbeit ist dies besonders relevant, da durch die Änderung der staatlichen Diskussion eine höhere Akzeptanz der daraus folgenden gesetzlichen Änderungen in der russischen Gesellschaft geschaffen wird.

⁵⁶ In dieser Studie handelt es sich um eine exemplarische Darstellung der Zitate aus dem genannten Zeitraum. Eine tiefgehende Analyse der Änderungen des staatlichen Diskurses ist im Rahmen einer separaten Inhaltsanalyse durchzuführen.

Bis 2011–2012 schien die Position der russischen Regierung hinsichtlich der Internetregulierung liberaler und an den Interessen unterschiedlicher Akteure wie z. B. Internetunternehmen orientiert zu sein (vgl. Litvinenko/Kharuk 2016, S. 2). Dafür sprechen mehrere Aussagen und Stellungnahmen russischer Politiker_innen inklusive des damaligen Präsidenten Medwedew gegen die strikten Verbote im Internet:

„Es gibt nichts Schlimmeres, wenn es [die Regulierung des Internets, I. K.] einfach zu den dummen Verboten kommt: ‚geht da nicht, geht hier nicht‘. Was würde in diesem Fall nun ein Schüler machen, was würde ich machen, wenn ich dieser Schüler wäre? Ich würde dann nur ‚hier‘ und ‚da‘ gehen. Deswegen muss es fein und intelligent sein.“ (Medwedew 2010, zit. n. Habr.com, Übers. I. K.)

Relevant für die spätere Entwicklung in Russland ist aber auch, dass sich Medwedew zu dieser Zeit gegen die Isolierung des russischen Internets und für dessen Entwicklung als Teil des weltweiten Netzes aussprach, was zu einem erfolgreicherem Kampf gegen Extremismus und Terrorismus im Internet beitragen sollte:

„[Das] Internet ist kein Ort, wo die Regeln eines einzigen Landes dominieren dürfen, mag dieses Land auch das mächtigste und das progressivste sein. Es sollen internationale Normen bestehen, die gemeinsam erarbeitet wurden. Und das World Wide Web soll sich auch so entwickeln, wie es sich bis zuletzt entwickelte – als ein gemeinsamer, gemeinschaftlicher Ort. Nur in diesem Fall ist die Abwehr von Terrorismus, Fremdenhass und von anderen illegalen Erscheinungen im Internet möglich.“ (Medwedew 2009, zit. n. kp.ru, Übers. I. K.)

Generell wurde mit der Person des ehemaligen Präsidenten durch dessen Image als aktiver Internetnutzer (vgl. oben) die Hoffnung auf eine liberale Entwicklung der Internetregulierung und das sogenannte *Ottepel* in der russischen Gesellschaft verbunden.⁵⁷ In seinen späteren Äußerungen als Regierungschef 2012 trat Medwedew weiterhin „dummen Einmischungen“ des Staates bei der Entwicklung des Internets entgegen (vgl. Vinokurowa 2013). Gleichzeitig sprach er sich für die Notwendigkeit aus, konkrete rechtliche Rahmenbedingungen in diesem Bereich zu schaffen: „Es ist nicht möglich, alles zu regulieren, aber andererseits kann das Internet außerhalb des rechtlichen Feldes auch nicht existieren.“ (Medwedew 2012, zit. n. ebd.) Auch der damalige Ministerpräsident für Telekommunikation, Igor Schtschogolew, äußerte sich in dieser Zeit für eine freiheitliche und zeitangemessene Regulierung des Internets: „Der Staat muss sich keine Regeln für das Internet ausdenken, er muss ein gleichberechtigter Teilnehmer des Prozesses sein, welcher frei und natürlich in der Netzgemeinschaft stattfindet.“ (Igor Schtschogolew 2011, zit. n. Roskomsvoboda 2016)

⁵⁷ Dieser Begriff stammt aus den 1960er Jahren und bezeichnet die Liberalisierung des politischen und sozialen Systems in der ehemaligen Sowjetunion nach dem Tod Stalins und den darauffolgenden Wechsel in der politischen Führung des Landes. Diese Zeit charakterisiert sich durch die Freilassung politischer Gefangener, die Abschaffung des GULAG-Systems, mehr Offenheit gegenüber dem Westen und der Etablierung eines gewissen Grads an Medienfreiheit.

Im Gegensatz dazu sind seit 2012 vermehrt Aussagen russischer Politiker_innen über die „gefährliche Seite“ des Internets zu finden (vgl. Assoziation der Internetnutzer 2014, S. 5). Auch die oben beschriebene „Mode“ eigener Blogs verlor nach der politischen Mobilisierung und der verstärkten Rolle der Wahlbeobachter_innen im Winter 2011–2012 an Schwung: „The government’s command of this discourse was suddenly challenged when, during the 2011–2012 election period, ‚unprecedented’ numbers of regular citizens signed up to become election observers.“ (Owen 2017, S. 383) In mehreren Berichten wird sogar darauf hingewiesen, dass es seit 2013 direkte Dekrete an Politiker_innen und Behörden gab, die sozialen Medien und Blogs nicht mehr zu nutzen (vgl. RIF+KIB 2014; ROG 2014; Freedom on the Net 2016).

Von der *Assoziation der Internetnutzer* (2014) wird dieser rasante Wechsel als „Kriegszustand im RUNET“ bezeichnet:

„Der ‚unsichtbare Krieg’ in der Ukraine wurde von der Einführung des ‚Kriegszustands’ in Runet begleitet. Die Regierung mobilisierte Beamte und jegliche Anzeichen von Selbständigkeit wurden beseitigt. Noch vor ein paar Jahren war es in Mode, gute Beziehungen mit der Branche [Internetbranche, I. K.], aktive Wechselwirkung und Zusammenarbeit fürs Wohl des Landes zu zeigen. Jetzt hat sich alles geändert.“ (Assoziation der Internetnutzer 2014, S. 3, Übers. I. K.)

Im Dezember 2014 wurde z. B. das *Twitter*-Account des stellvertretenden Vorsitzenden von *Roskomnadsor*, Maxim Ksensow, gelöscht, der zuvor über die Arbeit seiner Behörde auf *Twitter* aktiv berichtet hatte (vgl. Assoziation der Internetnutzer 2014, S. 4). Die Rolle von *Roskomnadsor* entwickelte sich nach Einschätzung der Organisation zur Rolle einer Zensurbehörde, die die rein technischen Aufgaben bei der unbegründeten Sperrung von Seiten übernahm (siehe mehr dazu in Kap. 6).

Nach der Protestbewegung und den Ereignissen in der Ukraine seit 2014 bewegte sich die Debatte über die Rolle des Internets vor allem rund um die Themen Extremismus, schädliche Informationen, Desinformationen und die Nutzung der Internettechnologie für feindliche „Anti-Russland-Propaganda“ (vgl. Litvinenko/Kharuk 2016, S. 3). Im Gegensatz zur oben erwähnten Stellungnahme von Medwedew aus dem Jahr 2012 wurde das Internet in der Folge häufiger als Instrument zur Verbreitung extremistischer Inhalten dargestellt:

„Gerade Informationstechnologien werden heute sowohl von unterschiedlichen extremistischen Gruppierungen als auch von einzelnen Staaten als Kriegsraum betrachtet. Und unsere Aufgabe besteht darin, die Souveränität und Unabhängigkeit unseres Staates zu schützen, die effiziente Arbeit aller staatlichen Systemen und aller Unternehmen sicherzustellen, Leben und Gesundheit des Menschen zu verteidigen.“ (Zhelesnyak S.W. am 20.05.2015, Stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma der Russischen Föderation, zit. n. Roskomnadsor 2015, Übers. I. K.)

In Anlehnung auf Entman (2004) spricht Asmolov (2015) über das neue negative „framing“ des Internets in Russland: „The recent conflict between Russia and Ukraine has contributed to the framing of the Internet as an instrument of psychological and information warfare.“ (Asmolov 2015, S. 9) Diese negative Seite des Internets wird durch die Berichterstattung in den staatlichen Medien hervorgehoben, die seit dieser Zeit auch deutlich mehr Finanzierung bekommen (vgl. Kap. 3).

Es ist anzumerken, dass sozial empfindliche Themen wie Extremismus oder Patriotismus in mehreren Ländern mit nicht-demokratischen Regimen für die Aufrechterhaltung einer verstärkten Medien- und Internetregulierung benutzt werden (vgl. Kap. 2). In Russland trifft der Kampf gegen den Extremismus im Internet vor allem die oppositionellen Stimmen. So wurde beispielsweise im Jahr 2013 das Strafgesetzbuch dahingehend verschärft, dass die Nichtanerkennung der Krim als russisches Territorium als Aufruf zu Separatismus eingestuft und strafrechtlich bestraft werden kann (vgl. Meduza 2016a).

Der Wandel der staatlichen Rhetorik mit der gleichzeitigen Etablierung neuer gesetzlicher Bestimmungen 2012–2015 wird in vielen Studien und Berichten mit dem Rückkehr Wladimir Putins als Präsident sowie mit der veränderten geopolitischen Situation seit 2014 begründet. So sprechen Tigranyan und Bazanova in ihrer Studie von vier Phasen der Regulierung des russischen Internets, die direkt mit den Amtszeiten der Präsidenten Putin und Medwedew verbunden sind (vgl. Tigranyan/Bazanova 2016, S. 128). Die ersten zwei Amtszeiten von Putin sowie die Amtszeit von Medwedew 2008–2012 betrachten die Autor_innen als Phasen einer relativ liberalen Regulierung des Internets mit Verzicht auf neue Rechtsnormen (vgl. Tigranyan/Bazanova 2016, S. 129). Seit 2012 wurden jedoch mehrere beschränkende gesetzliche Initiativen verabschiedet, die von Menschenrechtler_innen als Zensur im Internet wahrgenommen werden (vgl. ebd., siehe mehr dazu in Kap. 6).

Gleichzeitig zu den wirtschaftlichen und politischen Sanktionen werden seit 2014 außerdem kontinuierlich Versuche unternommen, die Autonomie des russischen Internets und somit die Internetsouveränität zu gewährleisten:

„Ein offensichtlicher Vektorwechsel in den gesetzgeberischen Initiativen wird in der nächsten Zeit von der komplizierten geopolitischen Situation, gegenseitigen Sanktionen und der Notwendigkeit, die digitale Souveränität der RF sicherzustellen und die informatorische und technologische Abhängigkeit unserer High-Tech-Branche vor dem Einfluss des Westens einzuschränken, vorgegeben.“ (RIF+KIB 2014, Übers. I. K.)

Im Jahr 2014 berichteten die Medien über den Plan des russischen Ministeriums für Telekommunikation das Internet bei den besonders bedrohlichen Situationen vorübergehend

abzuschalten (vgl. Interfax 2014). Es wurde behauptet, dass diesbezüglich bereits die ersten Maßnahmen gestartet worden seien (vgl. ebd.).⁵⁸ Obwohl diese Information vom Ministerium selbst nicht bestätigt wurde, zeigt dies ein deutlich verstärktes Interesse an der Autonomisierung des russischen Internets, insbesondere im Kontext der in 2014 angefangenen Import-Ersatz-Politik.⁵⁹ Das Konzept der Stärkung der Staatssicherheit und die Vermehrung der Angriffe auf Russland „von außen“ werden auch in den Stellungnahmen von Präsident Putin angesprochen: „Ich muss sagen, dass die Zahl der Angriffe in den letzten sechs Monaten erheblich zugenommen hat. Einfach unvergleichbar sogar mit dem letzten Jahr.“ (Putin beim Treffen des Sicherheitsrates am 1. Oktober 2014, zit. n. Interfax 2014). Gleichzeitig betonte er, dass Russland keine totale Kontrolle des Internets einführen, aber weitere Maßnahmen zur Sicherheit im Informationsbereich entwickeln werde (vgl. ebd.).

An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass die Positionen und Aussagen der russischen Politiker_innen und Staatsbeamten nicht ausschließlich als „reaktionär“ zu bezeichnen sind. Viele rechtliche Probleme (wie z. B. der Datenschutz oder die Piraterie) zogen in Russland erst später mit der landesweiten Verbreitung des Internets die Aufmerksamkeit des Gesetzgebers auf sich (vgl. Kap. 4). Somit entspricht die neue Rhetorik über die Regulierung des Internets in vielen Fragen ähnlichen internationalen Tendenzen, wenn die neuen technologischen Entwicklungen zur Notwendigkeit neuer Regulationen führen (vgl. Kolozaridi 2015). Auch in den Reden und Interviews von Putin sind viele weitere Aussagen über die bestehende Freiheit des russischen Internets zu finden. Bei einem Treffen mit Jurastudent_innen 2013 deutete er an, dass große Einschränkungen im Internet der „einfachste und schädlichste Weg“ seien (Putin 2013, zit. n. TASS 2013). Bei einem Treffen mit Schüler_innen in Sotschi 2017 betonte Putin, dass die Informationsfreiheit in allen Bereichen inklusive im Internet nur von gesetzlichen Vorschriften beschränkt werden könnte:

„Wir haben jetzt in keiner Hinsicht irgendwo Zensur. Das betrifft das Internet und die Freiheit. Diese endet oder transformiert sich auf irgendeine Weise dort, wo wir uns auf Freiheit eines anderen Menschen stoßen. Dasselbe betrifft die Internetfreiheit. Dort soll ja alles erlaubt sein, was von den Gesetzen nicht verboten ist.“ (Putin über Zensur, Juli 2017, zit. n. 1tv.ru)

Obwohl dieses Zitat einem späteren Zeitraum zuzuordnen ist, soll es hier als Illustration dienen, dass die in den Studien kritisierte Änderung der Position des russischen Staates von den verantwortlichen Politiker_innen selbst nicht zugegeben wird. Solche Äußerungen sind

⁵⁸ 2019 wurde das Gesetz über die Isolation des russischen Internets unterzeichnet, siehe Fazit.

⁵⁹ „Importozameschenie“ ist die Politik des Import-Ersatzes von allem bei Produkten und Dienstleistungen, die nach 2014 in der Folge des Ukraine-Krieges durch den Westen „sanktioniert“ und nicht mehr nach Russland exportiert wurden.

nicht eindeutig zu verstehen: Sie befürworten die Medien- und Internetfreiheit, erzeugen aber eine Grauzone, deren Grenzen sehr frei und zugunsten der staatlichen Interessen interpretiert werden können (vgl. Mangott 2002, S. 250).

5.4 Internetregulierung und Internetzensur in der öffentlichen Meinung

Obwohl Kommunikationsfreiheiten wie Medien- und Internetfreiheit als ein Messinstrument der Demokratisierung einer Gesellschaft betrachtet werden können, werden sie in verschiedenen Kulturen unterschiedlich interpretiert. Auch die Implementierung von neuen gesetzlichen Regulierungen und somit Einschränkungen im Netz können sich als unterschiedlich effektiv erweisen bzw. sind nur in einem bestimmten politisch-kulturellen Kontext möglich (vgl. Kap. 2). In Bezug auf Russland lässt sich generell ein besonderes Verständnis von Medien- und Kommunikationsfreiheiten festzustellen, das sich durch historische Entwicklungen, die postsowjetischen Transformationen sowie die aktuell durchgeführte staatliche Informationspolitik herausgebildet hat:

„The government influence over Internet content in Russia can only be understood in the context of the media-political system in the country and the existing attitudes of its population. Research has found no heavy-handed soviet-style technological censorship on the Russian web. [...] the state administration extends its quite sophisticated manipulation strategy to encompass the Internet. What makes this possible is the established information culture that dominates the Russian society.“ (Ognyanova 2014, S. 8)

Gleichzeitig können die Einschränkungen im Internet nicht nur durch die Sperrungen, sondern auch durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung rund das Thema Internetregulierung umgesetzt werden (vgl. Ognyanova 2014, S. 12). Auch die oben dargestellten Stellungnahmen der Politiker_innen sowie die negative Berichterstattung der zentralen Fernsehkanäle in Russland sind dafür bedeutsam. So führt die Diskreditierung der Glaubwürdigkeit des Internets zu einer konformeren Wahrnehmung bzw. Unterstützung der neuen gesetzlichen Änderungen: „State governance of the Internet is not balanced by a separate and sometimes oppositional voice of the public in the Russian case: it is largely supported and empowered by the public.“ (Asmolov 2015, S. 4). Anhand von Daten aus soziologischen Umfragen werden hier einige Besonderheiten dieser Wahrnehmung geschildert, deren Wichtigkeit bei der Realisierung der Internetkontrolle in Russland nicht zu unterschätzen ist und die auch in den späteren Interviews dieser Studie noch einmal ausführlicher thematisiert werden.

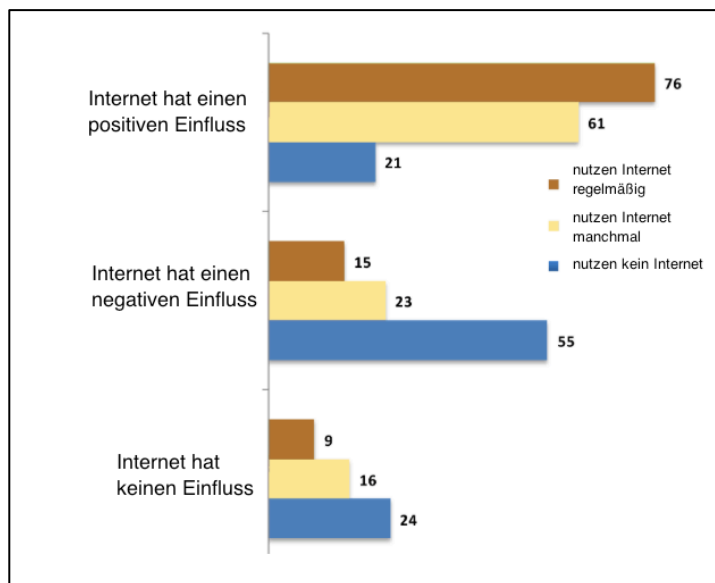
Als eine der großen Studien mit dem Fokus auf die Einstellung der russischen Bürger_innen zur Onlinezensur und Internetregulierung ist die gemeinsame Studie des *WCIOM* und des *Zentrums für globale Kommunikationsstudien* (2015) zu nennen. Ihre wichtigsten Ergebnisse können in folgenden Statistiken zusammengefasst werden:

- Etwa 42% der russischen Bürger_innen sind davon überzeugt, dass das Internet von anderen Staaten gegen Russland und seine Interessen verwendet wird;
- 49% der Bürger_innen unterstützen die Zensur im Internet, vor allem die der ausländischen Medien (45%) oder jeder Art von ausländischen Webseiten (38%);
- 51% der Bürger_innen sind der Meinung, dass die Einführung der „Schwarzen Liste von Internetseiten“ dem Schutz der staatlichen Stabilität dient; nur 13% sind der Meinung, dass diese Liste ein Versuch ist, demokratische Freiheiten einzuschränken;
- 39% der Bürger_innen sind überzeugt, dass Blogs genau wie Massenmedien reguliert werden sollen;
- 59% der Internetnutzer_innen glauben nicht, dass die Internetregulierung einen Einfluss auf ihre persönliche Freiheit hat (vgl. *WCIOM* 2015a, S. 26).

Paradoxerweise sind aber 53% der russischen Bürger_innen der Meinung, dass das Internet eher einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft generell hat. 31% der Befragten empfinden diesen Einfluss als negativ, 16% der Befragten als neutral (vgl. *WCIOM* 2015a, S. 16).

Zweifelsohne hängt die persönliche Einstellung zur Rolle des Internets und der Internetregulierung von der Art und Häufigkeit der eigenen Internetnutzung ab (vgl. Kap. 4). 55% der Befragten, die keine Internetnutzer_innen sind, sprechen von einem negativen Einfluss des Internets auf die Gesellschaft. Die gleiche Meinung teilen allerdings nur 23% der Befragten, die das Internet mindestens manchmal nutzen, und nur 15% der aktiven Internetnutzer_innen. Umgekehrt betrachtet, wird der positive Einfluss des Internets vor allem von den aktiven Internetnutzern_innen genannt (76%) und nur von jedem fünften Nicht-Nutzer_in:

Abbildung 5. Internetnutzung und Einstellung zur Zensur



Quelle: WCIOM 2015a, S. 16, Übers. I. K.

Somit ist eine zustimmende oder konforme Einstellung zu staatlichen Einschränkungen im Internet eher unter den russischen Bürger_innen festzustellen, die selbst im Netz nicht aktiv sind (vgl. Abb. 5).

Laut der Befragung würden die meisten Bürger_innen in Russland bevorzugen, dass die Funktionen der Internetkontrolle von der Regierung (42%) oder den Geheimdiensten (41%) übernommen werden (vgl. WCIOM 2015a, S. 16). Das Vertrauen in Geheimdienste unter den aktiven Internetnutzern_innen ist aber geringer als unter den Befragten, die keine aktiven Nutzer_innen sind. Das ist ein aufschlussreiches Ergebnis, welches zeigt, dass die Maßnahmen staatlicher Internetkontrolle in Russland eher akzeptiert werden.

Nach anderen Statistiken von *WCIOM* sind 58% der russischen Bürger_innen der Meinung, dass Zensur in den Medien generell notwendig ist (vgl. Smirnov/Dunas 2009, S. 181). Nur 24% sind gegen und nur 8% sind ausdrücklich gegen Zensur (vgl. ebd.). Ähnliche und etwas umstrittenere Ergebnisse werden in den Umfragen des Forschungsinstituts *Lewada-Zentrum* deutlich. So zeigen die Statistiken des Jahres 2013 einerseits, dass 68% der Nutzer_innen sich im Internet frei fühlen. Etwa 70% der Nutzer_innen sind dabei der Meinung, dass die Bürger_innen im Internet die Möglichkeit haben sollten, Kritik an der zentralen politischen Macht zu äußern (vgl. Lewada 2013b). Andererseits sind etwa 50% der Befragten der Meinung, dass der Staat das Internet mehr kontrollieren sollte (vgl. ebd.). Die Zensur im Internet wird also nicht als negativ wahrgenommen, sondern als notwendiger Schutz und Sicherheitsmaßnahme betrachtet.

Generell ist in Russland eine paradoxe Wahrnehmung zwischen der Funktion der Medien und grundlegender Freiheiten zu beobachten: Mehrere Befragungen über demokratische Rechte und Freiheiten zeigen deutlich, dass die Medien- und die Meinungsfreiheit sehr niedrig eingestuft werden. Auffallend ist aber, dass 2014 weniger Bürger_innen als noch im Jahr 2012 die Einführung von Internetzensur und Beschränkungen im Internet unterstützten (vgl. Lewada 2014). Trotzdem waren auch im Jahr 2014 54% der russischen Bürger_innen der Meinung, dass es im Internet sehr viele gefährliche Informationen gebe. 31% der Bürger_innen haben dagegen an, dass die Gefahren im Internet überschätzt werden:

Tabelle 5. Einstellung zu Gefahren im Internet

	Sept. 2012	Sept. 2014
Im Internet gibt es sehr viele gefährliche Webseiten und Beiträge; deswegen ist es notwendig, eine Internetzensur durchzuführen.	63%	54%
Die Gefahren im Internet werden überschätzt, aber auch in Anbetracht dessen soll eine Internetzensur nicht durchgeführt werden.	19%	31%
Schwer einzuschätzen	17%	16%

Quelle: Lewada 2014, Übers. I. K.

Diese hohe Akzeptanz oder Gleichgültigkeit zu Einschränkungen im Internet in der russischen Gesellschaft ist in vielerlei Hinsicht damit zu erklären, dass sich nur bestimmte Gruppen der Bevölkerung in Russland mit den technischen Besonderheiten oder den aktuellen gesetzlichen Änderungen auskennen. So gaben beispielsweise 35% der Befragten der *WCIOM*-Studie an, noch nie von dem Gesetz über die „Schwarze Liste von Internetseiten“ gehört zu haben (vgl. *WCIOM* 2015a, S. 8). Je nach Häufigkeit der Internetnutzung variiert auch die Wahrnehmung dieses Gesetzes unter den russischen Bürger_innen sehr stark: 51% gaben an, dass ihrer Meinung nach dieses Gesetz der Gewährleistung der staatlichen Stabilität und Sicherheit diene, während die aktiven Internetnutzer_innen es eher als einen Versuch der Internetkontrolle und Einschränkung der liberalen Freiheiten interpretierten (vgl. ebd.).

Ohne Zweifel ist hier auch ein kritischer Blick auf die veröffentlichten Statistiken notwendig. So werden die Ergebnisse der Studien in Russland selbst wegen ihrer mangelnden Transparenz und Repräsentativität häufig infrage gestellt (vgl. *Meduza* 2016f). Außerdem führt die Wiedergabe von Teilen dieser Statistiken durch die Medien, ohne weitere detaillierte Erklärungen zur Methodik oder Fragestellung der Untersuchungen, auch zu einer gewissen Beeinflussung der öffentlichen Meinung und zu einem Konformismus gegenüber der verstärkten Internetregulierung. Fragen zu den Studien werden meistens sehr allgemein

gestellt und berücksichtigen weder technische Aspekte noch konkrete Punkte einzelner gesetzlicher Änderungen.

Nichtsdestotrotz bilden die hier aufgeführten Daten und Umfrageergebnisse einige wichtige Tendenzen und Besonderheiten in der Wahrnehmung der staatlichen Kontrolle der Medien und des Internets ab, die für andere Gesellschaften nicht charakteristisch sind. Korkonosenko (2010) spricht in diesem Zusammenhang z. B. über ein generell fehlendes Verständnis für Kommunikationsprozesse und grundlegende Kategorien wie Kommunikationsfreiheit, was in der Gesellschaft zu einer verzerrten Wahrnehmung wichtiger Aspekte der sozialen Realität führe (vgl. Korkonosenko 2010). Da die Einführung von Einschränkungen und Zensur im Internet in Russland nicht unbedingt negativ wahrgenommen werden, gibt es im Maßstab des Landes auch keinen Widerstand gegen staatliche Restriktionen im Internet. Durch diese konforme Wahrnehmung bekommt der Staat günstige Rahmenbedingungen für die Einführung weiterer Einschränkungen, die auch die gesetzlichen Änderungen 2012–2016 ermöglichten.

6. Die Verstärkung der gesetzlichen Regulierung des Internets von 2012–2016

Aufgrund der im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern verzögerten landesweiten Verbreitung des Internets stellt dessen rechtliche Regulierung in Russland ein relativ neues Feld dar. Bis in die 2010er Jahre existierten dort kaum spezielle gesetzliche Normen, die die Verbreitung von Informationen und die rechtlichen Verhältnisse online reglementierten (vgl. RAEK 2015a). Somit benötigt die rechtliche Regulierung des Internets in Russland noch eine weitere, logische und zeitangemessene Entwicklung, weil sie besonders hinsichtlich einzelner Aspekte wie z. B. dem Urheberrechtsschutz lückenhaft bleibt (vgl. Kap. 4). Gleichzeitig kann die Erweiterung der rechtlichen Rahmenbedingungen nicht immer als ein notwendiger Schritt, sondern eher als Instrument der Einschränkung der Medienfreiheit und potenziell möglicher Zensur im Internet angesehen werden (vgl. Valentin 2009, S. 32). Seit Anfang der VI. Legislaturperiode wurden mehrere Gesetze verabschiedet,⁶⁰ die direkt oder indirekt mit der Regulierung des Internets verbunden sind. Gleichzeitig werden sie häufig als Reaktion des Staates auf die oben dargestellte Protestbewegung 2011–2013 betrachtet (vgl. Roskomsvoboda Istorija o.J.).

Dieses Kapitel liefert einen Überblick und eine Analyse der wichtigsten gesetzlichen Änderungen seit 2012, die die neuen Rahmenbedingungen der Informationsverbreitung im russischen Internet darstellen. Es sollte auch nicht unerwähnt bleiben, dass es eine ganze Reihe rechtswissenschaftlicher Studien gibt, die spezielle Fragen rechtlicher Regulierung im Internet wie z. B. die Nutzung von Warenzeichen im Internet, die Regulierung des Onlinehandels oder die Rolle einzelner Rechtsnormen – auch im internationalen Vergleich – detailliert untersuchen. Da diese Arbeit sich nicht auf die rechtswissenschaftliche Perspektive fokussiert und keinen Anspruch auf eine vollständige Darstellung aller Normen des Informationsrechts erhebt (vgl. Kap. 2), werden hier nur ausgewählte, für diese Arbeit relevante Beispiele der gesetzlichen Änderungen in Russland von 2012 bis 2016 beschrieben. Diese Änderungen haben eine große gesellschaftliche Resonanz und sind grundlegend für das Verständnis der aktuellen Lage der Internetfreiheit in Russland. Bei ihrer Auswahl handelt es sich nicht nur um spezielle Medien- oder Internetgesetze, sondern auch um weitere gesetzliche Normen, die in dem analysierten Zeitraum verabschiedet wurden und der

⁶⁰ Die VI. Legislaturperiode der russischen Staatduma war zwischen 2011 und 2016. Die Wahlen fanden am 4. Dezember 2011 statt.

Medienpraxis nahe stehen. Viele der neuen Gesetze, die für die Internetregulierung relevant sind, wurden nach der Durchführung der Interviews bis zum Ende der VI. Legislaturperiode sowie nach den Parlamentswahlen 2016 während der Arbeit an der Dissertation verabschiedet. Da die Experteninterviews von April bis Juli 2016 stattfanden und die Studie durch diesen zeitlichen Rahmen begrenzt ist, werden hier die später verabschiedeten Gesetze nicht ausführlicher dargestellt.⁶¹ Für die Analyse werden sowohl primäre Quellen und Gesetzestexte als auch Studien von verschiedenen Stiftungen, Forschungsorganisationen und Internetverbänden benutzt, die die Wirkung der neuen Regulierung kritisch untersuchen.

Im letzten Teil des Kapitels werden die Folgen der beschriebenen gesetzlichen Änderungen, die Kritik an den Gesetzen seitens der Medien- und Internetexpert_innen und internationalen Organisationen dargestellt und somit die problematischen Aspekte der neuen gesetzlichen Regulierungen verdeutlicht. Darüber hinaus werden die Fälle und Methoden der weiteren Einschränkungen im Internet exemplarisch dargestellt, die in Russland parallel zu den Änderungen der gesetzlichen Regulierung benutzt wurden.

6.1 Grundlegende gesetzliche Normen und Kontrollmechanismen

Zu den wichtigsten rechtlichen Grundlagen, die die Medien und das Internet in Russland direkt oder indirekt regulieren, gehören neben der Verfassung der Russischen Föderation und dem Zivilgesetzbuch, die Gesetze *Über die Massenmedien, Über das nationale Zahlungssystem, Über persönliche Daten, Über die Werbung, Über das Staatsgeheimnis, Über Telekommunikation, Über die elektronische Unterschrift, Über Information, Informatisierung und Schutz der Information* sowie *Über die staatliche Förderung von Massenmedien und Buchverlagen* (vgl. Brunmeier 2005, S. 20).

In Kapitel 2 der Russischen Verfassung vom 12. Dezember 1993 werden die grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte formuliert, darunter in Art. 29 die Medien- und

⁶¹ So wurde im Juli 2016 das sogenannte „Jarowaja-Paket“ (nach dem Namen der Abgeordneten Irina Jarowaja) bzw. das „Anti-Terror-Paket“ verabschiedet. Es besteht aus zwei föderalen Gesetzen, die unter anderem die neuen Anforderungen an die Postbetreiber formulieren sowie die längere Speicherung der Daten im Internet fordern. Das Paket wurde aufgrund seiner unrealistischen Vorschriften stark kritisiert, die vor allem mit den hohen Kosten sowie den fehlenden technischen Möglichkeiten für die Abspeicherung des Internet-Verkehrs begründet wurden. Nach unterschiedlichen Einschätzungen betragen die notwendigen Kosten bei der Umsetzung des Gesetzes für die russische Post etwa 500 Mrd. Rubel (ca. 7 Mrd. Euro) (vgl. Interfax 2016). Unmittelbar nach der Verabschiedung gab es mehrere Proteste und Petitionen gegen das Gesetz; die Möglichkeit seiner Umsetzung bleibt bis heute fraglich.

Meinungsfreiheit (Verfassung RF). Laut Art. 29 Abs. 4 hat jeder das Recht, „auf rechtmäßige gesetzliche Weise Informationen frei zu beschaffen, entgegenzunehmen, weiterzugeben, hervorzubringen und zu verbreiten.“ Die Freiheit der Massenmedien ist garantiert, die Zensur ist verboten (Art. 29 Abs. 5). Laut Art. 24, Abs. 1 sind das „Sammeln, Aufbewahren, Verwenden und Verbreiten von Informationen über das Privatleben einer Person ohne deren Einwilligung unzulässig.“

Das Gesetz *Über die Massenmedien* reguliert die Verhältnisse zwischen verschiedenen Akteuren bei der Produktion, Verbreitung und Rezeption von Massenmedieninformationen und legt die Rechte und Pflichten von Redaktionen und Journalist_innen fest. Im Jahr 1991 ersetzte es das sowjetische Gesetz und erweiterte seine Regelungen (vgl. Brunmeier 2005, S. 8). Außer dem Verbot der Zensur (Art. 3) proklamiert das Gesetz die Möglichkeit der Gründung und Registrierung der vom Staat unabhängigen Medien (Kap. 2), regelt die Bestimmung von vertraulichen Informationen (Art. 41), die Akkreditierung der Journalist_innen (Art. 48) und die internationale Zusammenarbeit in der Informationssphäre (Art. 53–55) (vgl. Brunmeier 2005, S. 8). Obwohl das Mediengesetz von 1991 im Vergleich zu sowjetischen Analogon fortschrittlich war, enthielt es mehrere unklare Stellen (vgl. Ballin 2006, S. 33). So bekamen Journalist_innen offiziell das Recht auf Akkreditierung, was ihre Arbeit und den Zugang zu den Veranstaltungen besonders im politischen Bereich erleichtern sollte. Gleichzeitig gibt es im Gesetz bis heute keine verbindlichen Vorschriften, die staatliche Behörden oder andere öffentliche Institutionen dazu verpflichten, Journalist_innen zu akkreditieren (vgl. ebd.). Auch die Arbeit der Onlinemedien blieb in Russland lange Zeit ohne eindeutige Regulierung. Erst im Juni 2011 wurde in das Massenmediengesetz der Begriff *setewoje izdanije* (der „Netzpublikation“, im Russischen wörtlich: „Netzmedium“) eingefügt. Damit ist eine Internetseite gemeint, die als Massenmedium registriert ist und einen entsprechenden rechtlichen Status bekommt (FZ N142 über die Änderungen im Mediengesetz). Diese Einführung einer aktuellen Begrifflichkeit war eine wesentliche Erweiterung des Mediengesetzes, da der Status der Onlinemedien in der rechtlichen Praxis zum damaligen Zeitpunkt schwierig zu interpretieren war. So schrieb Richter (2011) in Bezug auf diffamierende Informationen, dass das juristische Vorgehen bei deren Verbreitung in den Onlinemedien unklar war:⁶²

„If a radio or a television station carries something defamatory, the person whose personal or professional name has been impugned can demand the right of reply and this has to be broadcast at the same time of day as the offending allegations were made. Clearly, the same should apply in the

⁶² Die Darstellung der späteren Regulierung in Bezug auf Verleumdung siehe unten.

case of online media, but it is impossible to post and then immediately retract a denial on the web, so the exercise becomes pointless. The question is: how long should it remain on the site, and where?“ (Richter 2011, S. 204)

Das nächste grundlegende Gesetz *Über Information, Informatisierung und Schutz der Information* (InfG) wurde im Juli 2006 verabschiedet. Es reguliert Bereiche wie die Gestaltung, Suche und Verbreitung von Informationen, die Nutzung von Informationstechnologien sowie den Informations- und Datenschutz (Art. 1 Abs. 1). In Artikel 2 des Gesetzes werden alle grundlegenden Begriffe festgelegt, die die Informationssphäre und IKT betreffen. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass erst 2012 Begriffe wie „Webseite“, „Domain-Name“, „Webadresse“, „Inhaber der Webseite“ und „Internetprovider“ ins InfG eingefügt wurden (FZ N 139 von 28.07.2012). Der Begriff „Suchsystem“ (Suchmaschine) wurde erst im Jahr 2015 in das Gesetz eingefügt.

In Artikel 3 des Informationsgesetzes wird die Schaffung eines einheitlichen und ungetrennten Informationsraums in Russland garantiert (Art. 2 Abs. 2). Dieser wesentliche Punkt, wird besonders im Kontext des Kampfes gegen Extremismus und in der aktuellen Debatte über die Staatssicherheit und die Etablierung eines „souveränen Internets“ in Russland häufig erwähnt (vgl. Asmolov 2015). Im Weiteren garantiert das InfG den Zugang der Bürger_innen zu den rechtlichen Normen, die ihre Rechte und Pflichten sowie die rechtlichen Kompetenzen der staatlichen Behörden definieren: die Informationen über die Tätigkeit der staatlichen Behörden und die Ausgaben der steuerlichen Gelder, Informationen über Umwelt sowie Informationen von öffentlichen Bibliotheken, Museen und Archiven (Art. 8 Abs. 4). Wichtig ist dabei, dass die staatlichen Behörden die Bürger_innen „proaktiv“ informieren müssen. Sie sind also verpflichtet, Berichte über ihre Tätigkeiten und Ausgaben auch im Internet zu veröffentlichen (Art. 8. Abs. 5). Die oben aufgezählten Informationen können jedoch durch das Föderale Gesetz eingeschränkt werden, wenn dies für den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung, der Moral, der Gesundheit, der Rechte und der legitimen Interessen Anderer oder für die Gewährleistung der Verteidigung und der Sicherheit des Staates erforderlich ist (vgl. Olenichev 2017, S. 18). Informationen können also nicht zugänglich werden, wenn sie als Staatsgeheimnis bezeichnet werden. In den Jahren 2015 und 2016 wurde diese Liste von Informationen durch Dekrete des Präsidenten Wladimir Putin erweitert (vgl. Olenichev 2017, S. 50).

Die weitere Aktualisierung der Gesetze und Einführung neuer Begriffe sprechen einerseits über noch vorhandene Lücken in der gesetzlichen Regulierung des Internets in Russland, die noch überwunden werden müssen, andererseits kann die rasche Änderung der Gesetzgebung

auch kritisch betrachtet werden. Nach Angaben der Rechtschutzorganisation *Komanda29* (Deutsch: „Team29“) wurde das InfG im Laufe von der letzten zehn Jahre nach seiner Verabschiedung etwa 25 Mal geändert. In den 23 Jahren nach der Verabschiedung des Gesetzes *Über das Staatsgeheimnis* gab es 15 neue Fassungen. Die bereits erwähnte Liste über Informationen, die als Staatsgeheimnis betrachtet werden, wurde seit 1995 insgesamt 30 Mal geändert (vgl. Olenichev 2017, S. 19). Diesbezüglich weist *Komanda29* außerdem darauf hin, dass die Änderung eines Gesetzes auch zu einer entsprechenden Änderung in der Umsetzung mehrerer anderer Rechtsnormen führt. In dieser Situation wird z. B. der für die Bürger_innen gesetzlich garantierte Zugang zu Informationen wesentlich erschwert (vgl. ebd., S. 54). Insgesamt wird die Medien- und Internetregulierung als sehr instabil eingeschätzt: Rechtliche Normen enthalten häufig unklare oder unpräzise Formulierungen oder sind untereinander widersprüchlich. Internationale Normen werden nicht berücksichtigt oder nicht ratifiziert. Die eigenen Gesetze werden willkürlich umgesetzt und eine effektive Kontrolle darüber ist nicht vorhanden (vgl. Olenichev 2017, S. 53–58). Darüber hinaus spricht die Organisation über eine Zunahme von Strafverfahren wegen der Offenlegung von Staatsgeheimnissen, Verrat und Spionage, was auch als ein Indikator der neuen staatlichen Politik interpretiert werden kann (vgl. ebd., S. 51).

Neben der rechtlichen Regulierung sind hier auch die Sicherheitssysteme zu erwähnen, die in Russland für die staatliche Überwachung der Informationsübertragung genutzt werden. 1996 wurde das sogenannte System *SORM-1* eingefügt (Deutsch: „System operativ-aufklärerischer Maßnahmen“), welches das Abhören von Telefongesprächen ermöglicht. Seit 2000 wird in Russland *SORM-2* benutzt, das auch Daten aus dem Internet abfangen und speichern kann. Noch vor ihrer Etablierung wurden diese Systeme wegen ihrer Verfassungswidrigkeit stark kritisiert. Auf der Webseite des Instituts für Freiheit *Moskauer Libertarianum* (<http://www.libertarium.ru>) wurden alle Medienmeldungen um *SORM-2* gesammelt, um die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit zum Prozess seiner Einführung zu generieren (vgl. Brunmeier 2005, S. 45). Die dort dargestellten Artikel wiesen meistens darauf hin, dass die Benutzung des Überwachungssystems gegen die garantierten Rechte auf die Unverletzlichkeit und das Geheimnis der persönlichen Information verstößt. Nichtsdestotrotz wurden alle Telekomanbieter und Internetprovider mit der Unterzeichnung des Erlasses N130 *Über die Ordnung der Einführung des Systems der technischen Mittel zur Sicherstellung operativ-aufklärerischer Maßnahmen auf Telefonnetzen, Netzen der beweglichen und drahtlosen Kommunikation und der persönlichen Empfangsstationen des allgemeinen*

Gebrauchs verpflichtet, auf eigene Kosten ein spezielles Gerät (Server) zu installieren, der für den FSB die Überwachung aller übertragenen Informationen möglich macht (vgl. Brunmeier 2005, S. 55). Bei dem *SORM*-System handelt es sich allerdings nicht um ein Instrument totaler „Massenüberwachung“, sondern um eine „gezielte“ Überwachung Einzelner. Dieses wird gegen Personen angewandt, die beim FSB unter Verdacht werden, illegale Handlungen zu begehen oder zu planen (Diebstahl, Hacking, Terrorismus, Erpressung und andere kriminelle bzw. schwere Verwaltungsdelikte) (vgl. Chazov 2016). Nichtsdestotrotz ist der Überwachungsprozess kaum kontrollierbar: Obwohl der FSB dafür formal eine gerichtliche Entscheidung braucht, muss diese außerhalb der Geheimdienste nirgendwo vorgelegt werden (vgl. Amnesty International 2015).

Im Jahr 2014 wurde das System *SORM-3* eingefügt, das Daten aus allen Medienbereichen inklusive die Übertragung von Daten aus den sozialen Netzwerken und bei der Nutzung von WLAN sammelt und diese bis zu drei Jahren abspeichern kann. Für die Speicherung dieser Daten werden große Speichersysteme sowie *Deep Packet Inspection*-Systeme (DPI) verwendet, um unnötige Informationen wie Filme, Musik und Spiele herauszufiltern, die für die Strafverfolgungsbehörden keine nützlichen Informationen enthalten (vgl. Chazov 2016). *SORM-3* ist dafür da, illegale Aktivitäten der organisierten Kriminalität (Terrorismus, Wirtschaftsverbrechen usw.) zu verhindern (vgl. ebd.). Während *SORM-2* nach dem Prinzip der *targeted surveillance* funktioniert (hier kann die Überwachung nur gezielt durch den Namen oder die IP-Adresse gestartet werden), wird mit der neuen DPI-Technologie die Überwachung gesamter Informationspakete möglich (vgl. Amnesty International 2015).

Aus diesem Grund werden die Überwachungssysteme in Russland trotz ihrer proklamierten Ziele weiterhin stark kritisiert. Im Dezember 2015 beschloss der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass “domestic law required prior judicial authorization for interceptions, the authorization procedure did not provide for sufficient safeguards against abuse“ (vgl. Library of Congress 2016). Das Urteil des Gerichtes bezog sich auf den Fall *Sacharow vs. Russland*, bei dem der Leiter des regionalen Zentrums für Schutz der Glasnost in Sankt Petersburg, Roman Sacharow, gegen das System des Abhörens von Telefongesprächen in Russland klagte. Das Gericht bestätigte jedoch die Legitimität des Abhörens und wies darauf hin, dass es bei der Anwendung des *SORM*-Systems keine Mechanismen gegen Verstöße der Bürgerrechte und Missbräuche seitens der Staatsorgane gäbe (vgl. ECHR 2015).

Nach der Einschätzung mehrerer namhafter Forschungsinstitute und Menschenrechtsorganisationen stellt die Nutzung der *SORM*-Systeme einen der wichtigsten Kritikpunkte bei politisch motivierten Verfolgungen und dem Kampf gegen die Andersdenkende dar:

„According to the data published by Russia’s Supreme Court, almost 540.000 intercepts of phone and internet traffic were authorized in 2012. While the FSB is the principle agency responsible for communications surveillance, seven other Russian security agencies can have access to *SORM* data on demand. *SORM* is routinely used against political opponents and human rights activists to monitor them and to collect information to use against them in ‚dirty tricks‘ campaigns. Russian courts have upheld the FSB’s authority to surveil political opponents even if they have committed no crime.“ (CSIS 2014)

Darüber hinaus öffnen diese Überwachungssysteme Wege zu Korruption, Wirtschaftskriminalität und -spionage sowie Manipulationen, die das Vertrauen gegenüber staatlichen Institutionen massiv beschädigen (vgl. Brunmeier 2005, S. 58). Die Daten der *SORM*-Überwachung werden von schlecht bezahlten Mitarbeiter_innen staatlicher Behörden an Interessent_innen verkauft (vgl. ebd., S. 59) und können somit nicht nur gegen politische Aktivist_innen, sondern auch von wirtschaftlichen Konkurrent_innen gegenseitig benutzt werden (vgl. Amnesty International 2015). Die Installation der teuren Software bei der Einführung von *SORM-2* war außerdem mit so hohen Kosten verbunden, dass sich kleinere Internetprovider diese nicht leisten konnten und deswegen schließen mussten (vgl. Opennet.net 2010).

Parallel zur Einführung von *SORM-2* wurde im September 2000 die Doktrin zur Informationssicherheit verabschiedet, welche das Recht des Staates „to guide and to develop of this space, as well as ist responsibility to ensure that information space respects“ festlegte:

„The intent of the doctrine was as much international as it was domestic [...] The international intent of the doctrine appears to have been driven by a growing concern that Russia was falling behind ist major adversaries in developing a military capability in cyberspace [...] Domestically, the doctrine was aimed at the use oft he Internet by militant groups to conduct information operations, specifically the Chechen insurgency.“ (Deilbert/Rohozinky 2010, S. 21).

Im Mai 2016 wurde sie von einer neuen Doktrin abgelöst, laut der 99% des russischen Internetverkehrs bis zum Jahr 2020 auf dem Territorium der Russischen Föderation verlaufen soll (im Vergleich zu 70% im Jahr 2014) (vgl. Freedom House 2016). Dieser Schritt wird von Expert_innen und internationalen Organisationen jedoch als Versuch zur Isolation des russischen Internets gesehen (vgl. ebd.).

In Bezug auf die Aufsicht und Kontrolle der Arbeit der Massenmedien ist in Russland die dafür zuständige Behörde – *Roskomnadsor* – zu erwähnen (vgl. Kap. 5.3). Sie wurde im Jahr

2008 gegründet und ist für die Verteilung der Lizenzen, den Datenschutz und die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften im Informationsbereich inklusive im Internet verantwortlich (vgl. Roskomnadsor Položenie o.J.). Diese Behörde erteilt Verwarnungen, wenn Gesetze verletzt werden, und kann nach zwei Verwarnungen die Schließung des jeweiligen Mediums verlangen (vgl. Hartwich 2011). Seit 2012 werden nach Anfrage von *Roskomnadsor* die Internetseiten mit sogenannten „gefährlichen“ Informationen gesperrt; seit 2014 wird die Liste der gefährlichen Informationen kontinuierlich erweitert (siehe Kap. 6.3).

Wie dieser kurze Überblick zeigt, sind in Russland einerseits alle grundlegenden Informations- und Medienfreiheiten sowie Rechte in mehreren Gesetzen festgelegt. Die Unzulässigkeit von Zensur und der Zugang der Bürger_innen zur Information sind garantiert. Andererseits wurden besonders seit 2012 mehrere gravierende Änderungen vorgenommen, die vor allem die Regulierung des Internets und der Onlinemedien hinsichtlich neuer technischer Entwicklungen und Herausforderungen betreffen. Zu diesem Zweck wird in Russland z. B. die Notwendigkeit der Verabschiedung eines speziellen Internetgesetzes diskutiert (vgl. Brunmeier 2005, S. 61). Trotz dieser erforderlichen Entwicklungen und der Modernisierung der Gesetzgebung werden jedoch die unklaren Formulierungen der Gesetze sowie die Verstärkung der Möglichkeiten der staatlichen Überwachung im Internet stark kritisiert, da sie zu neuen einschränkenden Praktiken in Russland führen können (siehe Kap. 6.4).

6.2 Gesetzliche Änderungen 2012–2016

In diesem Abschnitt werden die wichtigsten gesetzlichen Änderungen präsentiert, die im Zeitraum 2012 bis Anfang 2016 verabschiedet wurden und die Medienpraxis betreffen. Wie in der Einleitung zu diesem Kapitel bereits angemerkt, wird dabei keine Vollständigkeit angestrebt. Stattdessen werden in diesem Überblick einzelne Gesetze dargestellt, die in dem analysierten Zeitraum besonders große Resonanz hatten und die Regulierung des Internets oder die Arbeit der Medien direkt oder indirekt stark beeinflussten.

Eines der wichtigsten Gesetze ist das Föderale *Gesetz 139 Über die Änderung des Föderalen Gesetzes über den Schutz von Kindern vor Informationen, die schädlich für ihre Gesundheit und Entwicklung sind*, das am 30. Juli 2012 in Kraft trat. Es dient dem besseren Schutz von Jugendlichen vor „schädlichen“ Informationen (wie z. B. dem Herstellen von Drogen, Suizid-

Anleitungen, Kinderpornografie etc.), wird jedoch häufig als Versuch einer strengeren Internetkontrolle und Internetzensur gesehen. Von Medienexpert_innen wird vor allem die undeutliche Formulierung des Begriffs „schädliche Informationen“ kritisiert, da es in dem Gesetz keine Definition gibt, was als „gefährlich“ anzusehen ist (vgl. Litvinenko/Kharuk 2016). Das Gesetz trat am 1. November 2012 mit der gleichzeitigen Einführung der bereits erwähnten „Schwarze Liste von Internetseiten“ in Kraft. Auf dieser Liste werden Webseiten eingetragen, die von *Roskomnadsor* als „gefährlich“ klassifiziert werden und entsprechend gesperrt werden müssen (vgl. oben). Da die Sperrungen nach IP-Adressen realisiert werden, werden mehrere Seiten „zusätzlich“ gesperrt, die aber keine gefährlichen Inhalte enthalten (vgl. Klassifikation von Sperrungen in Kap. 2). So wird von *Rosomsvoboda* – einem Projekt der Piratenpartei in Russland – die Rechtmäßigkeit von Sperrungen überprüft (<https://roskomsvoboda.org>). Laut der Statistik dieser Organisation wurden seit 2012 insgesamt etwa 8.642.023 Internetseiten gesperrt, darunter 8.408.113 (oder 97%) aber nicht gesetzmäßig (vgl. *Roskomsvoboda Istorija* o.J., Stand 14.11.2017). Außerdem werden die Sperrungen ohne gerichtliche Entscheidung vollzogen. Das bedeutet, dass die Inhaber_innen der Webseiten nur wenig Zeit haben, darauf zu reagieren bzw. zu prüfen, ob die als „gefährlich“ eingestuften Informationen auf ihren Webseiten tatsächlich zu finden sind. Bemerkenswert ist auch, dass die Liste der „gefährlichen Informationen“ sowie der staatlichen Behörden und Beamten, die die Sperrung der Seiten anfordern können, kontinuierlich erweitert wird. Aktuell können die Webseiten ohne gerichtliche Entscheidung nach Anforderung von *Roskomnadsor* oder *Mosgorsud*, dem Moskauer Stadtgericht, dem Generalstaatsanwalt oder dem stellvertretenden Generalstaatsanwalt gesperrt werden (vgl. *Roskomsvoboda Istorija* o.J.).

Die zweite relevante Rechtsnorm ist das sogenannte „NGO-Gesetz“ oder „Agentengesetz“ (FZ N 121 vom 20. Juli 2012 *Über die Änderung einiger Gesetzesakte der Russischen Föderation bezüglich der Regulierung der Tätigkeit nichtkommerzieller Organisationen, die die Funktion eines ausländischen Agenten ausüben*).⁶³ Nach diesem Gesetz müssen alle nichtkommerziellen Organisationen, die in Russland eine politische Tätigkeit ausüben und eine Finanzierung aus dem Ausland bekommen, sich als „Ausländeragenten“ registrieren lassen. Somit wird unterstellt, dass diese Organisationen im Interesse eines ausländischen Geldgebers agieren. Allerdings bleibt die Definition der „politischen Tätigkeit“ sehr unklar:

⁶³ Im November 2017 wurde das Gesetz über den Status der Medien als Ausländeragenten unterzeichnet, im November 2019 – das Gesetz über den Status der einzelnen Personen.

„Eine nichtkommerzielle Organisation gilt dann als an politischer Tätigkeit beteiligt, wenn sie sich – unabhängig von den in ihrer Satzung genannten Zielen – an der Organisation oder Durchführung politischer Aktionen beteiligt, die den Zweck haben, auf Entscheidungen staatlicher Stellen Einfluss zu nehmen, auf eine Änderung der staatlichen Politik hinzuwirken oder die öffentliche Meinung zu beeinflussen.“ (§ 2, Abs. 6 des Gesetzes *Über nichtkommerzielle Organisationen*, zit. n. BpB 2016a)

Trotzdem wird der Status des „Ausländeragenten“ vielen Organisationen zugewiesen, die dieses Kriterium nicht erfüllen und eher in wissenschaftlichen, kulturellen oder sozialen Bereichen tätig sind. Für die Verweigerung der Registrierung gelten dabei Strafen bis zu 300.000 Rubel (ca. 4.300 Euro) oder bis zu zwei Jahren Gefängnis für das Personal der Organisation (vgl. Freedom House 2012, S. 11). Betrachtet man die meistens niedrigen Finanzierungsmöglichkeiten der NGOs, können solche Strafen zu einer starken Einschränkung, wenn nicht sogar Verhinderung ihrer Tätigkeit in Russland führen. In dieser Studie wird dieses Gesetz deshalb erwähnt, weil alle Veröffentlichungen der Organisationen mit dem Status „Ausländeragent“ in den Medien oder im Internet entsprechend markiert werden müssen (vgl. ebd.). Dies betrifft auch Studien und Berichte zur Lage der Zivilgesellschaft oder zur Medien- oder Internetfreiheit in Russland. Der Status als „Ausländeragent“ ist daher nachteilig, da diese Bezeichnung im Russischen sehr negativ konnotiert und mit einer „verräterischen“ Tätigkeit assoziiert wird. Nach Angaben von *Human Rights Watch* beendeten etwa 30 Organisationen in Russland ihre Arbeit, weil sie den Status als „Ausländeragenten“ nicht akzeptieren wollten (vgl. HRW 2017a, S. 15).

Am 13. Juli 2012 wurde von der Staatsduma das Gesetz über Wiederaufnahme des *Artikels über Verleumdung* ins Strafgesetzbuch (Art. 128.1) verabschiedet, der erst 2011 auf Initiative von Dmitri Medwedew abgeschafft wurde. Verleumdung wird dabei als Verbreitung von „wissentlich falschen Angaben, die die Würde oder das Ansehen einer anderen Person verletzen oder seine Reputation untergraben“ (Art. 128.1 Abs.1, zit. n. Consultant.ru) in den Massenmedien oder im Internet definiert. Der russische Menschenrechtsrat kritisierte, dass der Artikel in dieser Formulierung willkürlich interpretiert werden könne, nicht angemessene Strafen vorsehe und deswegen vor allem professionelle journalistische Recherchen investigativen Charakters erschweren könne (vgl. Garant.ru 2014b). So wurden die Strafverfahren für Verleumdung verschärft: Sie betragen bis zu 500.000 Rubel (ca. 7.000 Euro) oder bis zu 160 Stunden Pflichtarbeit bei einer Verleumdung ohne weitere Klassifizierung oder erschwerende Umstände (Art. 128.1 Abs. 1), bis zu 5 Mio. Rubel (ca. 71.000 Euro) oder bis zu 480 Stunden Pflichtarbeit bei einer Verleumdung mit dem Vorwurf einer Person in einer schweren bzw. besonders schweren Straftat (Art. 128.1 Abs. 5).

Im Jahr 2013 wurden das sogenannte *Alina Kabaewa-Gesetz* (Einführung des Verbots über die Verbreitung von Informationen oder persönlicher Daten von Jugendlichen, die Opfer von Gewalt wurden, in das Mediengesetz), das *Gesetz über das Verbot der Propaganda von Homosexualität unter Minderjährigen* und das *Gesetz zum Schutz der Gefühle von Gläubigen* verabschiedet. Diese gesetzlichen Änderungen sind hier in dem Zusammenhang zu erwähnen, weil sie keine eindeutigen Formulierungen enthalten, die Berichterstattung zu den vielen Themen erschweren sowie zu massiven Sperrungen von Internetseiten ohne Gerichtsentscheidung führen. So enthält z. B. das *Gesetz zum Schutz der Gefühle von Gläubigen* weder eine Definition der „Gefühle von Gläubigen“ noch eine Definition von „Beleidigung“ (vgl. HRW 2017a, S. 20).

Das *Gesetz zum Schutz der Urheberrechte* FZ-187 wurde ebenfalls im Jahr 2013 verabschiedet, erfuhr aber später noch weitere Überarbeitungen und Fassungen. Laut diesem Gesetz können Webseiten mit illegal veröffentlichten Inhalten nach Aufforderung der Rechteinhaber_innen gesperrt werden. Im Jahr 2013 umfasste dies die Kinoproduktion, doch seit Mai 2015 sind davon auch die Seiten mit illegal veröffentlichter Musik, Büchern oder Software betroffen. Dabei werden nicht nur die jeweiligen Inhalte, sondern auch komplette Internetseiten gesperrt. Ihre Inhaber_innen haben davor 24 Stunden Zeit, um die illegalen Inhalte zu löschen. Webseiten, auf denen illegale Inhalte mehrmals veröffentlicht wurden, werden „fristlos“, also ohne Anspruch auf die Wiederherstellung des Zuganges gesperrt (vgl. Agora 2015, S. 5).

Obwohl das Problem der Urheberrechtsverletzungen im Internet in Russland dramatisch ist und im Vergleich zu anderen Ländern kaum Fortschritte zeigt (so konsumieren etwa 27% der russischen Bürger_innen illegal Musik im Internet und 17% Filme und Videos, vgl. Lewada 2013c), wurde das „Antipiratengesetz“ schnell mit Namen wie „Russisches SOPA“,⁶⁴ „Das Gesetz gegen Internet“ oder als „Das Gesetz über willkürliche Sperrungen“ bezeichnet. Vertreter_innen von Internetunternehmen wie *Yandex.ru*, *Mail.ru* und *Google* äußerten bei der Verabschiedung der ersten Fassung 2013, dass das Gesetz technisch nicht realisierbar sei, den Rechteinhaber_innen selbst schade und zu einer Zensur im Internet führe:

„Der Gesetzentwurf über die willkürliche Sperrung der Seiten ist verabschiedet. Seine endgültige Redaktion ist noch schlimmer als die Zwischenredaktionen. Alle Änderungsanträge von der Internetbranche, die dem Mechanismus der Regulierung ein bisschen gesunden Menschenverstand hinzufügen könnten, wurden komplett ignoriert. [...] Die ins Gesetz eingefügten Formulierungen

⁶⁴ SOPA (The Stop Online Piracy Act) – ein US-amerikanischer Gesetzentwurf vom Oktober 2011, der die Verfolgungen für Verstöße der Urheberrechte verschärfen würde und wegen starker Kritik und kontroversen Reaktionen im Verabschiedungsprozess gestoppt wurde.

sind so schwammig, dass man sie gegen alles verwenden kann – gegen Suchmaschinen, gegen gewissenhafte Ressourcen und gegen einzelne Personen.“ (Yandex.ru, zit. n. Roskomsvoboda Istorija o.J., Übers. I. K.).

Am meisten wurde kritisiert, dass die Sperrung einer kompletten Webseite zur gleichzeitigen Sperrung der anderen, legalen Inhalte führt (vgl. FB.ru 2016a).

Im Dezember 2013 wurde das sogenannte *Gesetz über die Momentanen Sperrungen* (FZ-398) verabschiedet, das in den Medien schnell als „Gesetz für politische Zensur“ bezeichnet wurde (vgl. Roskomsvoboda Istorija o.J.). Nach diesem Gesetz können Webseiten nach Anforderung der Staatsanwaltschaft ohne Gerichtsentscheidung sofort gesperrt werden, wenn sie „zu Massenunruhen, zur Durchführung extremistischer Aktivitäten und zur Teilnahme an Massenveranstaltungen (öffentlichen Veranstaltungen), die gegen das etablierte Verfahren verstoßen“, aufrufen (zit. n. Consultant.ru, Übers. I. K.). Das Gesetz wurde als Teil des sogenannten „Anti-Terror-Pakets“ von den Abgeordneten Irina Jarowaja und Andrej Lugowoj mit dem Ziel einer besseren Bekämpfung des Terrorismus vorgeschlagen (vgl. Garant.ru 2014a). Der russische Menschenrechtsrat wies jedoch darauf hin, dass das Gesetz gegen die Verfassungsrechte der Bürger_innen verstoße (vgl. Tigranyan/Bazanowa 2016). So werden beispielsweise unter politischen Unruhen auch nicht genehmigte Protestaktionen verstanden, was die Information der Bürger_innen über jede Art von oppositionellen Maßnahmen wesentlich erschwert. Nachdem das Gesetz in Kraft trat, wurden am 13. März 2014 die Webseiten oppositioneller Onlinemedien wie *Kasparov.ru*, *Grani.ru* und *ej.ru* sowie der Blog des oppositionellen Aktivisten und Politikers Alexej Navalny in *LiveJournal* und auf der Webseite von *Echo Moskvy* gesperrt (vgl. Openrussia.org 2016).

Zu den weiteren Änderungen des „Anti-Terror-Pakets“ gehören das Föderale Gesetz N 97 von 5. Mai 2014 (oder das sogenannte „Bloggergesetz“).⁶⁵ Dieses Gesetz setzt den rechtlichen Status von Blogger_innen, die mindestens 3.000 Leser_innen pro Tag haben, mit dem Status von Massenmedien gleich. Dabei bleibt im Gesetz unklar, wie die Zahl der Leser_innen gemessen werden soll, da einige Blogplattformen über so eine Funktion nicht verfügen. Mit der Gleichsetzung ihres Status mit dem von Massenmedien erhalten die registrierten Blogger_innen im Gegenzug jedoch keine entsprechenden journalistischen Rechte wie z. B. das Recht auf Akkreditierung. Gleichzeitig sind sie aber verpflichtet, die Richtigkeit aller in ihren Accounts veröffentlichten Informationen zu überprüfen, Informationen über das Privatleben der Bürger_innen sowie die extremistischen Materialien nicht zu verbreiten und

⁶⁵ Der Artikel zum Status von Blogger_innen ist seit Juli 2017 nicht mehr in Kraft. Dies soll illustrieren, dass die Internetregulierung in Russland noch stark im Wandel begriffen ist.

die Beiträge mit einer Altersbegrenzung zu markieren (vgl. Varlamov 2014).⁶⁶ Das Gesetz fügt zudem den Begriff „Organisator der Verbreitung von Informationen im Internet“ ein. Darunter wird eine Person verstanden, die „Informationssysteme oder Software zum Empfangen, Übertragen, Liefern oder Verarbeiten elektronischer Nachrichten von Benutzern im Internet bereitstellt oder verwendet“ (FZ-97, Art. 1.1). Laut dieser allgemeinen Definition gehören dazu alle Dienste, die ihren Nutzer_innen ermöglichen, miteinander zu kommunizieren, darunter auch soziale Netzwerke, Messenger, E-Mail-Dienste und alle Webseiten, die eine Antwortfunktion haben (vgl. Garant.ru 2014a). Die Organisatoren der Verbreitung von Informationen sind verpflichtet, Nutzerdaten bis zu sechs Monaten zu speichern und diese auf Anfrage den Strafverfolgungsbehörden und Sicherheitsdiensten zur Verfügung zu stellen (vgl. HRW 2017a, S. 22).

Im Juli 2014 wurde der Artikel des Strafgesetzbuches N 280.1 *Über die öffentlichen Aufrufe zum Separatismus und zur Verletzung der territorialen Integrität der Russischen Föderation* verschärft. Mit der Unterzeichnung dieses Gesetzes werden solche Aufrufe mit extremistischer Tätigkeit gleichgesetzt (vgl. RG.ru 2014). Als maximale Bestrafung sind bis zu 300.000 Rubel Bußgeld (ca. 4.300 Euro), bis zu drei Jahren Pflichtarbeit, Festnahme von drei bis sechs Monaten oder bis zu vier Jahren Haft mit Entzug des Rechts auf bestimmte Positionen oder Tätigkeiten vorgesehen (Art. 280.1 Abs.1). Aufrufe über Massenmedien oder im Internet können mit bis zu 480 Stunden Pflichtarbeit oder bis zu fünf Jahren Haft mit Entzug des Rechts auf bestimmte Positionen oder Tätigkeiten für drei Jahre bestraft werden (Art. 280.1 Abs. 2, zit. n. Consultant.ru). Die Verschärfung dieses Artikels wird als Maßnahme gegen Kritiker_innen der Ereignisse auf der Krim im Zuge des Ukraine-Konflikts interpretiert (vgl. HRW 2017a, S. 21; vgl. Kap. 5.3).

Im gleichen Monat wurde das Gesetz N 242-FZ *Über die Lokalisierung der persönlichen Daten* der russischen Bürger_innen auf dem Territorium der Russischen Föderation verabschiedet (am 1. September 2015 in Kraft getreten). Dieses Gesetz verpflichtet alle Anbieter_innen, die Erfassung, Speicherung und Extraktion personenbezogener Daten russischer Staatsangehöriger auf dem Territorium Russlands vorzunehmen (vgl. Garant.ru 2016). Dies bezieht sich auch auf ausländische E-Mail-Services und soziale Netzwerke wie *Google* oder *Facebook*, die in Russland einen Server installieren müssen (vgl. Kap. 4). Der

⁶⁶ Seit 2012 sind die Medien verpflichtet, alle Inhalte mit Altersbegrenzungen zu markieren (vgl. Vedomosti.ru 2012). Ohne Markierungen können nur Beiträge mit einem besonderen historischen oder kulturellen Wert veröffentlicht werden.

Verstoß gegen dieses Gesetz kann mit der Sperrung der Internetseiten oder mit Geldbußen geahndet werden (vgl. Ostexperte.de 2015).

Am 14. Oktober 2014 wurde das Föderale Gesetz N 305-FZ *Über die Beschränkung des Anteils der ausländischen Aktionäre* in allen russischen Medien auf 20% verabschiedet (am 1. Januar 2016 in Kraft getreten). Davor betrug dieser Anteil 50% und bezog sich nicht auf alle Medien, sondern nur auf Fernsehen und Radio. Mit der Unterzeichnung dieser Rechtsnorm waren alle Medien bis zum Februar 2017 verpflichtet, ihre Organisationsstrukturen nach den neuen Vorschriften auszurichten. Als Ergebnis wurden die ausländischen Anteile in Medien wie *CTC Media* (mit den Fernsehsendern *CTC*, *Domaschnij*, *Perez* und *CTC Love*), der Zeitschrift *Forbes*, der *Moscow Times* und der Zeitung *Vedomosti* verkauft, die davor für ihre liberale Berichterstattung bekannt waren (vgl. RBC.ru 2016). Mehrere ausländische Medienholdings mussten den russischen Markt komplett verlassen (so z. B. *NBC Universal* (*Universal Channel* u *E! Entertainment*) und *AMC Network* (*CBS Drama*, *CBS Reality*, *Outdoor Channel*) (vgl. ebd.). Die wirtschaftlichen Verluste nach der Verabschiedung dieses Gesetzes betragen nach Einschätzung der Föderalen Agentur für Presse und Massenkommunikation etwa 2,8 Mrd. Rubel (vgl. Federal'noe agentstvo po pečati i massovym kommunikacijam 2016).

Zu den relevanten Gesetzesinitiativen 2015 gehörte das Gesetz FZ-264 *Über das ‚Recht auf Vergessen‘*, das am 1. Januar 2016 in Kraft trat. Laut diesem Gesetz müssen die Daten von Bürger_innen, wenn Informationen über sie nicht mehr aktuell oder wahrheitsgemäß sind, im Laufe von zehn Tagen nach ihrer Anfrage aus dem Internet gelöscht werden. Von Medienjurist_innen wird das Gesetz jedoch wegen seiner unklaren Formulierungen und der Unmöglichkeit für die Provider, die Aktualität der Informationen zu bestimmen, negativ beurteilt. Auch die Darstellung des Gesetzes in der öffentlichen Debatte wurde von Medienextert_innen und Jurist_innen kritisiert: „Uns wird erklärt, das ‚Recht auf Vergessen‘ entspreche progressiven europäischen Tendenzen, während das Gesetz in ganz Europa als reaktionär verschrien ist und heftig kritisiert wird“, so die Leiterin des Zentrums für Medienrechtsschutz Galina Arapowa (zit. n. Sinelschtschikowa 2015). Die Gefahr bei der Realisierung dieses Gesetzes besteht außerdem darin, dass Informationen aus dem Internet beliebig gelöscht und durch unvollständige Suchergebnisse manipuliert werden können (vgl. ebd.).

6.3 Zur Wahrnehmung und Umsetzung der neuen Gesetze

6.3.1 Kritik von Internetexpert_innen und internationalen Organisationen

Wie oben bereits verdeutlicht, stoßen die genannten gesetzlichen Änderungen seit 2012 auf starke Kritik von Seiten der Medien- und Internetexpert_innen sowie von internationalen Organisationen. Sie monieren vor allem die unpräzisen Formulierungen, die unklaren Mechanismen der Umsetzung sowie die selektive Anwendung der Gesetze. Obwohl die Erweiterung der Gesetzgebung als notwendige Anpassung an die schnelle medientechnologische Entwicklung sowie als neue und permanente Herausforderung für die Staatssicherheit betrachtet werden kann (vgl. oben), argumentieren kritische Stimmen, dass hinter den verabschiedeten Gesetzen politische Motive stehen und diese neue Einschränkungen für die Medien- und Internetfreiheit in Russland nach sich ziehen. Im Folgenden werden einige öffentliche Reaktionen der Medienexpert_innen sowie Berichte der Internetorganisationen und NGOs vorgestellt und analysiert, die eine kritische Betrachtung der gesetzlichen Änderungen repräsentieren. Sie veranschaulichen die problematischen Aspekte der Verabschiedung und Umsetzung der neuen Rechtsnormen, die später auch in den Experteninterviews der Studie thematisiert werden.

Generell wird die Beschleunigung der Verabschiedung der Gesetze als ein reaktionäres Agieren des Staates und als neuer „Trend des Verbotens“ in der russischen Gesetzgebung nach 2012 interpretiert (vgl. Roskomsvoboda Istorija o.J.). In diesem Zusammenhang bekam die Russische Staatsduma sogar den Spitznamen „bešenyj printer“ (Deutsch: „verrückte Druckmaschine“), da alle neuen Gesetze rasch und ohne weitere Konsultationen oder Rücksprache mit Medienexpert_innen verabschiedet wurden (vgl. Pogorelskaja 2012). Laut den jährlichen Berichten der Menschenrechtsorganisation *Agora* wurden im Jahr 2012: 49 / 2013: 75 / 2014: 87 und im Jahr 2015: 48 gesetzliche Initiativen zur Internetregulierung vorgeschlagen (vgl. Agora 2015). Nach der Einschätzung der *RAEK* (Russische Assoziation für elektronische Kommunikation) wurden dabei etwa 77% aller gesetzlichen Initiativen in dem Zeitraum 2013–2014 von der Internetexpertschaft in Russland als „negativ“ beurteilt, nur 13% als „positiv“ und 10% als „neutral“ (RIF+KIB 2014). „2012 ist die Zeit zu Ende, als der Staat an der Regulierung des Internets noch nicht teilgenommen hat“, so der Vorsitzende der Assoziation, Sergei Plutogarenko (vgl. TheRunet 2014). Die Assoziation wies außerdem darauf hin, dass viele gesetzliche Initiativen per se nicht realisierbar seien und von den

einzelnen Abgeordneten nur zum Zweck der Erhöhung eigener Zitierung in den Medien vorgeschlagen werden (vgl. RAEK 2015c).

Auf Basis dieser Statistik können auch die oben dargestellten Gesetze folgendermaßen eingeschätzt werden:

Tabelle 6. Gesetzliche Änderungen und ihre Wirkungen (ausgewählte Beispiele)

Gesetz/Initiative	Datum	Inhalt	Einschätzung/Folgen
„Über die Änderung einiger Gesetzesakte der Russischen Föderation bezüglich der Regulierung der Tätigkeit nichtkommerzieller Organisationen, die die Funktion eines ausländischen Agenten ausüben“ oder „Antiagentengesetz“	Juli 2012	Alle NGOs, die eine Finanzierung aus dem Ausland erhalten, müssen sich als Ausländeragenten registrieren lassen (relevant für die Internetfreiheit, da viele Organisationen sich mit diesem Thema auseinandersetzen).	Die NGOs können willkürlich als Ausländeragenten benannt werden, Durchsuchungen und Kontrollen bei den Organisationen erschweren ihre Arbeit; viele NGOs stecken in langfristigen Gerichtsprozessen, müssen ihre Büros schließen oder gehen ins Ausland; Entstehung von negativen Konnotationen über die Arbeit der NGOs in der Wahrnehmung der Bevölkerung; viele Organisationen von Kultur- oder Bildungseinrichtung werden in die Liste der Ausländeragenten eingetragen.
Wiederaufnahme ins Strafgesetzbuch und Verschärfung des Artikels über Verleumdung	Juli 2012	Strafrechtliche Verfolgung und Erhöhung, Straf gelder für die Verbreitung von absichtlich falschen Informationen und Defomationen	Keine transparenten Begriffe, unangemessen hohe Bußgelder, erschwerte Bedingungen für investigativen Journalismus.
Einführung der „Schwarzen Liste von Internetseiten“	Juli 2012 verabschiedet, 1.11.2014 in Kraft getreten	Das Gesetz proklamiert den Schutz der Jugendlichen vor gefährlichen Informationen im Netz und erlaubt die Sperrung der Webseiten nach IP-Adressen. Im November 2013 wurde die Liste von verbotenen Informationen erweitert (die Begriffe „Kinderpornografie“, „Propaganda von Suizid“ und „Drogen“ wurden ins Gesetz eingeführt)	Kritik der Sperrung der Webseiten nach IP-Adressen, zahlreiche Proteste, online und offline, öffentliche Briefe von Internetunternehmen, NGOs und politischen Parteien.
Änderungen im Gesetz über Werbung	Juli 2012	Verbot der Alkoholwerbung in den Medien und im Internet	Negative Wirkung auf die Arbeit der Onlinemedien, da sie sich meistens nur über Werbung finanzieren, Unklarheit der Begriffe und Verbot von einem großem Cluster von Informationen.
Gesetz ‚Gegen die Verletzung der religiösen Gefühle von Gläubigen‘	Juni 2013	Das Gesetz kriminalisiert die Beleidigung der religiösen Gefühle von Gläubigen und bestraft entsprechende Handlungen mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren (Art. 148 des Strafgesetzbuchs)	Kritik der unklaren Formulierungen, keine deutlichen Kriterien zur Anwendung des Gesetzes, deutliche Einschränkung der Meinungsfreiheit bei religiösen Themen.
Gesetz ‚Gegen Gay-Propaganda‘	Juni 2013	Das Gesetz bestraft die Verbreitung von Informationen über die „soziale Gleichwertigkeit traditioneller und nicht traditioneller sexueller Beziehungen“.	Mehrere Fälle der Angriffe gegen Aktivist_innen und Vertreter_innen der LGBT-Community, gerichtliches Verbot und Sperrung von Gruppen in den sozialen Medien, z. B. der von der Bürgeraktivistin Elena Klimova organisierte Gruppe für LGBT-Kinder <i>Deti-404</i> . Die öffentliche Erwähnung über die Rechte und Probleme von LGBT-Personen wird in mehreren Fällen mit Propaganda gleichgesetzt.

Gesetz ‚Über den Schutz der Urheberrechte‘ („Antipiraten-Gesetz“)	Juli 2013	Das Gesetz fordert besseren Schutz der Urheberrechte und erlaubt die Sperrung illegaler Inhalte.	Kritik der unklaren Kriterien für die Sperrung, Protest- und Löschaktionen in den sozialen Netzwerken, Umbenennen von Musik und Video-Dateien, Kritik seitens Internetindustrie wegen der raschen Verabschiedung des Gesetzes, viele Unklarheiten bezüglich der technischen Aspekte.
„Lugowoj-Gesetz“ Gesetz ‚Über politische Zensur‘	Dezember 2013	Das Gesetz erlaubt eine „sofortige“ Sperrung der Webseiten ohne gerichtliche Entscheidung, wenn sie zu Massenaufständen oder Extremismus aufrufen.	Vage Formulierungen im Gesetz, die zu willkürlichen Sperrungen von Webseiten führen. Einige der populärsten unabhängigen Medien wie <i>Grani.ru</i> , <i>Kasparov.ru</i> und <i>EJ.ru</i> , sowie der <i>Livejournal</i> -Blog des Oppositionsführers Alexej Navalny wurden wegen der Berichterstattung über Massenproteste und „The Bolotnaya Case“ gesperrt.
Gesetz ‚Über Änderungen des Strafgesetzbuches‘ (Artikel über Separatismus)	Dezember 2013	Einführung der strafrechtlichen Verfolgung bei Aufrufen zu Separatismus.	Einschränkung der freien Meinungsäußerung, insbesondere der öffentlichen Debatten über die Möglichkeit einer größeren Autonomie innerhalb der Russischen Föderation bzw. die Abspaltung von der Russischen Föderation, Einschränkung der Debatte in Bezug auf die Krim; willkürliche Interpretation der Beiträge in sozialen Netzwerken als separatistisch; Fälle von Bestrafungen.
Gesetz Über Status der Blogger_innen	Ab 1.08.2014 in Kraft getreten	Registrierung von Blogs mit mehr als 3.000 Leser_innen pro Tag als Massenmedium	Das Gesetz sieht für Blogger_innen nur Verpflichtungen, aber keine Rechte vor; es gibt keine Erklärung zur Messung der Besucherzahlen.
Änderungen im Piratengesetz	Mai 2015	Sperrung der Internetseiten mit illegalen Inhalten vor dem Gericht; Möglichkeit der endgültigen Sperrung von Seiten	Fristlose Sperrung der Seiten auch mit legalen Inhalten, da die Sperrungen nach IP-Adressen erfolgen.
Gesetz Über das Recht auf Vergessen	Juli 2015	Löschen von Informationen, die falsch oder nicht mehr aktuell ist	Sehr breites Spektrum von Informationen, die gelöscht werden können; Darstellung von unvollständigen Informationen bei der Suche im Internet; Möglichkeit für das Löschen der korrekten Informationen; unklare Definitionen im Gesetz.

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Analyse von Fidh.org (o.J.).

Die rechte Spalte der Tabelle zeigt, dass die ursprünglich proklamierten Ziele der Gesetze häufig nicht realisiert werden können und viele Normen eine weitere Verbesserung benötigen.

Parallel mit dem Monitoring der bereits verabschiedeten Rechtsnormen werden von *RAEK* und anderen Organisationen Verbesserungsvorschläge zu Gesetzen veröffentlicht und an die Regierung geschickt. Diese werden bei der Verabschiedung neuer gesetzlicher Änderungen jedoch nur beschränkt berücksichtigt. Als Schritte zur besseren Zusammenarbeit zwischen der russischen Regierung und der Internetbranche ist die Gründung des *Instituts für Entwicklung der Internets* (IRI) im Jahr 2015 zu nennen (vgl. *RAEK 2015c*). Diese nicht-kommerzielle Organisation soll zur Plattform einer effektiveren Kommunikation zwischen den Vertreter_innen der Wirtschaft, der Internetbranche und der Regierung werden (vgl. IRI).

Als Begründung für die Einführung der neuen Gesetze werden von der Regierung drei Hauptargumente genannt: der Schutz der Jugendlichen vor gefährlichen Informationen, die Gewährleistung der Staatssicherheit und die Bekämpfung von Extremismus (vgl. RIF+KIB 2014, siehe auch Kap. 2). Auch die Verwarnungen von *Roskomnadsor* werden meist in Zusammenhang mit „antiextremistischen“ Artikeln ausgesprochen. Solche Verwarnungen erhielten z. B. die Informationsportale *polit.ru*, *Piter.TV*, *KM.ru*, *Neva24*, *grani.ru*, *polit.ru*, *obeschania.ru* und viele andere (vgl. Cappello M. 2015). So bekam allein das Informations- und Menschenrechtezentrum *SOWA* für die Veröffentlichungen im Zusammenhang mit verbotenen Pussy-Riot-Videos mehr als acht Verwarnungen (vgl. ebd.).

Trotz der proklamierten Ziele zum Schutz der Jugendlichen gibt es jedoch keine Statistiken zur Effizienz der gesetzlichen Änderungen und auch keine Mechanismen der gesellschaftlichen Kontrolle bei ihrer Umsetzung. Weitere wichtige Kritikpunkte an den neuen Rechtsnormen sind die Verwendung von alten und/oder unklaren Begriffen, die sehr weit interpretiert werden können. Die fehlende Übereinstimmung mit internationalen Rechtsnormen und internationaler Erfahrung, die „Kriminalisierung“ des Internets durch die stets höheren Bestrafungen und das Betrachten seiner Nutzung als erschwerender Umstand bei Straftaten sowie die fehlende Abstimmung mit den Vertreter_innen der Internetbranche (vgl. RIF+KIB 2014) werden ebenfalls moniert. Darüber hinaus wird kritisiert, dass die neuen gesetzlichen Normen nur kurzfristige Probleme berücksichtigen (vgl. ebd.).

Die Verabschiedung der umstrittenen Gesetze führte zu mehreren Protestaktionen (online und offline) sowie zur Gründung von Projekten und Initiativen zum Monitoring der neuen juristischen Praxis. Noch vor der Einführung der „Schwarzen Liste von Internetseiten“ blockierten mehrere Internetportale (das russische *Wikipedia*, *LiveJournal*, *Yandex*, *Rambler*, *Google* und *Mail.ru*) ihre Internetressourcen im Juli 2012 für einen Tag (vgl. Roskomsvoboda Istorija o.J.). Im Juli 2013 wurde ein offener Brief gegen das „Antipiraten-gesetz“ von der *Mail.ru Group*, *Yandex.ru*, *Google Russland*, *RAEK*, *OZON.ru* und *Wikimedia Russia* unterschrieben (vgl. offener Brief 2013). Am 1. August 2013 fand der sogenannte „Allrussische Internetstreik“ statt, parallel dazu wurden Offline-Proteste in mehreren russischen Großstädten organisiert (vgl. Roskomsvoboda Istorija o.J.). Gleichzeitig mit der Verabschiedung der ersten Fassung des Antipiraten-gesetzes gründete *RAEK* das Projekt „RuTakedown“, in dem die Organisation die zusätzlichen Sperrungen von legalen Inhalten registrierte (vgl. Lenta 2013). Das „Antiblogger-Gesetz“ selbst wurde stark in der

Blogosphäre kritisiert. So schrieb z. B. einer der meistgelesenen russischen Foto-Blogger und Rechtsaktivist Ilya Varlamov in seinem Blog:

„Diese ganze Geschichte kann ausschließlich im manuellen Modus arbeiten. Und es ist klar, wozu sie notwendig ist: um oppositionelle Blogs zu verfolgen und zu schließen. Damit es keine Bloßstellungen von Abgeordneten mehr gibt, keine unbequemen Artikel über Korruption, keine Skandale mit gestohlenen Dissertationen usw. Bei uns sagt man oft: ‚Wenn Du Einem was willst, findest Du auch was.‘ Offensichtlich ist die Fantasie unserer Richter und Behörden sehr blass, denn es ist schwer geworden, etwas zu finden, deswegen helfen die Abgeordneten dabei. Eine andere Erklärung für diesen Wahnsinn kann ich nicht finden.“ (Varlamov 2014, Übers. I. K.).

Auch die Beschränkung des ausländischen Kapitals in den russischen Medien wird als Versuch der Kontrolle einer unabhängigeren Berichterstattung gesehen, obwohl solche Regelungen auch in anderen Ländern gesetzlich vorgeschrieben sind:

„Die Maßnahmen zur Begrenzung ausländischer Investitionen in den Medien können als Versuch interpretiert werden, die materielle Grundlage der vom Staat unabhängigen Massenmedien zu untergraben und dadurch die Freiheit der Massenmedien zu verletzen, die ideologische und politische Vielfalt zu minimieren, die in Artikel 13 und 29 der Verfassung der Russischen Föderation garantiert sind.“ (Stellungnahme des Menschenrechtsrats, zit. n. TASS 2014b, Übers. I. K.).

Nach Angaben von *Roskomnadsor* schlossen 2016 etwa 821 Medien ausländische Personen aus der Liste der Gründer_innen aus (vgl. Agora 2017, S. 3).

Eine sehr ähnliche Kritik der gesetzlichen Änderungen und deren Folgen für die Realisierung der Medien- und Internetfreiheit in Russland wird auch von internationalen Organisationen wie *Freedom House*, *Reporter ohne Grenzen*, *Amnesty International*, *Human Rights Watch*, *Committee to Protect Journalists* und anderen geäußert. Neben dem jährlichen Bericht zur Pressefreiheit *Press Freedom Survey* wird z. B. von *Freedom House* seit 2012 der Report *Freedom on the Net* publiziert, der die Lage der Internetfreiheit in 65 Ländern weltweit analysiert. Während Russland bis 2016 dort noch als „partly free“ eingestuft wurde, gehört es heute zu der Liste der nicht-freien Staaten (vgl. *Freedom on the Net* 2016). Mit 65 von 100 Punkten und Platz 52 im Jahr 2016 hatte Russland eine der schlechtesten Ergebnisse unter den GUS-Ländern, darunter liegt nur noch Usbekistan (vgl. *Freedom on the Net Russia* 2016). Als Grund für diese schlechte Platzierung wird die Erweiterung der gesetzlichen Beschränkungen und die vermehrte Bestrafung und Verfolgung von Internetaktivisten_innen und Nutzer_innen genannt. Die Kriterien für die Sperrung der Webseiten nach den neuen gesetzlichen Vorschriften sind nach wie vor intransparent; ihre Interpretation erscheint willkürlich (vgl. ebd.). Außerdem weist *Freedom House* darauf hin, dass die Gesetze zur Bekämpfung des Extremismus sehr breit interpretiert werden können und de facto zur Bekämpfung politischer

Gegner_innen benutzt werden: „Anti-extremism laws are widely used as a pretext to block political content, often without judicial oversight.“ (Freedom on the Net 2016)

Genau so niedrig wird Russland im *World Press Freedom Index* von *Reporter ohne Grenzen* platziert. In den Jahren 2016 und 2017 wurde Russland auf Platz 148 von 180 eingestuft (vgl. ROG 2017).⁶⁷ Die nur unwesentliche Verbesserung des Rankings im Vergleich zum Jahr 2015 (Platz 152) wird dabei nicht mit den Fortschritten in Russland selbst, sondern mit der schlechteren Platzierung anderer Länder erklärt (vgl. Agora 2017, S. 2). In den Berichten von *ROG* werden seit 2012 die Verfolgung von Blogger_innen, Sperrungen von Inhalten im Internet und Internetüberwachungen genannt. Gleichzeitig gehören Wladimir Putin und der Präsident der Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, seit 2012 zur Liste der sogenannten „Feinde des Internets“, die von *Reporter ohne Grenzen* jedes Jahr am 12. März, dem weltweiten Tag gegen Internetzensur, veröffentlicht wird. Im Fokus des Berichts der Organisation *Enemies of the Internet* stehen alle Behörden, die zur Überwachung und Kontrolle des Internets weltweit zuständig sind. In Bezug auf Russland wird die Einführung des sogenannten *SORM-3*-Systems (vgl. Kap. 6.2), die Förderung der Selbstzensur, die Erweiterung der „Schwarzen Liste von Internetseiten“ sowie die vermehrte Verfolgung von Blogger_innen kritisiert (vgl. *Enemies of the Internet* 2014, S. 10). Der Bericht von 2015 weist auf die prominentesten Sperrungen von Internetseiten in 11 Ländern hin, darunter die Sperrung von *Grani.ru*, *EJ.ru* und *Kasparov.ru* in Russland (vgl. oben) (vgl. ROG 2015, S. 3).

In den Berichten von *Human Rights Watch* wird der Fokus vor allem auf die sogenannte „antiextremistische“ Gesetzgebung gelegt, welche willkürlich und gegen die politischen Gegner_innen der Regierung benutzt wird:

„Die Behörden nutzen zunehmend vage und übermäßig breite Anti-Extremismus-Gesetze gegen Personen, die kritische Ansichten über die Regierung äußern, und haben in manchen Fällen Kritik an der Regierung mit Extremismus gleichgesetzt. Die Gesetze zur Extremismusbekämpfung, die seit dem Jahr 2012 in Kraft getreten sind, dienen dazu, die Zahl der Verfahren wegen extremistischer Straftaten, insbesondere im Internet, zu erhöhen.“ (HRW 2017b)

Im ausführlichen *Human Rights Watch*-Bericht von 2017 *Online and On All Fronts: Russia's Assault on Freedom of Expression* werden die erlassenen Richtlinien und verabschiedeten Gesetze in Bezug auf Internetinhalte und die Meinungsfreiheit mit Beispielen von Anklageschriften und Gerichtsurteilen aufgelistet (vgl. HRW 2017a).

⁶⁷ Im Jahr 2019 wurde Russland auf Platz 149 platziert, vgl. ROG 2019b.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich die Kritik von internationalen Organisationen, NGOs und der Internetverbänden in Russland in ihren Inhalten sehr ähnlich sind. Ohne Zweifel lassen sich die zitierten Rankings und deren Methodologie auch kritisieren. So kann die Platzierung der Länder durch die Punktevergabe in einzelnen Fällen als vereinfacht bezeichnet werden (vgl. Göbel 2007, S. 7). Dazu ist auch zu bemerken, dass die Änderung der gesetzlichen Regulierung nicht ausschließlich negativ einzuschätzen ist (vgl. Kap. 5.3): „Offensichtlich ist das Bestreben des Staates, wegen der wachsenden Bedeutung von Informationstechnologien in sozialer und politischer Hinsicht einen bestimmten Ordnungsgrad in die existierenden Gesetze einzuarbeiten“ (RIF+KIB 2014, Übers. I. K.). Nichtsdestotrotz helfen die Studien von internationalen Organisationen und russischen NGOs, die essentiellen Probleme der Realisierung der Medien- und Internetfreiheit in Russland festzustellen sowie die neuen schwierigen Rahmenbedingungen für die dortigen unabhängigen Medien, Blogger_innen und aktive Internetnutzer_innen zu skizzieren.

6.3.2 Einschränkungen im Internet: Fallbeispiele

Die juristische Anwendung der neuen Gesetze führte dazu, dass seit 2012 in Russland mehrere Fälle unrechtmäßiger Sperrungen sowie strafrechtliche Verfolgungen und Verhaftungen einzelner Autor_innen für das Posten und Reposten von Informationen im Internet stattfanden. Trotz des angeblichen Folgens der gesetzlichen Vorschriften werden diese Fälle jedoch von Menschenrechtsorganisationen und NGOs als Schritte zur Internetzensur und politischer Repressionen in Russland gewertet. Gleichzeitig werden auch viele andere Formen der Angriffe gegen das freie Wort im Netz benutzt. Auch sie bestätigen die neue Tendenz, dass kritische Stimmen online in Russland häufiger „neutralisiert“ werden:

„Die Nachricht der Regierung ist deutlich lesbar und stellt eine folgende Triade dar: ‚Loyalität – Neutralisierung – Marginalisierung.‘ Diejenigen, die keine bedingungslose Loyalität aufweisen, werden auf unterschiedliche Weise neutralisiert, und wenn dies nicht klappt, aus dem Mainstream herausgedrückt“, so die kritische Einschätzung der Assoziation der Internetnutzer (Assoziation der Internetnutzer 2014, S. 5, Übers. I. K.).

Hier werden einige besonders deutliche Beispiele und Statistiken der Verstöße gegen die Internetfreiheit genannt, welche die Problematik der verschärften Internetregulierung in Russland aufzeigen.

Eine der schon erwähnten Statistiken dafür wird von der Menschenrechtsorganisation *Agora* geführt. Im Jahr 2012 wurden: 1.197, im Jahr 2013: 1.832 und im Jahr 2014: 2.951 Fälle von

Beschränkungen der Internetfreiheit registriert.⁶⁸ Im Jahr 2015 sprach die Organisation von über 15.022 solcher Fälle und 2016 schon von über 116.103 Fällen von Einschränkungen im Internet (vgl. Agora 2015, S. 9). Dabei werden in den jährlichen Berichten der Organisation unterschiedliche Kontrollmechanismen sowie die „Geografie“ des Drucks auf das russische Internet analysiert. So wird beispielsweise unterstrichen, dass etwa 82 Mio. russische Bürger_innen in Regionen mit starkem Druck auf freies Internet wohnen (vgl. Agora 2017, S. 4). Nur etwa 13,6 Mio. der russischen Bürger_innen wohnen laut *Agora* in den Regionen, wo das Internet relativ frei bleibt (vgl. ebd., S. 6).

Alle von benutzten Methoden des Einflusses auf das freie Internet werden dabei durch folgende Statistik veranschaulicht:

Tabelle 7. Statistik der Einschränkungen der Internetfreiheit (Stand 2016)

Art der Beschränkung	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Ermordungen	1	-	1	1	-	-
Gewalt/Bedrohungen	10	3	23	26	28	50
Gesetzesvorschläge für weitere Regulierungen	5	49	75	87	48	97
Strafrechtliche Verfolgungen/Verhaftungen	38	103	226	132	202/18	298/32
Administrativer Druck	173	208	514	1.448	5.073	53.004
Zugangsbeschränkung	231	609	236	947	1721	35.019
Verbot der Information nach Gerichtsentscheidung	-	124	624	72	7300	24.000
Cyber-Attacken	31	47	63	10	30	122
Zivilklagen	11	26	37	60	49	170
Sonstiges	-	28	34	168	570	3.343
Insgesamt	500	1.197	1.832	2.951	15.021	116.103

Quelle: Agora 2017, S. 5

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich ist, verdoppelt oder vervielfacht sich die gesamte Zahl der Einschränkungen mit jedem Jahr. Die meisten Fälle sind dabei mit Sperrungen von Inhalten oder Filterung im Internet verbunden (vgl. Agora 2017, S. 4). Seit der Einführung der „Schwarzen Liste von Internetseiten“ am 1. November 2012 wurden mehrere Sperrungen vorgenommen, wovon auch die Seiten von *Lurkomorie* (russisches Analog von Wikipedia), *YouTube*, *Facebook*, *Twitter* und *Vkontakte* betroffen waren. Bemerkenswert ist, dass einige

⁶⁸ In diesem Kapitel handelt es sich um Beispiele, die nach der dargestellten Protestbewegung, den ersten Änderungen der gesetzlichen Regulierung des Internets und noch vor der Zeit der Durchführung der Interviews entstanden sind und somit die neue Praxis der Einschränkungen im russischen Internet zeigen. Die ausführliche Darstellung weiterer Sperrungen und Eingriffe gegen Journalist_innen und Blogger_innen nach 2016 ist in mehreren Berichten zugänglich, siehe z. B. Freedom on the Net 2018.

dieser Sperrungen nach der Erklärung von Aufsichtsbehörden „aus Versehen“ oder „aufgrund menschlicher Fehler“ vorgenommen wurden (vgl. n-tv.de 2013), was die Objektivität der Mechanismen der Sperrungen fraglich erscheinen lässt. Im Bericht der *Assoziation der Internetnutzer* 2014 wird darauf hingewiesen, dass die Zahl der Sperrungen und Einschränkungen im Internet mit den Ereignissen in der Ukraine seit 2014 rasant zunahm. Im Vergleich zu 2013 gab es laut der Organisation 1,5 Mal mehr Sperrungen im Jahr 2014 (vgl. *Assoziation der Internetnutzer* 2014). Gleichzeitig gab es zur Zeit der Veröffentlichung der Statistik keine einzige Gerichtsentscheidung zugunsten der Rechte der Inhaber_innen gesperrter Onlinere Ressourcen (vgl. ebd.).

Eine andere deutliche Tendenz, die in mehreren Studien thematisiert wird, ist die deutliche Zunahme strafrechtlicher Verfolgungen. Im Jahr 2013 nahm ihre Zahl im Vergleich zum Vorjahr um mehr als das Doppelte zu (siehe Tabelle). 2014 gab es wieder weniger strafrechtliche Verfolgungen, aber fast drei Mal mehr Fälle von administrativem Druck. Die aktuellste juristische Praxis zeigt, dass strafrechtliche Verfahren nicht nur gegen professionelle Journalist_innen bzw. Blogger_innen oder politische Aktivist_innen, sondern auch gegen einfache Nutzer_innen eingeleitet werden. Dabei werden meistens die „anti-extremistischen“ Artikel des Strafgesetzbuches sowie der Artikel über die Verleumdung benutzt (vgl. Tschikow 2014). Etwa 85% der Schuldsprüche zwischen 2014 und 2016 kamen auf der Grundlage anti-extremistischer Bestimmungen zustande und bezogen sich auf „extremistische Rede- und Meinungsäußerungen“ im Internet (vgl. HRW 2017b). Zwischen September 2015 und Februar 2017 erhielten mit dieser Begründung etwa 54 Personen Gefängnisstrafen (vgl. ebd.). Eine reale Haftstrafe wird im Durchschnitt in jedem fünften Prozess verhängt; die meisten Verurteilte sind mit Geldstrafen oder Stunden der Pflichtarbeit verbunden (vgl. Goncharenko 2016).

Einer der prominentesten Fälle war z. B. der Prozess gegen eine Verkäuferin aus Jekaterinburg, Jekaterina Vologzheninova, im Februar 2016. Sie wurde nach Artikel 282 des Strafgesetzbuches für die „Anstiftung zu Hass und Feindschaft aus ethnischen Gründen“ verurteilt (vgl. Amnesty International 2017). Dies wurde damit begründet, dass sie eine Kritik der Geschehnisse auf der Krim und in der Donbass Region in der Ukraine, aus einem Onlineartikel der ukrainischen Medien geteilt hatte. Außerdem wurde Vologzheninova am Anfang des Gerichtsprozesses in die Liste der Terrorist_innen und Extremist_innen von

Rosfinmonitoring eingetragen,⁶⁹ was für sie erhebliche finanzielle Einschränkungen nach sich zog (vgl. Politforums.net 2016). Die Umstände, dass Vologzheninova alleinerziehend war und zudem noch ihre alte Mutter versorgen musste, wurden von dem Gericht nicht berücksichtigt. Sie wurde zu 320 unbezahlten Sozialstunden verurteilt (vgl. ebd.). Ihr Laptop und ihre Computermaus wurden als „Tatwaffen“ anerkannt und per Gerichtsbeschluss zerstört (vgl. Roskomsvoboda 2016).

Ein anderes Beispiel aus dem Jahr 2016 ist das Gefängnisurteil für zwei Jahre eines Bewohners aus Tscherepowez, Alexander Soimin. Dieser postete auf seiner Seite in *Vkontakte* Bilder von den Schlägereien auf dem Maidan in Kiew mit der Unterschrift „Motschi Mentow“ (Deutsch: „Schlag die Polizisten“) und politische Karikaturen. Vom Gericht wurde dies als Aufruf zu Hass und Gewalt gegen eine soziale Gruppe – die der Strafverfolgungsbeamten – beurteilt. Dabei hatte der Oberste Gerichtshof bereits im Jahr 2011 erklärt, dass weder Polizist_innen noch Vertreter_innen anderer Dienste oder Behörden als soziale Gruppe betrachtet werden können (vgl. Geroivoli.com 2014).

Gemessen an der Zahl strafrechtlicher Verfahren gegen seine Nutzer_innen nimmt das soziale Netzwerk *Vkontakte* gegenüber anderen Portalen eine führende Position ein. Allein 2013 gab es z. B. etwa 30 Fälle strafrechtlicher Verfolgungen. Die Nutzer_innen des sozialen Netzwerks *Odnoklassniki* wurden im gleichen Jahr lediglich viermal verfolgt, die von *Facebook* – dreimal und von *MojMir* nur einmal (vgl. Tschikow 2014).

In Bezug auf Verfolgungen prominenter Blogger_innen in Russland ist der Name des oppositionellen Antikorruptionsaktivisten Alexei Navalny wieder zu nennen (vgl. Kap. 3). Im Jahr 2014 wurde er wegen der Verleumdung des Abgeordneten Alexei Lisowenko schuldig gesprochen (vgl. Varlamov 2016). Mit dem Namen von Navalny sind auch zwei weitere Strafprozesse verbunden: der „Fall von Kirovles“ mit der Anklage von Diebstahl des Eigentums des Staatsunternehmens „Kirovles“ und der „Fall Yves Rocher“ gegen ihn und seinen Bruder Oleg Navalny mit der Anklage auf Betrug und Geldwäsche (vgl. Dekoder 2018a). In beiden Fällen wurde Navalny schuldig gesprochen und zum Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt, sein Bruder im Fall „Yves Rocher“ – zum 3,5 Jahren Haft. Beide Prozesse wurden sowohl in Russland als auch im Ausland stark diskutiert und als politisch motiviert gesehen. So beschloss der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in beiden Fällen, dass diese Urteile unbegründet seien und Navalny die Erstattung der

⁶⁹ Der föderale Finanzüberwachungsdienst der Russischen Föderation.

Gerichtskosten sowie eine Entschädigung für immaterielle Schäden von Russland zustünde (vgl. ECHR 2016 und ECHR 2017). Diese strafrechtlichen Verfolgungen sind in der Hinsicht relevant, da sie ein Hemmnis für die politische Tätigkeit von Navalny darstellten und ihm auch nach den Vorschriften des russischen Wahlrechts nicht erlaubten, als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 2018 anzutreten (vgl. Kap. 4). Außer diesen Fällen wurde Navalny bereits mehrmals für die Teilnahme und Organisationen von nicht genehmigten Protesten zu administrativen Aresten verurteilt.

Zu anderen Instrumenten, die in Russland gegen politische Aktivist_innen eingesetzt und von *Agora* registriert werden, zählen Cyber-Attacken auf private Profile in unterschiedlichen sozialen Medien oder Messenger. Obwohl diese Fälle nicht mit der Umsetzung der gesetzlichen Änderungen verbunden sind, zeigen sie deutlich, dass es in Russland mehrere Instrumente für die Einschüchterung einzelner Autor_innen sowie ganzer Redaktionen gibt, die die Bedingungen der Realisierung der Internetfreiheit in Russland wesentlich beeinflussen. So fanden z. B. im Jahr 2016 Angriffe auf die *Telegram*-Accounts des Aktivisten Oleg Kozlovsky und des Mitarbeiters des *Fonds zur Bekämpfung von Korruption*, Georgij Alburow, statt (vgl. *Agora* 2017, S. 2). Unter anderen Opfern von Hackerangriffen wurden von *Agora* die Vizepräsidentin von *Transparency International*, Elena Panfilowa, sowie die Journalist_innen Roman Dobrochotow, Andrei Babitski, Ilja Klischin, Daria Kostromina, Roman Popkow, die Bürgeraktivisten Nikolai Kavkazsky, Sergei Boyko und Ruslan Leviev und der Politikwissenschaftler Alexander Kynev genannt (vgl. *Agora* 2017, S. 3).

Auch die Webseiten von Medien werden regelmäßig durch Cyber-Angriffe gestört. Seit 2012 wurden Internetportale und Onlinemedien wie *Demokrator.ru*, *Zakz.ru*, *Lenizdat.ru*, *Tulskije Novosti*, *Kasparov.ru* und *Credo.ru* angegriffen (vgl. *Agora* 2012). Mehrmals wurde über DDoS-Attacken auf die Webseiten des Informationszentrums *SOWA*, der Zeitung *Novaya Gazeta*, des Senders *Doschd* und des Rundfunks *Echo Moskvy* berichtet (vgl. *Agora* 2013). Mehrere Medien wurden besonders an Tagen wichtiger politischer Ereignisse oder organisierter Proteste angegriffen. Am Tag des „Marsches der Millionen“ am 6. Mai 2012 in Moskau fanden z. B. auf den Seiten von *Doschd*, der *Novaja Gazeta*, des Senders *Echo Moskvy* und des Internetportals *Slon.ru* sowie der Zeitung *Kommersant* Cyber-Angriffe statt (vgl. *Habr.com* 2016).

Die ausgewählten Beispiele illustrieren die umstrittenen Aspekte der neuen Gesetze und decken gleichzeitig weitere Probleme der Realisierung der Internetfreiheit in Russland auf. Die Fälle strafrechtlicher Verfolgungen oder Verhaftungen sind häufig als Schauprozesse zu verstehen, deren „Vorführeffekt“ zu mehr Vorsicht bei der Veröffentlichung der kritischen Beiträge im Internet führen soll (vgl. Litvinenko/Kharuk 2016, S. 4). Generell ist zu bemerken, dass sowohl statistische Daten als auch kritische Bewertungen der hier zitierten Organisationen eine konstante Erweiterung der Beschränkungsmöglichkeiten im russischen Internet bestätigen.

Zwischenfazit:

In diesem Kapitel wurden die Grundlagen der Internetregulierung in Russland, die gesetzlichen Änderungen 2012–2016 sowie die Besonderheiten und Probleme ihrer Realisierung dargestellt und analysiert. Die Modernisierung der gesetzlichen Regulierungen im Medien- und Informationsbereich entspricht vergleichbaren internationalen Strömungen und ist in Russland durch die zunehmende Verbreitung des Internets und der neuen Medien notwendig. Die rasante Beschleunigung der Verabschiedung der Gesetze sowie ihre umstrittene Umsetzung lassen sich als Teil der politischen Reaktion des Staates auf die Proteste 2011–2013 und dem daraus folgenden politischen Aktivismus im Internet interpretieren. Gleichzeitig etablierten sich gewisse Argumentationsstränge, die für die Verabschiedung der neuen Gesetze am meisten benutzt werden (wie z. B. der Schutz der Jugendlichen und die Gewährleistung der Staatssicherheit mit verstärkter Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus). Die Kritik und Vorschläge von Internetexpert_innen sowie die Bedürfnisse der internetbezogenen Akteure werden bei der Verabschiedung der neuen Gesetze dabei kaum berücksichtigt.

Als eine der wesentlichsten Änderungen in dem analysierten Zeitraum sind die Etablierung einer Liste von verbotenen Informationen sowie die kontinuierliche Erweiterung von Mechanismen ihrer Sperrung zu nennen. Im Jahr 2013 begann die aktive Entwicklung der „Anti-Extremistischen“-Gesetzgebung, die sowohl neue Vorschriften für die Internetprovider und Telekommunikationsanbieter erlässt als auch gegen einzelne Nutzer_innen strafrechtlich vorgeht. In den Berichten von Menschenrechtsorganisationen und NGOs werden die Statistiken solcher Verfolgungen dokumentiert. Die Urteile der neu entstandenen Fälle werden dabei häufig als willkürliche Interpretation der Gesetze angesehen, die verhängten Strafmaßnahmen als

unverhältnismäßig gegenüber der Schwere der Taten betrachtet. Die juristische Praxis der Umsetzung der Gesetze entwickelt sich somit in eine „bestrafende“ und „verschärfende“ Richtung. Dies alles – zusammen mit weiteren Druckmechanismen wie DDoS-Attacken oder Angriffen auf Journalist_innen und Aktivist_innen – führen zu einer Situation, in der freie Meinungsäußerung und journalistische Arbeit im Internet massiv erschwert werden.

Die Analyse dieser Maßnahmen sowie die detaillierte Darstellung der verabschiedeten Gesetze und neuen Einschränkungsmechanismen im russischen Internet sind als Grundlage des empirischen Teils dieser Arbeit zu verstehen. Sie geben einen tieferen Einblick in das Thema und sorgen für die notwendigen Vorkenntnisse bei der Vorbereitung der empirischen Forschung, da die gesetzlichen Änderungen und ihre Auswirkungen auf die Arbeit der Journalist_innen und Blogger_innen während der späteren Experteninterviews direkt angesprochen wurden (vgl. Leitfragen in Anhang 1).

7. Methodisches Vorgehen und Materialgrundlage

7.1 Zur Methodik der Untersuchung

7.1.1 Begründung der qualitativen Vorgehensweise

Die Auswahl einer optimalen Methode ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für eine erfolgreiche Forschung. Das methodische Vorgehen muss der Forschungsfrage angemessen sein und gleichzeitig vollständige und valide Ergebnisse gewährleisten. Obwohl das Überwinden einer strikten Trennung zwischen qualitativen und quantitativen Methoden und der Methodendualismus in der Sozialforschung immer stärker diskutiert werden (vgl. Atteslander 2006, Flick 2011, Kuckartz 2012), haben quantitative und qualitative Vorgehensweisen trotzdem ihre eigenen Anwendungsbereiche und Grenzen. Im Folgenden werden einige Unterschiede zwischen quantitativen und qualitativen Methoden kurz aufgegriffen, um die Vorteile und Wirkungen beider Ansätze darzustellen und die Entscheidung für die angewandte Vorgehensweise in der vorliegenden Dissertation zu verdeutlichen.

In der quantitativen Forschung geht es mehr um standardisierte Verfahren und die Auswertung statistischer Daten, während in qualitativen Studien Interpretationen und Rekonstruktionen des sozialen Verhaltens im Fokus stehen (vgl. Legewie o.J., S. 2). Beide Ansätze verfolgen in der Regel unterschiedliche Forschungszwecke. In der quantitativen Forschung wird von einer konkreten Hypothese ausgegangen, die im Laufe der Untersuchung überprüft werden soll (vgl. Flick 2009, S. 41). Qualitative Methoden zielen dagegen eher „auf die Entdeckung (Generierung) von Theorieaussagen anhand empirischer Daten“ und nicht auf die Überprüfung von konkreten Hypothesen ab (Brüsemeister 2008, S. 19).

Diese Unterschiede beeinflussen auch die Art des Samplings, das für quantitative und qualitative Methoden charakteristisch ist. Für quantitative Studien wird versucht, eine statistisch möglichst repräsentative Auswahl aus der Grundgesamtheit zu erheben, während bei qualitativen Methoden die Größe des Samplings keine entscheidende Rolle spielt (vgl. Brüsemeister 2008, S. 20). In der Datenerhebung unterscheiden sich quantitative und qualitative Ansätze außerdem durch den Grad ihrer Standardisierung. Bei quantitativen Befragungen werden die Teilnehmer_innen „in das Korsett der vorgegebenen Antwortkategorien gepresst“ (Lamnek 2005, S. 335) und alle Schritte der Forschung werden streng standardisiert. Qualitative Verfahren entsprechen mehr einem interpretativen

Paradigma und bieten die Möglichkeit für eine offene Gestaltung der Gesprächssituation (vgl. ebd.).

Beim Vergleich zwischen quantitativen und qualitativen Methoden werden letztere häufig wegen ihrer Subjektivität kritisiert. So müssen in qualitativen Studien eigene Standards (Gütekriterien der Forschung) formuliert werden, die die Gültigkeit und Zuverlässigkeit der Ergebnisse gewährleisten (vgl. Flick 1995, S. 4). Während die Auswertung der Ergebnisse eher nach interpretativen Verfahren stattfindet, muss die Datenanalyse nach systematischen und nachvollziehbaren Kriterien durchgeführt werden (vgl. Kaiser 2014, S. 3). Zu den anderen Kritikpunkten oder Schwierigkeiten qualitativer Methoden gehört die Tatsache, dass sie meistens zeit- und kostenintensiver sind und für die Auswertung der Ergebnisse mehr Zeit in Anspruch nehmen (vgl. Freiling/Gottwald 2008, Flick 2009, S. 27). Gleichzeitig ermöglichen qualitative Methoden, mehr Freiraum für die Beteiligten sowie die Möglichkeit tiefer gehende und kontextbedingte Informationen zu gewinnen (vgl. Flick 2009, S. 27). Dies sind die wesentlichen Vorteile qualitativer Verfahren, die auch für diese Arbeit besonders relevant sind.

Unter Berücksichtigung aller beschriebenen Merkmale und Besonderheiten der Anwendungsbereiche wurde für diese Studie ein qualitatives Verfahren gewählt. Dies lässt sich damit begründen, dass es sich um ein rekonstruierendes Verfahren und eine Exploration wichtiger Sachverhalte und Kontextinformationen handelt. Außerdem bezieht sich diese Studie auf eine relativ neue Forschungsproblematik und einen jüngeren Zeitraum, zu dem nur wenig überprüfbare Daten vorhanden sind, weswegen auch eine Hypothesenformulierung kaum möglich war. In diesem Fall schien eine qualitativ-explorative Vorgehensweise am besten einsetzbar zu sein. Gleichzeitig wurde bei der Durchführung des Forschungsvorhabens darauf geachtet, alle Arbeitsschritte maximal nachvollziehbar und überprüfbar zu machen. Am Ende des Kapitels werden die Gütekriterien der Forschung dargestellt, die für die Evaluierung der erhobenen Daten benutzt wurden.

7.1.2 Qualitative Experteninterviews

Um das hier angestrebte „Insiderwissen“ und Kontextinformationen aus einem bestimmten Feld zu gewinnen, wurden qualitative Experteninterviews eingesetzt, die als eine besondere Form der Leitfadenterviews gelten und deren Merkmale hier erläutert werden.

Qualitative Experteninterviews lassen sich vor allem durch einige allgemeine Prinzipien der qualitativen Befragung charakterisieren. In diesem Hinblick hat die Rolle der/des Forschende/n eine besondere Bedeutung. Dieser wird als ein „interpretive subject“ (Bruhn Jensen 2002, S. 236) verstanden und bestimmt die Gestaltung der Interviews aktiv mit. Zwischen der/dem Forschende/n und der/dem Befragte/n besteht eine gewisse Asymmetrie, „da der Interviewer die Rolle des interessierten Zuhörers und der Befragte die Rolle des relativ freien Erzählers übernimmt“ (Scholl 2009, S. 200). Daraus entstehen Prinzipien qualitativer Interviews wie das „Prinzip der Offenheit“ und das „Prinzip der Flexibilität“, die gleichzeitig die wesentlichen Vorteile dieser Methode darstellen.

Bei der Offenheit geht es zum einen darum, dass man „auf Formulierung der Hypothesen verzichtet, Fragen möglichst offen formuliert, um den Sichtweisen der Untersuchungsteilnehmer möglichst nahe zu kommen“ (Flick 2009, S. 312). Zum anderen bedeutet die Offenheit, dass die Interviews in Form eines freien Gesprächs durchgeführt werden. Dies gibt den Befragten mehr Freiraum, längere Antworten zu geben, auf einzelne Aspekte hinzuweisen und diese ausführlicher zu erklären (vgl. Heinze 2001, S. 153). Außerdem bekommen die Interviewpartner_innen die Möglichkeit, sich kritischer zu äußern und Themen oder Beispiele zu erwähnen, die bei der Verwendung anderer Methoden nicht zur Sprache kommen würden. Dieses Merkmal ist gerade in Bezug auf das Forschungsgebiet dieser Arbeit relevant, weil es hier vor allem darum geht, kritische Sichtweisen zu erfahren. Zudem musste damit gerechnet werden, dass das Thema der Untersuchung von den Befragten als für sie „gefährlich“ eingestuft werden könnte (vgl. Kap. 7.5.1).

Die Flexibilität der qualitativen Interviews zeichnet sich dadurch aus, dass die Reihenfolge der Fragen und ihre Formulierungen je nach Interviewpartner_innen und Gesprächssituation z. B. durch Überspringen oder Kürzen angepasst werden können (vgl. Schnell/Hill/Esser 2005, S. 387; Diekmann 2007, S. 542; Misoch 2015, S. 28). Gerade durch diese flexible Gestaltung können im Laufe der Interviews noch nicht bekannte Sachverhalte exploriert werden (vgl. Harke/L'hoest/Wingen 2000, S. 3). Im Rahmen der hier durchgeführten

Interviews wurden außer der Änderung der gesetzlichen Regulierungen auch weitere Faktoren wie z. B. die Rolle der wirtschaftlichen Abhängigkeit angesprochen, die bei der ursprünglichen Arbeitsplanung nicht vorgesehen waren, die journalistische Arbeit aber beeinflussen können und die deshalb in der späteren Auswertung auch berücksichtigt werden müssen (siehe in Kap. 8).

Im Vergleich zu anderen Typen qualitativer Befragung (z. B. narrativen Interviews) sind die Leitfadeninterviews jedoch durch ihre im Voraus überlegten und ausformulierten Leitfadenfragen strukturierter (vgl. Scholl 2009, S. 68). Die Leitfäden können dabei in Form einer Auflistung von Stichworten oder als bereits formulierte offene Fragen vorbereitet werden (vgl. Wagner 2008, S. 328). Für die Forschenden ist hierbei zu beachten, dass die Leitfadenfragen einerseits möglichst konkret – „Kriterium der Spezifität“ –, andererseits aber möglichst neutral, entsprechend dem „Kriterium der Nicht-Beeinflussung“ bleiben (vgl. ebd., S. 325).

In Bezug auf den Anwendungsbereich haben die Experteninterviews auch einige Besonderheiten, welche bei der Auswahl der Methode entscheidend waren. Die Expert_innen werden hier nicht mit ihren biografischen Daten als „Gegenstand der Forschung“, sondern als „Träger von Information“ verstanden (vgl. Lauth/Pickel/Pickel 2009, S. 169). Somit besteht das Ziel der Experteninterviews darin, aus einem konkreten Bereich eine fachspezifische Expertise zu bekommen (vgl. Pfadenhauer 2009, S. 99) und somit die „Generierung bereichsspezifischer und objektbezogener Aussagen“ (Scholl 2009, S. 69) zu ermöglichen. Es geht um eine „Tiefperspektive“ (Pöchtrager 2011, S. 282), welche mit anderen Methoden nur schwer zu erwerben ist: „Die Interviews beleuchten die einzelnen untersuchten Faktoren und gewähren einen Einblick in die Gedankenwelt der Experten“ (ebd.). Der Erhalt solcher Perspektiven war auch Ziel dieser Arbeit und sollte durch die Bewertungen von Expert_innen die gegenwärtigen Änderungen in der Realisierung der Internetfreiheit in Russland rekonstruieren und analysieren.

7.2 Auswahl der Befragten

Nach der Festlegung dieser Methode musste identifiziert werden, welche Art von Wissen bei den Interviews generiert und wer als Expert_in in die Forschung einbezogen werden sollte (vgl. Kaiser 2014, S. 35; vgl. Scholl 2009, S. 69). Diese Rolle wird häufig mit der

professionellen Funktion oder dem Beruf verbunden (vgl. Kaiser 2014, S. 36), was ausgehend von den Zielen dieser Arbeit hier auch der Fall war.

Ursprünglich waren drei Gruppen von möglichen Gesprächspartner_innen geplant (vgl. Einleitung). Zum einen sollten Medienexpert_innen aus Forschungs- und Nichtregierungsorganisationen interviewt werden, die sich mit dem Thema der Internetfreiheit und Internetregulierung auseinandersetzen und z. B. die hier betrachteten gesetzlichen Änderungen seit 2012 auch in ihren eigenen Berichten analysiert hatten. Zum anderen sollte diese eher „theoretische“ Sichtweise mit direkt aus der Praxis stammenden Expertenbewertungen verglichen werden. Zu diesem Zweck sollten Onlinejournalist_innen befragt werden, die in den Onlinemedien in Russland tätig sind und einen Einblick in die Arbeit der Redaktionen geben können. Die dritte Gruppe bestand aus Blogger_innen, die sich in ihren Beiträgen mit soziopolitischen Themen bzw. auch direkt mit dem Thema der Internetregulierung, den entsprechenden gesetzlichen Änderungen oder der Medienfreiheit befassen und dadurch als wichtige Akteur_innen in der Diskussion über das Thema Internetfreiheit zu verstehen sind.

Nach der Durchführung der ersten Interviews ergab sich jedoch die Notwendigkeit, die Auswahl der Expert_innen auf die letzten beiden Gruppen einzugrenzen. Die ersten Interviews wurden mit Vertreter_innen von Medienorganisationen, Forscher_innen und Medienjurist_innen durchgeführt. Dies zeigte jedoch, dass die vorher geplante „theoretische“ Perspektive sich gut aus der Literatur bzw. einzelnen Publikationen von verschiedenen Organisationen herausarbeiten lässt. Die durchgeführten Interviews ermöglichten jedoch erste Einblicke in das Forschungsfeld sowie weitere persönliche Kontakte zu Onlinejournalist_innen und Blogger_innen. Diese ersten Interviews wurden im weiteren Verlauf der Forschung als Hintergrundgespräche betrachtet, aber nicht ausführlich analysiert.

Für die zweite Gruppe der Expert_innen wurden die Onlinejournalist_innen aus nichtstaatlichen, überregionalen und polythematischen Onlinemedien (selbstständige Onlinemedien und Onlineredaktionen der klassischen Medien) berücksichtigt. Wie in der Einleitung bereits erklärt, wurden bei der Auswahl dieser Medien folgende Gruppen ausgeschlossen:

- *Regionale Medien*, die sich thematisch nur auf spezifische regionale Themen fokussieren;

- *Boulevard- und Unterhaltungsmedien* mit dem Schwerpunkt auf Unterhaltungs- und Lifestyle-Themen;
- *Business- und Branchenmedien* mit einer engen thematischen Spezialisierung (z. B. der Autoindustrie etc.).

Gleichzeitig wurde bei der Auswahl die politische Ausrichtung der Medien berücksichtigt: In Anlehnung an die Einteilung der russischen Medienlandschaft in fünf Sphären von Toepfl (2013) wurden hier staatliche und prostaatliche Medien ausgeschlossen, die in Russland vor allem für „transport (sic!) the ideology of the hybrid regime“ (Toepfl 2013, S. 8) benutzt werden. Da es in dieser Arbeit unter anderem um die Rolle der vom Staat vorgenommenen gesetzlichen Änderungen geht, wurde davon ausgegangen, dass Interviews mit Journalist_innen aus den staatlichen Medien zu diesem Thema keine vielseitigen und kritischen Einschätzungen liefern können.

Aus diesem Grund wurden für die Interviews zum einen liberal-demokratische (vgl. Toepfl 2013) Medien mit allgemeiner soziopolitischer Thematik und zum anderen Medien, die in Russland als oppositionell gelten bzw. sich selbst als solche positionieren,⁷⁰ ausgewählt (Interviews mit Journalist_innen von *znak.com*, *Mediazona*, *tvrain*, *The Insider*, siehe eine ausführliche Darstellung in Kap. 7.5.2). Ausgehend von den theoretischen Erwartungen der Forschung sollten vor allem diese Medien wegen ihres oppositionellen Charakters von den hier analysierten Entwicklungen und gesetzlichen Einschränkungen am meisten betroffen sein. Deswegen war ihre Repräsentanz in dieser Arbeit besonders wichtig und erwünscht.

Trotz dieser eingegrenzten Auswahl ist zu bemerken, dass viele in dieser Studie untersuchten Medien zu den meistzitierten Internetressourcen in Russland gehören, was auch ihre große Bedeutung für die russische Medienlandschaft verdeutlicht (vgl. Kap. 4). Dies kann z. B. durch Statistiken des Monitoring-Unternehmens *Medialogia* illustriert werden, welches die Reichweite und Zitiertheit aller Medien in Russland in monatlichen und jährlichen Statistiken analysiert (vgl. *Medialogia* o.J.). In Anlehnung an diese Statistiken im Vorfeld der Interviews werden im Folgenden die Medien, die den oben genannten Kriterien entsprachen und die Onlinejournalist_innen, die für diese Studie gewonnen werden konnten, vorgestellt (in der Tabelle kursiv markiert):

⁷⁰ In der Beschreibung des Portals *Meduza* steht beispielsweise: „Wir stehen für die Freiheit der Informationsverbreitung. Wir verachten die Interessen der Beamten und des Großkapitals, wir verachten Propaganda und „jeansa“, und wir ziehen den Journalismus der Fakten dem Journalismus der Meinungen vor. Wir schreiben nur darüber, was wirklich wichtig ist.“ (vgl. *Meduza*, Übers. I. K.)

Tabelle 8. Ranking der meistzitierten Internetressourcen in Russland im Jahr 2015⁷¹

TOP-30 meistzitiertester Internetressourcen							
N	Media	Gruppe	Zitierindex	N	Media	Gruppe	Zitierindex
1	<i>Rbc.ru</i>		17 772,82	16	Kavkaz-uzel.ru	Regional	701,07
2	<i>Lenta.ru</i>		15 547,78	17	<i>Slon.ru</i>		563,01
3	<i>Gazeta.ru</i>		13 803,34	18	Rusplt.ru	Pro-staatlich	539,13
4	Fontanka.ru	Regional	3 741,55	19	Kommersant.ru		537,49
5	Newsru.com		3 560,13	20	Rg.ru	Staatlich	526,80
6	Vesti.ru	Staatlich	2 685,63	21	Polit.ru		526,19
7	M24.ru	Regional	2 409,15	22	Super.ru	Unterhaltung	463,01
8	Lifestnews.ru	Unterhaltung	1 747,53	23	Ntv.ru	Pro-staatlich	446,81
9	Russian.rt.com	Staatlich	1 577,61	24	<i>Zona.media</i>		440,02
10	Kp.ru	Boulevard	1 395,04	25	Tayga.info	Regional	438,80
11	Dni.ru	Boulevard	1 335,35	26	Vz.ru	Business	402,32
12	<i>Znak.com</i>		1 113,61	27	Newkaliningrad.ru	Regional	398,78
13	Business-gazeta.ru	Business	1 046,43	28	47news.ru	Regional	378,72
14	Inosmi.ru		951,40	29	Ngs.ru	Regional	373,74
15	<i>Meduza.io</i>		944,80	30	Svpressa.ru		369,71

TOP-10 meistzitiertester Zeitschriften (inkl. Onlineversionen)			
N	Media	Gruppe	Zitierindex
1	<i>Forbes</i>		6 437,75
2	Star Hit	Lifestyle	391,35
3	<i>Snob</i>		208,61
4	Profil	Business	202,66
5	Expert	Business	186,01
6	The New Times		178,75
7	Ogonjok	Unterhaltung	138,50
8	Tatler	Unterhaltung	121,91
9	Kommersant-Dengi	Business	119,12
10	GQ	Unterhaltung	115,86

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistiken von Medialogia 2015

Als weitere Gruppe wurden ausgewählte Blogger_innen aus Russland interviewt. Obwohl es im Webblog-Journalismus-Diskurs unterschiedliche Positionen gibt und das Rollenverständnis sowie die Fremdbilder der beiden Gruppen stark variieren können (vgl. Neuberger 2009, S. 136), sind wechselseitige Einflüsse zwischen Journalist_innen und Blogger_innen zu beobachten:

⁷¹ Hier handelt es sich um die Daten, die bei der Vorbereitung von Interviews berücksichtigt wurden und vor dem Anfang der Feldforschung zuletzt zugänglich waren. Die Statistiken für Onlineportale und Internetversionen von Printausgaben werden von *Medialogia* getrennt geführt, was auch in dieser Darstellung beibehalten wurde. Mehr zum Zitierindex des Unternehmens siehe unter: <https://www.mlg.ru/ratings/media/federal/4009/>, zuletzt geprüft am 17.02.2020.

„Today, weblogs seem to be everywhere in and around journalism: The media publish weblogs as one item in their online content repertoire, individual journalists have taken up blogging, and an array of amateurs (with regard to journalism) are maintaining weblogs that at least to a certain extent resemble news journalism.“ (Domingo/Heinonen 2008, S. 3)

Auch in dieser Arbeit ist die Abgrenzung zwischen den beiden Gruppen der Blogger_innen und Onlinejournalist_innen nicht immer eindeutig. Viele der Befragten können als „Grenzgänger“ (Neuberger 2009, S. 161) bezeichnet werden, die gleichzeitig mehrere Rollen erfüllen. Darüber hinaus arbeiteten viele der interviewten Blogger_innen früher fest in Onlineredaktionen oder sind parallel auch in Forschung oder Lehre tätig (siehe Tabelle 9). Zudem wurden sowohl Blogger_innen befragt, die nur eigene persönliche Blogs führen, als auch diejenigen, die ihre Blogs als eingeladene Autor_innen auf verschiedenen Onlineportalen verfassen.

In Bezug auf die thematische Auswahl ist zu bemerken, dass die meistgelesenen Blogs in Russland von Lifestyle-Blogger_innen und Prominenten geschrieben werden. In dieser Studie werden aber in Anlehnung an Domingo/Heinonen (2008) die sogenannten „journalistic weblogs“ berücksichtigt: „Journalistic blogs have a clear intention to collect, analyse, interpret or comment on current events to wide audiences and in this way perform the very same social function usually associated with institutionalized media“ (Domingo/Heinonen 2008, S. 6). Bei der Suche nach möglichen Kontakten wurden sowohl Empfehlungen schon interviewter Expert_innen genutzt, als auch Internetrecherchen entsprechend der Themen von Beiträgen betrieben. Es wurde versucht, Blogger_innen für das Forschungsprojekt zu gewinnen, deren Posts inhaltlich mit dem Thema der Forschung korrelieren und die als liberal-demokratisch bezeichnet werden können.

7.3 Bildung der Leitfragen und theoretische Erwartungen vor den Interviews

Obwohl die durchgeführten Interviews in Form eines freien Gesprächs vorgesehen waren, stützen sie sich auf im Voraus formulierte Leitfragen, die die Vergleichbarkeit der Ergebnisse gewährleisten und „das thematisch relevante Spektrum des Interviews und seines Gegenstandes abdecken“ (Flick 2009, S. 113) sollten.

Gleichzeitig bedeutet die Vorbereitung der Leitfrageninterviews jedoch nicht, einen Katalog von standardisierten und detaillierten Fragen zu erstellen. So wurden vor allem folgende

Themenblöcke für die Interviews festgelegt, auf die in jedem Gespräch eingegangen wurde (im Detail siehe Anhang 1):

1) Einfluss der gesetzlichen Änderungen seit 2012

Im ersten Block der Interviews sollte diskutiert werden, ob die verabschiedeten Gesetze 2012–2016 und ihre begonnene Umsetzung zu konkreten Änderungen in der journalistischen Arbeit im Internet geführt haben. Dabei ging es sowohl um strukturelle Änderungen in den Onlineredaktionen als auch um individuelle Reaktionen und Strategien von Journalist_innen und Blogger_innen, die im Umgang mit den neuen Rahmenbedingungen zum Tragen kommen. Zudem wurde über allgemeine Methoden und Möglichkeiten gesprochen, die in Russland zur Einschränkung der Medien- und Internetfreiheit genutzt werden können.

2) Änderung der öffentlichen Diskussion über das Internet als Informationsquelle

Im zweiten Block wurde gefragt, inwiefern sich seit 2012 auch die gesellschaftliche Diskussion über die Rolle des Internets als Informationsquelle verändert hat und – wenn ja – welchen Einfluss dies aus Sicht der Befragten auf die weitere Implementierung und Akzeptanz der gesetzlichen Änderungen habe. Im Fokus des zweiten Teils der Interviews standen solche Themen wie der Vertrauensgrad der Nutzer_innen in das Internet im Vergleich zur Legislaturperiode 2011–2016, die veränderte staatliche Präsenz im Netz sowie die Verstärkung der Diskussion über die Gefahren im Internet.

3) Abschlussphase: Generelle Einschätzung der Internetfreiheit in Russland nach 2012 und persönliche Prognose der weiteren Entwicklung

Um mögliche Entwicklungstendenzen abbilden zu können, wurde am Ende der Interviews explorativ nach individuellen Prognosen für die zukünftige Entwicklung sowie weiterer Probleme und Herausforderungen im Onlinejournalismus und in der Internetregulierung in Russland gefragt. Dieser letzte Block der Interviews sollte zu einem detaillierten Resümee der bereits besprochenen Themen führen und zusätzliche Fragen zu Themenbereichen und Aspekten ermöglichen, die davor noch nicht berücksichtigt wurden. Zudem sollten die Expert_innen den Freiraum bekommen, ihre bereits gegebenen Antworten in freier Form zu ergänzen.

Entsprechend der oben dargestellten thematischen Blöcke wurden einige Schlüsselfragen formuliert, die für die Beantwortung der Forschungsfrage eine zentrale Rolle spielen (vgl. Scholl 2009, S. 70), deren konkrete Formulierungen und Reihenfolge jedoch nicht verbindlich waren (vgl. Gläser/Lauder 2004, S. 39). Diese Fragen dienten der besseren Strukturierung der Interviews, wenn je nach Verlauf des Gesprächs und der Spezialisierung der jeweiligen Expert_innen weitere Details oder Fallbeispiele aufgeführt wurden. Geschlossene Fragen sowie Fragen mit einer bestimmten Voreinstellung der Forscherin wurden möglichst vermieden (vgl. Froschauer/Lueger 2003, S. 63). Zudem wurde bei der Durchführung der Interviews angestrebt, allen wesentlichen Aspekten aus den Leitfadenfragen nachzugehen (vgl. Zepke 2011), um gleichzeitig tatsächliche Meinungen und Einschätzungen der Expert_innen zu erhalten (vgl. Misoch 2015, S. 222). Die konkrete Auflistung der Leitfadenfragen und die Transkriptionen der Interviews befinden sich im Anhang dieser Arbeit (Anhang 1).

Der empirische Teil der Forschung wurde mit einigen theoretischen Erwartungen begonnen. Diese wurden aufgrund der in Kapitel 4 und Kapitel 5 präsentierten Grundlagen hinsichtlich der Internetentwicklung in Russland und dessen Rolle bei der politischen Mobilisierung sowie der Analyse von rechtlichen Änderungen seit 2012 (Kap. 6) in folgenden Annahmen formuliert:

Annahme 1: Die Lage der Internetfreiheit in Russland hat sich im Laufe der Legislaturperiode 2011–2016 stark verändert. Die Position des Staates sowie die juristische Praxis bei der Umsetzung der neuen Gesetze entwickelten sich zugunsten einer stärkeren Internetkontrolle. Die gesetzlichen Änderungen haben eindeutig einen starken Einfluss auf die freie Meinungsäußerung und journalistische Arbeit im russischen Netz.

Annahme 2: Trotz der neuen gesetzlichen Regulierungen wird das Internet in Russland immer noch als „frei“ wahrgenommen, der Zugang zu verschiedenen Informationen wird nicht eingeschränkt.

Annahme 3: Mit der Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen finden bestimmte Anpassungsprozesse in der journalistischen Arbeit statt, die teilweise auch dazu dienen, die neuen gesetzlichen Einschränkungen umzugehen.

Annahme 4: Es findet eine neue öffentliche Diskussion über die Rolle des Internets und Notwendigkeit der stärkeren Internetregulierung statt (Vergleich zwischen dem Anfang und Ende der Legislaturperiode 2011–2016). Durch die neuen gesetzlichen Regulierungen sowie

die negative Berichterstattung der staatsnahen Medien verliert das Netz als Informationsquelle das Vertrauen der russischen Bürger_innen. Während das Internet nach den Wahlen 2011–2012 als ein neuer unabhängiger Kommunikationsraum betrachtet wurde, wird es zur Zeit der Interviews als eine Bedrohung der gesellschaftlichen Sicherheit wahrgenommen.

7.4 Ablauf und Transkription

Für die Vorbereitung und Durchführung der Interviews wurden zwei kurze Forschungsaufenthalte in Russland organisiert. Beim ersten Aufenthalt im März 2015 fanden erste Kontaktaufnahmen zu den Forschungsinstitutionen statt. Auch die Recherche der russischsprachigen Literaturquellen wurde erweitert. Der zweite zweieinhalbwöchige Forschungsaufenthalt in Moskau im Mai 2016 wurde gezielt für die Durchführung der Experteninterviews verwendet. Während dieses Aufenthaltes wurden die meisten Interviews direkt oder auch per Skype durchgeführt. Es wurden persönliche Kontakte zu mehreren Interviewpartner_innen hergestellt und Kontaktempfehlungen für weitere potenzielle Gespräche gesammelt. Aufgrund der zeitlichen Begrenzung des Forschungsaufenthalts sowie der späteren Eingrenzung in der Auswahl der Befragten (vgl. Kap. 7.2) wurden einige zusätzliche Interviews auch per Skype im August 2016 durchgeführt.

Die Suche nach Kontakten gelang nach dem Snowball-Sampling. Dieses Verfahren orientiert sich an den im Feld schon vorhandenen Beziehungen und ermöglicht es, relevante Akteur_innen zu identifizieren und Kontakt zu ihnen herzustellen (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014, S. 184). Gleichzeitig entwickelt sich durch die Bekanntschaft der Befragten untereinander ein gewisses Vertrauen gegenüber der/dem Forschenden und dadurch eine höhere Bereitschaft, an der Studie teilzunehmen. Da ursprünglich nur einzelne Kontakte vor allem aus dem akademischen Bereich bestanden, fanden die ersten Interviews mit Medienforscher_innen und Expert_innen aus NGOs statt. Nach der Vermittlung neuer Kontakte wurden 20 weitere Interviews durchgeführt (12 Interviews mit Onlinejournalist_innen und 8 mit Bloggern,⁷² darunter 15 Männer und 5 Frauen) und in die spätere Analyse miteinbezogen. Geschlecht und Alter der Interviewpartner_innen stellten bei der Suche nach Kontakten keinen entscheidenden Faktor dar, weil sie für das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit als nicht relevant erschienen. In Bezug auf die Zahl der

⁷² Hier und im Weiteren wird das Geschlecht genau angegeben, sofern es um einen konkreten Befragten oder eine Gruppe der Befragten geht (hier: männlich).

Interviews ist anzumerken, dass sich die in Russland schnell entwickelnde Sphäre der Onlinemedien ein großes Potenzial für die Kontaktsuche darstellt. Es gibt jedoch nur eine bestimmte Anzahl von Onlinejournalist_innen und Blogger_innen, deren Beiträge inhaltlich mit dem Thema der Forschung verbunden sind und deshalb für den Diskurs über die Internetfreiheit in Russland eine Rolle spielen (vgl. Kap. 7.2). Im Laufe der Durchführung der Interviews stellte sich dann heraus, dass weitere Expertengespräche keine neuen Einschätzungen und Positionen mehr bringen und dass bei Kontaktempfehlungen bereits interviewte Personen genannt wurden. Da die erwünschte Expertise erhalten wurde, entschied die Autorin, auf die Suche nach weiteren Expert_innen zu verzichten.⁷³ Die Dauer der Interviews variierte zwischen einer halben und eineinhalb Stunden. Dieser starke Unterschied kann als Kritikpunkt am Verlauf der Interviews betrachtet werden, hatte aber seine Ursache in den zeitlichen Möglichkeiten der Befragten. Bei der späteren Analyse und Anfertigung der Transkriptionen zeigte sich jedoch, dass auch in den etwas kürzeren Gesprächen alle relevanten Aspekte angesprochen wurden und daher die Vergleichbarkeit mit den anderen Interviews gegeben war.

Um den Interviewablauf gegebenenfalls verbessern zu können und die Formulierungen, die Verständlichkeit der Leitfadenfragen und die Reaktion der Gesprächspartner_innen zu testen, wurden vor der Durchführung des gesamten Interviewkorpus zwei Probeinterviews durchgeführt (vgl. Dresing/Pehl 2015, S. 12). Bei den unmittelbaren Expertengesprächen wurde dann angestrebt, den Ablauf möglichst einheitlich zu gestalten. So bestand jedes Interview aus einer Einstiegs-, einer Erzähl- und einer Schlussphase (vgl. Leitfadenfragen in Anhang 1). In der Einstiegs- oder „Gesprächseröffnungsphase“ (Kici/Westhoff 2000, S. 429) wurden die Ziele der Forschung erklärt, um das Interesse und das Vertrauen der Befragten zu gewinnen und eine positive Atmosphäre für das bevorstehende Gespräch zu schaffen. In der Schlussphase wurde um weitere Kontaktempfehlungen gebeten oder andere Themen besprochen, die z. B. mit der Anfertigung der Transkriptionen verbunden waren. Wenn Expert_innen im Laufe des Interviews stark vom Thema abwichen, wurde versucht, sie zurück zum Thema zu leiten (vgl. Lauth/Pickel/Pickel 2009, S. 173). Für jedes Interview

⁷³ In der wissenschaftlichen Literatur gibt es keine eindeutigen Empfehlungen zur Zahl der Interviews für qualitative Forschung, da wissenschaftliche Erkenntnisse von mehreren Faktoren abhängig sind und die Qualität der Daten nicht direkt an der Zahl der Interviews gemessen werden kann. So unterscheidet sich die Zahl der Interviews in einzelnen qualitativen Studien auch sehr stark. Dazu vergleicht z. B. Mason (2010) mehrere Promotionsprojekte und betont, dass für Dissertationen 20 Interviews eine optimale und ausreichende Zahl wären (vgl. Mason 2010).

wurden eine Tonaufnahme sowie handschriftliche Notizen angefertigt, die die Transkription an schlecht verständlichen Stellen sichern sollten.

Bei der Verschriftlichung der Interviews wurden die Regeln der einfachen wörtlichen Transkription verwendet, da die phonetischen und phonologischen Eigenschaften des Gesprochenen für diese Studie keine Rolle spielten (vgl. Dresing/Pehl 2013, S. 26). Wiederholungen oder Wörter wie „äh“, „mh“ oder ähnliche, die keine semantische Bedeutung haben, wurden ausgeglichen. Gleichzeitig wurden alle relevanten Unterbrechungen, Pausen, Anmerkungen etc. markiert (zu den genauen Transkriptionsregeln siehe Anhang 2). Da die Interviews auf Russisch durchgeführt wurden und die Übersetzung der gesamten Tonaufnahmen als nicht sinnvoll und aus forschungspragmatischen Gründen als nicht möglich erschien, wurden hier nur die Passagen ins Deutsche übersetzt, die für die Darstellung der Ergebnisse relevant sind.⁷⁴ Anschließende Besprechungen, die keinen Bezug zum Thema hatten, sowie die nach den Interviews folgenden Kontaktempfehlungen mit personenbezogenen Daten wurden als „Ende des Interviews“ vermerkt, aber nicht weiter wörtlich transkribiert.

7.5 Darstellung des Materials

7.5.1 Entstehungssituation und Anonymisierung

Obwohl einige der kontaktierten Onlinejournalist_innen und Blogger_innen für die Studie nicht gewonnen werden konnten, ist an dieser Stelle die Bereitschaft der interviewten Expert_innen, über das Thema des Forschungsprojektes zu sprechen, zu erwähnen. Die Analyse der Entstehungssituation gehört zu den Schritten der weiteren Auswertung der qualitativen Interviews (vgl. Lauth/Pickel/Pickel 2009, S. 177). Somit wird überprüft, ob der angestrebte Grad an Authentizität erreicht wurde (vgl. Flick 1995, S. 167).

Fast alle Interviews wurden in einer informellen Situation (z. B. in der Mittagspause, zu Beginn oder am Ende eines Arbeitstages) durchgeführt; nur drei davon fanden unmittelbar in der Redaktion oder einem Büro statt. Da es nicht immer möglich war, die Gespräche persönlich durchzuführen, fand ein Teil der Interviews über Skype statt. Diese Form findet in

⁷⁴ Aus gleichem Grund werden die gesamten Transkriptionen auf Russisch für die Optimierung der Darstellungsform dieses Manuskriptes als Anhang auf einem elektronischen Träger eingefügt. Personenbezogene Daten, die zur Identifizierung der Befragten führen können, werden in den Transkriptionen nicht angegeben.

der Forschung immer mehr Anwendung, da damit das Problem der Entfernung vom Forschungsfeld effektiv gelöst werden kann (vgl. Gnams/Batinic 2010, S. 328). Jedoch haben die per Skype durchgeführten Interviews eine Reihe von Besonderheiten, die während der Vorbereitung beachtet werden sollen. So wurde immer versucht, technische Störungen, Geräusche und Verbindungsunterbrechungen zu vermeiden. Falls diese während des Gesprächs dennoch auftraten, wurde dies in der Transkription markiert.

Die teilnehmenden Expert_innen waren während der Interviews sowie bei den weiteren Kontaktempfehlungen sehr offen. Gleichzeitig wollten einzelne Interviewpartner_innen wissen, wofür die Ergebnisse der Studie verwendet werden, ob sie in ihren Antworten frei sein können oder sich „zurückhalten“ sollen. Dies zeigt eindeutig, dass der Themenbereich des Projektes sowie die kritischen Äußerungen der befragten Onlinejournalist_innen und Blogger_innen teilweise als riskant wahrgenommen wurden (vgl. Kap. 7.2). Drei der Befragten präzisierten, dass das gewonnene Material mit dem Hinweis auf ihren Namen nur für eine wissenschaftliche Arbeit verwendet werden und nicht online frei zugänglich sein dürfe. Einige Expert_innen haben sich auch nach den fertigen Transkriptionen ihrer Interviews erkundigt. Nichtsdestotrotz waren alle Interviewten während der Gespräche in ihren Einschätzungen sehr kritisch, diskutierten offen über die Probleme und Einschränkungen im Medienbereich und wiesen direkt auf die in Russland bekannten Persönlichkeiten aus politischen oder journalistischen Kreisen hin. In Anbetracht der auf der Basis von Literatur und statistischen Daten dargestellten Einschränkungen im Medienbereich in Russland (vgl. Kap. 6) war diese Offenheit der Interviewpartner_innen eher unerwartet. Fast alle äußerten auch ein großes Interesse an der Studie. Einige Journalist_innen, die gleichzeitig selbst in der Forschung tätig sind, boten Kooperationen für weitere Studien an. Viele Teilnehmer_innen merkten darüber hinaus an, dass die Ergebnisse der Auswertung auch für sie selbst interessant seien. Das Thema der Arbeit rief also unmittelbares Interesse bei den Befragten hervor und zeigte, dass die angesprochenen gesetzlichen und medialen Änderungen in den Kreisen russischer Journalist_innen und Medienexpert_innen hoch aktuell sind und lebhaft diskutiert werden. Gleichzeitig ermöglichten die Offenheit und das geweckte Interesse, alle geplanten Fragen vollständig und in einer vertrauensvollen Atmosphäre zu besprechen sowie mehrere weitere, für die Studie relevanten Aspekte aufzudecken.

Nichtsdestotrotz ist aber nicht zu ignorieren, dass die Lage der unabhängigen und oppositionellen Journalist_innen und Blogger_innen in Russland als sehr kritisch und in manchen Fällen auch als gefährlich betrachtet werden muss (vgl. Agora 2012; ROG 2016).

Die Umsetzung der Gesetze in Bezug auf Medien- und Internetregulierung befindet sich in Russland noch im Werden,⁷⁵ was zukünftig zu einem stärkeren Druck auf Journalist_innen und Blogger_innen führen kann. Aus diesen Gründen wurden nach der Durchführung der Interviews die personenbezogenen Daten in dieser Arbeit anonymisiert. Alle Gesprächspartner_innen werden mit Abkürzungen von J1 bis J12 für Journalist_innen und B1 bis B8 für Blogger_innen bezeichnet. Diese Nummerierung erfolgte in zufälliger Reihenfolge; ihre namentliche Zuordnung ist nur der Autorin bekannt.

7.5.2 Profile der Expert_innen

Um einen besseren Einblick in das empirische Material zu erhalten und die Relevanz der ausgewählten Journalist_innen und Blogger_innen für diese Studie als Expert_innen zu verdeutlichen, werden an dieser Stelle ihre Profile dargestellt. Dafür werden die Schwerpunkte ihrer Arbeit und die Besonderheiten ihres beruflichen Werdegangs kurz skizziert. Parallel veranschaulicht diese Darstellung, welche Medien und Blogs durch die hier einbezogenen Expert_innen repräsentiert werden. Dies ist bei dieser Arbeit besonders wichtig, da der Rolle der unabhängigen Onlinemedien und Blogs im russischen Mediensystem in den bisherigen wissenschaftlichen Studien noch wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Ihre Merkmale sind vor allem im angelsächsischen und deutschsprachigen Raum kaum bekannt. Hier werden nicht nur die thematischen Schwerpunkte der Medien, sondern auch, falls vorhanden, einige wichtige Entwicklungen und Veränderungen in den Redaktionen vorgestellt, die teilweise auch mit den neuen gesetzlichen Regulierungen zusammenhängen (vgl. Kap. 6). Von diesen Änderungen sind auch die ausgewählten Interviewpartner_innen unmittelbar betroffen, was die Bedeutung ihrer Expertise für diese Studie illustriert.

Zur besseren Strukturierung und späteren Bearbeitung des gewonnenen Materials wurden alle Interviews nach ihrer Durchführung in folgender Tabelle aufgelistet, aus der einige relevante Rollenbezeichnungen der interviewten Expert_innen und der von ihnen repräsentierten Medien erkennbar sind:

⁷⁵ Wie oben bereits geschildert, wurden auch während der Verschriftlichung dieser Arbeit mehrere weitere gesetzlichen Normen verabschiedet, die die Medien- und Internetregulierung in Russland deutlich verschärfen, siehe mehr dazu in Fazit.

Tabelle 9. Übersicht der durchgeführten Interviews

Onlinejournalist_innen	Datum/Dauer (semantischer Teil)	Redaktion	Beruflicher Werdegang/Spezialisierung
Onlinejournalist J1	21.05.2016 / 1:20	„alte Redaktion“ <i>Lenta.ru</i>	nach der Entlassung der Chefredakteurin 2016 (siehe unten) die Redaktion verlassen, danach in mehreren Projekten als Redakteur sowie in kommerziellen Projekten als PR-Consultant tätig
Onlinejournalistin J2	16.05.2016 / 0:38	<i>Forbes.ru</i>	als Redakteurin in mehreren Medien tätig, spezialisiert auf wirtschaftliche Themen
Onlinejournalistin J3	14.05.2016 / 0:37	<i>Znak.com,</i> <i>gazeta.ru</i>	Journalistin und Menschenrechtsaktivistin, spezialisiert auf Proteste, gesetzliche Regulierung und politische Verfolgungen in Russland
Onlinejournalist J4	20.05.2016 / 1:02	<i>vedomosti.ru,</i> <i>Forbes.ru</i>	nach dem Wechsel von mehreren Redaktionen als freier Journalist und in journalistischen Ausbildungsprojekten tätig, spezialisiert auf wirtschaftliche Themen
Onlinejournalistin J5	01.06.2016 / 0:57	<i>Novaya Gazeta</i>	nach den strukturellen Änderungen hat sie die Redaktion verlassen, als freie Journalistin tätig, spezialisiert auf menschenrechtliche Fragen und Gesetzregulierung
Onlinejournalistin J6	18.05.2016 / 0:48	<i>Snob, Doschd</i>	als Redakteurin in mehreren Projekten tätig, die sie mit der Entlassung von Chefredakteur_innen wechseln musste; hat mehrere eigene Onlineprojekte, spezialisiert auf politische Themen
Onlinejournalist J7	25.05.2016 / 0:38	<i>Mediazona</i>	spezialisiert auf politische Verfolgungen, Gesetzregulierung, Protestbewegung
Onlinejournalist J8	17.05.2016 / 0:55	<i>The Insider</i>	spezialisiert auf politische und menschenrechtliche Themen
Onlinejournalist J9	30.05.2016 / 0:32	„alte Redaktion“ <i>Lenta.ru</i>	hat nach der Entlassung der Chefredakteurin 2016 die Redaktion verlassen, als freier Autor tätig, spezialisiert auf Internettechnologien
Onlinejournalist J10	06.08.2016 / 0:45	<i>RBC,</i> <i>gazeta.ru</i>	spezialisiert auf politische Themen
Onlinejournalist J11	05.08.2016 / 0:42	<i>slon</i>	nach dem Verlassen der Redaktion als freie Autorin tätig, Menschenrechtsaktivistin, spezialisiert auf politische Verfolgungen und Proteste
Onlinejournalistin J12	18.05.2016 / 0:32	<i>slon, Doschd,</i> <i>Meduza</i>	in mehreren Medien als Redakteurin und Moderatorin tätig, spezialisiert auf politische Themen
Blogger			
Blogger B1	09.06.2016 / 1:02		ehemaliger Journalist, spezialisiert auf wirtschaftliche Themen
Blogger B2	25.05.2016 / 0:38		spezialisiert auf innenpolitische Themen,

			Protestbewegung und Fragen der Internetregulierung; aktiv in der oppositionellen politischen Tätigkeit.
Blogger B3	30.05.2016 / 0:46		in der Forschung tätig, gilt als einer der „Väter des Runets“ (vgl. Kap. 4)
Blogger B4	03.06.2016 / 0:36		spezialisiert auf politische Themen, Proteste, Internettechnologie; in PR und kommerziellen Projekten tätig
Blogger B5	12.05.2016 / 1:11		in der Forschung tätig, spezialisiert auf Fragen der Internettechnologie und Internetregulierung
Blogger B6	03.06.2016 / 0:32		ehemaliger Journalist und Sozialaktivist, in der Forschung tätig
Blogger B7	16.06.2016 / 0:37		ehemaliger Journalist, in der Forschung tätig
Blogger B8	18.05.2016 / 0:38		ehemaliger Journalist, Sozialaktivist, gilt als einer der „Väter des RUNETS“

Die Angaben in der zweiten Spalte zeigen einige wichtige Besonderheiten in der beruflichen Laufbahn der Befragten,⁷⁶ die für diese Studie als bedeutend erscheinen. So werden hier z. B. die komplette Aufgabe der journalistischen Tätigkeit oder auch der Wechsel zu einer anderen Redaktion markiert, was auch von den Interviewten selbst als häufige Folge der neuen Regulierung und des Drucks auf Journalist_innen bezeichnet wurde (siehe in Kap. 8). Einige Journalist_innen mussten mehrmals die Redaktion wechseln oder sind inzwischen in mehreren Projekten gleichzeitig tätig. Alle ausgewählten Expert_innen haben ihren Schwerpunkt in wirtschaftlichen oder politischen Themen; die meisten waren zuvor Redakteur_innen oder Chefredakteur_innen. Bemerkenswert ist auch, dass viele der Befragten, die ihre berufliche Tätigkeit wechseln mussten, danach anfangen, sich aktiv politisch und sozial zu engagieren. Einige von Interviewten sind in Russland auch in der breiten Öffentlichkeit als oppositionelle Aktivist_innen bekannt. Genauere Angaben zur ihrer Arbeit bzw. ihren Positionen in konkreten Redaktionen können hier jedoch aufgrund der Anonymisierung nur im beschränkten Umfang gemacht werden, da die namentliche Zuordnung bei den detaillierteren Beschreibungen wiederherstellbar wäre.

Gleichzeitig kann die Relevanz der ausgewählten Expert_innen für diese Studie durch die Darstellung der Medien verdeutlicht werden, die die professionelle Tätigkeit der Befragten prägten. Die Besonderheiten und Schwerpunkte dieser Medien werden hier in Form von

⁷⁶ Zur Zeit der Interviews.

Kurzporträts beschrieben, was eine bessere Einordnung des empirischen Materials ermöglicht:

Lenta (<https://lenta.ru>, russisch: „Lenta“ – Band, Streifen, in übertragener Bedeutung – Newsfeed) – ist ein themenübergreifendes Onlinenachrichtenportal. Es gehört zu den TOP-3 der meistzitierten Internetressourcen Russlands (vgl. Medialogia 2017, Stand Juli 2017) und hat sich auf allgemeine politische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Themen spezialisiert. Das Portal gilt als eines der ersten Onlinemedien in Russland und wurde 1999 von dem Journalisten und Blogger Anton Nosik gegründet (vgl. Kap. 4.3). Die Inhalte der Seite sind für eigene Mobilversionen optimiert, denn 60% der Leser_innen besuchen das Portal von mobilen Endgeräten aus (vgl. Lenta Mediakit). Die monatliche Reichweite von *Lenta.ru* beträgt laut der auf der Webseite angegebenen Mediadaten 44,5 Mio. Menschen mit 411 Mio. Aufrufen (vgl. ebd.).

Anfang 2014 wurde die ehemalige Chefredakteurin des Portals, Galina Timtschenko, entlassen, wonach auch 74 Journalist_innen und andere Mitarbeiter_innen die Redaktion verlassen haben (vgl. Carroll 2015). Anlass dazu war ein Interview im März 2014 mit dem Führer einer ukrainischen, in Russland verbotenen, rechtsextremen Organisation beim Euromaidan und die darauffolgende Verwarnung von *Roskomnadsor* für die „Verbreitung extremistischer Inhalte“ (vgl. Dekoder Kurzporträts o.J.). Dies wurde von den Mitarbeiter_innen als Angriff auf die Medienfreiheit und eine unabhängige Redaktionspolitik des Portals gesehen. „Einige Medien haben zugemacht, andere werden in den nächsten Monaten schließen. Das Problem ist nicht, dass wir keinen Arbeitsplatz mehr haben. Das Problem ist anscheinend, dass ihr nichts mehr zu lesen habt“, so die offizielle Stellungnahme der Journalist_innen nach dem Verlassen der Redaktion (Übers. I. K., vgl. Offener Brief 2014).

Im März 2014 gründete Timtschenko zusammen mit 22 anderen Journalist_innen aus *Lenta.ru* das neue Internetportal *Meduza.io* (<https://meduza.io>), das seinen Hauptsitz in Lettland hat und dadurch nicht unter die russische Gesetzgebung fällt (vgl. Carroll 2015). *Meduza* gilt als eines der oppositionellen Medien und zeichnet sich durch regierungskritische Beiträge und investigative journalistische Recherchen aus. Gleichzeitig werden auf dem Portal seriöse Inhalte mit den Unterhaltungsformaten kombiniert. Unter der Rubrik *Schapito* (Deutsch: Zirkuszelt) werden teilweise kuriose Nachrichten und Beiträge zu Lifestyle-Themen gesammelt. Durch Beiträge in Form von „Info-Kärtchen“, Tests oder Umfragen

werden die Leser_innen vor allem über soziale Netzwerke angelockt (vgl. Dekoder Kurzporträts o.J.). Im Jahr 2015 wurde eine englische Version der Seite gestartet (vgl. ebd.). In Bezug auf diese Studie ist einzuführen, dass es um die Interviews mit Journalist_innen handelt, die in der „alten“ Redaktion von *Lenta.ru* tätig waren und nach den strukturellen Maßnahmen dort ihren Arbeitsort, ihre thematische Spezialisierung oder ihren Beruf als Journalist_innen komplett veränderten (vgl. oben).

Forbes (<https://www.forbes.ru>) – Onlineversion des Wirtschaftsmagazins, das in Russland seit 2004 erscheint. Die Zeitschrift ist auf die Themen Finanzen, Handel und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung spezialisiert. Zu der Hauptzielgruppe von Forbes gehören nach Angaben des Magazins selbst „Millennials, Führungskräfte und Top-Manager, Geschäftsinhaber, SEO und CTO“ (vgl. Forbes Mediakit o.J.). Die monatliche Reichweite der Onlineversion beträgt mehr als 5 Mio. Nutzer_innen (vgl. ebd.) Die Geschichte des Magazins *Forbes.ru* in Russland zeichnet sich durch mehrere Wechsel der Chefredakteur_innen aus. Nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Beschränkung der ausländischen Anteile in russischen Medien auf 20% im Jahr 2014 musste *forbes.ru* von *Axel Springer Russia* an die *Artcom Media Group* verkauft werden (vgl. BBC Russland 2015, siehe auch Kap. 6.3). Wie auch bei den anderen Redaktionen führte dies zu Kündigungen mehrerer dort tätiger Journalist_innen. Im Januar 2016 wurde der Chefredakteur Elmar Murtazaev entlassen. Seit dieser Zeit wurde in den Medien mehrmals über die Einmischung der Inhaber in die Arbeit der Redaktion sowie über die „Entpolitisierung“ des Magazins berichtet (vgl. Meduza 2016c).

Znak.com (<https://www.znak.com>, russisch: „Zeichnen“, „Symbol“) – eine Internetzeitung mit Sitz in Jekaterinburg. Auch sie gilt als eine der oppositionellen Medien in Russland. Das Portal wurde von der Journalistin Aksana Panowa im Jahr 2015 gegründet, die aber wegen der begonnenen Ermittlungen gegen sie im gleichen Jahr zurücktreten musste (vgl. Dekoder Kurzporträts o.J.). Obwohl die Zeitung den Hauptsitz in einer Region hat, wurde sie in diese Studie miteinbezogen, weil sie über Themen von landesweiter Bedeutung berichtet, sich durch eine kritische Berichterstattung auszeichnet und zu den 15 meistzitierten Internetressourcen in Russland gehört (vgl. Medialogia 2015). Neben allgemeinen Nachrichten aus Politik und Wirtschaft informiert dieses Portal über Entwicklungen in den Regionen und Verstöße gegen die Menschenrechte. Wie auch bei *Meduza.io* wird auch hier viel mit „journalistischen Genres experimentiert“ (vgl. Znak.com Infotainment o.J.). So werden beispielsweise in Beiträgen unter der Rubrik „Infotainment“ seriöse Inhalte in Form von Tests, Umfragen, Spielen etc. dargestellt.

Gazeta.ru (<https://www.gazeta.ru>, russ. „Zeitung“) – eine Internetzeitung, die über gesellschaftlich-politische Themen berichtet. Sie wurde 1999 gegründet und gehört zu einer der ersten Internetmedien sowie zu den drei meistzitiertesten Internetressourcen in Russland (vgl. Medialogia 2017, Stand Juli 2017). Im Vorfeld der Dumawahlen 2011 musste der stellvertretende Chefredakteur, Roman Badanin, unter großer Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit *Gazeta.ru* verlassen. Grund dafür war die Entscheidung der Geschäftsführung, ein gemeinsames Banner mit der Nichtregierungsorganisation GOLOS und somit die Hinweise auf das von GOLOS erstellte interaktive Projekt *Karte der Wahlfälschungen* (vgl. Kap. 5) von der Webseite zu löschen (vgl. Meduza 2016e). Insgesamt berichtete *Gazeta.ru* ausführlich über die Proteste im Winter 2011/2012, über die Präsenz der Polizei und die Verhaftungen von Protestierenden (vgl. Oates/Lokot 2013, S. 12). Nach den Wahlen 2011/2012 folgten in der Redaktion weitere Kündigungen; die Abteilungen für Politik und Wirtschaft wurden fast komplett ausgewechselt (vgl. ebd.). Im Gegensatz zu den anderen hier dargestellten Medien wird *Gazeta.ru* wegen ihrer kremlorientierten Positionierung jedoch auch häufig kritisiert. Diese Internetzeitung wurde in diese Studie jedoch trotzdem miteinbezogen, da auch ihre Arbeit und Redaktion die Konsequenzen aus Entlassungen und Änderungen der Redaktionspolitik tragen musste. So waren auch zwei der interviewten Journalist_innen (J3, J10) dort tätig gewesen. Diese wechselten später zu anderen oppositionell orientierten Medien (siehe Tabelle).

Vedomosti.ru (<https://www.vedomosti.ru>) – Onlineversion der Business-Tageszeitung *Vedomosti*, die im Jahr 1999 gestartet wurde und somit zu einem der ersten Onlinemedien in Russland gehört (vgl. Kap. 4.3). Neben aktuellen Meldungen und wirtschaftsbezogenen Inhalten publiziert *Vedomosti* Analysen unabhängiger und kritischer Autor_innen (vgl. Dekoder Kurzporträts o.J.). Bis 2015 gehörte die Zeitung dem britischen Verlagshaus *Pearson* und dem finnischen Medienkonzerns *Sanome* (vgl. Novaya Gazeta 2019a). Nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Einschränkung des ausländischen Kapitals (vgl. Kap. 6) wurde die Zeitung an einen inländischen Inhaber verkauft. Dadurch gab es in der Redaktion starke strukturelle Änderungen, in deren Folge viele Journalist_innen (inkl. der hier einbezogenen Expert_innen) *Vedomosti* verließen (vgl. Kap. 6).⁷⁷

Novaya Gazeta (<https://www.novayagazeta.ru>, russisch: „Neue Zeitung“, Onlineredaktion) – eine gesellschaftspolitisch ausgerichtete Zeitung, die als eine der wichtigsten und

⁷⁷ In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass dieses Gesetz während seiner Vorbereitung als „Gesetz des Namens der Zeitung *Vedomosti* und des Magazins *Forbes*“ bezeichnet wurde (vgl. Dekoder Kurzporträts o.J.).

bekanntesten oppositionellen Medien in Russland gilt (vgl. Kap. 3).⁷⁸ Als Printmedium wurde die *Novaya Gazeta* von dem Chefredakteur Dmitri Muratow im Jahr 1993 gegründet, die Onlineversion erscheint seit 1996. Die Hauptredaktion hat ihren Sitz in Moskau; eigene Redaktionen gibt es außerdem in Sankt Petersburg, Nowosibirsk und Samara. Die Printausgabe wird außerhalb Russlands in Kasachstan, Israel und Deutschland verkauft (vgl. Dekoder Kurzporträts o.J.). Die *Novaya Gazeta* zeichnet sich durch große journalistisch-investigative Recherchen zu kritischen und teils tabuisierten Themen in Russland aus (so z. B. zu der Verfolgung von Homosexuellen in Tschetschenien, zum Krieg im Donbass oder zu den Geschehnissen bei der Geiselnahme von Beslan etc. (vgl. ebd.)). Auf der Webseite der Zeitung wird über Protestaktionen sowie Gerichtsprozesse gegenüber oppositionellen Aktivist_innen, Politiker_innen und Teilnehmer_innen von Protesten berichtet. Gegen die Zeitung wurden bereits mehrere gerichtliche Vermittlungen angestrengt. Im Juli 2015 bekam die Zeitung von *Roskomnasdsor* eine zweite Verwarnung für die angebliche Verbreitung extremistischer Inhalte. Im Kontrast dazu wurde die Zeitung mehrmals von internationalen Organisationen und Stiftungen für ihre Investigationen aufgezeichnet (vgl. Anstageslicht.de 2016). Im Jahr 2015 kündigte der Chefredakteur Dmitri Muratow an, dass die Print-Ausgabe wegen fehlender Finanzierung künftig eingestellt werden könne, die Inhalte auf der Webseite sollten aber für das breite Publikum kostenlos bleiben (vgl. ebd.).

Snob (<https://snob.ru>) – Print- und Onlinezeitschrift, gegründet in 2008. Sie stellt eine Hybridform aus einer Zeitschrift und einem Blog dar. Das Medienprojekt *Snob* besteht aus dem Magazin *SNOB*, der Webseite *snob.ru*, einer geschlossenen Gemeinschaft mit eigener Blogplattform und dem Content-Büro *SNOB*. Es positioniert sich selbst als eine internationale Gemeinschaft für Professionals: „Hier können sich ein berühmter Moskauer Schriftsteller, ein filmliebender Student, ein herausragender britischer Modedesigner und ein politisch interessierter Programmierer aus Boston streiten“ (vgl. *Snob.ru Basement* o.J., Übers. I. K.). Die Webseite www.snob.ru beleuchtet allgemeine politische und wirtschaftliche Themen, aber auch Nachrichten zu Lifestyle-Themen, Kultur, Mode, Technologien etc. Gleichzeitig wird von der Redaktion betont, dass die Webseite hohen journalistischen Standards folge und im Gegensatz zu vielen anderen Seiten nicht als eine digitale Magazinbeilage verstanden werden soll (vgl. *Snob.ru Mediakit* o.J.).

⁷⁸ Aus der *Novaya Gazeta* stammen mehrere ermordete Journalist_innen in Russland, darunter auch Anna Politkowskaja, Anastassija Baburowa und Natalja Estemirowa.

Teilnehmer_innen des Projektes können hier nicht nur tagesaktuelle Nachrichten lesen und diskutieren, sondern auch eigene Beiträge veröffentlichen (vgl. Kap. 3). Unter den eingeladenen Blogger_innen des Projektes sind mehrere in Russland bekannte Intellektuelle, oppositionelle Aktivist_innen und Politiker_innen, darunter die Schriftsteller Boris Akunin, Wladimir Sorokin und Dmitri Bykow, der Musiker Andrej Makarevich, die Journalist_innen und Blogger_innen Anton Nosik, Oleg Kaschin, Aljona Dolezkaja sowie die Journalistin und Aktivistin der „nicht-systemischen Opposition“ (vgl. Kap. 5.1) Xenia Sobtschak, der Politiker Dmitri Gudkow und viele andere (vgl. Dekoder Kurzporträts o.J.). Daher hat die Webseite einen deutlich liberal-oppositionellen Charakter und berichtet auch häufig über die Einschränkungen im Internet.

Doschd (<https://tvrain.ru>, russisch: „Regen“) – ein unabhängiger, oppositionell orientierter Online-TV-Sender, gegründet 2010. Der Sender richtet sich vor allem an das internetaffine Publikum und bietet unterschiedliche interaktive Formate und Elemente an, die aus der Verbindung der Möglichkeiten des Internets und des Fernsehens entstehen. So haben viele *Doschd*-Sendungen eigene Blogs und YouTube-Kanäle. Der Sender fokussiert sich vor allem auf politische Themen und Diskussionen; ein großer Teil des Programms sind Live-Übertragungen. Die monatliche Reichweite nach Angaben des Senders beträgt 6,2 Mio. Zuschauer_innen (vgl. *Doschd* Mediakit o.J.).

Bei diesem Sender arbeiten viele in Russland prominente Journalist_innen, die als regierungskritisch bekannt sind und die staatsnahen TV-Kanäle verlassen haben. Im Jahr 2014 wurde der ehemalige Chefredakteur Mickhail Sygar von dem Komitee zum Schutz von Journalisten mit dem Preis für Pressefreiheit ausgezeichnet (vgl. DW.com 2014). Im Gegensatz zu den staatlichen Sendern war *Doschd* einer der wenigen TV-Sender, der aktiv über die Proteste 2011–2013 berichtete (vgl. Kap. 5). Seit dieser Zeit nahm die Zuschauerzahl des Senders wesentlich zu: Auch wenn *Doschd* ursprünglich als der Sender für „Moskauer Hipster“ galt, betrug seine monatliche Reichweite im Jahr 2014 bereits 12 Mio. Menschen mit einem bemerkenswerten Zuwachs an Zuschauer_innen vor allem in den Regionen (vgl. Soldatov/Borogan 2015b, S. 270). Nach einer umstrittenen Umfrage zum 70. Jahrestag der Aufhebung der Leningrader Blockade im Januar 2014, die Empörung auslöste,⁷⁹ wurde *Doschd* von den Satelliten- und Kabelfernseh-Anbietern nicht mehr übertragen, wodurch der Sender schnell an Reichweite verlor (vgl. Kap. 3). Nach diesem Ereignis musste *Doschd* ein

⁷⁹ Er stellte zur Diskussion, ob man die Stadt Leningrad bei der Belagerung durch die deutsche Wehrmacht vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944 zum Schutz Tausender von Menschenleben nicht den Deutschen hätte überlassen sollen.

neues Finanzierungsmodell suchen und finanziert sich heute durch Abonnements und Spenden. 2014 wurde die Kürzung von allen Gehältern angekündigt (vgl. Meduza 2016e).

Mediazona (<https://zona.media>, deutsch: „Zone der Medien“, im übertragenen Sinne: „Medien-Gefängnis“). Hier handelt es sich um ein Onlineportal, das im September 2014 von den Teilnehmerinnen der Punkband *Pussy Riot* Nadeschda Tolokonnikowa und Marija Aljochina gegründet wurde, die für ihren Auftritt am 21. Februar 2012 im zentralen Gotteshaus der Russisch-Orthodoxen Kirche, der Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau zu Haft verurteilt wurden. *Mediazona* wurde vor diesem Hintergrund als Projekt zur Berichterstattung über politische Verfolgungen und Verhaftungen sowie über die Arbeit der Justizorgane und Polizei gegründet und gilt als eine der oppositionellen Onlinemedien in Russland. So betonte Nadeschda Tolokonnikowa gleich nach ihrer Entlassung den unabhängigen Charakter des neuen Portals:

“Because of the heavy censorship by authorities there is no space for anything in the media that criticizes Putin’s policies and tracks human rights abuses by Russian courts and law enforcement. Courts, prisons, arrests, convictions, riots in facilities, political criminal cases, crimes by law enforcement officials – our new media outlet will try to cover it all.” (zit. n. Spin.com 2014)

Heutzutage gilt *Mediazona* als eines der oppositionellen Onlinemedien mit der höchsten Reichweite in Russland (vgl. Abb. 7). Auf dem Portal werden vor allem große Investigationen und Reportagen zu politischen Verfolgungen, Angriffe gegen Journalist_innen und politische Aktivist_innen, Onlineübertragungen aus Gerichten etc. veröffentlicht. Von den internationalen Partnern des Portals werden einige Beiträge ins Englische übersetzt (vgl. ebd.). Um die Unabhängigkeit der Berichterstattung zu gewährleisten, finanziert sich das Portal über Spenden.

The Insider (<https://theins.ru>) – eine Internetzeitung mit Hintergrundberichten zum Thema Korruption, gegründet im Jahr 2013. Ziel des Projektes ist es, eine „operative Berichterstattung mit Analyse und journalistischen Recherchen zu verbinden“ (zit. n. Dekoder Kurzporträts o.J.). *The Insider* positioniert sich selbst als eine Internetzeitung, die Fake-News aufdeckt sowie historische Materialien, Übersetzungen aus ausländischen Medien und Insiderberichte aus unterschiedlichen Bereichen (häufig auch in Form von geleakten Materialien (russisch: „slivy“) veröffentlicht (vgl. ebd.). Auf dem Portal gibt es Rubriken wie „Politik“, „Anti-Fake“, „Übersetzungen“, „Korruption“, „Meinungen“, „Geschichte“ und „Geständnis“. Bemerkenswert ist, dass dort keine Angaben zu den Autor_innen gemacht werden und nur wenige Daten über das Portal selbst zugänglich sind. Im November 2017

wurde diese Internetzeitung mit dem Preis des Europarates für demokratische Innovation ausgezeichnet (vgl. Council of Europe 2017).

RBC (RosBusinessConsulting, <http://www.rbcholding.ru>) – ein Wirtschaftsnachrichtenportal, das zusammen mit der Printausgabe, einer Nachrichtenagentur und einem TV-Sender zu der unabhängigen Medienholding *RBC Media Group* gehört, die im Jahr 1993 gegründet wurde und sich vor allem auf wirtschaftliche Themen konzentriert. Die Internetseite wurde 1995 eröffnet. Nach Angaben von *RBC* selbst belief sich die Gesamtzahl der Nutzer_innen im September 2014 auf 12,5 Mio. (vgl. *RBC.ru* o.J.). Neben wirtschaftlichen Themen sind auf dem Portal besonders die Rubriken „RBC Personal Finances“ (lf.rbc.ru), die Sportnachrichten „RBC Sport“ (sport.rbc.ru), die Immobiliennachrichten „RBC Real Estate“ (realty.rbc.ru) und die Lifestyle-Informationen „RBC Style“ (style.rbc.ru) populär (vgl. ebd.).

In den Jahren 2015–2016 veröffentlichte die *RBC* eine Reihe von Hintergrund-Materialien über die Arbeit russischer Politiker_innen und ihrer Familienmitglieder, darunter auch die Tochter von Präsident Putin, die Korruption in der Russisch-Orthodoxen Kirche, die wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region Donbass und vieles andere (vgl. Meduza 2016d). Im Mai 2016 wurden die Chefredakteur_innen – Elisaweta Ossetinskaja, Roman Badanin und Maxim Soljus – entlassen. Dies wurde mit Konflikten zwischen der Redaktion und den Inhabern von *RBC* erklärt, führte aber zu einer großen Medienresonanz und wurde als politisch motiviert gesehen.⁸⁰ Wie in anderen vergleichbaren Medien verließen auch hier nach der Entlassung der Chefredakteur_innen viele Journalist_innen das Nachrichtenportal.

Slon.ru bzw. *Republic.ru* (<https://republic.ru>, russisch: „Elefant“; im Jahr 2016 in *Republic* unbenannt) – ein Business-Nachrichtenportal, das 2009 gegründet und nach einem Re-Branding 2016 in *Republic* umbenannt wurde. Zielgruppe sind internetaffine *urban professionals*. Zusammen mit der Zeitschrift *Bolschoi Gorod* und dem TV-Sender *Doschd* gehört es zu der gleichnamigen Holding (vgl. Dekoder Kurzporträts o.J.). Neben kostenlosen Inhalten und Nachrichten bietet das Portal Analysen, Reportagen und Kommentare namhafter Gastautor_innen als Premium-Inhalte an (vgl. ebd.). Eine der Gründer_innen des Portals im Jahr 2009 – Olga Romanova – musste wegen ihrer oppositionellen Tätigkeit für Gefangenenhilfsorganisationen das Land verlassen und lebt seit 2017 im Asyl in Berlin. Am 4. Dezember 2011 – dem Tag der Dumawahlen 2011 – war die Webseite von *Slon* neben

⁸⁰ Diese Entlassung fand eine Woche vor dem Forschungsaufenthalt der Autorin in Moskau und der Durchführung der ersten Interviews statt und wurde von den befragten Journalist_innen und Blogger_innen aktiv angesprochen.

anderen oppositionell orientierten Medien wegen DDoS-Attacken nicht zugänglich (vgl. Calvert Journal 2014). Nach dem Rebranding und der Umbenennung des Portals in *Republic* wurden die thematischen Rubriken auf sogenannte „Journals“ aufgeteilt, die getrennt abonniert werden können, somit ihren eigenen Charakter haben, aber mit der Redaktion gemeinsame Werte und journalistische Standards teilen (vgl. Republic). Laut der eigenen Positionierung des Portals erlaubt dieses Modell die Unabhängigkeit der Autor_innen von Sponsoren, Werbeauftraggeber_innen und dem Staat (vgl. ebd.).

Das Verfahren bei der Auswahl der Blogger_innen sowie das Verständnis ihrer Rolle für diese Arbeit wurde bereits ausführlich in Kapitel 7 erklärt. Es wurde versucht, Blogger_innen zu gewinnen, die zu allgemeinen sozial-politischen Themen schreiben und sich in ihren Beiträgen mit der Realisierung der Kommunikationsfreiheit in Russland oder der Verabschiedung von neuen gesetzlichen Regulierungen im Internet auseinandersetzen (vgl. Kap. 7.2). Die meisten befragten Blogger_innen widmen z. B. in ihren Beiträgen Fragen zur gesetzlichen Regulierung des Internets, Interneteinschränkungen und den damit verbundenen politischen Verfolgungen in Russland große Aufmerksamkeit. Gleichzeitig ist aus der oben dargestellten Tabelle ersichtlich, dass die Rollenbezeichnungen von Journalist_innen und Blogger_innen nicht immer klar zu trennen sind (vgl. Auswahl der Befragten Kap 7.2). Dank der engen Vernetzung in den Kreisen russischer Journalist_innen und weiterer Empfehlungen von schon zuvor befragten Expert_innen konnten mehrere Kontakte zu Blogger_innen hergestellt werden, die früher in Onlineredaktionen tätig waren. Diese Expert_innen arbeiteten gerade nach den strukturellen Änderungen und Entlassungen in den Medien nicht mehr fest in den Redaktionen und waren danach häufig z. B. in der Forschung oder in kommerziellen Projekten tätig (vgl. Tab. 9).

7.6 Auswertungsverfahren

7.6.1 Methodische Merkmale der qualitativen Inhaltsanalyse

Für die Auswertung der qualitativen Interviews gibt es eine Reihe von Ansätzen und Methoden, die unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Bearbeitung der gewonnenen Daten anbieten (vgl. Kaiser 2014, S. 90). Das empirische Material dieser Studie wird in Anlehnung an Auswertungstechniken der qualitativen Inhaltsanalyse analysiert, was durch die vorherigen theoretischen Überlegungen und somit Vorstrukturierung der Interviewverfahren zu erklären

ist. Diese Auswertungsmethode wird benutzt, wenn nicht der Text selbst, sondern die Beschreibung des sozialen Verhaltens, das aus dem Text entnommen wird, im Fokus der Forschung steht (vgl. Gläser/Laudel 2004, S. 44). Dabei geht es um den explorativen Charakter dieses Verfahrens und um die Aufdeckung von bislang nicht bekannten Zusammenhängen (Wagner 2008, S. 335), was der Beantwortung der Forschungsfrage dieser Arbeit dient.

Die Vorgehensweise der qualitativen Inhaltsanalyse besteht aus einer systematischen, schrittweise realisierten und theoriegeleiteten Analyse des Materials durch ein entwickeltes Kategoriensystem (vgl. Mayring 2002, S. 114). Gleichzeitig lässt sich in wissenschaftlichen Publikationen eine Vielfalt von Ansätzen finden, wie eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt werden kann. Einige unterscheiden sich nur in wenigen Details und sind deswegen häufig schwer trennbar. Diese Vielfalt erklärt sich dadurch, dass die Auswertung einerseits eine bestimmte Systematik verfolgen soll, andererseits aber nicht komplett standardisiert ist und dem Material und der Forschungsfrage angepasst werden muss (vgl. Mayring 2000, S. 469). Das klassische Verfahren für die qualitative Inhaltsanalyse im deutschsprachigen Raum wurde von Mayring (1997 und 2000) entwickelt und von Gläser und Laudel (2004) modifiziert. Letztere kritisieren, dass die von Mayring vorgeschlagenen Anwendungen „aus der quantitativen Inhaltsanalyse die Arbeit mit geschlossenen, ex ante feststehenden Kategoriensystemen“ übernehmen und damit der Offenheit der Forschung schaden können (Gläser/Laudel 2004, S. 193). Jedoch soll das Kategoriensystem nach Mayring auch dann mit den aus dem Material heraus entwickelten Kategorien erweitert werden, wenn Textaussagen zu den vorher überlegten Kategorien nicht zugeordnet werden können (vgl. Mayring 2002, S. 117).

Die Vielfalt der Auswertungstechniken stellt auch eine der Herausforderungen in dieser Arbeit dar. Da bei der Bildung der Kategorien ein gewisser Grad von Offenheit angestrebt wurde, die ersten Kategorien aber vorab definiert werden konnten, entschied sich die Autorin hier für eine deduktiv-induktive Vorgehensweise. Die deduktiv-induktive Kategorienbildung ermöglicht die Kombination der Vorteile beider Verfahren, bleibt aber parallel auch nah am empirischen Material. Gerade im Rahmen einer qualitativen Forschung ist dies besonders relevant, da hier der Fokus der Analyse eher auf dem „Verallgemeinerungsprozess“ und nicht auf der Überprüfung vorab formulierter Theoriekonzepte liegt (vgl. Mayring 2002, S. 19).

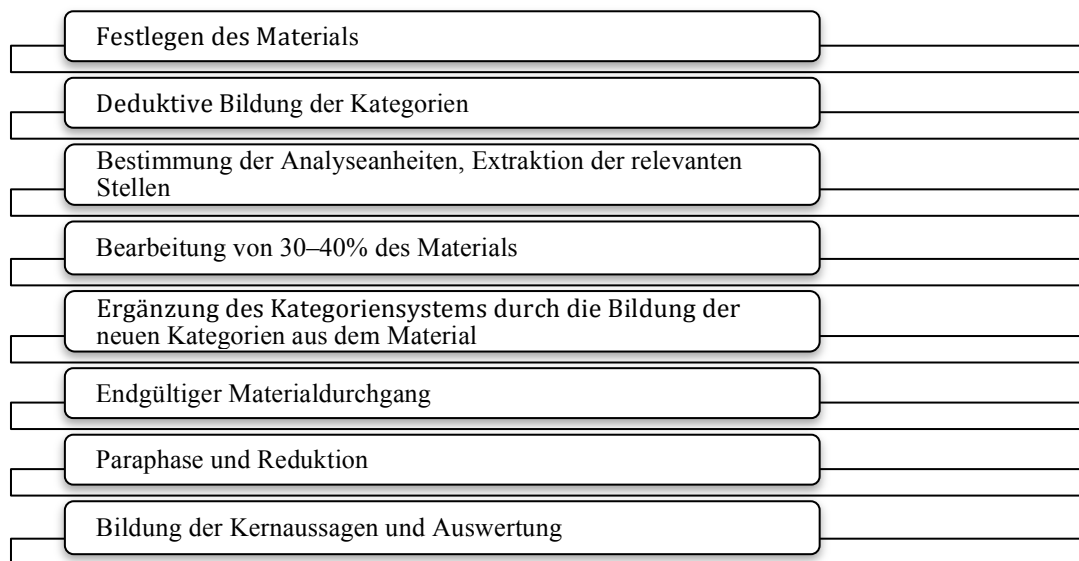
7.6.2 Ablauf der Auswertung

Aufgrund der ersten theoretischen Vorüberlegungen und der in den Interviews benutzten Leitfadenfragen wurde – wie bereits angedeutet – eine erste grobe Version des Kategoriensystems deduktiv gebildet. Dabei wurde die Unterteilung der Leitfadenfragen in drei thematische Blöcke auch für das Kategoriensystem übernommen (siehe Anhang 1). Für eine ausführliche Erklärung der Auswertungskategorien wurden ihre konkreten Definitionen ausformuliert und mit Ankerbeispielen belegt (siehe Anhang 3).

Als nächster Schritt wurden alle Transkriptionen der Interviews durchgegangen und nach wichtigen Passagen durchsucht, die sich auf das Thema der Forschung beziehen. Um zu bestimmen, dass alle relevanten Stellen für die weitere Auswertung identifiziert sind, wurden alle Transkriptionen parallel durch das Abhören des Audiomaterials mehrmals kontrolliert. Als Analyseeinheiten, also „Textfragmente[n], die einschlägige Aussagen über den Untersuchungsgegenstand enthalten“ (Cropley 2002, S. 130) wurden dabei die gesamten Absätze festgelegt, da die Antworten der Befragten aufgrund der mündlichen Rede meistens in einer längeren Form wiedergegeben wurden und ihre Abkürzung nicht sinnvoll erschien. Wenn das Gesagte durch andere, für die Analyse nicht relevante Aussagen oder Pausen unterbrochen wurde, wurden an diesen Stellen die einzelnen Sätze als Analyseeinheiten genommen.

Nach dem Durchgang der ersten Interviews und der Zuordnung ausgewählter Aussagen zu den im Voraus überlegten Kategorien wurde das entstandene Kategoriensystem hinsichtlich seiner Gültigkeit und Vollständigkeit überprüft und an das Material angepasst (vgl. Zepke 2001, S. 2). Wenn festgestellt wurde, dass nicht alle Aussagen entsprechend den bereits vorab gebildeten Kategorien zugeordnet werden konnten, wurden neue Kategorien gebildet. Da der Fokus der Interviews vor allem auf den gesetzlichen Änderungen lag, waren z. B. in der ersten Version des Kategoriensystems Kategorien zu wirtschaftlichen Faktoren oder Besonderheiten der journalistischen Kultur, die von den Interviews thematisiert wurden, nicht vorgesehen (siehe Anhang 4). Insgesamt wurde die Anpassung des Kategoriensystems mehrmals vorgenommen und in Anlehnung auf das Mayring'sche Modell der induktiven Kategorienbildung realisiert:

Abbildung 6. Ablauf der Auswertung



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an die Mayring'sche induktive Kategorienbildung (vgl. Mayring 2002, S. 116)

Wie aus der Darstellung klar wird, wurden die extrahierten und den jeweiligen Kategorien zugeordneten Aussagen paraphrasiert, um einen überschaubaren Textkorpus zu bekommen und die für die Beantwortung der Forschungsfrage relevanten Kernaussagen zu erhalten (vgl. Anhang 5). Bei diesem Schritt wurden die Textstellen auf eine grammatikalische Kurzform gebracht, während ausschmückende oder wiederholende Wendungen weggelassen wurden (vgl. Lamnek 2005, S. 520). Die Paraphrasierung erfolgte direkt in deutscher Sprache, da das ursprüngliche Textmaterial auf Russisch war und eine doppelte Übersetzung nicht sinnvoll erschien (vgl. oben). Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Paraphrasierung von einigen Stellen und Aussagen wegen der sprachlichen Unterschiede zwischen dem Deutschen und dem Russischen nicht immer möglich war. So wurden in den Interviews z. B. mehrere Metaphern, spezifische Redewendungen oder auch englische Begriffe benutzt, deren paraphrasierte Übertragung in die deutsche Sprache ihre Bedeutung nicht vollständig wiedergegeben hätte. Solche Stellen wurden in der Auswertung möglichst nah von der ursprünglichen Formulierung übernommen. Besonders aussagekräftige Aussagen wurden bei der Darstellung der Ergebnisse als direkte Zitate benutzt.

Im Laufe der weiteren Reduktion wurden bedeutungsgleiche Paraphrasen herausgestrichen, andere mit gleichem Gegenstand zusammengefasst (vgl. Mayring 2002, S. 72). Somit sollten redundante Informationen ausgelassen werden. Da es sich bei qualitativen Interviews oft um sehr komplexe Antworten und Zusammenhänge handelt, war es nicht immer möglich, die

schon paraphrasierten Stellen weiter zu reduzieren. In diesem Fall wurden sie markiert und für die weitere Analyse in dieser Form oder in Form eines direkten Zitats übernommen. Hierbei sollten die paraphrasierten und reduzierten Aussagen möglichst nah am Originaltext bleiben und die relevanten Inhalte vollständig repräsentieren (vgl. oben). Die jeweiligen Inhalte der Paraphrasen wurden generalisiert, so dass die neuen, daraus entstandenen Kernaussagen als ein endgültiges Kategoriensystem zusammengestellt werden konnten (vgl. Müller 2003, S. 12). Diese neu entstandenen Kernaussagen werden in Kapitel 8 einzeln behandelt und analysiert. In der Auswertung und Interpretation wird dabei zum einen untersucht, welche Antworten und Positionen in unterschiedlichen Themenblöcken als überwiegend und welche Antworten eher als abweichend zu bezeichnen sind (vgl. Freiling/Gottwald 2008, S. 38). Somit werden besonders auffallende, dominierende oder unerwartete Positionen illustriert. Doch gerade solche Positionen können als wesentliche Erkenntnisse dieser Studie verstanden werden, da sie eine tiefgehende und vorher nicht absehbare Perspektive aus der Arbeit der Onlinejournalist_innen und Blogger_innen geben. Zum anderen wird versucht, mögliche Zusammenhänge zwischen den Kategorien festzustellen und zu interpretieren (vgl. Gläser/Laudel 2004, S. 246).

7.7 Gütekriterien der Forschung

Wie am Anfang des Kapitels bereits erwähnt, wird die qualitative Forschung für ihre Subjektivität und mangelnde Überprüfbarkeit der Ergebnisse häufig kritisiert. Da es sich bei qualitativen Studien zudem um kontinuierlich verändernde situative Bedingungen und erforschte Subjekte geht, müssen in der qualitativen Forschung die Gütekriterien sehr genau definiert werden (vgl. Mayring 2002, S. 140–142). Gleichzeitig findet in der wissenschaftlichen Literatur eine Diskussion statt, ob die Kriterien der quantitativen Forschung auf die qualitative Forschung übertragen werden können (vgl. Steinke 2008, S. 319). Bevor im Weiteren die Ergebnisse der Experteninterviews dargestellt werden, sind an dieser Stelle die Gütekriterien zu beleuchten, anhand welcher die Qualität dieser Arbeit überprüft werden kann.

Obwohl die Anwendung von „klassischen“ Gütekriterien wie interne Validität (Unabhängigkeit eines gemessenen Zusammenhanges von Störeinflüssen externer Variablen) oder Objektivität (Unabhängigkeit der Messung von der Person der/des Forschende/n) für die

qualitative Forschung in der wissenschaftlichen Literatur umstritten bleibt und eher abgelehnt wird (Flick 2019, S. 474), können für qualitative Studien spezifische Gütekriterien angewendet werden.⁸¹

So ist z. B. für die Geltungsbegründung qualitativer Studien die Transparenz der Vorgehensweisen wichtig (vgl. Flick 2019, S. 483). Um den Forschungsprozess nachvollziehbar zu gestalten, werden in dieser Arbeit alle Schritte der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Interviews als Verfahrensdokumentation festgehalten und in den entsprechenden Kapiteln dargestellt und begründet (vgl. Mayring 2002, S. 144). Auf diese Weise wird auch die Dynamik der Studie zwischen Gegenstand, Fragestellung und methodischem Umsetzen (vgl. Steinke 2008, S. 324) bzw. die Gegenstandangemessenheit (vgl. Strübing et al. 2018, S. 86) deutlich und transparent. Bei der Auswahl der Methode werden die Besonderheiten ihrer Anwendungsgebiete berücksichtigt und zwar die Notwendigkeit, eine Tiefenperspektive der Befragten zu bekommen (vgl. Scholl 2009, S. 68). Bei der Bildung der Leitfadenfragen werden auch die Prinzipien beachtet, die in der sozialwissenschaftlichen Literatur zum methodischen Verfahren bei der Durchführung von Experteninterviews häufig genannt werden (vgl. Kap. 7.4). Für jeden weiteren empirischen Schritt werden konkrete Regeln als Regelgeleitetheit festgelegt (so z. B. die Regeln der Transkription und die Regeln bei der Kodierung), die den Prozess der Forschung nachvollziehbar machen sollen (vgl. Mayring 2002, S. 145). Die Auswertung wird mit Interviewzitat und die gebildeten Auswertungskategorien mit Ankerbeispielen belegt (siehe Anhang 3). Um die Gültigkeit der Ergebnisse zu überprüfen, wurden alle Schritte der Analyse wie das Durchsuchen des Materials nach relevanten Stellen sowie die Anpassung des Kategoriensystems außerdem mehrmals und in zeitlichen Abständen durchgeführt.

Gleichzeitig ist für die Transparenz und Nachvollziehbarkeit einer qualitativen Studie eine adäquate Textdarstellung (vgl. Meyer/Meier zu Verl 2019) oder „textuelle Performanz“ (Strübing et al. 2018, S. 93) von Bedeutung. Hier wird deswegen angestrebt, den Leser_innen die methodischen Entscheidungen und Vorgehensweisen möglichst detailliert und in einer angemessenen sprachlichen Form zu präsentieren, wofür die Textteile dieses Manuskriptes mehrmals überprüft wurden.

⁸¹ In der wissenschaftlichen Diskussion gibt es diesbezüglich drei Hauptpositionen: 1) die Übertragung von quantitativen Gütekriterien in die qualitative Forschung, 2) die Erarbeitung neuer spezifischer Gütekriterien und 3) die Zurückweisung von Gütekriterien (vgl. Steinke 1999). Zur Kritik an ansatzübergreifenden Gütekriterien für qualitative Forschung aufgrund ihrer Heterogenität siehe z. B. Eisewicht/Grenz 2018.

Da die Auswahl der interviewten Expert_innen sich nur auf eine bestimmte Gruppe beschränkte und bei der Durchführung der Interviews festgestellt wurde, dass keine weiteren, prinzipiell neuen Stellungnahmen zu bekommen sind (vgl. Kap. 7.2), kann in dieser Arbeit auch von einer theoretischen Sättigung gesprochen werden. Für die Darstellung des Geltungsbereichs der gewonnenen Ergebnisse werden in Ausblick jedoch die Limitierungen der Studie noch einmal kritisch diskutiert. Somit wird evaluiert, welche Fragen diese Arbeit nicht ausführlich betrachten konnte sowie welche Schwierigkeiten bei der Erhebung der Daten auftraten.

Zum Schluss ist hier anzumerken, dass die qualitativen Methoden einige Anforderungen an die Person der/des Forschende/n voraussetzen (vgl. Lamnek 2005, S. 354). Als Interviewerin musste die Forscherin sich gut mit dem Sachthema des Interviews auskennen und gleichzeitig einen offenen Dialog führen sowie mit gezielten Fragen nachhaken können (vgl. Scholl 2009, S. 71). In der Vorbereitungsphase wurden die in der Literatur etablierten Interviewregeln für qualitative Interviews studiert, um eigene Rolle als Interviewerin möglichst kompetent zu gestalten und offene und produktive Gespräche durchführen zu können. Es wurde beachtet, ohne Voreingenommenheit „ins Feld“ zu gehen und den Interviewpartner_innen eine möglichst große Freiheit bei Beantwortung der Fragen zu geben. Gleichzeitig wurden die Vorgehensweise und die Zwischenergebnisse der Arbeit mit anderen Kommunikationswissenschaftler_innen kritisch diskutiert und durch ein regelmäßiges „peer debriefing“ in allen Phasen kontrolliert (vgl. Flick 2009, S. 273).

8. Darstellung und Interpretation der Ergebnisse

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der durchgeführten Experteninterviews dargestellt und analysiert. Zum einen werden hier die zentralen Kernaussagen der Auswertung präsentiert, die für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant sind. Zum anderen wird versucht, die Zusammenhänge zwischen den herausgearbeiteten Kategorien zu erklären. Diese Kategorien bilden die zentralen und abweichenden Positionen der Befragten sowie die neuen Verhaltensmuster ab, die als Reaktion auf die neuen rechtlichen und medialen Bedingungen zu verstehen sind. Hauptziel der vorliegenden Analyse ist es, die gegenwärtigen Änderungen in der Realisierung der Internetfreiheit in Russland und somit in der journalistischen Arbeit online zu rekonstruieren und dabei widersprüchliche Befunde zu erklären. Gleichzeitig war es das Ziel der Interviews, die Einschätzung der in Kapitel 6 analysierten rechtlichen Änderungen und neu etablierten Einschränkungen aus journalistischer Perspektive zu bekommen. Dadurch soll gezeigt werden, wie die Methoden der Internetkontrolle in der Praxis umgesetzt werden und welche konkreten Auswirkungen sie auf die journalistische Arbeit in Russland haben.

Im Laufe der Auswertung stellte sich heraus, dass von den befragten Onlinejournalist_innen bzw. Blogger_innen sehr ähnliche Prozesse und Tendenzen angesprochen wurden, was sich unter anderem auch durch die gezielte Auswahl der Befragten erklären lässt (vgl. Kap. 7.2). Aus diesem Grund wurden diese zwei Gruppen der Interviewten nicht direkt gegenübergestellt, sondern nur dann miteinander verglichen, wenn es um prinzipiell unterschiedliche Aspekte und Positionen in ihren Antworten ging. Da bei der Auswertung der transkribierten Interviews die Unterteilung der Kategorien auf thematische Blöcke aus den Leitfragen beibehalten wurde, erschien es sinnvoll, die Darstellung der Ergebnisse entlang dieser thematischen Blöcke in einzelnen Unterkapiteln fortzusetzen. Die *kursiv* hervorgehobenen Oberbegriffe stellen dabei die wichtigsten Kernkategorien der Analyse dar, die im Laufe der Reduktion des Textes erhalten wurden und hier einzeln behandelt werden müssen (vgl. Kuckartz 2008, S. 43-49). Für die bessere Lesbarkeit werden sie hier entweder als einzelne Punkte dargestellt oder in den Text integriert.

8.1 Gesetzliche Änderungen und journalistische Arbeit

8.1.1 Wahrnehmung und Folgen der neuen Regulierung

Im ersten Block der Interviews wurden die Expert_innen nach ihrer Einschätzung der gesetzlichen Änderungen von 2011–2016 und deren konkreter Auswirkung auf die journalistische Arbeit und Realisierung der Internetfreiheit in Russland befragt (vgl. Kap. 7.3). Es wurden Schwerpunkte wie die Umsetzung und Folgen der neuen Gesetze in Russland sowie die Reaktionen der betroffenen Redaktionen und einzelner Autor_innen im Internet auf die veränderte Internetregulierung angesprochen. Somit wurde versucht herauszufinden, wie Onlinejournalist_innen und Blogger_innen in Russland mit den neuen Einschränkungen im Internet umgehen und ob diesbezüglich bestimmte Strategien und neue Verhaltensmuster in ihrer Arbeit festzustellen sind. Bemerkenswert ist, dass in diesem Teil der Interviews die meisten unerwarteten Antworten gegeben wurden. Diese waren teilweise widersprüchlich und bestätigten nicht die theoretischen Erwartungen im Vorfeld der Interviews.

- Kein Einfluss der gesetzlichen Änderungen

Eines der zentralen und unerwarteten Ergebnisse dieses Teils der Interviews war, dass die oben dargestellten gesetzlichen Änderungen und ihre Auswirkung auf die journalistische Arbeit von den Befragten teilweise als nicht effektiv und für ihre Arbeit und die Freiheit des russischen Internets als nicht gefährlich eingeschätzt wurden. Als Gründe dafür wurden die *Ineffizienz der verabschiedeten Gesetze* sowie die *Inkompetenz des Gesetzgebers* genannt, da bei der Verabschiedung der Gesetze die Besonderheiten der Arbeit der internetgebundenen Akteur_innen und die Empfehlungen der Medien- und Internetexpert_innen nicht berücksichtigt werden:

“[...] die Menschen, die diese Gesetze geschrieben haben, haben selbst nicht verstanden, wie diese Gesetze funktionieren werden, deswegen haben sie auch keine klaren Erklärungen dafür gegeben. Und ohne klare Erklärungen hat der Durchführende auch Probleme.“ (B8, Z.104–106)

Die geringe Einschätzung der Rolle der gesetzlichen Änderungen ist mit dem starken Fokus auf andere Faktoren wie z. B. der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Redaktionen oder der Änderung des politischen Kontextes verbunden. So wird vor allem wirtschaftlicher und administrativer Druck auf Redaktionen als Instrument zur Neutralisierung kritischer Medien ausgeübt (vgl. Kap. 3). Die Chefredakteur_innen sind z. B. gezwungen, „gute Beziehungen“

zu den Vertreter_innen der Politik zu pflegen, die für das Erwerben wichtiger Informationen notwendig sind:

„Wenn du nicht eingeladen bist – dann bist du nicht „im Club“ [zu den inoffiziellen Briefings im Kreml, I. K.]. Und du weißt es als der Chefredakteur zu schätzen, wenn du nicht mehr dort eingeladen bist, wenn du etwas ‚Falsches‘ geschrieben oder veröffentlicht hast – dann ist es nicht gut [...] Aber wir können es nicht öffentlich sagen, da es ein geschlossenes Briefing ist, es existiert quasi nicht, es gibt nicht und es gab nicht – das ist erstens. Und zweitens, dies beschränkt dein Verhalten aber auch [...] Denn danach [wenn du etwas Kritisches schreibst, I. K.] werden sie dich anrufen und fragen: ‚Tatjana, was ist los mit Ihnen?‘.“ (J2, Z. 214–224)

Dies führt zu einer starken Zurückhaltung in der Berichterstattung der Medien, obwohl sie von der neuen Gesetzgebung nicht direkt eingeschränkt werden. Außerdem befinden sich die Redaktionen häufig in einer direkten finanziellen Abhängigkeit von staatsnahen Konzernen oder Werbeauftraggebern und können somit nicht so kritisch sein (Interviews J2, J9, J10, B8)⁸² (vgl. Kap. 3):

„Für die Sponsoren lohnt es sich eher, Werbung im WLAN-Netzwerk der U-Bahn zu bezahlen, als bei *Meduza* oder *RBC*. Der Geschäftsführer trifft mit dem Staat eine Vereinbarung über das Geld, indem er bittet, zumindest irgendeine (Werbe-)Nische zu behalten. *RBC* ist zum Beispiel der offizielle Medienpartner der Moskauer Wirtschaftsforen, verkauft Domains usw. Im Gegenzug bittet der Staat, die Redaktionspolitik abzustimmen – und das ist das Problem.“ (J9, Z. 277–283)

Zum administrativen Druck, der auf Redaktionen ausgeübt wird, gehören z. B. die vermehrten Fälle *der Entlassungen* von Chefredakteur_innen und Journalist_innen (vgl. Kap. 7.5.2). Obwohl diese Entlassungen meistens mit wirtschaftlichen Gründen begründet werden, hängen sie nach der Ansicht der befragten Expert_innen eng mit politischen Motiven zusammen und werden als eine bewußte Politik des Staates gesehen:

„Offiziell war es ein Konflikt mit dem Inhaber. Und alles wird offiziell so präsentiert: wirtschaftliche Konflikte, Konflikte mit dem Inhaber [...] In der Tat ist es aber alles zentralisiert.“ (B1, Z.100–103)

Somit werden vor allem Medien mit großer Reichweite kontrolliert, die aus Sicht des Staats zu „gefährlich“ sein können. Als Beispiel dafür wurden die prominenten Entlassungen in Russland in bekannten Medien wie *Lenta.ru*, *Vedomosti*, *Kommersant* und *RBC* erwähnt (vgl. Kap. 3):

„Nein, ich glaube, dass alles frei bleibt. Bis jetzt ging die Regierung den Weg, die leserstärksten Medien unter Beschuss zu nehmen. Zum Beispiel *Lenta.ru*, *Gazeta.ru*, *Kommersant*, *RBC*. (J4, Z. 530–535)

„Das sind ohne Zweifel neue Praktiken, es gab eine ganze Reihe von solchen demonstrativen Vertreibungen von Medien, eigentlich von *Lenta.ru* und *Gazeta.ru*. Auch eine Verdichtung und

⁸² Der Verweis auf konkrete Interviews hier gewährleistet die Überprüfbarkeit der Daten und soll nicht als quantitative Bewertung verstanden werden (die Transkriptionen der einzelnen Interviews mit anonymisierten Bezeichnungen der Befragten siehe im Anhang (CD)).

Sterilisation von *Kommersant*. In dem Sinne, dass im ganzen Verlag solche Änderungen vorgenommen wurden, dass er aufgehörte, ein Störfaktor für die Regierung zu sein.“ (J4, Z. 107–110)

Nach den Entlassungen der Chefredakteur_innen mussten auch viele Journalist_innen ihre Redaktionen verlassen bzw. wegen fehlender alternativer Arbeitsplätze den Beruf wechseln:

„Der Wechsel der Führung – ja, natürlich. Das hat wohl mit *Lenta.ru* angefangen. Wenn der alte Chefredakteur geht und der neue kommt, gehen danach viele Journalisten, weil sie ihre Arbeit nicht in einem Verlag fortsetzen wollen, welcher nie mehr so frei sein wird wie früher. Dasselbe ist bei *RBC* passiert. Nachdem die Führung entlassen wurde, kündigten viele Journalisten, darunter auch solche, die ich persönlich kenne und mit denen ich zusammen an der journalistischen Fakultät studiert habe und verließen diese Redaktion.“ (J11, Z. 101–106)

Dies bestätigt, dass neben den gesetzlichen Einschränkungen vom Staat viele andere indirekte Methoden benutzt werden, die für die Arbeit der Onlinemedien kritisch sind (vgl. Kap. 6). Gleichzeitig wurde die Rolle der neuen gesetzlichen Änderungen aus diesem Grund in den Interviews aber als weniger bedeutend eingeschätzt.

Vor der Durchführung der Interviews erwartete die Autorin, dass vor allem oppositionelle und regierungskritische Medien unter starkem Druck stehen und ihre Arbeit stärker anpassen müssen (vgl. Einleitung). Paradoxerweise wurde jedoch der Einfluss der neuen Rechtsnormen gerade in den Interviews mit Journalist_innen aus den betreffenden Medien als schwach eingeschätzt (vgl. Interviews J7, J8). Dies wurde vor allem mit den eher formalen Anforderungen der neuen Gesetze erklärt, die leicht umgangen werden können:

„Und was die Verwarnungen und alles andere angeht? Das ist im Jahr 2016 eine ziemlich formelle Sache. Ich möchte sagen, dass solche Sachen [gemeint sind die Vorschriften, I. K.] wie die offizielle Registrierung als Medium oder das Fehlen dieser offiziellen Registrierung – sie haben schon jetzt eine zweitrangige Bedeutung. Das heißt, wir befinden uns in einer Zeit, wo es einfach ist, die Arbeit entweder zu unterstützen oder zu stören, aber so weit, dass es um die Fortsetzung oder Beendigung der Arbeit geht, greift es nicht.“ (J7, Z. 46–50)

„Wenn ich ehrlich bin, sehe ich für meine Arbeit keine besonderen Änderungen. Ich mache beispielsweise Reportagen. Ich schreibe das, was ich sehe und genauso werde ich auch in der Zukunft handeln [das schreiben, was ich sehe, I. K.].“ (J11, Z. 121–123)

Im weiteren Verlauf der Gespräche wurden jedoch die konkreten Folgen der neuen gesetzlichen Regulierung und die damit verbundenen Änderungen in der journalistischen Arbeit in allen Interviews genannt. Somit ist die oben dargestellte Einschätzung der gesetzlichen Änderungen als unwichtig und nicht effektiv in vielerlei Hinsicht nur als angegebene Position zu verstehen. Die etwas abweichende Positionierung der Onlinejournalist_innen aus den oppositionellen Medien kann dabei mit ihrem besonderen Selbstverständnis bzw. mit der Funktion dieser Medien erklärt werden:

„Nein, dies hat keine Auswirkung auf die tägliche Arbeit der Redaktion, denn wenn du dich zu den unabhängigen Medien zählst, schreibst du, was du für nötig hältst, ohne dich [nach den neuen Gesetzen, I. K.] umzuschauen.“ (J8, Z. 344–351)

Da sie sich ursprünglich sehr stark dem Staat entgegenstellen und ihre Aufgabe in der Darstellung alternativer Informationen sehen, sind Journalist_innen aus diesen Medien vielmehr dazu bereit, mögliche Konsequenzen eines Gesetzesverstoßes zu akzeptieren (wie in Interview B3 über die oppositionellen Medien bemerkt, gehen sie von Anfang an davon aus, dass sie „irgendwann geschlossen“ werden). Die oppositionellen Medien haben auch mehr Möglichkeiten, die neuen gesetzlichen Regulierungen durch inhaltliche und sprachliche Anpassungen zu umgehen, weswegen sie die restriktiven Gesetze für ihre Arbeit als weniger bedeutsam ansehen (siehe mehr in Kap. 8.1.2).

Ein anderer wichtiger Aspekt besteht darin, dass die weiteren Einschränkungsmechanismen im Internet nicht als ein neues Phänomen, sondern als eine für Russland typische Entwicklung in der Medienregulierung verstanden werden:

„Wir sehen nichts Besonderes, was außergewöhnlich wäre. Eine andere Sache ist, dass einige denken, dass es Ende der Welt sei. Wir sehen so was nicht, keinen solchen Prozess, keine solchen wesentlichen Änderungen [...]“ (J7, Z.150–153)

Wie in Kapitel 3 dargestellt, zeichnete sich die Entwicklung der russischen Medien auch in der postsowjetischen Zeit durch eine starke Abhängigkeit vom Staat oder staatsnahen Unternehmen ab. Daraus kann geschlossen werden, dass sowohl frühere Einmischungen in die Arbeit der Medien, als auch die analysierten gesetzlichen Änderungen von den russischen Journalist_innen als „Normalität“ wahrgenommen werden:

„Wir sehen zum einen, dass der Staat die Selbstzensur durch kleine Regulierungsmaßnahmen effektiv anregt, dass also schreibende Menschen in Russland zur Selbstzensur geistig bereit sind, als eine Tradition. Es gibt keine wirtschaftlichen Anreize, um die Barrieren der Selbstzensur zu überwinden und um Geld mit schmerzhaften, aber für die Gesellschaft wichtigen Themen zu verdienen, und es gibt keine persönlichen Anreize oder keine kreativen Anreize, um Berühmtheit zu erlangen und sich zu verwirklichen, weil die Gesellschaft auf so was nicht signifikant reagiert.“ (B7, Z. 238–245)

Aus diesem Grund werden wiederum die gesetzlichen Änderungen und die dadurch entstehenden Anpassungen in der journalistischen Arbeit als wenig bedeutsam oder für die Journalist_innen gefährlich wahrgenommen.

- *Starker Einfluss der gesetzlichen Änderungen*

In Gegensatz zur angeblich niedrigen Einschätzung der Rolle der Gesetzesänderungen führen alle Befragten ähnliche Probleme bzw. Einschränkungsmechanismen auf, die in der analysierten Zeit ermöglicht wurden und auch in Berichten der Medienorganisationen und NGOs stark im Fokus sind (vgl. Kap. 6):

- *Unklarheit der Gesetze/Willkür bei ihrer Umsetzung:*

Als eines der zentralen Probleme bei der Änderung der gesetzlichen Regulierung wird die *Unklarheit der Gesetze* und *Willkür bei ihrer Umsetzung* thematisiert, was der Kritik der Medien- und der internationalen Organisationen entspricht. Da die Redaktionen nicht genau wissen, nach welchen Anforderungen sie sich orientieren müssen, sind sie besonders bei politischen Themen weniger kritisch. Außerdem werden die Gesetze absichtlich diffus und unpräzise formuliert (vgl. Kap. 6), damit sie später selektiv interpretiert werden können. Dies erklärt die Ansicht der Befragten, die die rasche Änderung der Gesetzgebung nicht als eine unmittelbare Bedrohung zur Zeit der Interviews, sondern eher als zukünftiges Instrumentarium für mögliche Onlinesperrungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit wahrzunehmen:

„Diese Spielregeln erhalten bewusst eine Unbestimmtheit in der Rechtsdurchsetzung, beispielsweise durch unterschiedliche Initiativen, wie etwa die Registrierung von Blogs mit mehr als 3.000 Lesern [...]. Obwohl das äußerlich den Anschein erweckt, dass der Staat Verbote schafft, schafft der Staat in Wirklichkeit schon lange, sagen wir während der letzten fünf Jahre, Möglichkeiten. Und zwar Möglichkeiten für Verbote.“ (J1, Z. 53–60)

„Wir haben die ganze Menge von Gesetzen in Russland verabschiedet. Aber in der Realität funktioniert ein Teil davon nicht, sie wurden nur ‚just in case‘ verabschiedet, damit man sie später benutzen kann.“ (J7 Z. 175–177)

- *Sperrungen von Webseiten/Widerruf der Lizenz/Verstärkung von Roskomnadsor*

Weitere wichtige Folgen der gesetzlichen Änderungen aus der Sicht der Expert_innen sind die vermehrten Fälle von *Sperrungen im Internet*, die *Erweiterung der Möglichkeiten für vorgerichtliche Sperrungen* sowie die *Verstärkung der Rolle von Roskomnadsor als Überwachungsbehörde*. Deshalb befinden sich die Medien in einer starken Abhängigkeit von den Verwarnungen, die diese Behörde ausspricht. Da die Mehrheit der Onlineredaktionen bereits verwarnt wurde, arbeiten sie stets in einer gewissen Angst, geschlossen zu werden.

„Zwei Verwarnungen von *Roskomnadsor*, eine dritte – und es ist vorbei, man wird geschlossen. Deswegen sind alle einfach gezwungen, vorsichtiger zu werden. Und wenn du in diesem Spiel bleiben willst, d.h. nicht willst, dass dein Geschäft geschlossen wird, bist du gezwungen, auf irgendeine Weise Kontakt aufzunehmen. Die Hauptredakteure absolut aller Massenmedien kommen regelmäßig zu den geschlossenen Briefings zu Peskow [dem Pressesprecher des Kremls, I. K.]. Es finden auch geschlossene Briefings z. B. mit Putin statt.“ (J2, Z. 209–211)

- *Strafrechtliche Verfolgungen*

Wie in Kapitel 6 dargestellt, stellt die Etablierung *strafrechtlicher Verfolgungen* einzelner Journalist_innen und Blogger_innen eine neue Tendenz in der Internetregulierung Russlands dar, was auch in den Interviews stark thematisiert wird:

„Die größte Herausforderung ist natürlich die Zensur. [...] Nein, sie wird nicht offen ausgeführt. Zum Beispiel im Fall von *RBC* wurde gegen den Leiter der Holding ein Strafverfahren eingeleitet. [...] Hinzu kommt der administrative Druck, der vor allem auf den Inhaber [des Mediums, I. K.] ausgeübt wird. Also leider ist jetzt das wirkungsvollste Instrument in Russland ein Strafverfahren.“ (J3, Z. 281–294)

„Das heißt, es gibt einen Freiraum für gezielte Repressionen gegen Einzelne, und was die Blogger betrifft, ist dieser Freiraum heute schon fast grenzenlos. Die Blogger verstehen das. Nichtsdestotrotz, je nach dem Maß des eigenen Mutes, ziehen die Blogger entweder diese Gefahr in Betracht oder eben nicht, denn eine hundertprozentige Reaktion seitens des Polizeistaates gibt es nicht, das wäre schlicht unmöglich, da quasi alles verboten ist. Es ist zwar alles verboten, aber nur derjenige wird verfolgt, der aus irgendwelchen Gründen als Präzedenzfall dienen soll oder der der Regierung zusetzt und so klein gehalten werden soll.“ (B6, Z. 144–151)

Besonders stark betrifft es Blogger_innen und einzelne Autor_innen im Internet, gegen die Schauprozesse begonnen werden und die damit als Präzedenzfälle dienen. Das Verfolgen einzelner, „zufälliger“ Internetnutzer_innen für das Reposten oder Kommentieren von Onlineinhalten, was vor allem nach der Etablierung der „antiextremistischen“ Gesetzgebung praktiziert wurde, wird als neu etablierte Praxis verstanden. Dadurch sollen Nutzer_innen eingeschüchtert und Andersdenkende neutralisiert werden:

„Aber hier agieren Menschen mit einer FSB-Mentalität. Sie handeln so: einschüchtern, zufällige Personen festnehmen, damit die Anderen verängstigt sind. Zum Beispiel diese ganze Geschichte mit dem Bolotnaja-Prozess; die Tatsache, dass reale Haftstrafen für das Reposten von Informationen im eigenen Profil in den sozialen Netzwerken, nicht mal in den großen Blogs, verhängt werden. Das ist für sie [die Kontrollbehörden, I. K.] natürlich sehr bequem, hier sind die öffentlichen Beweise [gemeint sind die online zugänglichen kritischen Äußerungen, I. K.].“ (J2, Z. 319–324)

„Die größte Bedrohung sind die Strafverfahren, die in Russland für das Reposten, für Likes, für die Versuche, einen Kommentar zu hinterlassen, aufgenommen werden. Den Menschen wird unterschwellig angedeutet: ‚du likest jetzt, und wir beobachten dich‘.“ (J11, Z. 315–317)

Der selektive Charakter der Verhaftungen führt gleichzeitig dazu, dass gleichzeitig Druck auf alle anderen aktiven Internetnutzer_innen und Journalist_innen ausgeübt wird:

„Wenn 20 zufällige Menschen nach dem Bolotnaja-Prozess im Gefängnis sitzen, und 20 Menschen sitzen wegen des Repostens bei *Vkontakte*, dann ist das die Politik des Kreml in Bezug auf das Internet und in Bezug auf alles. Der Kern dieser Politik ist terroristisch, er richtet sich auf Einschüchterung durch Bestrafung zufälliger Opfer. Wenn Terroristen Flugzeuge sprengen, dann machen sie dasselbe, sie greifen nicht die Armee des Gegners an, sondern zufällige Menschen, um alle in Angst zu versetzen.“ (B2, Z. 94–99)

„Die Tatsache, dass die Praxis der Rechtsanwendung selektiv ist – ist kein Einzelfall, kein Gegenargument, es ist eher eine Politik. Abstrakt gesagt, du greifst von 1.000 Menschen einen raus und erhängst ihn auf dem (Markt-)platz und die anderen 999 lässt du in Ruhe – aber dieser Rest fängt an, sich auf eine neue Art und Weise zu verhalten, denn er will nicht dasselbe Schicksal erleiden.“ (J4, Z. 351–358)

Dies wird von den befragten Expert_innen als Grund dafür gesehen, dass in den Medien generell eine Atmosphäre der Unsicherheit und Angst entsteht: „Wir arbeiten in einer toxischen Atmosphäre, d.h. wir stellen ein Qualitätsprodukt in einer sehr unfreundlichen, giftigen, aggressiven Umgebung her“ (J2, Z. 154–159). Aus diesem Grund werden sowohl professionelle Journalist_innen und Blogger_innen als auch Internetnutzer_innen beim Schreiben im Internet vorsichtiger und tendieren zur Selbstzensur (siehe mehr in Kap. 8.2):

„Hier gibt es die Möglichkeit, jederzeit eine Webseite zu sperren oder noch etwas [gegen eine Webseite, I. K.] zu unternehmen und dieser Wahnsinn ruft die größte Nervosität hervor.“ (J1, Z. 432–435)

„Wenn man über die Selbstwahrnehmung der Journalisten bei *RBC* im Allgemeinen spricht, so versuche ich sie so zu konstruieren: das ist das Verständnis, dass du in einer belagerten Festung arbeitest, denn jederzeit können die Belagerer einfallen und dich festnehmen oder verjagen. Aber in diesem Augenblick tust du alles, gleich einem Ritter in glänzender Rüstung, alles gut und professionell. Aber du balancierst auf einem schmalen Grat und verstehst, dass es jederzeit zu Ende sein kann. Wenn jemand das nicht empfindet, dann ist es wohl seltsam, dass er als Journalist arbeitet. Er betreibt (dann) eine Art Selbstbetrug.“ (J10, Z. 177–183)

Insgesamt wurden in diesem Teil der Interviews sehr widersprüchliche Einschätzungen der vorgenommenen gesetzlichen Änderungen durch Onlinejournalist_innen und Blogger_innen festgestellt. Einerseits bestätigte sich, dass seit 2012 mehrere neue Einschränkungsmechanismen im russischen Internet entstanden, was auch der oben beschriebenen Kritik der Medienexpert_innen und -organisationen in Bezug auf die neue Internetregulierung entspricht. Mit der Erweiterung der gesetzlichen Regulierung wurden z. B. auch direkte Sperrungen von Webseiten und strafrechtliche Verfolgungen möglich, die in Russland vor der hier analysierten Periode 2012–2016 noch nicht praktiziert wurden (vgl. Kap. 2). Andererseits deckten die Interviews die Grenzen der neuen Regulierung auf, die aus journalistischer Perspektive nicht immer als effektiv oder umsetzbar betrachtet werden.

8.1.2 Anpassungsstrategien und neue Praktiken im russischen Internet

Nach der Besprechung der gesetzlichen Änderungen wurden die Interviewpartner_innen nach möglichen „Anpassungsstrategien“ gefragt, also nach Reaktionen auf die veränderten Rahmenbedingungen bei einzelnen Autor_innen oder der jeweiligen Onlineredaktion. Während der Auswertung des Materials wurde festgestellt, dass diese Änderungen auf unterschiedliche Ebenen stattfinden. Zum einen handelt es um strukturelle Änderungen in der Medienorganisation, die es teilweise erlauben, die neuen gesetzlichen Regelungen zu umgehen. Zum anderen betreffen die angesprochenen Änderungen Inhalte oder sprachliche Formate der journalistischen Beiträge. Die Entstehung dieser Mechanismen ist in vielerlei Hinsicht erst durch das Internet möglich geworden (so z. B. die Arbeit in einer „virtuellen“ Redaktion ohne Redaktionsbüro). Andere Anpassungen (wie die Benutzung von Paraphrase und Ironie) können im Gegensatz dazu als typisch für das Mediensystem und die journalistische Kultur in Russland betrachtet werden.

Zu den *strukturell-organisatorischen Änderungen* in der Arbeit der Redaktionen gehören solche Anpassungen wie die *Registrierung der Medien im Ausland, der Verzicht auf Redaktionsbüros oder die Erweiterung der juristischen Abteilungen*. Durch Letzteres wird in den Redaktionen z. B. ausführlicher überprüft, ob die journalistischen Beiträge alle gesetzlichen Vorschriften erfüllen und ob sie auch keine neuen Verwarnungen von *Roskomnadsor* nach sich ziehen können (vgl. Kap. 6). Solche Maßnahmen sind eine direkte Reaktion auf die oben beschriebenen Sperrungen und erlauben besonders den oppositionellen Medien, mögliche Kontrollversuche der russischen Staatsbehörden (wie z. B. das Durchsuchen von Büros) sowie die Zahl der Verwarnungen von *Roskomnadsor* zu reduzieren:

“[...] deshalb sahen wir von Anfang an für unsere Redaktion kein Büro vor. Das ist übrigens eine der neuen Tendenzen. Es gibt kein Büro, in der Tat braucht man auch keins. Ihr kommuniziert ganz ungestört über das Internet mit den Redaktionsmitgliedern. Wenn ihr euch treffen möchtet, dann trifft ihr euch in einem Café; wenn ihr ein Büro braucht, dann mietet ihr eins auf Zeit. Somit gibt es eine rein virtuelle Redaktion ohne die Möglichkeit, sie jederzeit auseinander zu treiben.“ (J8, Z. 382–386)

Aufgrund der oben beschriebenen Entlassungen der Chefredakteur_innen und Schließung von Medien mit großer Reichweite ist seit 2012 eine wachsende Popularität von *Nischen- und Regionalprojekten* zu beobachten, zu denen die entlassenen Journalist_innen wechseln.⁸³

⁸³ Dies ist auch aus der Darstellung der hier einbezogenen Medien sichtbar.

„Jetzt werden die ganzen Nischenprojekte immer populärer – das ist zum Beispiel *Mediazona*, *Colta.ru*, *Znak.com*, wo ich arbeite, zähle ich auch hinzu. Vor fünf Jahren konnte man sich nicht vorstellen, dass Leute von der föderalen Ebene, aus den föderalen Medien, zu *Colta.ru* oder *Znak* wechseln – das wäre einfach unmöglich! Jeder hielt es für einen Rückschritt! Und jetzt ist es eigentlich ziemlich ok.“ (J3, Z. 137–141)

Wie aus diesem Zitat hervorgeht, zeigt sich mit der Bildung von neuen kreativen oder oppositionellen Zentren in den Regionen eine prinzipiell neue Entwicklung in den russischen Medien. Konzentrierten sich früher die meisten professionellen journalistischen Projekte in Moskau, entstehen mit den Entlassungen in den Redaktionen zunehmend neue Projekte in den Regionen, die eine überregionale Bedeutung und Reichweite bekommen und mit den zentralen Medien konkurrieren. Wie eingangs bereits erklärt, standen die regionalen Medien in Russland immer für eine rückständige Entwicklung und waren deshalb auch für die Arbeit der Journalist_innen weniger attraktiv. Doch mit dem verstärkten Druck auf die Redaktionen in Moskau bieten die regionalen Projekte inzwischen einen neuen Freiraum, in dem vor allem kritische und oppositionelle Medien gegründet werden können:

„Das Interessanteste ist, wie ich denke, gerade eine Nische in den regionalen Projekten zu finden, die weniger unter der ‚Walze‘ der Zensur stehen, deren Inhaber man weniger unter Druck setzen kann, weil sie z. B. kein Teil, kein großes Business haben [...]“ (J3, Z. 263–266)

Gleichzeitig bietet die Gründung neuer Onlineprojekte mehr Unabhängigkeit, da sie im Gegensatz zu den klassischen Medien weniger kontrolliert werden:

„Wenn diese Menschen [die entlassenen Journalist_innen, I. K.] anfangen, nach Arbeit zu suchen, konnten sie vielleicht ein anderes Projekt eröffnen. Aber viele wurden gezwungen, das Land zu verlassen. Sie haben nach Menschen für neue Projekte gesucht, moderne und günstige, und haben natürlich eine Onlineresource gegründet.“ (J6, Z. 50–52)

So entstanden im analysierten Zeitraum seit 2012 auch mehrere Onlineprojekte,⁸⁴ die für eine eher alternative Berichterstattung stehen, unabhängig von den großen Medienkonzernen sind und in Russland als liberale oder oppositionelle Medien bezeichnet werden.

- Inhaltliche Änderungen

Die neuen gesetzlichen Vorschriften und strukturellen Änderungen in Bezug auf die Medien führten aber auch zu inhaltlichen Anpassungen in der journalistischen Arbeit, die eher negativ eingeschätzt werden. Obwohl die Neigung zur Selbstzensur durch die historische Entwicklung in Russland stark ausgeprägt ist (vgl. Kap. 3), ist die *Verstärkung von Selbstzensur* im Internet in Russland als neues Phänomen zu bezeichnen. Sie hat

⁸⁴ Darunter sind z. B. *The Insider*, *Batenka.ru*, *Colta.ru*, *Lapschesnimalochnaja* und *The Bell* zu nennen.

unterschiedliche Formen und wird vor allem durch die bereits angesprochenen unklaren „Spielregeln“ und die willkürliche Anwendung der Gesetze hervorgerufen (vgl. Kap. 8.1.1):

„Es gibt keine Vorzensur, aber es gibt eine Art Post-Reaktion, alle diese Verwarnungen von *Roskomnadsor*, drei sind genug, um ein Medienunternehmen zu schließen. Eine solche Verwarnung kann für ‚Gott-weiß-was‘ kommen, und unter diesen Bedingungen sind alle gezwungen, sich sehr vorsichtig auszudrücken. Das heißt, statt Zensur gibt es Selbstzensur.“ (J2, Z. 167–170)

Durch die Erweiterung der Liste von Informationen, die als schädlich oder illegal eingestuft werden können (vgl. Kap. 6), etablieren sich immer mehr „Tabu“-Themen, die in Onlinebeiträgen vermieden werden:

„Wir schreiben nichts Schlechtes über Putin oder den Patriarchen. Hier ist klar, dass es eine Hintergrundgeschichte gibt, die damit verbunden ist, dass Redefreiheit genau aus dem Grund Redefreiheit heißt, dass man auch frei ist, nicht über Putin und den Patriarchen zu schreiben, das ist ganz normal. Andererseits verstehen wir, dass es Tabuthemen für alle gibt.“ (J1, Z. 184–188)

Dabei wird die Selbstzensur von unterschiedlichen Ebenen initiiert. Einerseits wird in den Interviews betont, dass die Journalist_innen oder Blogger_innen ihre Beiträge selbst „entschärfen“. Andererseits findet die Selbstzensur in den Medien auf der Ebene der Redaktionspolitik statt, damit die Medien z. B. durch die Verwarnungen von *Roskomnadsor* nicht zugemacht werden:

„Die Schrauben wurden immer enger gezogen: Zuerst konnte man dieses Thema nicht nehmen, dann ein anderes auch nicht und dann noch ein anderes nicht, also: ‚Wir schreiben nicht darüber, darüber auch nicht und es ist besser, auch darüber nicht zu schreiben‘.“ (B1, Z. 127–129)

Das Problem der Selbstzensur wird außerdem auch in Bezug auf private Beiträge in den sozialen Netzwerken oder Blogs erwähnt. Einerseits sind diese im Vergleich zu den Redaktionen der Onlinemedien freier, wodurch Journalist_innen in ihren privaten Profilen auch kritischere Beiträge und Stellungnahmen schreiben können (vgl. J10, J11, B1, B6). Andererseits werden in den Interviews auch mehrere Beispiele für strafrechtliche Verfolgung der Blogger_innen und einzelnen Nutzer_innen diskutiert, was zu einer Verstärkung der Selbstzensur auch in den sozialen Medien führt. Bemerkenswert ist dabei, dass einige Befragte selbst angaben, ihre Blogs „vorsichtiger als früher“ schreiben zu müssen (vgl. Interviews B1, B4, B8).

Auf der redaktionellen Ebene führte die Erweiterung der Liste von verbotenen Informationen bei vielen Medien zum *Ausschalten von Kommentarfunktionen*, da die Redaktionen nach der russischen Gesetzgebung für Kommentare oder auf ihren Webseiten integrierte Blogs verantwortlich sind und dadurch in Gefahr laufen, gesperrt zu werden:

„Das ist eine reine Selbsterhaltung. Weil *Roskomnadsor* das Recht hat, eine Verwarnung sogar für einen Kommentar unter einem Artikel zu verhängen (der vielleicht von einem eigens angemieteten Troll nur zu dem Zweck der Schädigung dort hinterlassen wurde); nur deswegen haben alle die Kommentarfunktion ausgeschaltet.“ (J2, Z. 274–277)

„Der Punkt ist aber, dass die Medien die Pflicht und das Risiko haben, die Möglichkeit zu verlieren, ihre Tätigkeit auszuüben, und zwar aus Gründen, die nicht von den Medien selbst abhängen. Wegen den Informationen, die nicht von der Redaktion, sondern von Lesern veröffentlicht werden. Es besteht die Pflicht, mehr und in der Tat Zensur einzuführen, um die Kommentare der Leser im Onlinemodus zu moderieren. Meines Erachtens endet alles damit, dass die Medien innerhalb eines Tages Kommentare entfernen sollten, die gegen das Gesetz verstoßen, etwas Extremistisches veröffentlichen usw. Dies verstärkte den ‚Chilling Effect‘ weiter, d. h. den Wunsch, nicht unter Verbotsmaßnahmen zu fallen und dementsprechend eine Selbstzensur einzuführen.“ (B7, Z. 121–128)

Als Folge der veränderten Rahmenbedingungen und verschärfter staatlicher Regulierungen wechseln viele Journalist_innen außerdem ihre thematische Spezialisierung von potenziell „gefährlichen“ politischen Themen zu wirtschaftlichen oder Unterhaltungsthemen (vgl. oben):

„Meinen Beitrag sehe ich schon darin, dass wir auf unseren Seiten nicht schreiben: ‚Hurra! Es lebe...‘. [...] Wir schreiben nicht: ‚Wie gut, dass die Krim jetzt zu Russland gehört...‘ Wir schreiben generell nicht zu diesem Thema. Und das – über dieses Thema nicht zu schreiben – ist jetzt schon eine aktive bürgerliche Position.“ (B1, Z. 214–218)

Neben dem *thematischen Wechsel* im Rahmen der Redaktionen wurde in den Interviews die komplette *berufliche Neuorientierung* zugunsten von „sichereren“ PR- oder Bildungsprojekten aufgeführt:

„Viele hörten mit dem Journalismus auf, viele dachten ‚Warum zum Teufel mache ich das? Ich kann bei Weitem mehr Geld verdienen; zum Beispiel in der Öffentlichkeitsarbeit und dabei ehrliche Arbeit machen.‘ In der Hinsicht, dass Öffentlichkeitsarbeit eine ehrliche Sache ist, weil du sagst ‚Ich mache etwas Anderes, zum Beispiel, ich mache Werbung‘ und so weiter. Und wenn du in den Medien arbeitest, in denen du nicht professionell arbeiten kannst, dann entsteht ein inneres Problem, denn du fängst an, dich selbst und andere zu belügen. Viele haben aufgehört zu arbeiten, viele sind ausgewandert, viele haben Krisen durchgemacht, sich dann erholt und sich irgendwie [an die neuen Zustände, I. K.] gewöhnt.“ (J10, Z. 210–216)

Als Folge davon wurde z. B. die Entstehung kommerzieller journalistischer Schulen und Kurse genannt. Dort unterrichten die Journalist_innen, die den Beruf „aus Sicherheitsgründen“ verlassen mussten. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass einige der befragten Expert_innen zugaben, dass sie selbst aufgrund der Änderungen der Redaktionspolitik oder Entlassungen in ihren vorherigen Redaktionen gezwungen waren, ihre professionelle Tätigkeit oder thematische Spezialisierung zu wechseln (siehe Tabelle 9).

- Sprachliche Anpassungen

Ein weiteres Phänomen, welches als direkte Reaktion auf gesetzliche Vorschriften betrachtet werden kann und wodurch diese umgegangen werden können, ist die Suche nach neuen, experimentellen sprachlichen Formen unter der *Verwendung von Paraphrase, Ironie und Mehrdeutigkeit*:

„[...] was die Form betrifft, ist es [über das Projekt *Batenka.ru*, I. K.]⁸⁵ ein Beispiel für absolut hervorragenden Journalismus, vom Inhalt her stellt es aber einen Versuch dar, sich als sehr gute Journalisten von der Realität zu isolieren. Durch so eine ironische, alternative Reflexion.“ (B5, Z. 538–542)

„In der Geschichte des russischen literarischen und journalistischen Gedankentums spielten immer Mehrdeutigkeit, ‚Aesops Sprache‘ [Gleichnisse, I. K.], Satire eine besondere Rolle. [...] Der russische Mensch hatte immer die Möglichkeit, das zu sagen, was er denkt, ohne unter die Walze der Zensur oder die Polizeiaufsicht und staatliche Regulierung zu fallen.“ (B7, Z. 167–171)

Dies bezieht sich besonders auf die deutlich oppositionellen Medien, bei denen die gleichen Inhalte in weniger scharfen Formulierungen über „verbotene“ Themen weiter veröffentlicht werden. So wurde z. B. in einem Interview mit einem oppositionellen Journalisten angemerkt, dass dieselben journalistischen Beiträge in den Redaktionen mehrmals umgeschrieben und somit „geglättet“ werden, bis sie alle gesetzlichen Anforderungen erfüllen. Als Beispiel dazu wurde das Ersetzen des Wortes „Selbstmord“ durch das Wort *Roskomnadsor* in einer Zeitschrift genannt, da die Beiträge über Selbstmord in Russland mit der Einführung der „Schwarze Liste von Internetseiten“ als schädliche Information für Jugendliche qualifiziert werden (vgl. Kap. 6):

„Die haben das ins Lächerliche gezogen. Irgendwann haben sie angefangen als Reaktion das Wort [Selbstmord, I. K.] durch *Roskomnadsor* zu verwenden: ‚Die Gründe für *Roskomnadsor* sind unbekannt, die Polizei verneint, dass es sich um *Roskomnadsor* handeln könnte.‘ Das heißt, sie haben das Wort ‚Selbstmord‘ durch das Wort *Roskomnadsor* ersetzt. Das ist sehr lustig, natürlich war *Roskomnadsor* verärgert, aber formal gab es nichts zu bestrafen.“ (J3, Z. 69–73)

Mit solchen sprachlichen Anpassungen versuchen die Medien oder einzelne Autor_innen, mehr Flexibilität bei der Auswahl ihrer Themen zu gewinnen und sich vor dem möglichen Risiko zu schützen, gegen gesetzliche Vorschriften zu verstoßen. Gleichzeitig können der ironische Ton und die Benutzung von Paraphrasen auch als eine bestimmte politische Positionierung verstanden werden, welche die Medien mittels der Sprache für ihre Leser_innen sichtbar machen.

⁸⁵ Das Onlineprojekt *Batenka, da wy Transformer* (deutsch: *Batenka, Sie sind ja ein Transformer*) zeichnet sich durch die Darstellung von seriösen Inhalten in einer skurrilen, kunstvollen, poetischen oder ironischen Form aus. Das Projekt wird von den Herausgebern nicht als Medium, sondern als *Samisdat* (Selbstverlag) positioniert und strebt an, eine Alternative zu den Nachrichtenmedien zu sein (vgl. Decoder Kurzporträts o.J.).

Insgesamt sind mit den oben genannten Änderungen einige widersprüchliche Tendenzen in der journalistischen Onlinearbeit festzustellen. Einerseits ermöglichen vor allem die strukturelle Reorganisation in den Medien sowie die neuen sprachlichen Formen die restriktiven gesetzlichen Vorschriften zu umgehen. Andererseits ist unter den wichtigsten Änderungen die Verstärkung von Selbstzensur mit einer entsprechenden „Entschärfung“ der Inhalte zu nennen, was als eine der wichtigsten Auswirkungen der neuen Einschränkungen im russischen Internet und eine indirekte Methode seiner Kontrolle anzusehen ist.

8.1.3 Die Rolle der Makrofaktoren und des soziopolitischen Kontextes

Wie oben bereits aufgeführt, wurde in den Interviews die Rolle von Faktoren wie die wirtschaftliche und politische Entwicklung, die technischen Besonderheiten und der politisch-kulturelle Kontext stark hervorgehoben. Ohne Zweifel stellen diese wichtige Rahmenbedingungen für die mediale Entwicklung jedes Landes dar (vgl. Kap. 2). In dieser Studie ist jedoch die Erkenntnis relevant, dass der Fokus der Interviews im Gegensatz zu den Annahmen der Forschung nicht immer auf den gesetzlichen Verschärfungen lag (vgl. Kap. 7.3). So können sich wirtschaftliche, gesetzliche und mediale Entwicklungen im Hinblick auf ihre Rolle für die Realisierung der Kommunikationsfreiheit gegenseitig beeinflussen, worauf an dieser Stelle noch einmal explizit eingegangen wird.

Die Verbindung zwischen *wirtschaftlichen Faktoren* und der Änderung der Gesetzgebung wurde in den Interviews anhand mehrerer Beispiele illustriert. So wurden bei der Verabschiedung der Gesetze nicht die Bedürfnisse und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Telekommunikationsanbieter, sondern die Interessen der Hardware- und Software-Produzenten berücksichtigt (bei der Realisierung einzelner Gesetze bekamen sie Aufträge in Höhe von mehreren Mio. Rubel für die Installation von notwendiger Technik oder Software, vgl. Interview B8). Da die Kosten und technischen Anforderungen für die Implementierung der Gesetze zur Zeit der Interviews als nicht realisierbar gesehen wurden, wurden die neuen gesetzlichen Vorschriften in diesem Teil der Interviews als nicht wirksam und für die Journalist_innen als nicht gefährlich eingeschätzt.

Auch in Bezug auf die oben angesprochenen Anpassungsstrategien wie z. B. die Änderung der thematischen Schwerpunkte, ist nicht zu unterschätzen, dass dies mit wirtschaftlichen Beweggründen der Redaktionen verbunden werden kann. Viele davon befinden sich in einer

schwierigen finanziellen Lage und suchen nach neuen Werbe- und Finanzierungsmodellen, was zwangsläufig auch ihre Redaktionspolitik beeinflusst (vgl. Kap. 8.1.1). Wegen der Entwicklung neuer Finanzierungsmodelle und der allgemeinen Krise auf dem russischen Werbemarkt bieten viele Medien neben politischer Analyse oder Nachrichten mehr Unterhaltungsinhalte an und versuchen, über soziale Netzwerke, Likes und das Weiterleiten der Leser_innen mehr Publikum anzulocken:

„[...] auch wegen unterschiedlicher Einflussinstrumente auf solche Medien. Das bedeutet, dass sie sich auf die Suche nach neuen Geschäftsmodellen oder die Verstärkung bereits existierender machen werden. Aber da es sich in vielen Fällen um Werbemodelle handelt, muss man eher von der Verstärkung der anderen Modelle ausgehen. Das können Partnerschaften unterschiedlichster Art sein, das können Versuche sein, kostenpflichtige Zugänge einzurichten [...], das werden wir sehen. Wie erfolgreich das sein wird, ist schwer zu sagen.“ (J1, Z. 543–548)

Nichtsdestotrotz ist zu bemerken, dass vor allem die oppositionellen Medien gezwungen sind, neue Finanzierungsmodelle zu entwickeln, da sie durch Verwarnungen oder Ermittlungen gegen sie ihre Einnahmequellen verloren haben (vgl. Kap. 7.5.2):

„Die Medien sind in diesem Sinne kein Business mehr, viele davon sind bereits unrentabel. Was ist zum Beispiel mit *Doschd* passiert? Sie wurden aus dem Programmangebot der Kabelkanäle gestrichen, sie hatten Verluste, über welche Zensur können sie nun reden? Sie verstehen, dass sie die ganze Zeit davon abhängig sind. Und es entsteht kein Wunsch, etwas Eigenes dann zu machen [...]“ (J1, Z. 418–423)

Gleichzeitig wurde in den Interviews die *Rolle des politischen Kontextes* und der historisch geprägten, gesellschaftlich-kulturellen Besonderheiten Russlands bei der Realisierung der Kommunikationsfreiheiten generell hervorgehoben. So wurde z. B. die schwache Entwicklung der Zivilgesellschaft in Russland allgemein thematisiert, die zu einer konformen Wahrnehmung der Einschränkungen im Medienbereich führt (siehe mehr dazu in Kap. 8.2).

Als ein zentrales Problem bei der Realisierung der Medien- und Internetfreiheit und Russland wurde außerdem die „Entprofessionalisierung“ im journalistischen Beruf und das *Sinken der journalistischen Standards* genannt. Auf der einen Seite ist dies eine direkte Folge davon, dass viele professionelle Journalist_innen aus den großen und meistgelesenen Medien entlassen und durch neue Journalist_innen ohne Erfahrung ersetzt wurden:

„Die journalistischen Praktiken veränderten sich in erster Linie so, dass alle Journalisten auf die eine oder andere Art und Weise entlassen wurden: Diejenigen, die damals arbeiteten, angefangen mit Chefredakteuren bis hin zu den Reportern. Dann diejenigen, welche die Spielregeln nicht annehmen wollten und dann auch diejenigen, welche die Spielregeln annahmen. Sie alle wurden durch absolut unprofessionelle Schreiber ersetzt, die nun das machen, was heute in Russland als Journalismus bezeichnet wird.“ (B1, Z. 51–55)

Auf der anderen Seite wird die „Entprofessionalisierung“ des Journalismus auch im Kontext der rasanten Entwicklung der Internetmedien und der Beschleunigung von

Informationsprozessen durch die gleichzeitige Rückständigkeit der Redaktionen oder Ausbildungsmöglichkeiten verstärkt (vgl. Kap. 3). Somit werden auch im Internet häufiger unprofessionelle journalistische Beiträge verbreitet, die den gesamten Beruf und die Vertrauenswürdigkeit von Journalist_innen in Russland diskreditieren:

„Das betrifft den ganzen Journalismus, aber Onlinejournalismus in erster Linie, weil in den anderen Bereichen zumindest irgendeine Vorauswahl stattfindet, zumindest irgendwelche Workshops durchgeführt werden, zumindest irgendeine Wissensweitergabe stattfindet, irgendwie gibt man sich da zumindest ein bisschen Mühe, dass die Menschen ein bisschen lernen, (anständig) Russisch zu sprechen. Wenn man liest, was die Onlinemedien schreiben [...] Gezielt lese ich das, natürlich, nicht, aber manchmal kommt mir so etwas unter die Augen. Man kann sich nur an den Kopf fassen, denn das ist unterstes Niveau. Sogar in den einfachen Foren bei VK schreiben die Menschen nicht so.“ (B1, Z. 362–369)

Auch in den Interviews wurde angesprochen, dass die grundlegenden journalistischen Werte wie Rede- und Medienfreiheit schon bei der Ausbildung vernachlässigt werden und dass junge Journalist_innen auf ihre Einhaltung nicht genügend achten. Aus diesem Grund sind sie vielmehr an profitablen Projekten und weniger an „riskanten“ Themen interessiert. Sie arbeiten häufiger in Lifestyle- oder Unterhaltungsmedien:

„[...] dank solcher willensschwacher Journalisten wird eine Generation von Zynikern heranwachsen, welche sich hinter irgendwelchen taktischen, kurzfristigen Parolen versteckt und einfach Geld verdienen wird.“ (J1, Z. 227–229)

„[über den Wechsel in den Redaktionen, I. K.] [...] das heißt, sie nehmen Leute, die am wenigsten kompetent, am wenigsten professionell, dafür aber loyal, unglaublich zynisch und hundertprozentig konform und so weiter sind.“ (B1, Z. 370–374)

Da die Absolvent_innen der journalistischen Fakultäten die Kontroll- und Aufklärungsfunktionen des Journalismus nicht realisieren, führt das in der Konsequenz dazu, dass auch die gesetzlichen Änderungen oder die neuen Einschränkungen im Internet eher konform wahrgenommen werden (vgl. Kap. 3.1). Darüber hinaus tendieren die Absolvent_innen stärker zur Selbstzensur oder bevorzugen von Anfang ihrer Karriere an, politisch brisante Themen zu vermeiden:

„Sie studieren jetzt, glaube ich, vier bis fünf Jahre auf Bachelor, so ungefähr. Und schon im zweiten oder dritten Semester fangen sie an, nebenbei zu arbeiten. Und während sie nebenbei arbeiten, machen sie die Erfahrung, dass der Chefredakteur verbieten kann, zu gewissen Themen zu schreiben. Sie fangen an zu denken, dass es wirklich irgendwelche Tabuthemen gibt.“ (J1, Z. 202–205)

Dies alles findet parallel zu der schnellen Veralterung des berufsorientierten akademischen Wissens statt, welches an den journalistischen Fakultäten vermittelt wird, aber nicht schnell genug an die aktuellen medientechnologischen Entwicklungen angepasst werden kann:

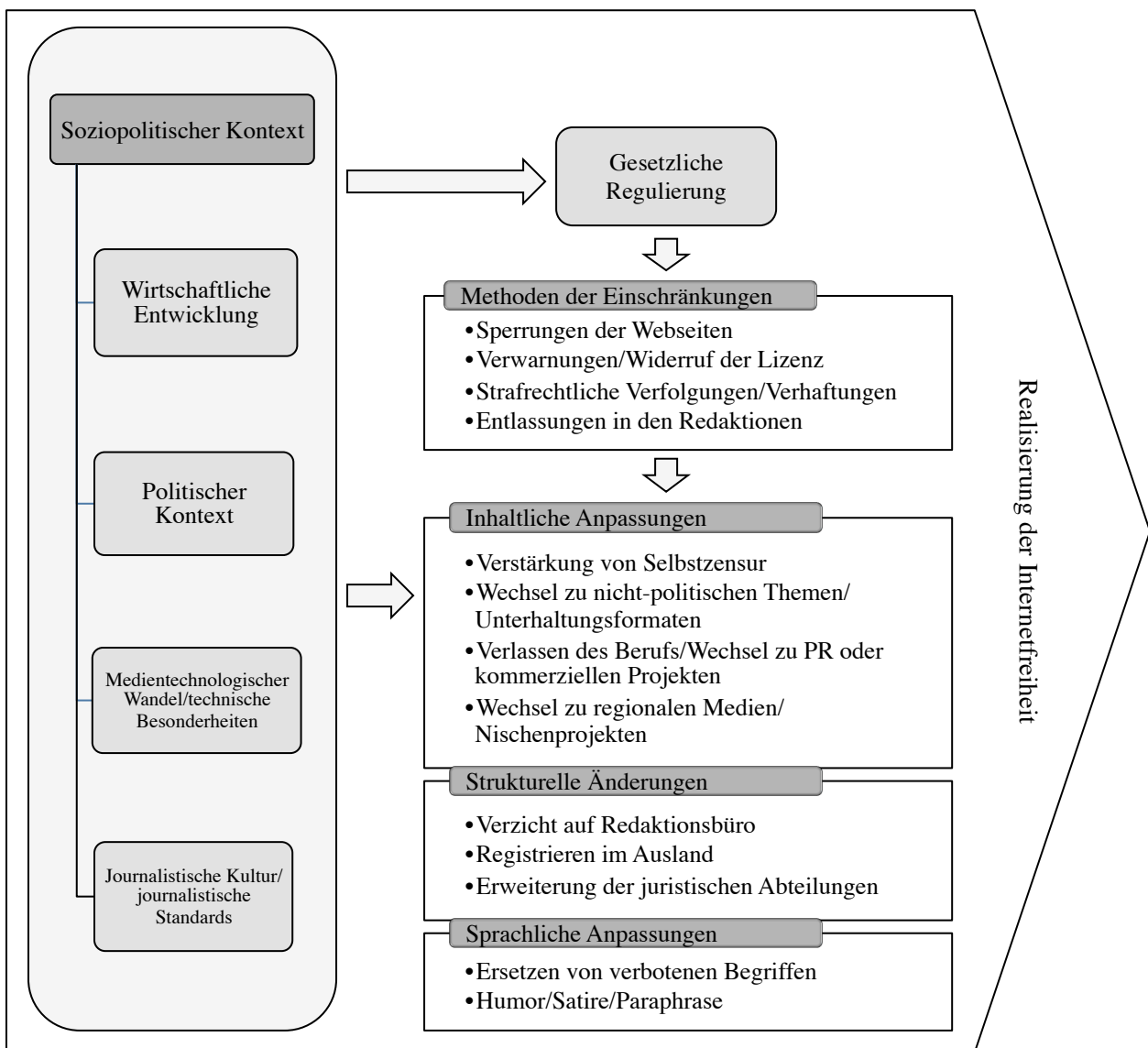
„Wir werden uns in einem Transformationsprozess befinden, wenn journalistische Instrumente sich jedes Jahr ändern. Alles, was wir ihnen im ersten Studienjahr erzählt haben, verliert im dritten seinen Wert und weil wir im ersten Studienjahr nach curricularen Vorgaben unterrichtet haben, heißt

es, dass die Vorgaben schon zu dem Zeitpunkt veraltet waren, als wir angefangen haben, im ersten Jahr zu lehren.“ (J1, Z. 282–285)

Das Problem der niedrigen journalistischen Standards und der schlechteren Ausbildung betrifft besonders die Regionen. Dies hängt sowohl mit deren mangelhafter technischer Ausstattung und eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten als auch mit der stärkeren Abhängigkeit der Hochschulen und der Medien von den regionalen Behörden zusammen (vgl. Limitationen in Einleitung).

So befinden sich die oben genannten Makrofaktoren in einer gegenseitigen Wechselbeziehung und können sowohl eine strengere gesetzliche Regulierung in Russland ermöglichen als auch als Grenzen potenzieller Einschränkungen im russischen Internet verstanden werden:

Abbildung 7. Realisierung der Internetfreiheit in Russland, eigene Darstellung



Sowohl die Implementierung neuer gesetzlicher Einschränkungen als auch die Änderungen in der journalistischen Arbeit finden in einem bestimmten, russlandspezifischen Kontext statt, der die Realisierung der Internetfreiheit beeinflusst. Faktoren wie die allgemeine wirtschaftliche und medientechnologische Entwicklung oder Besonderheiten der journalistischen Kultur bestimmen gleichzeitig, welche Reaktionen hinsichtlich neuer gesetzlicher Vorschriften auftreten und inwieweit gesetzliche Einschränkungen in Russland umgesetzt werden können. Gleichzeitig veranschaulicht die obige Darstellung einige Besonderheiten in den Anpassungsstrategien der betroffenen Medien. Wie bereits erklärt, neigen vor allem oppositionelle Medien zu sprachlichen und strukturellen Änderungen, während in Medien ohne diese klare Positionierung inhaltliche Anpassungen inklusive der Verstärkung der Selbstzensur stärker ausgeprägt sind.

8.2 Wandel der staatlichen und öffentlichen Diskussion

Wie im theoretischen Teil der Arbeit bereits gezeigt, können die negative Darstellung des Internets und die Verstärkung der Diskussion über seine Gefahr (extremistische Aufrufe, Jugendgefährdung) als eine der indirekten Methoden der Internetkontrolle benutzt werden, um weitere Onlinerestriktionen zu ermöglichen (vgl. Kap. 2). Deshalb wurden die ausgewählten Expert_innen beim zweiten thematischen Block der Interviews nach ihrer Einschätzung der Rolle der staatlichen und öffentlichen Diskussion für die Implementierung der neuen Internetregulierung in Russland gefragt. Zum einem lag hier der Fokus auf der Änderung der staatlichen Position hinsichtlich der Internetregulierung, zum anderen wurden die Interviewpartner_innen über die allgemeine Wahrnehmung des Internets als Informationsquelle in der russischen Gesellschaft befragt. Wie bereits in den Annahmen vor den Interviews formuliert, wurde davon ausgegangen, dass diese Wahrnehmung wegen der neuen staatlichen Rhetorik in Bezug auf Internetkontrolle, der negativen Berichterstattung der staatlichen Medien und der verstärkten Debatte über den Extremismus in Russland deutlich negativer geworden ist (vgl. Kap. 7.3 Annahmen). Dies bedeutet gleichzeitig für Onlinejournalist_innen und Blogger_innen, dass auch ihre Arbeit im Internet immer negativer wahrgenommen bzw. erschwert wird. Die Antworten der Expert_innen wichen jedoch von dieser theoretischen Erwartung etwas ab und deckten widersprüchliche Phänomene auf. An dieser Stelle ist zu betonen, dass es hier nicht unmittelbar um die Nutzerperspektive geht, welche nur in Kombination mit anderen Methoden gemessen werden kann. Ziel dieses Teils

der Interviews war es, zu überprüfen, inwieweit die Möglichkeiten der Internetkontrolle in Russland durch das negative „Framing“ des Internets und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung aus Sicht der Expert_innen verstärkt werden und welchen Einfluss das auf die journalistische Onlinearbeit hat. Im Folgenden werden diesbezüglich einige allgemeine Tendenzen nachgezeichnet, die nach der Ansicht der befragten Expert_innen für die Realisierung der Internetfreiheit zentral sind.

- Verstärkung der staatlichen Präsenz im Internet

Ähnlich wie im theoretischen Teil der Arbeit bereits dargelegt, wurde auch in den Interviews über eine neue Generation russischer Politiker_innen gesprochen, die das Internet als Kommunikationsmittel nach dem Vorbild des damaligen Präsidenten Dmitri Medwedew häufiger nutzen (vgl. Kap. 5):

„[...] es ist eine Frage der demografischen Verschiebung in der Politik: Es kommt eine neue Generation, auch auf lokalen Ebenen, für die das Fernsehen, sagen wir mal so, keine kleinere Ressource, als das Internet ist. Aber für die ist das Internet eindeutig ein bedeutenderer Kanal. Deshalb ist es natürlich, dass sie administrative Entscheidungen treffen, die das Internet miteinbeziehen.“ (J1, Z. 88–89)

Gleichzeitig betonten die Befragten die starke Rückständigkeit der Politiker_innen im Hinblick auf die schnelle Entwicklung der neuen Technologien und Medien. Nach Einschätzung der Expert_innen werden die Besonderheiten der digitalen Kommunikation und die Funktion von Webseiten von den Politiker_innen oder staatlichen Beamten trotz der verstärkten Nutzung nicht verstanden:

„Eine Zeit lang gab es den ‚Befehl‘ an die Beamten, eigene Blogs zu schreiben. Ich hatte noch nie zuvor ein solches Vergnügen erlebt, als beim Lesen dieser Blogs, vor allem in den unterschiedlichen Subjekten [Bundesländer, I. K.] der Russischen Föderation. Als Erster legt sich der Gouverneur einen Blog zu, dann jeder Komiteevorsitzende und dann sollen in den Gemeinden auch noch Blogs geschrieben werden [...] Sie verstehen nicht, dass das für sie als Mittel der Öffentlichkeitsarbeit gut sein könnte, um zu zeigen, dass Beamte auch Menschen sind [...] Aber irgendwie ist es nichts geworden mit den Blogs, obwohl manche Beamte in Russland immer noch ihre Blogs haben.“ (J5, Z. 220–226)

Das fehlende Verständnis der Besonderheiten der Internetkommunikation sowie die nur bedingte Rücksprache und Konsultation mit Medien- und Internetexpert_innen sind als zentrale Gründe zu sehen, warum die aktuellen Änderungen in der Gesetzgebung häufig kaum realisierbar sind und den Interessen und Bedürfnissen der Medienunternehmen und Journalist_innen nicht entsprechen (vgl. Kap. 8.1). Im Hinblick auf die Grenzen der Internetkontrolle kann die Rückständigkeit der Politik gleichzeitig als Faktor verstanden

werden, der nicht erlaubt, die neuen gesetzlichen Einschränkungen in Russland effektiv zu implementieren (vgl. Kap. 2).

- Angst vom Internet/Reaktionäre Regulierung

Parallel dazu wurde in den Interviews bestätigt, dass die russische Regierung besonders nach den Protesten im Winter 2011–2012 und der gleichzeitigen Onlineverbreitung kritischer Informationen ihre Position gegenüber dem Internet radikal veränderte. Vor dieser Zeit sei das mobilisierende Potential des Internets nach der Einschätzung der Expert_innen von der russischen Regierung nicht wirklich erfasst worden, vor allem weil das staatliche Fernsehen die Hauptinformationsquelle im Land war:

„Die Regierung nimmt das Internet jetzt sehr ernst. Noch vor zehn Jahren war das nicht so. Sie [die Regierung, I. K.] hat die Ereignisse sehr konservativ betrachtet, wichtiger sei das Fernsehen, das Gedruckte und das Internet sei drittrangig. Jetzt haben sie begriffen, dass das Internet nicht drittrangig ist. Aber im Endeffekt ist es nicht dazu gekommen, dass sie das Internet in irgendeiner Weise entwickeln, nein, sie versuchen, es zu kontrollieren.“ (J2, Z. 305–310)

„Wenn wir über Politik als solche sprechen, dann spielten die Onlinemedien bei der Berichterstattung und der Popularisierung der Massenproteste in den Jahren 2011–2012 eine große Rolle, weil es Onlineübertragungen gab. Onlinemedien [...] Nicht, dass sie nicht beachtet wurden, vielmehr setzte niemand ernsthaft auf sie. Doch es hat sich herausgestellt, dass sie ein riesiges Publikum haben. Und wenn die föderalen Medien keine Demos zeigten, schafften es die Onlinemedien ausgezeichnet. Und dann begann man Druck auf Onlinemedien auszuüben.“ (J3, Z. 86–92)

Die vorgenommenen gesetzlichen Änderungen und Verschärfungen der Internetregulierung wurden von Befragten in dieser Hinsicht als eine reaktionäre Position des Staates eingeschätzt. Wegen der Tragweite und Macht des Internets als Informationsquelle bekam die Regierung Angst um die Stabilität ihrer Position:

„Die Verschärfung der Praktiken hatte eine reaktive Basis, sie [die Verschärfung, I. K.] ist das Ergebnis einer sehr scharfen Reaktion, keiner Angstreaktion, sondern einer Abschreckung.“ (J1, Z. 46–48)

„Mehr als alles andere fürchtet die Staatsmacht den Zerfall des Landes und zwar nicht durch irgendwelche Opposition, sondern durch revolutionäre Prozesse.“ (J1, Z. 76–78)

Als Folge davon wird in der Berichterstattung der staatlichen oder staatsnahen Medien verstärkt die „gefährliche“ Seite des Internets präsentiert (in zwei Interviews wurde dies z. B. als „Neurotisierung“ der russischen Gesellschaft bezeichnet). Besonders stark fing dies mit den Ereignissen in der Ukraine seit 2014 an, wodurch auch die negative Wahrnehmung des Internets von den Bürger_innen verstärkt wurde (Interviews J4, B5):

„Im Vorfeld, im Laufe des Ukraine Konflikts im weiteren Sinne des Wortes, schaltete der Staat seinen ‚inneren Goebbels‘ ein. Dabei stellte sich der Staat ziemlich schlau an, weil er nicht nur andere Kommunikationskanäle durch die Lautstärke der ‚zischenden Geräusche‘ aus dem Fernsehen übertönte [gemeint ist Propaganda, I. K.], sondern auch die anderen Kanäle dazu bewegte, ihre eigene Agenda zu diskutieren, [...] über ukrainische Faschisten zum Beispiel. Und diese Umstände spielten beim Gefühl der Unfreiheit eine größere Rolle als irgendwelche formalen Beschränkungen.“ (B5, Z. 312–318)

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass in einigen Interviews somit eine andere „Chronologie“ der Verstärkung der Internetregulierung in Russland formuliert wurde, da die neuen Einschränkungen nicht unmittelbar mit den gesetzlichen Änderungen seit 2012 (was eine der theoretischen Erwartungen dieser Arbeit war), sondern eher mit den späteren politischen Rahmenbedingungen verbunden wurden (siehe z. B. Interviews J1, J11, J12, B4).

Gleichzeitig wurde in einigen Interviews eher abweichend gesagt, dass in dem analysierten Zeitraum gar kein Wechsel in der Position des Staates bezüglich der Internetregulierung stattgefunden habe. Dies wurde damit begründet, dass der russische Staat schon immer sehr konservativ gewesen war und auch schon zu früheren Zeiten stets die komplette Kontrolle im Informations- und Medienbereich angestrebt hatte. In Bezug auf die Liberalisierung und die sogenannte *Ottepel* während der Amtszeiten von Medwedew (vgl. Kap. 6.2) wurde kritisiert, dass sie nur scheinbar waren und in Wirklichkeit nie stattgefunden hätten:

[über *Ottepel* zur Amtszeit von Präsident Medwedew, I. K] „Ich glaube, es gab keine *Ottepel*. Auch damals habe ich nicht daran geglaubt. Das ist ein Fake, ein von Anfang an vollkommener Fake, eine Simulation. Ich hatte keine *Ottepel*, es gab keine in der Politik und in den Medien sowieso. Es gab den Versuch einer Imitation, ja.“ (J4, Z. 185–188)

Eine solche Einschätzung führt auch dazu, dass die gesetzlichen Änderungen seit 2012 und die Einschränkungen im Internet von den Journalist_innen als eine für Russland typische Entwicklung gesehen und deswegen nicht direkt als ein neues negatives Phänomen wahrgenommen werden.

Im weiteren Verlauf der Interviews wurde gefragt, inwiefern sich gleichzeitig die öffentliche Diskussion über das Internet und seine Regulierung in Russland in 2012–2016 verändert und welche Rolle dies für die Realisierung der Internetfreiheit gespielt habe. Nach der Reduktion des ausgewählten Materials wurden hier folgende, teilweise widersprüchliche Phänomene aufgedeckt:

- Stärkeres Vertrauen in das Internet

Trotz der verstärkten negativen Darstellung in den staatsnahen Medien und einer restriktiven Gesetzgebung wurde in vielen Interviews betont, dass das Internet im betrachteten Zeitraum in fast allen Bevölkerungsgruppen zu einer unverzichtbaren Informationsquelle geworden sei und dadurch immer mehr Vertrauen gewinne. Dies lässt sich mit der rasanten Internetverbreitung, dem Wachstum des mobilen Internets und mit den Veränderungen der Mediengewohnheiten der Nutzer_innen erklären. Unter anderem wurden in den Interviews die Steigerung der Nutzerzahlen, die zunehmende Internetverbreitung in den Regionen sowie neue Altersgruppen, die in die Internetnutzung aktiv miteinbezogen werden, als Faktoren thematisiert, die weitere Restriktionen im russischen Internet erschweren (besonders in den Interviews mit Blogger_innen). So kommen z. B. inzwischen auch ältere Generationen mit dem Internet in Kontakt, die früher als klassische Fernsehnutzer_innen betrachtet wurden. Gleichzeitig thematisierten die Befragten auch die neue Rolle der jüngeren Generation, die schon in der Zeit des Internets aufgewachsen und sozialisiert wurden, sich mit dessen Technologie gut auskennen und die Angebote der klassischen Medien kaum mehr konsumieren (vgl. Kap. 4):

„Es fand eine Abwanderung des Fernsehpublikums ins Internet statt. [...] Zuschauer, die traditionell Serien und Unterhaltungsfernsehen sahen, bewegten sich nun Richtung Internet. Wir hatten einen hundertprozentigen Publikumszuwachs, so ein Moment ist das.“ (J1, Z. 106–107, 116)

„Das heißt, es gibt einen immer größer werdenden Anteil an jungen Mediennutzern und die wollen eine visuelle und audiovisuelle Kommunikation im Vergleich zur überwiegend textbasierten [Kommunikation, I. K.] [...]“ (B5, Z. 129–132)

„Sie berücksichtigen nicht [die Regierung, I. K.], dass schon die Schüler, also kleine Kinder damit aufgewachsen sind, die das Internet früher kennengelernt haben, als sie laufen konnten. Das heißt, alles ändert sich, alle Altersparameter verändern sich, und sie bestimmen die Haltung gegenüber den Prozessen des Fortschrittes.“ (J5 Z. 206–2012)

Somit können nach Einschätzung der Expert_innen Einschränkungen im Internet nur schrittweise und nicht ohne Berücksichtigung dieser neuen medialen Entwicklungen und Besonderheiten der Internetnutzung vorgenommen werden. Die Bürger_innen seien bereits stark daran gewöhnt, Onlineangebote zu konsumieren, einen schnellen und unbegrenzten Internetzugang zu haben und im Internet frei kommunizieren zu können. Trotz der oben dargestellten gesetzlichen Änderungen bleibt das Internet in Russland damit ein Kommunikationsraum, in dem eine kritischere Meinungsäußerung möglich ist und der mehr Vertrauen bekommt:

„Die Menschen sind schon frei genug. Vielleicht sind sie nicht frei genug, um auf die Straße zu gehen und den Usurpator zu stürzen, aber sie sind frei genug, um über ihre Probleme zu schreiben. Die Menschen sind eher an ihren eigenen Problemen interessiert: verdichtete Bebauung, Straßen, Staus in der Stadt, und das alles wird unter politische Klauseln gepfercht, als Anstiftung zur Hetze aufgefasst und im Prinzip riskiert jeder Mensch, der das schreibt, liked oder repostet, seine Freiheit zu verlieren.“ (B1, 197–202)

„Noch ist das Internet in Russland nicht von der Außenwelt abgeschottet. Und für die Menschen, die im Internet präsent sind, ist das eine Art Garantie, dass irgendwelche erschütternden Tatsachen, die im Westen bekannt sind, auch vor uns nicht verborgen werden können. Dahin hat sich das Vertrauen ins Internet im Allgemeinen nicht verändert, es gibt bloß Spannung und Gereiztheit, die damit verbunden sind [...] dass man dir dein Leben in Zusammenhang mit irgendwas jederzeit schwer machen kann.“ (B6, Z. 473–483)

In diesem Zusammenhang wurde in einem Interview hervorgehoben, dass die russische Gesellschaft inzwischen nicht mehr „fernsehzentristisch“, sondern „internetzentristisch“ ist (vgl. Interview J8). Massive Sperrungen von Inhalten oder die Einschränkung des Internetszuganges würden zu einer politischen Destabilisierung im Land führen und sind aus Sicht der Expert_innen in Russland nicht möglich. Deswegen ist zu schlussfolgern, dass statt kompletter Zugangseinschränkungen eher indirekte Methoden der Internetkontrolle in Russland verstärkt implementiert werden.

Direkte Blockierungen im Internet (wie z. B. einzelner Webseiten oder Inhalte) führen außerdem dazu, dass technische Möglichkeiten wie Anonymisierungssoftware in Russland kontinuierlich populärer werden, um Seitensperrungen zu umgehen und sich die benötigten Informationen durch Internetpiraterie zu beschaffen:⁸⁶

„Sie [die Nutzer, I. K.] verstehen schon, dass sie einen VPN-Klienten einrichten müssen, dass sie noch irgendwas unternehmen müssen. Für diejenigen, die es nicht verstehen, entstehen Produkte, die auf Knopfdruck alles einrichten.“ (J1, Z. 405–407)

Darüber hinaus wurde in den Interviews der wachsende Bedarf an qualitativ anspruchsvollen journalistischen Beiträgen und Expertenanalysen im Internet thematisiert, worauf sich auch die Medien stärker konzentrieren müssten:

„Was [die journalistischen Praktiken, I. K.] in 2011 und 2012 viel mehr beeinflusst hat, ist, dass viele Herausgeber eine neue Nachfrage seitens des Publikums gespürt haben – Nachfrage nach Meinung, Nachfrage nach Diskussion, Nachfrage nach Erklärungen.“ (J1, Z. 21–23)

So werden beispielsweise die Beiträge einzelner Autor_innen nachverfolgt, unabhängig davon, in welchem Medium oder auf welcher Blogplattform sie veröffentlicht werden. Dies wurde gerade in der Zeit der Neuen Medien und des Internets möglich, weil die Journalist_innen nicht unbedingt mit einem konkreten Medium verbunden sind und sich die

⁸⁶ Im Juli 2017 wurde das Gesetz über die Beschränkung der Nutzung von Anonymisierungssoftware und VPN-Verbindungen verabschiedet, mithilfe derer der Abruf von in Russland gesperrten Internetressourcen möglich war.

Nutzer_innen die Informationen im Internet selbst frei suchen und auswählen können. Da die Journalist_innen somit von den konkreten Redaktionen weniger abhängig sind, bekommen sie auch mehr Freiraum für kritische Äußerungen und die Durchführung unabhängiger Investigationen.

- Wahrnehmung des Internets als Gefahr

Mit der schnellen Internetverbreitung in Russland unter allen sozialen Gruppen (vgl. Kap. 4) werden im Internet aber auch immer mehr konservativ orientierte Nutzer_innen repräsentiert, die stärker zu einer negativen Wahrnehmung und Misstrauen gegenüber dem Internet als Informationsquelle neigen. Dieses Misstrauen lässt sich nach Ansicht der Expert_innen vor allem mit der Verstärkung von Phänomenen wie Trolling oder Fake News im russischen Internet erklären. Somit haben die Nutzer_innen realisiert, dass auch „gefährliche“ und nicht zuverlässige Inhalte im Netz aktiv verbreitet werden können:

„Hier müssten wir uns erinnern und ich würde gerne die folgende Metapher anführen: Als das Internet entstand, haben es alle als eine große, allwissende Bibliothek aufgefasst [...] Jetzt, nach der rasanten Entwicklung der sozialen Netzwerke, nachdem die sozialen Netzwerke ihre Fähigkeiten zur Einflussnahme einerseits auf die politische Ordnung, andererseits auf den Alltag der Menschen, bewiesen haben, veränderte sich die Haltung zum Internet zum Schlechteren und Internet wird als Bedrohung aufgefasst. [...] das Internet wird als etwas aufgefasst, was zeitraubend ist, als etwas, was negative Informationen, Lügen, Verleumdung verbreitet.“ (B7, Z. 47–60)

Somit wurde in den Interviews bestätigt, dass das Internet in Russland mit der zunehmenden staatlichen Diskussion über die Staatssicherheit und Extremismus häufiger als Gefahr wahrgenommen wird:

„Wir wissen, dass es in der russischen Gesellschaft gewisse Probleme damit gibt und dass diese aufgezwungene, mehr oder weniger aufgezwungene Sicherheitsagenda, die der Freiheit gegenübergestellt wird, funktioniert. Und die Gesellschaft, die unterschiedlichsten Schichten sympathisieren mit der Idee der Freiheitsbeschränkung, aber das ist kein russisches, sondern ein gemeinsames, globales Problem. Sie ist damit verbunden, dass diese wirklich neue Kultur, sie verändert unsere gewohnten Vorstellungen über die unterschiedlichsten Sachen.“ (B3, Z. 128–134)

Gleichzeitig betonten einige Befragten solche allgemeine Besonderheiten wie *den Konservatismus und die Verschlossenheit der russischen Gesellschaft*, die sich nicht an liberalen oder demokratischen Werte orientieren. Dies ist als eine der wichtigen Voraussetzungen zu verstehen, die eine generell konforme Wahrnehmung der gesetzlichen Einschränkungen in Bezug auf Medien und Internet hervorrufen:

„[Wir sind, I. K.] eine verschlossene Gesellschaft, eine Gesellschaft, die immer nach dem Modell von Translationsmedien lebte, das heißt einem Modell, indem die Information von oben nach unten aus sanktionierten Quellen gesendet wurde. Sie nehmen das Internet technisch an, aber lehnen die

Meinungsvielfalt und die Präsenz des Fremden, des Anderen, ab, welche das Internet mit sich bringt. Dabei bringen sie das Internet technisch voran und verwenden es für wirtschaftliche Zwecke, für private Kommunikation und in erster Linie für Unterhaltung. Mobiles Internet – was ist das? Das sind doch die Messenger und die Unterhaltungsangebote, richtig? Dieser Widerspruch bleibt bestehen.“ (B7, Z. 335–342)

„Dabei gilt das folgende Paradoxon: niemand verzichtet auf den Internetzugang, mobiles Internet wächst rapide. Das Internet verbreitet sich nicht nur geografisch, sondern auch innerhalb der Generationen, immer mehr Menschen der älteren Generation, die historisch eher konservativ sind, haben einen Internetanschluss. Und in diesem Sinne möchten die Menschen das Internet, dieses unangenehme, gefährliche Netz, nicht mehr aus ihrem Leben ausschließen, vielmehr wollen sie, dass alles im Internet reguliert ist.“ (B7, 321–326)

Mit der oben ausgeführten Erweiterung der Nutzergruppen werden diese konservativen Stimmungen im Internet nur verstärkt. Deswegen finden die gesetzlichen Änderungen und Normen, die von den professionellen Journalist_innen deutlich kritisiert werden, häufig eine stärkere Unterstützung in der Bevölkerung:

„In Russland überlagert dies [die Angst vor einer neuen, digitalisierten Kultur, I. K.] mit der völligen Unvorbereitetheit der russischen Gesellschaft zur Offenheit. Und gerade das ruft eben den Effekt hervor, dass ja, tatsächlich viele bereit sind, das zu verbieten. Wir sehen, dass Artikel 282 von sehr vielen Menschen tatsächlich unterstützt wird, die sich selbst für Liberale und Westler halten.“ (B3, Z. 134–138)

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der in mehreren Interviews in Bezug auf die Rolle des Internets kritisiert wurde, war, dass in Russland generell *keine öffentlichen Diskussionen* über gesellschaftspolitische Themen stattfinden. Dadurch haben auch die Fälle der Einschränkungen der Kommunikations- und Medienfreiheiten in Russland im Gegensatz zu den westlichen Gesellschaften keine große Resonanz. Diese Fälle werden nur in den engen Kreisen professioneller Medienexpert_innen und Journalist_innen besprochen, deren berufliche Tätigkeit unmittelbar davon betroffen ist:

„Das ist ein allgemeiner Zustand der gesamten Zivilgesellschaft. Einer Pseudozivilgesellschaft in Russland. Sie ist sehr feige. Sie empört sich nur über lokale Themen und nur dann, wenn sie spürt, dass es nicht sonderlich gefährlich ist und man nicht gleich eine gehauen bekommt. [...] Aber dennoch ist die Zivilgesellschaft bei uns [...] Wie soll ich sagen? Sie ist zu einer prinzipiellen und konsequenten Konfrontation mit dem Polizeistaat nicht fähig. Einschließlich der journalistischen Gemeinschaft.“ (B6, Z. 435–443)

Dies führt dazu, dass die Verschärfung der Internetkontrolle und sogar Internetzensur von den russischen Bürger_innen nicht unbedingt negativ wahrgenommen, sondern stärker unterstützt und in manchen Fällen sogar „nachgefragt“ wird (vgl. Kap. 5.4):

„Das ändert sich und leider ändert es sich nicht zum Besseren. Weil die jetzige Situation von der Mehrheit und auch von der Opposition als eine Gegebenheit aufgenommen wird, gewöhnen sich die Menschen nach und nach an Verbote und fangen selbst an, solche Verbote zu fordern.“ (B1, Z. 261–263).

Somit zeigen die hier gewonnenen Experteneinschätzungen mehrere weitere Aspekte, die die Möglichkeiten der Internetkontrolle in Russland bestimmen bzw. eingrenzen. Zum einen lässt sich mit dem enormen Internetwachstum ein erhöhter Bedarf an digitalen Angeboten, uneingeschränkter Onlinekommunikation und qualitativen journalistischen Beiträgen im Internet beobachten, wodurch massive Einschränkungen und Zugangsperrungen in Russland für nicht möglich und für das Image der Regierung eher schädlich erscheinen. Zum anderen bestätigen aber die Interviews, dass sich trotz der medientechnologischen Entwicklungen auch im Internet ein gewisser Konservatismus in Russland etabliert hat, als dessen Folge die Internetkontrolle in der Gesellschaft relativ konform oder als Notwendigkeit wahrgenommen wird.

8.3 Grenzen und Prognosen der Internetkontrolle

Im dritten Teil der Interviews wurden die ausgewählten Expert_innen explorativ über ihre allgemeine Einschätzung der Lage der Internetfreiheit sowie über ihre Prognosen zur weiteren Entwicklung der Internetkontrolle in Russland befragt. Damit sollten die besonders problematischen Stellen der Internetregulierung in Russland aufgedeckt werden. Dieser thematische Block der Interviews diente als Möglichkeit, zusätzliche Aspekte zu besprechen, die zu einem früheren Zeitpunkt noch nicht zur Sprache gebracht worden waren. Den Gesprächspartner_innen wurde hier der Freiraum gegeben, Ergänzungen vorzunehmen. Mit abschließenden Fragen sollte dann kontrolliert werden, ob die allgemeine Einschätzung der Expert_innen zur Lage der Internetfreiheit in Russland mit den zuvor gegebenen Antworten übereinstimmt. Im Gegensatz zur früheren Kritik der aktuellen Entwicklungen und gesetzlichen Regulierungen wurden hier deutlich mehr optimistische Bewertungen abgegeben, die auf einige wesentliche Widersprüche und abweichende Positionen der Befragten hindeuten.

So bestätigte der dritte Teil der Interviews, dass das Internet in Russland trotz der neu etablierten Einschränkungen aus journalistischer Perspektive weiterhin als „frei“ wahrgenommen wird. Dies ist ein relevantes Ergebnis, da diese Einschätzung zu der in Kapitel 6 dargestellten Kritik der gesetzlichen Änderungen seitens der NGOs, Internetexpert_innen und Medienorganisationen eher widersprüchlich erscheint. In diesem Zusammenhang wurde in den Interviews häufig das sogenannte „chinesische Szenario“ erwähnt, unter dem die komplette technische Isolation des Landes von den internationalen

Services, insbesondere von westlichen Suchmaschinen oder sozialen Netzwerken, gemeint war. Die Möglichkeit einer derartigen Entwicklung in Russland wurde von Befragten unterschiedlich beurteilt. Einerseits wurde hervorgehoben, dass das „chinesische Szenario“ für Russland nicht möglich sei, weil das Internet ursprünglich anders als in China aufgebaut und zudem stark von anderen Ländern abhängig sei:

„Das ist ein Kurzschluss. Jetzt ist das *RUNET* so aufgebaut, dass es sehr durchlässig ist, d. h. es gibt sehr viele unterschiedliche, wie soll man sagen, Kanäle, die Russland mit der Außenwelt verbinden. Und das Internet wurde ziemlich spontan aufgebaut, das war so eine dezentrale Planung. Und es bedarf einiger Zeit um all diese Kanäle, wie soll man sagen, aufzulisten und sie zu beherrschen, um überall ein Ventil einzubauen, welches zum richtigen Augenblick auf- und zugezogen werden kann.“ (J4, Z. 543–549)

„Das funktioniert etwas anders. Sie [die Regierung, I. K.] braucht das Internet innerhalb des Landes und es gefällt ihr, wie es in China funktioniert, wo es von allen Services Doppelgänger gibt, die eigene Suchmaschine *Baidu*, das eigene soziale Netzwerk *Weibo*, eigene Messenger und alles andere, ja? Das alles lebt ausgezeichnet und die Außenwelt kann man komplett abschalten, nur einige Enthusiasten können über *VPN* und *Tor* die Dienstleistungen von *Google*, *Apple* und so weiter nutzen. Aber das Problem ist, dass das chinesische Internet als solches aufgebaut wurde, als eine ursprünglich kontrollierbare Umgebung mit drei-vier [unverständlich 22:42] Übergängen und so weiter. Das russische Internet entstand ursprünglich als eine freie Umgebung.“ (B2, Z. 230–238)

Andererseits zeigt die rasche Verabschiedung der neuen Gesetzesnormen, die auch technische Sperrungen und die Kontrolle der Aufsichtsbehörden und Sicherheitsdienste über den Internetverkehr ermöglichen (vgl. Kap. 6), dass das „chinesische Szenario“ mit seiner kompletten Isolation des Internets der russischen Regierung als Vorbild dient und stark angestrebt wird. Einzelne Schritte, um das Internet in Russland z. B. bei zukünftigen politischen Unruhen oder wiederholten Protesten komplett abschalten zu können, wurden auch zur Zeit der Interviews bereits unternommen:⁸⁷

„Die Arbeiten zur Isolierung des russischen Internetsegments von dem internationalen [Internet, I. K.] – ich habe schon vergessen, zu welchem Jahr sie das bewerkstelligen wollten – aber entweder zum 2020 oder 2022. Vor kurzem gab es Publikationen darüber, dass etwas Ähnliches zum Jahr 2020 geplant ist. Das heißt, dass es dann wahrscheinlich 2022 oder 2024 realisiert wird. Auf die eine oder andere Art werden diese Arbeiten schon jetzt durchgeführt.“ (J4, Z. 537–541)

„Zweifellos versucht die Regierung, den Onlinejournalismus immer mehr zu kontrollieren, das ist eindeutig. Ich glaube, sie haben Pläne, etwas Ähnliches wie in China zu schaffen, nach dem chinesischen Modell. Ich denke sogar nach dem iranischen, aber es ist nicht so wichtig. Zumindest funktioniert ihre Logik über Verbote. Sie versuchen, die Verbote in der Gesetzgebung festzuhalten und übrigens sind die Initiativen ihrerseits ziemlich zahlreich.“ (J7, Z. 37–53)

„Über das chinesische Modell. Es wäre ihr Traum! Es gäbe ihnen die Möglichkeit, den großen Schalthebel zu betätigen, und alles wäre stillgelegt, aber innerhalb des Landes würde alles weiter funktionieren. Sie können das Internet innerhalb des Landes nicht abschalten, zu viel ist mit ihm verbunden, zu viel Wirtschaft, zu viel Geld, zu viele eigene Geschäfte.“ (B2, Z. 225–229)

⁸⁷ Ein Ausblick zu den späteren Entwicklungen und Verabschiedung des sogenannten „Gesetzes über die Isolierung des RUNETs“ wird im Fazit gegeben.

Aber auch hier wird angedeutet, dass mit den vorhandenen technischen Besonderheiten für das komplette Abschalten des Internets enorme finanzielle und zeitliche Investitionen notwendig sind, die der russischen Regierung aktuell nicht zur Verfügung stehen.

Im Gegensatz dazu werden in Bezug auf mögliche zukünftige Szenarien der Internetentwicklung in Russland sowohl von Bloggern als auch von Onlinejournalist_innen fast ausschließlich pessimistische Prognosen geäußert. So zeigt auch dieser Teil der Interviews, dass die analysierten gesetzlichen Änderungen und Einschränkungsmechanismen im Internet als Instrumentarium für die stärkere Internetkontrolle in der Zukunft gesehen werden (vgl. Kap. 8.1.1):

„[...] deshalb würde ich keine falschen Hoffnungen hegen, dass alles noch nicht massenhaft ist. Weil alle grundlegenden Instrumente vorhanden sind, alle repressiven Praktiken sehen wir schon jetzt. Insgesamt ist alles, natürlich, sehr sehr schlecht. Die Tendenz ist negativ.“ (J3, Z. 392–395)

„Der Druck auf das Internet wird zunehmen, da bin ich mir sicher. Natürlich werden sie versuchen, möglichst viele rechtliche Vorbereitungen zu treffen, die nicht mal sofort umgesetzt werden können, um diese Instrumente zukünftig zu nutzen. Das ist ja ein klassisches Beispiel. Wir haben einen Haufen Gesetze in Russland erlassen. Und in Wirklichkeit funktioniert ein Teil dieser Gesetze gar nicht, aber sie wurden für den Fall eines Falles erlassen, damit man sie nutzen kann, falls die Notwendigkeit da ist.“ (J7, Z. 172–177)

Da die Gespräche darüber hinaus im Jahr der Parlamentswahlen 2016 durchgeführt wurden, wurde in einzelnen Interviews betont, dass die weitere Entwicklung der Internetregulierung und die Lage der Medien- und Internetfreiheit in Russland von deren Ergebnissen sowie von den Ergebnissen der folgenden Präsidentenwahlen 2018 unmittelbar abhängig seien (vgl. Abb. 9). So wurde von den Befragten erwartet, dass gerade vor den Wahlen neue Kontrollmechanismen etabliert würden, um eine mögliche Wiederholung der Unruhen 2011–2012 zu vermeiden:

„Nach den Ereignissen von 2011 fing eine vollwertige politische Reaktion im Land an. Die Regierung fing an, nachzusehen, wo sie bis dahin nicht genug Druck ausgeübt hatte und holte dies nach.“ (J2, Z. 41–43)

„Dementsprechend wechselte der Kurator für Innenpolitik, Wjatscheslaw Wolodin löste Wladislaw Surkow ab. Und er hat die Lektion des Jahres 2011 gut verinnerlicht. Er verstand, warum sein Vorgänger zurücktreten musste und warum er ins Amt gerufen wurde. Sein Vorgänger kriegte das Internet nicht in den Griff. Und alle weiteren Aktivitäten des Kreml, darauf bestehe ich, alle Aktivitäten des Kreml im Zeitraum von 2011 bis 2016 wurden der Tatsache untergeordnet, dass die äußerst unangenehme Erfahrung und der äußerst unangenehme Stress des Jahres 2011 sich im Jahr 2016 nicht wiederholen.“ (B2, Z. 59–64)

Im gleichen Interview (B2) wurde außerdem unterstrichen, dass es nach den Wahlen 2018 höchstwahrscheinlich keine starken Änderungen im politischen System geben werde,

wodurch eine Liberalisierung in der gesetzlichen Internetregulierung und in der Medienpolitik in Russland kaum möglich sei:

„Alles wird sehr stark davon abhängen, wie diese Wahlen ausgehen – ruhig für sie [für die Regierung, I. K.] oder nicht. Wenn nicht, dann verfallen sie in eine noch größere Hysterie als 2017 im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen [...] Und natürlich ist für sie das Jahr 2018 außerordentlich wichtig – da wird alles verschärft. [...] Das heißt, wenn 2016 schlecht für sie läuft, dann werden wir eine Hysterie beobachten und eine vollkommene Schließung des Internets zum Jahr 2018. Das heißt, sie träumen, natürlich, von dem chinesischen Szenario.“ (B2, Z. 211–217)

Generell sind nach Ansicht der Expert_innen weitere gesetzliche Verschärfungen in der Internetkontrolle sowie die Verstärkung des Drucks auf die Medien zu erwarten, womit sich der Staat gegen neue Unruhen absichern will. Auch hier unterscheiden sich die Antworten der Onlinejournalist_innen aus den oppositionellen Onlinemedien, die ausführlicher über Fälle von Beschränkungen im Internet oder Verfolgungen von Journalist_innen und Aktivist_innen berichten, von den eindeutig „pessimistischen“ Einschätzungen (vgl. Interviews J7, J8). So wird von dem Journalisten J7 nicht nur die aktuelle Unmöglichkeit der Umsetzung der Gesetze betont, sondern auch auf die enormen Kosten hingewiesen, die mit der weiteren Einführung neuer Kontrollmechanismen verbunden sein würden (vgl. Kap. 8.1):

„Das macht alle Ideen über die Blockierung zunichte – jetzt investieren sie Unmengen von Finanzen und nach zehn Jahren begegnen sie neuen Herausforderungen, also wozu? Das heißt, man kann unterschiedlich zu [unverständlich 31:34] und allen anderen stehen, aber das sind alles vernünftige Menschen in Hinblick auf Geldausgaben. Wozu alles Geld für Beschränkungen ausgeben, wenn wir in zehn Jahren nichts mehr dem Satelliteninternet gegenüberstellen können. Unverständlich.“ (J7, Z. 258–263)

Die Freiheit des russischen Internets sei in erster Linie von der Zugänglichkeit der ausländischen sozialen Netzwerke und Services wie *Facebook* und *Twitter* abhängig,⁸⁸ die in Russland nicht eingegrenzt werden:

„Ich bin sicher, dass es mit dem Internet so ähnlich ausgeht. Es wird einen Haufen Beschränkungen geben, welche automatisch nicht funktionieren werden. In Wirklichkeit gibt es einige Kennzeichen [urspr.: „Marker“, I. K.], welche wichtig und Schlüsselkennzeichen sind. Ich bin absolut davon überzeugt, dass man über den Zustand des Internets anhand von einigen wenigen, wichtigen Kennzeichen urteilen kann, über die ich schon mehrmals gesprochen habe. Das sind westliche soziale Netzwerke. Solange es die westlichen sozialen Netzwerke gibt und diese relativ frei sind, wird es möglich sein, frei zu arbeiten. Solange wird Journalismus als solcher unabhängig sein.“ (J7, Z. 177–183)

Außerdem wird in den Interviews J7 und J8 die Rolle der Zivilgesellschaft und der wachsenden Internetnutzung eher positiv eingeschätzt (vgl. Kap. 8.2). So sei es nach Ansicht

⁸⁸ Wie in Kap. 4.3 und Kap. 6 erläutert, müssen ausländische Anbieter seit 2015 ihre Server auf dem Territorium der Russischen Föderation haben, was einen potenziellen Zugang zu den Nutzerdaten für die Geheimdienste ermöglicht. Im Fall von *Facebook* und *Twitter* führte die neue Regulierung zu mehrjährigen Verhandlungen; die Services sind weiterhin unbegrenzt zugänglich. Im Jahr 2016 wurde in Russland der Zugang zu *LinkedIn* gesperrt (vgl. ROG Internetzensur o.J.).

der Journalist_innen nicht möglich, das ganze Internet oder alle Andersdenkenden dauerhaft zu kontrollieren:

„Das Land schnell in Nordkorea zu verwandeln, wo die ausländischen Journalisten fast schon am Händchen geführt werden, wird nicht klappen, denn es gibt hier eine Vielzahl assimilierter Journalisten, die hier schon 10–15 Jahre leben. Ich kann mir nicht vorstellen, wie man diese Menschen in einen bestimmten Rahmen pferchen will. Das ist einfach unwahrscheinlich.“ (J7, Z. 251–256)

Als eine der positiven Prognosen für die weitere Entwicklung der journalistischen Arbeit im Internet wird in den Interviews die Suche nach alternativen Medienformaten und die weitere Gründung neuer unabhängiger Medienprojekte genannt. Dies lässt sich damit erklären, dass die entlassenen Journalist_innen und Chefredakteur_innen kontinuierlich neue unabhängige Projekte gründen, um dadurch ihre journalistische Arbeit und die Recherchen fortsetzen zu können:

„Die Menschen, die gezwungen werden, zum Beispiel *RBC* oder andere Medien zu verlassen, werden für ihre professionellen Fähigkeiten eine andere Verwendung finden. Somit werden im Internet neue Informationsprojekte mit denselben Beteiligten entstehen. Streng genommen passiert das schon jetzt, z. B. solche Projekte wie *Meduza* und *Inliberty*.“ (J2, Z. 341–345)

„Wir befinden uns auf dem Höhepunkt dieses Kampfes, jetzt werden eins nach dem anderen die großen Medien ausgeschaltet und ich denke, dass wir in der nächsten Zeit verstehen werden, ob das zum endgültigen Tod der Pressefreiheit führen wird oder ob die unabhängigen Medien in dieser neuen Informationsumgebung unsterblich sein werden und von einem abgehackten Kopf drei neue wachsen werden wie bei dem Drachen in den slawischen Sagen.“ (J8, Z. 450–457).

Zum anderen wird die Suche nach neuen Medienformaten mit der weiteren Verstärkung der Multimedialität und Fortsetzung der „Internetisierung“ und Digitalisierung in Russland erklärt (vgl. Kap. 8.2):

„Es gibt eine Vielzahl von Nutzern, dabei gibt es noch Wachstumspotenzial, denn nicht ganz Russland ist abgedeckt. Deshalb werden sich die Internetisierung, die Digitalisierung und der immer größere Zunahme von Informationskonsumenten ins Internet fortsetzen. Das ist ein offensichtlicher Trend.“ (J2, Z. 336–340).

„Deshalb werden sich die Möglichkeiten der Sammlung von *user generated content* verändern, verbessern, aber zweifellos wird es sich entwickeln, weil alle zu digitalisieren und so viele Menschen wie möglich einzubeziehen, ist schon jetzt ziemlich einfach, weil jeder ein Smartphone in der Tasche hat. Also gibt es nur die Frage des Erfinderreichtums und des richtigen Moments.“ (J12, Z. 146–150).

Mit der Verbreitung des Internets und der Änderung der Nutzergewohnheiten werden sich die neu entstehenden Projekte schon von Anfang an mehr auf die Internetnutzer_innen fokussieren:

„[...] zur gleichen Zeit entstehen neue Projekte, die sich von vorne herein an das Publikum im Netz richten. Das betrifft sowohl gesellschaftlich-politische Projekte als auch irgendwelche anwendungsorientierten Projekte wie Stadtführer, Bildungsprojekte, Kultur, Kunst – all das. All das verschiebt sich online.“ (J2, Z. 19–23).

Auch in dieser Hinsicht wird in den Interviews eine eher optimistische Prognose in Bezug auf die weitere Entstehung und Entwicklung der unabhängigen Onlinemedien und -projekte in Russland formuliert.

Die oben mehrmals genannten wirtschaftlichen Faktoren stehen auch bei der Besprechung möglicher Szenarien der weiteren Medien- und Internetentwicklung in Russland im Fokus. In mehreren Interviews wird am Schluss betont, dass für zukünftige Szenarien vor allem die wirtschaftlichen Entwicklungen und Interessen internetbezogener Akteure relevant seien. Da einerseits sowohl die Businessakteure als auch die Medien von der Entwicklung des Internets stark abhängig sind, würde das Abschalten oder eine abrupte Einschränkung des Internetzuganges zu großen finanziellen und damit wirtschaftlichen Verlusten und Kosten führen (vgl. Kap. 2). Andererseits deuten viele Befragte an, dass die weitere Entwicklung der Medienbranche von der Etablierung neuer Finanzierungsmodelle und neuer Vertragsabschlüsse in diesem Bereich abhängig sei.

Insgesamt zeigt der dritte Teil der Interviews deutliche Widersprüche zwischen der Kritik der neu realisierten Onlineeinschränkungen und der generellen Einschätzung des russischen Internets als „freies“ Medium auf. Auf einer Seite wird bestätigt, dass das Internet trotz der etablierten Einschränkungen als freier Kommunikationsraum betrachtet werden kann. Seine komplette Kontrolle wie z. B. die Isolation von ausländischen Verbindungen kann vor allem technisch nicht realisiert werden. So werden in diesem Teil der Interviews noch einmal die Limitierungen der Internetkontrolle in Russland sowie die Rolle von oben dargestellten Makrofaktoren wie wirtschaftliche Entwicklungen oder politischer Kontext verdeutlicht. Obwohl diese Makrofaktoren in der vorliegenden Studie nicht vertiefend untersucht werden, müssen sie innerhalb des Gesamtkomplexes der Rahmenbedingungen verstanden werden, die für das Verständnis der gegenwärtigen Änderungen in der journalistischen Arbeit und der Internetregulierung in Russland eine Rolle spielen. Auf der anderen Seite werden in den Interviews überwiegend pessimistische Prognosen der weiteren Entwicklung der Internetkontrolle in Russland formuliert, die sich auf die bereits begonnenen Einschränkungen beziehen und eine verbietende Tendenz in der Internetregulierung in Russland abbilden.

9. Fazit und Ausblick

Die Entwicklung internetbasierter Technologien veränderte die menschliche Kommunikation grundlegend. Mit dem leichteren Zugang zu verschiedenen Quellen und den Möglichkeiten der schnellen Informationsverbreitung wurden geografische Grenzen und die klare Rollenverteilung zwischen den Sender_innen und Empfänger_innen von Information faktisch überwunden. Wegen der verstärkten Rolle der sozialen Netzwerke und des Bürgerjournalismus wurde erwartet, dass auch in Ländern mit bislang stark kontrollierten Mediensystemen neue Wege für einen freieren Informationsaustausch und die Meinungsäußerung entstehen. In Russland ist mit der landesweiten Verbreitung des Internets von dem Anbruch einer neuen Ära zu sprechen, in der das langjährige Monopol der staatlich kontrollierten Fernsehsender und Printmedien überholt wurde. Wie in anderen Ländern eröffnete das Internet gleichzeitig neue Möglichkeiten für politischen Aktivismus und bürgerliche Partizipation. Die Proteste 2011–2013 in Russland zeigten dies in einer neuen Praxis, bei der das schnelle Wachstum der Internetnutzung und die Onlineverbreitung kritischer Informationen über die Wahlfälschungen zu einer großen politischen Mobilisierung im Land beitrugen. Gleichzeitig ist diese Zeit als ein Wendepunkt in der Geschichte des russischen Internets zu verstehen. Seit dieser Periode unternahm die Regierung große Anstrengungen, um das Internet zu regulieren, was zur Etablierung von neuen Einschränkungsmechanismen im Netz führte. Diese Prozesse sowie die verstärkte Diskussion über das demokratisierende Potenzial des Internets parallel zur Einführung neuer gesetzlicher Normen bilden den Ausgangspunkt dieser Studie. Hier werden die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit im Hinblick auf die vorherigen theoretischen Grundlagen und die Fragestellung zusammengefasst. Darauf folgend werden der Beitrag dieser Forschung zur aktuellen wissenschaftlichen Diskussion verdeutlicht, die eigene Vorgehensweise kritisch diskutiert sowie Anregungen zu den weiteren Studien gegeben.

9.1 Russisches Internet zwischen Freiheit und Kontrolle: Zentrale Ergebnisse

In der vorliegenden Arbeit wurde explorativ untersucht, wie sich die Realisierung von Kommunikationsfreiheit im Internet in Russland mit dem Wandel der gesetzlichen und medialen Rahmenbedingungen seit 2012 aus Sicht von Medienexpert_innen und Journalist_innen verändert. Um diese Forschungsfrage zu beantworten, wurde im

theoretischen Teil gezeigt, welche Methoden der Internetkontrolle in nicht-demokratischen Regimen allgemein verwendet werden und wie die Implementierung dieser Kontrolle durch unterschiedliche Faktoren eingegrenzt wird (Kap. 2). Parallel dazu wurden die allgemeinen Besonderheiten des Mediensystems und des journalistischen Berufs in Russland aufgegriffen, ohne dessen Verständnis die Entwicklung des Internets und die Realisierung der Internetfreiheit nicht untersucht werden können (Kap. 3). Im Weiteren lieferte die Arbeit eine ausführliche Darstellung der wachsenden Rolle des Internets in Russland als Informationsquelle sowie seiner Bedeutung in der politischen Mobilisierung 2011–2013 (Kap. 4 und Kap. 5). Am Beispiel von Statistiken und Umfragen verschiedener Forschungsinstitute wurden hier außerdem einige wichtige Besonderheiten der öffentlichen Wahrnehmung der Kommunikationsfreiheit und Internetzensur in Russland verdeutlicht, welche auch für die Realisierung der gegenwärtigen gesetzlichen Änderungen eine Rolle spielen. Als Grundlage für Experteninterviews wurden die in Russland seit 2012 vorgenommenen gesetzlichen Änderungen sowie ihre Bewertung seitens der Internetexpert_innen und Medienorganisationen dargestellt und analysiert (Kap. 6). So wurden hier die wichtigsten Folgen und Probleme bei der Umsetzung der neuen Gesetzen gezeigt, aber auch konkrete Fallbeispiele der Einschränkungen im russischen Internet aufgeführt. Darauf basierend wurden im empirischen Teil der Arbeit qualitative Experteninterviews mit Onlinejournalist_innen und Blogger_innen durchgeführt, um diese theoretische Perspektive zu erweitern und herauszufinden, welche Änderungen und neue Verhaltensmuster die neuen Einschränkungen im russischen Internet hervorrufen und auf welche Grenzen sie in ihrer Implementierung stoßen.

Wie in Kapitel 7.3 dargestellt, wurden vor der Durchführung der Experteninterviews einige theoretische Annahmen formuliert, die sich auf der analysierten Literatur, den Studien und Berichten verschiedener Forschungsinstitute und NGOs in Russland stützten. Diese sollten die theoretischen Erwartungen der Forschung verdeutlichen. Im Laufe der Analyse wurde festgestellt, dass sich die Wahrnehmung der neuen gesetzlichen Änderungen seitens der Onlinejournalist_innen und Blogger_innen von den Einschätzungen der Medien- und Internetorganisationen unterscheidet. Hier wird auf die theoretischen Annahmen der Studie im Hinblick auf diese abweichenden Positionen noch einmal eingegangen, um die allgemeinen Tendenzen und Unterschiede in den Positionen der Interviewpartner_innen abzubilden:

- Einerseits bestätigen die Interviews die Annahme der Forschung, dass seit der Protestbewegung 2011–2013 eine neue Phase in der gesetzlichen Regulierung des Internets in Russland beginnt, wodurch neue Einschränkungsmechanismen im russischen Netz entstehen. Darunter fallen vor allem die Etablierung und Erweiterung der Liste von verbotenen Informationen, die Verstärkung der Rolle von *Roskomnadsor*, die vermehrten Verfolgungen einzelner Autor_innen und Internetnutzer_innen sowie die Entlassungen in den Redaktionen. Andererseits ist eine wichtige Erkenntnis der Interviews, dass der Einfluss der gesetzlichen Änderungen im Gegensatz zu den theoretischen Erwartungen in den journalistischen Kreisen nicht immer als stark empfunden wird, denn trotz der Kritik an den neuen gesetzlichen Regelungen bleibt ihre Umsetzung häufig nicht „effektiv“. Wie im theoretischen Teil der Arbeit präsentiert, kann eine strenge Internetkontrolle nicht uneingeschränkt realisiert werden, was auch für Russland charakteristisch ist (vgl. Kap. 2). Die Einschränkungsmöglichkeiten im Internet hängen z.B. mit den technischen Besonderheiten der Netz-Infrastruktur, der Rückständigkeit des Staates im Hinblick auf die aktuellen medientechnologischen Entwicklungen und der Rolle des Internets für den Finanz- und Wirtschaftssektor etc. zusammen. Aus diesem Grund wurde die Annahme bestätigt, dass das Internet in Russland trotz der neuen Regelungen aufgrund der veränderten technologischen Entwicklung, seiner wachsenden Popularität als Informationsquelle sowie seines ursprünglich freiheitlichen Charakters, im Vergleich zu den klassischen Medien weniger kontrolliert werden kann und von Onlinejournalist_innen und Blogger_innen als freier Kommunikationsraum wahrgenommen wird. Dies ist außerdem damit zu erklären, dass die neuen Einschränkungen seit 2012 umgegangen werden können und dass es in Russland trotz entsprechender Anstrengungen seitens des Gesetzgebers noch keine effektiven technischen Möglichkeiten für massive Zugangseinschränkungen und eine komplette Isolierung des russischen Internets gibt (vgl. Ausblick).

- Nichtsdestotrotz bestätigen die Interviews, dass die neuen medialen und gesetzlichen Rahmenbedingungen zu bestimmten inhaltlichen, sprachlichen oder strukturellen Anpassungen in der journalistischen Arbeit führen. Unter den wichtigsten negativen Folgen der neuen gesetzlichen Regulierung ist vor allem die Verstärkung der Selbstzensur online zu nennen, was in den früheren Perioden für das russische Internet nicht charakteristisch war. Diese Selbstzensur wurde in allen Interviews angesprochen. Sie findet sowohl in den Medien als auch bei der privaten Kommunikation im Internet statt. Die gleichzeitige Geringschätzung der negativen Rolle von gesetzlichen Änderungen in den Interviews lässt den Rückschluss zu,

dass solche Anpassungen wie Selbstzensur nicht immer als “bewusste“ Strategie wahrgenommen werden bzw. nicht immer bewusst stattfinden. Dies kann als eine, für Russland durch die historischen Besonderheiten des Mediensystems, typische Entwicklung betrachtet werden (vgl. Kap. 3). Darüber hinaus wird die Verstärkung der Selbstzensur im Internet häufig mit der generell sinkenden Professionalität des russischen Journalismus und konkret des Onlinejournalismus begründet. Nichtsdestotrotz erlauben andere Anpassungsstrategien in der Arbeit der Medien oder einzelner Autor_innen – wie z. B. dem Ersetzen verbotener Begriffe oder der Verzicht auf ein festes Redaktionsbüro – die neuen gesetzlichen Änderungen zu umgehen bzw. mögliche Verwarnungen von Aufsichtsbehörden zu vermeiden.

In Bezug auf die Einschätzung der Rolle der gesetzlichen Änderungen gibt es einige abweichende Antworten der Befragten und ist somit auf die mögliche Gruppierung Letzterer einzugehen. Wie in Kapitel 8 bereits erklärt, wurden im Laufe der Analyse keine deutlichen Widersprüche in den Positionen der interviewten Onlinejournalist_innen und Blogger_innen festgestellt. Ohne Zweifel ist dies sowohl mit der Auswahl der Befragten erklärbar als auch mit der Tatsache, dass die Mehrheit der ausgewählten Blogger_innen sehr eng mit dem klassischen Journalismus verbunden ist. Die meisten von ihnen arbeiteten entweder selbst früher als Angestellte in Redaktionen oder waren in Forschungs- und Bildungsprojekten tätig, welche sich inhaltlich mit dem Thema dieser Studie befassen (vgl. Tab. 9). Da gerade diese Expert_innen die strukturellen Änderungen in ihren früheren Redaktionen selbst miterlebten und gezwungen waren, ihre Arbeitsschwerpunkte oder den Beruf komplett zu wechseln, hatten sie hinsichtlich der gesetzlichen Änderungen eine besonders kritische Einstellung. Zudem sprachen Blogger_innen im Vergleich zu den Onlinejournalist_innen mehr über individuelle administrative oder strafrechtliche Verfolgungen, weil sie unmittelbar von diesen bedroht waren. In den Interviews mit den Onlinejournalist_innen wurde dagegen häufiger über strukturelle Änderungen wie z. B. Entlassungen in den Medien gesprochen.

Ein weiterer unerwarteter Befund in Bezug auf die Positionen der Befragten ist, dass gerade die Onlinejournalist_innen aus den oppositionellen Medien (vgl. Kurzporträts in Kap. 7.5.2) in ihren Einschätzungen im Vergleich zu den anderen Befragten eher „optimistisch“ sind. Sie bewerten die gesetzlichen Änderungen und neue Einschränkungsmechanismen als ineffektiv. Das liegt vor allem daran, dass sie stärkere Einschränkungen und die komplette Internetkontrolle aus finanziellen und technischen Gründen für unmöglich halten. Außerdem haben sich bei oppositionell orientierten Medien oder Medien, die von den Entlassungen der

Chefredakteur_innen und Journalist_innen betroffen waren, bereits spezifische strukturelle und sprachliche Anpassungen etabliert. Diese werden im Gegensatz zur Selbstzensur von den Redaktionen inzwischen „bewusst“ implementiert, um mögliche Risiken der Schließung oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften zu vermeiden (so z. B. der Verzicht auf feste Redaktionsbüros, die Registrierung im Ausland, die Erweiterung der juristischen Abteilungen). Darüber hinaus tendieren vor allem diese Medien zu einer außergewöhnlichen Nutzung sprachlicher und stilistischer Formen wie der Paraphrase oder dem Ersetzen bestimmter Begriffe. Dadurch schaffen sie eine „Lücke“, die es erlaubt, dass kontroverse Inhalte in einer allegorischen oder weniger kritischen Gestaltung weiter veröffentlicht werden können (vgl. Kap. 8.1.2).

- Im Fokus dieser Arbeit stellte sich neben der Analyse gesetzlicher Änderungen auch die Frage, welche Rolle in der Realisierung der neuen Regulierung die staatliche und öffentliche Diskussion rund um Kontrolle des Internets in Russland spielen. Im theoretischen Teil wurde gezeigt, dass die Beeinflussung der öffentlichen Meinung sowie eine absichtliche Verstärkung der Diskussion über die Gefahren des Internets (so z. B. von Extremismus oder Fake News) als eine der indirekten Methoden der Internetkontrolle genutzt werden können (vgl. Kap. 2). Gleichzeitig wird die Effizienz der neuen rechtlichen Regulierung in Russland durch das besondere Verständnis der Kommunikationsfreiheiten sowie die konforme Wahrnehmung dieser Einschränkungen verstärkt. Deswegen wurde vor der Durchführung der Interviews erwartet, dass durch die neuen gesetzlichen Regulierungen sowie die negative Berichterstattung der staatsnahen Medien eine neue öffentliche Diskussion in Bezug auf die Rolle des Internets als Informationsquelle in Russland befördert und das Internet somit in der öffentlichen Diskussion stärker negativ wahrgenommen wird.

Jedoch deckten die Interviews einige davon abweichende Phänomene auf. Einerseits hoben viele Befragte in ihren Antworten das allgemeine Problem der fehlenden Zivilgesellschaft hervor, wodurch die Einschränkungen der Kommunikationsfreiheit nach der Einschätzung der Expert_innen keine große Aufmerksamkeit in der russischen Gesellschaft erfahren. Auch durch die verstärkte Diskussion über die Gefahren des Internets und dem stärkeren Einbeziehen in die Internetnutzung von konservativ sozialen Gruppen, die früher als klassische Fernsehnutzer_innen bezeichnet werden konnten (vgl. Kap. 8.2), wird die Internetkontrolle in Russland eher stärker nachgefragt.

Andererseits zeigten die Experteninterviews eine entgegengesetzte Tendenz auf. Obwohl der Staat mit der Entwicklung internetbasierter Technologien kontinuierlich versucht, seine eigene Onlinepräsenz zu verstärken sowie durch eine massive Berichterstattung über die angeblichen Gefahren des Internets dessen Rolle als Informationsquelle zu diskreditieren, führen die allgemein wachsende Internetnutzung und die kontinuierliche Weiterentwicklung von Onlineangeboten dazu, dass Einschränkungen im Internet von den aktiven Nutzer_innen eher negativ wahrgenommen werden. Im Gegensatz zu den theoretischen Erwartungen erfahren somit auch die Internetfreiheit und die schnelle, unbeschränkte Zugänglichkeit von Informationen einen höheren Wert in der russischen Gesellschaft. Wie oben bereits aufgeführt, können dadurch die neuen Restriktionen im russischen Internet nur bedingt und schrittweise eingefügt werden.

Zusammenfassend lassen sich in Bezug auf die etablierten Einschränkungsmechanismen im russischen Internet und deren Auswirkungen auf die journalistische Arbeit einige widersprüchliche Phänomene feststellen, die gleichzeitig die ambivalenten Verhältnisse zwischen den Praktiken und Grenzen der Internetkontrolle in Russland aufdecken. So wurde im theoretischen Teil der Arbeit gezeigt, dass mit der Entwicklung von Internettechnologien in hybriden politischen Regimen eher indirekte Methoden der Internetkontrolle implementiert werden, die primär die Arbeit der Internetprovider oder das Verhalten der Nutzer_innen beeinflussen. Dies lässt sich auch in Russland in der hier analysierten Periode 2012–2016 beobachten. So verdeutlichen die Ergebnisse der Studie, dass die neuen gesetzlichen Änderungen, die z. B. Ziele wie Internetsicherheit und den Kampf gegen Extremismus proklamieren, vor allem zur Etablierung „tabuisierter“ Themen und somit zu einer starken Vorsicht von Autor_innen beim Publizieren kritischer Onlinebeiträge führen. Gleichzeitig werden seit dieser Zeit in Russland aber auch Maßnahmen wie direkte Sperrungen von Webseiten, strafrechtliche Verfolgungen und Verhaftungen von Internetnutzer_innen angewendet, was die heutige Regulierung des Internets in Russland von früheren Perioden unterscheidet. Nichtsdestotrotz belegen die hier gewonnenen Ergebnisse, dass die Möglichkeiten der Internetkontrolle in Russland von technischen Besonderheiten, ökonomischen Entwicklungen und soziopolitischen Bedingungen stark abhängig sind. Diese Faktoren stellen wichtige Rahmenbedingungen dar, durch welche die Einführung der neuen Einschränkungen im Internet durch mögliche wirtschaftliche Verluste, ein negatives Image des Gesetzgebers oder den technischen Aufbau des russischen Internets beschränkt werden. Außerdem werden viele der verabschiedeten Gesetze in Russland nicht komplett umgesetzt

oder können umgegangen werden, wodurch ihre Auswirkung auf journalistische Onlinearbeit auch eingeschränkt bleibt.

9.2 Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion

Die vorliegende Arbeit leistet einen wichtigen wissenschaftlichen Beitrag zu der aktuellen Medien- und Internetforschung, der an dieser Stelle noch einmal konkretisiert wird.

Einerseits legt diese Studie eine umfassende literaturbasierte Analyse vor und ermöglicht dadurch einen neuen Zugang zu dem erforschten Material, in dem unterschiedliche Arten von öffentlich zugänglichen Quellen wie Gesetzestexte, soziologische Umfragen, Berichte von Medienorganisationen und NGOs, aber auch aktuelle Medienmeldungen einbezogen und behandelt werden. Darunter befinden sich auch viele relevante russischsprachige Quellen, die sich mit der Internetnutzung und -regulierung befassen. Auf Basis einer gründlichen Literatur- und Dokumentenanalyse wurden die wichtigsten Änderungen im russischen Mediensystem und in den gesetzlichen Regelungen untersucht, die zusammen mit den Entwicklungen des Internets in Russland stattfanden. Zudem liefert die Dissertation eine ausführliche Darstellung der wichtigsten Statistiken und Besonderheiten der Internetentwicklung und Internetnutzung in Russland, welche die Möglichkeiten seiner Regulierung auch beeinflussen und in den früheren Studien noch nicht systematisch erfasst wurden.

Andererseits gewährt die vorliegende Arbeit dank der qualitativen Vorgehensweise und Durchführung von Experteninterviews einen tiefgehenden Einblick in die analysierten Prozesse nicht nur aus theoretischer, sondern auch aus praktischer Perspektive. Während sich viele Forschungsprojekte auf die Berichterstattung der (vor allem klassischen) Medien in Russland konzentrieren, bietet diese Studie einen qualitativ orientierten Ansatz mit Einbeziehung des Expertenwissens von Onlinejournalist_innen und Blogger_innen, deren Arbeit in Russland von den neuen medialen und gesetzlichen Rahmenbedingungen seit 2012 unmittelbar beeinflusst wird. Dank der Offenheit und Flexibilität der qualitativen Vorgehensweise konnten hier viele neue Sachverhalte und unterschiedliche Faktoren exploriert werden, die für die Realisierung der Internetfreiheit in Russland bedeutend sind. Gleichzeitig schuf die vorherige Literatur- und Dokumentenanalyse die notwendige theoretische Basis für die Interviews und ermöglichte durch den Vergleich der empirischen Ergebnisse mit den theoretischen Annahmen auch widersprüchliche Phänomene aufzudecken.

Die ersten Interviews fanden mit einer breiteren Gruppe von Medienexpert_innen (Forscher_innen, Medienjurist_innen, Vertreter_innen der NGOs) statt. Diese ermöglichten in der Folge einen besseren Zugang zum Forschungsfeld und zu weiteren relevanten Expert_innen. Ein wichtiger wissenschaftlicher Gewinn dieser Arbeit besteht vor allem darin, dass sie sich stark auf oppositionelle und nicht-staatliche Onlinemedien bezieht, deren Rolle im russischen Mediensystem in anderen wissenschaftlichen Studien bis jetzt noch wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Das weitere Erforschen dieser Gruppe von Medien erscheint deshalb besonders wichtig, weil gerade sie unter dem Druck der neuen gesetzlichen Regulationen stehen, sich an die neuen Rahmenbedingungen stark anpassen müssen, im Vergleich zu den staatsnahen Medien in Russland aber nicht direkt kontrolliert werden können.

Wie in der Einleitung bereits formuliert, stammen viele Arbeiten zum Mediensystem und zu den Kommunikationsfreiheiten in Russland aus einer Zeit, als die Entwicklung des Internets noch in den Anfängen steckte. Diese Untersuchung bietet dagegen eine systematische Analyse der gegenwärtigen medialen Entwicklungen und deckt den Zeitraum ab, in dem das Internet in Russland landesweite Bedeutung erfuhr. Zweifelsohne entstanden seit 2013, als diese Arbeit begonnen wurde, auch weitere Studien, die sich z. B. auf die Entwicklung der sozialen Medien oder die Verstärkung der staatlichen Internetkontrolle fokussieren. Diesem Thema widmet sich beispielsweise gerade die aktuelle Forschung, die sich mit den Einschränkungen der Internetfreiheit, die in nicht-demokratischen Regimen wie Russland nicht nur durch Restriktionen oder Internetzensur, sondern auch durch die Stärkung eigener Kommunikationsstrategien und neuer proaktiver digitaler Technologien vorangetrieben wird, auseinandersetzt. Parallel dazu wird in aktuellen Untersuchungen immer mehr darüber diskutiert, welche Rolle der *User Generated Content* für die Realisierung der Kommunikationsfreiheit und für das Mediensystem Russlands mit staatlich realisierten Einschränkungen spielen kann.⁸⁹ Die vorliegende Arbeit erweitert den aktuellen Forschungsstand, indem sie die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen in den russischen Medien mit der wachsenden Rolle des Internets und der parallelen Verschärfung seiner Regulierung aus Perspektive von Medienexpert_innen und Journalist_innen anbietet. Der wichtige Beitrag der Studie besteht darin, dass hier nicht nur die Einschätzungen der Befragten analysiert, sondern auch die konkreten Reaktionen und Anpassungsstrategien unter russischen Journalist_innen und Blogger_innen aufgezeigt werden.

⁸⁹ Siehe mehr dazu z. B. in den neu erschienenen Studien von Litvinenko/Toepfl (2019) und Bodrunova/Koltsova (2019).

Gleichzeitig wurde in dieser Arbeit mehrmals hervorgehoben, dass die Realisierung der Kommunikationsfreiheit im Internet sowie die Effizienz ihrer Einschränkungen nur in einem länderspezifischen Kontext verstanden werden können. So zeigt diese Studie, dass die Möglichkeiten der Internetregulierung zum einen durch die wachsende Internetnutzung sowie Besonderheiten der Netz-Infrastrukturen geprägt bzw. eingegrenzt sind. Auch die neuen Regulierungen können z. B. nur mit der Implementierung von neuen Technologien, Softwareprogrammen oder der Schaffung neuer Infrastrukturen umgesetzt werden. Zum anderen findet die Realisierung der Kommunikationsfreiheiten in einem bestimmten soziokulturellen und politischen Kontext statt. Im Gegensatz dazu werden die Einschränkungen und Prozesse in den russischen Medien häufig aus westlicher Perspektive betrachtet, ohne dass die historische Entwicklung in Russland und das damit verbundene besondere Verständnis von Kommunikationsfreiheit berücksichtigt werden. Die vorliegende Untersuchung schließt diese Lücke, indem sie einen starken Fokus auf die Darstellung und Analyse der gegenwärtigen Änderungen in Betracht der historisch-kulturellen Besonderheiten in Russland legt.

Nichtsdestotrotz kann diese Studie auch als Grundlage für Forschungen in Bezug auf andere Fälle dienen und somit einen Beitrag zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Rolle des Internets in kontrollierten Mediensystemen im Allgemeinen leisten. Dies bezieht sich besonders auf die Länder der GUS-Region, wo viele Mechanismen der Internetregulierung nach dem Vorbild Russlands realisiert bzw. direkt übernommen werden (vgl. Kap. 2). Im Jahr 2017 wurden z. B. aktiv die Gesetzentwürfe über den Schutz von Jugendlichen vor „Homosexuellenpropaganda“ und über die strafrechtliche Verfolgung von „Propaganda des Selbstmords“ im Internet in Kasachstan diskutiert, die zu den beiden in Russland geltenden Gesetzen analog sind (vgl. Koskina 2017). Dabei bleibt die Rolle von nicht-staatlichen bzw. oppositionellen Medien in Kasachstan wie in Russland weniger erforscht. In weiteren Studien dazu können die methodologischen Grundlagen der vorliegenden Arbeit verwendet werden.

Es ist zudem festzustellen, dass die Möglichkeiten der Internetkontrolle weiter vervollkommen werden und neue Formen bekommen. So bezeichnete *Freedom House* 2018 die Lage der Internetkontrolle weltweit als „The Rise Of Digital Authoritarianism“ (vgl. *Freedom on the Net* 2018). Dabei fangen einzelne nicht-demokratische Länder nicht nur an, Einschränkungen auf ihrem eigenem Territorium einzuführen, sondern auch in Fragen der Internetregulierung mit anderen nicht-demokratischen Ländern zu kooperieren und sich

auszutauschen (vgl. ebd.). Im Juni 2019 wurde nach dem Treffen von Wladimir Putin und dem Staatspräsidenten der Volksrepublik China, Xi Jinping, beschlossen, den Austausch zwischen Russland und China „im Bereich der gesetzgeberischen Regulierung von Aktivitäten im Informationsraum“ zu verstärken und „die Grundsätze der Internet-Governance im Einklang mit dem Völkerrecht und dem innerstaatlichen Recht gemeinsam zu fördern“ (vgl. Tadviser.ru 2019, Übers. I. K.). Die beiden Länder einigten sich auch darauf, „die Kontakte zur internationalen Informationssicherheit auszubauen [...], Maßnahmen zum Schutz und zur Stabilität des Betriebs kritischer Informationsinfrastrukturen zu verstärken“ und „den unangemessenen Beschränkungen des Zugangs zum Markt für Produkte der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie den unangemessenen Beschränkungen in Bezug auf den Export von High-Tech-Produkten unter dem Vorwand der Gewährleistung der nationalen Sicherheit entgegenzuwirken“ (vgl. ebd., Übers. I. K.). Gleichzeitig werden staatliche Einschränkungen im Internet immer stärker unter dem Vorwand einer angeblichen Terrorismus- oder Fake News-Bekämpfung eingeführt. Außer in Russland wurden 2018–2019 weitere restriktive Gesetze z. B. in Ägypten, Iran und China verabschiedet, die vor allem soziale Medien regulieren und Haftstrafen für Falschnachrichten sowie Sperrungen von ausländischen sozialen Netzwerken und Kommunikationsdiensten vorsehen (vgl. Freedom on the Net 2018). Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die weitere Entwicklung und Verschärfung der Methoden der Internetregulierung eine weltweite Tendenz bleiben und dass in nicht-demokratischen Regimen häufig gleiche Szenarien der Internetregulierung und Einschränkungen gegen unabhängigen Journalist_innen und Autor_innen angewendet werden. Obwohl die vorliegende Studie sich auf die Auswirkungen des neuen gesetzlichen Rahmens auf die journalistische Arbeit in Russland fokussiert, können die hier erarbeiteten theoretischen und methodologischen Grundlagen auch für Fallanalysen in anderen Ländern benutzt werden.

9.3 Ausblick, Limitierungen und Anregungen zu weiteren Studien

Im Laufe dieser Studie entstanden viele neue Fragen und Forschungsperspektiven, auf die in zukünftigen Untersuchungen eingegangen werden kann. Gleichzeitig ergaben sich vor allem bei der Vorbereitung und Durchführung von Interviews auch einige Limitierungen, die für die Darstellung des Geltungsbereichs der vorliegenden Arbeit noch einmal kritisch diskutiert werden müssen.

So wurden z. B. die Änderungen der öffentlichen Diskussion über die Internetfreiheit in Russland hier nur aus der Sicht von befragten Expert_innen dargestellt. Für das weitere und detailliertere Erforschen dieser Frage ist auch die Einbeziehung der Nutzerperspektive notwendig. In Bezug auf die Vorgehensweise der Arbeit ist anzuführen, dass der hier gewährleistete methodologische Zugang eine tiefgehende Analyse der untersuchten Sachverhalte aus der Sicht der Befragten bietet. In weiteren Studien wäre eine Kombination qualitativer und quantitativer Methoden mit einer Ermittlung von statistischen Zusammenhängen denkbar, was – den Besonderheiten der qualitativen Forschung entsprechend – eine höhere Objektivität der Daten gewährleisten würde.

Bei der Betrachtung der Forschungsergebnisse muss zudem berücksichtigt werden, dass in dieser Studie nur eine bestimmte, ausgewählte Gruppe von Medien repräsentiert ist. Wie eingangs bereits angegeben, wurden z. B. die regionalen Unterschiede in der Entwicklung der russischen Medien nicht berücksichtigt (vgl. Einleitung). Diese können als Forschungsgegenstand für weitere Forschungsprojekte – besonders im Hinblick auf die hier thematisierte Gründung von unabhängigen Online- und Nischenprojekten – dienen. Auch die Entwicklung in staatlichen oder staatsnahen russischen Medien können in Kombination mit den Ergebnissen dieser Studie analysiert werden. Der ursprüngliche Fokus der vorliegenden Arbeit lag auf den gesetzlichen Änderungen der Internetregulierung, deren verstärkte Einführung seit 2012 auch zum Impuls dieser Untersuchung wurde. Andere Formen staatlicher Internetkontrolle wie z. B. das Schaffen von Gegeninformationen, Trolling oder Falschmeldungen können in weiteren Studien ausführlicher erforscht werden.

Ein wichtiger Punkt besteht außerdem darin, dass sich die Netzpolitik in politisch dynamischen Kontexten in einem ständigen Wandel befindet (vgl. Stier 2017, S. 240). Diese Arbeit bezieht sich auf den gezielt ausgewählten Zeitraum 2012–2016, weil sich die gesetzliche Regulierung des russischen Internets gerade in dieser Periode rasant veränderte. Als eine mögliche Limitierung dazu ist anzugeben, dass die Interviews im Jahr der Parlamentswahlen 2016 und während einer starken Wirtschaftskrise in Russland durchgeführt wurden. Aus diesem Grund kann in dieser Zeit von generell größeren politischen und gesellschaftlichen Spannungen ausgegangen werden. Darüber hinaus wurden die Interviews direkt nach der Entlassung der Hauptredakteur_innen der Medienholding *RBC* durchgeführt (vgl. Kap. 7.5.2), was die Emotionen der Befragten und ihre Bereitschaft zur Teilnahme an den Interviews sowie ihre Offenheit möglicherweise beeinflusste.

Gleichzeitig zeigen die späteren Entwicklungen nach 2016 eine weitere drastische Verschärfung der Internetregulierung und Sperrungsmöglichkeiten in Russland. Als der empirische Teil dieser Arbeit abgeschlossen war, trat das bereits erwähnte „Jarowaja Paket“ in Kraft (vgl. Kap. 6.1). Dieses Gesetz führte mehrere neue Straftatbestände ein und ermöglichte es den Sicherheitsdiensten von Telekommunikationsanbietern den Zugang zu Nutzerdaten inklusive der verschlüsselten Korrespondenz einzufordern (vgl. Meduza 2017). Im April 2018 wurde *Telegram Messenger* nach einer Moskauer Gerichtsentscheidung für das Territorium Russlands gesperrt, was als ein deutliches Beispiel für die vermehrte Anwendung direkter Sperrungen in Russland betrachtet werden kann. *Freedom House* bezeichnete die Sperrung von *Telegram* als „one of this year’s most obvious manifestations of the government’s repressive approach to the internet.“ (vgl. Freedom on the Net 2018 Russia) Auch im öffentlichen Diskurs wurde die Sperrung negativ und als Angriff gegen die Meinungsfreiheit im Netz wahrgenommen (vgl. ebd.). Bemerkenswert in Bezug auf die Umsetzung solcher Einschränkungen in Russland ist aber, dass die Gerichtsentscheidung zur Zeit des Verfassens dieser Dissertation noch nicht umgesetzt wurde: Messenger kann durch die Installation von Proxy-Servern unbegrenzt genutzt werden; *Telegram*-Kanäle werden weiter von den Medien, prominenten Blogger_innen, Meinungsführer_innen und sogar Politiker_innen und Regierungsbeamten selbst geführt (vgl. Snob.ru 2018) (auch die Ergebnisse der Interviews zeigen, dass viele technische Einschränkungen umgegangen werden können).

Im März 2019 wurden zwei neue Gesetze unterzeichnet, die die Möglichkeiten willkürlicher Sperrungen im Internet erweitern. Das sogenannte „Gesetz gegen Fake News“ erhebt eine Strafe von bis zu 1,5 Mio. Rubel (ca. 21,4 Tausend Euro) für die Verbreitung falscher Informationen und ermöglicht *Roskomnsador*, den Zugang zu Webseiten direkt nach einer ersten Verwarnung einzuschränken (vgl. Spiegel Online 2019). Nach dem zweiten Gesetz gegen die „Missachtung staatlicher Organe“ werden die Bürger_innen für die Verbreitung von Informationen bestraft, die „eine eklatante Respektlosigkeit gegenüber der Gesellschaft, der Regierung, den offiziellen Regierungssymbolen, der Verfassung oder den Regierungsorganen Russlands aufweisen“ (vgl. Netzpolitik.org 2019). Da diese Gesetze sehr vage Formulierungen enthalten, können sie vor allem für die Bekämpfung nicht erwünschter Oppositioneller, Aktivist_innen und Journalist_innen genutzt werden, von denen viele die neuen Regelungen als „Einführung der direkten Zensur im Land“ bezeichneten (vgl. Dekoder 2019).

Während der Anfertigung dieser Dissertation wurde im Jahr 2019 außerdem eines der umstrittensten Gesetze über das „souveräne Internet“ bzw. die „Isolierung des RUNETs“ unterzeichnet (vgl. Gesetz N 608767-7). Laut diesem Gesetz sind alle Internetprovider verpflichtet, eine spezielle Technik zu installieren, mithilfe derer *Roskomnadsor* den Datenverkehr im Fall einer Bedrohung „von außen“ lenken und die Verbindungen zu den ausländischen Servern abschalten kann. Was als eine derartige Bedrohung „von außen“ angesehen und definiert wird und wie die vorgeschriebenen Maßnahmen technisch umgesetzt werden sollen, wird im Gesetz nicht weiter präzisiert. Auch dieses Gesetz stieß auf massive Kritik und wurde als erster Schritt zu einem russischen *Firewall* gesehen. In einer gemeinsamen Deklaration von *Reporter ohne Grenzen* und *Human Rights Watch* wurde von beiden Organisationen hervorgehoben, dass diese neue Regulierung gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und den von Russland unterzeichneten UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte verstoße (vgl. Svoboda.org 2019). Nach der Umsetzung dieses Gesetzes werden die russischen Internetnutzer_innen künftig gezwungen, auf den nationalen Domains zu bleiben. Dies ist als nächster Schritt der zunehmenden Internetkontrolle in Russland zu sehen und verdeutlicht die kontinuierliche Verschärfung der staatlichen Regulierung des Internets.

Parallel dazu ist jedoch ein rasantes Wachstum des IT-Bereichs und IT-Unternehmen in Russland zu beobachten. 2019 präsentierte das britische IT-Unternehmen *SimilarWeb* Statistiken zu den führenden Internetunternehmen weltweit nach Zahl der Besucher_innen (vgl. Novaya Gazeta 2019b). Bemerkenswert ist, dass die russische Suchmaschine *Yandex* in diesem Ranking den 10. Platz einnahm und somit höher als beispielsweise *Amazon* platziert ist. Das soziale Netzwerk *vk.com* befindet sich auf Platz 14, *Mail.ru* auf Platz 19. Dabei wurden unter den TOP-20 keine europäischen und nur zwei Unternehmen aus China genannt (vgl. ebd.). Somit hat sich die wirtschaftliche Bedeutung des Internets in Russland trotz der neuen Regulierungen kontinuierlich gesteigert, was bei der Verabschiedung der neuen Gesetze nicht ignoriert werden kann. Andererseits kann die Stärkung russischer Internetunternehmen und inländischer Anbieter gegenüber westlichen Konkurrenten als Schritt gesehen werden, Kapazitäten für die weitere „Isolierung“ und Unabhängigkeit des russischen Internets von ausländischen Anbietern zu schaffen.

Diese Prozesse zeigen, dass das Thema der Internetregulierung in Russland auch für die Forschung hoch relevant bleiben wird. Bei zukünftigen wissenschaftlichen Untersuchungen wäre es denkbar, spätere gesetzliche Änderungen und die technologische Entwicklung in

Russland nach 2016 detaillierter zu analysieren. Sie wurden in dieser Studie nur exemplarisch genannt, spielen aber für die Arbeit der Onlinemedien und Internetanbieter eine große Rolle und schaffen gleichzeitig neue Möglichkeiten für die staatliche Internetkontrolle. Dafür kann die methodologische Herangehensweise empfohlen werden, die in dieser Arbeit erarbeitet wurde.

Insgesamt ist auch anzuführen, dass das hier vorgestellte Thema von unterschiedlichen Teildisziplinen der Kommunikationswissenschaft sowie an der Schnittstelle mit anderen Disziplinen weiter erforscht werden kann. Wie im theoretischen Teil dieser Arbeit diskutiert, stößt die Realisierung von Kommunikationsfreiheiten und damit auch der Internetfreiheit durch den Verstoß oder die Realisierung von anderen Grundrechten an ihre Grenzen, was in rechtswissenschaftlichen Studien genauer untersucht werden kann. Die Gewährleistung von Kommunikationsfreiheit im Internet ist gleichzeitig mit mehreren neuen Herausforderungen wie dem Datenschutz, der Verbreitung personenbezogener Daten, Cybermobbing, Desinformationen etc. verbunden. Gleichzeitig führt auch die technische Konvergenz der Medien aus regulatorischer Sicht zu immer neuen Herausforderungen. Wie in dieser Arbeit gezeigt wurde, werden viele gesetzliche Regelungen in Russland auf die Onlinesphäre übertragen (wie z. B. die Registrierung von Suchmaschinen oder Blogs als Massenmedium mit entsprechenden Rechten und Pflichten). Diese Prozesse können im Fokus zukünftiger Untersuchungen liegen.

Inwiefern neue Einschränkungsmechanismen durch den technischen Aufbau der Netzarchitekturen konkret beeinflusst werden, kann aus technischer Perspektive untersucht werden. Wie bereits bei den Limitierungen der Forschung erwähnt, steht außerdem die weitere rasante Entwicklung von Messengern wie *WhatsApp* oder *Telegram* im Zentrum der aktuellen medialen Prozesse. Welche Rolle diese neuen Kanäle auch in der journalistischen Arbeit in Russland und weltweit spielen werden und inwieweit sie von den gesetzlichen Regelungen betroffen sind, muss im Rahmen weiterer Studien analysiert werden.

Im Anschluss können die Eingriffe gegen Internetfreiheit aus vergleichender internationaler Perspektive untersucht werden. Gleichzeitig ist zu kritisieren, dass das Erforschen von Kommunikationsfreiheiten aus einem eurozentristischen Verständnis überwunden werden muss. Wie oben bereits hervorgehoben, wurde in dieser Dissertation ein Beitrag dazu geleistet. Auch in künftigen wissenschaftlichen Studien sollten die Begrifflichkeiten sowie die unterschiedlichen sozio-politischen Kontexte anderer Regionen mehr berücksichtigt werden.

10. Literaturverzeichnis

1tv.ru (2017): V.Putin: v Internete dolžno byt' razrešeno vse, čto ne zapreščeno zakonom. https://www.1tv.ru/news/2017-07-21/329268-v_putin_v_internete_dolzhno_byt_razresheno_vse_čto_ne_zapresheno_zakonom (Zugriff: 04.11.2019).

Advisory Council on International Affairs (2014): The Internet. A Global Free Space With Limited State Control. No. 92, November 2014. <https://www.ivir.nl/syscontent/pdfs/83.pdf> (Zugriff: 17.11.2019).

Agora (2012): Rossiya kak global'naja ugroza svobodnomu Internetu. <http://eliberator.ru/files/АГОРА.%20Несвобода%20Интернета%202012.pdf> (Zugriff: 10.11.2019).

Agora (2015): Svoboda interneta 2015: toržestvo cenzury. https://meduza.io/static/internet_freedom/АГОРА.-Свобода-интернета-2015.pdf (Zugriff: 10.11.2019).

Agora (2017): Rossiya. Svoboda interneta 2016: na voennom položenii. https://meduza.io/static/0001/Agora_Report_2017_Internet.pdf (Zugriff: 14.11.2019).

Albrecht, Erik (2008): Die Meinungsmacher. Journalistische Kultur und Pressefreiheit in Russland. Köln: Halem.

Albrecht, Erik (2011): Putin und sein Präsident. Zürich: Orell Füssli Verlag AG.

Alexa.com (o.J.): Top Sites in Kazakhstan. <https://www.alexa.com/topsites/countries/KZ> (Zugriff: 09.11.2019).

Alexanyan, Karina (2009): The Runet–Lost in Translation. In: Russian Analytical Digest, Vol. 69, December 2009, 3–6.

Alexanyan, Karina (2013): The Map and the Territory: Russian Social Media Networks and Society. ProQuest Dissertations Publishing. <https://search.proquest.com/docview/1316907452?pq-origsite=primo> (Zugriff: 09.11.2019).

Alexanyan, Karina (2014): Civic Responsibility and Empowerment: Citizen Journalism in Russia. In: Thorsen, Einar/Allan, Stuart (Hg.) (2014): Citizen Journalism Global Perspectives, Bd. 2. New York: Peter Lang, 260–272.

Amelina, Anna (2006): Propaganda oder Autonomie. Das russische Fernsehen von 1970 bis heute. Bielefeld: Transcript.

Amnesty International (2015): Andrej Soldatov: Est' li massovaja sležka v Rossii? <https://amnesty.org.ru/ru/2015-04-10-slezhka/> (Zugriff: 04.12.2017).

Amnesty International (2017): Russland 2017. <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2017/russland#section-11939> (Zugriff: 12.11.2019).

Anikina, Maria (2009): The Youth Audience in Russia: Between New and Traditional Media. In: Vartanova, Elena/Nieminen, Hannu/Salminen, Minna-Mari (Hg.): Perspectives to the

Media in Russia: „Western“ Interests and Russian Developments. Aleksanteri Series 4/2009. Gummerus Printing, Helsinki.

Anikina, Maria (2012): Researching the Transforming Journalistic Cultures in Russia. In: Westnik Mosovskogo Universitaeta. Nr. 4, 7–21.

Anstageslicht.de (2016): Eine kleine Chronologie der NOWAJA GASETA. <https://www.anstageslicht.de/themen/mutige-journalisten/nowaja-gaseta-die-neue-zeitung-in-russland/eine-kleine-chronologie-der-nowaja-gaseta/> (Zugriff: 09.09.2019).

Appenzeller, Simon/Flemming, Felix/Küpper, Lena (Hg.) (2012): Bürgerproteste im Spannungsfeld von Politik und Medien. Berlin: Frank & Timme Verlag.

Asmolov, Alexander (2012): Vlast' Dolzhna Ponyat, Chto My Zhivym v Drugoi Realnosti [Authorities Have to Understand that We Live in Another Reality] (Interview). Moskovskije Novosti, 28 March. <http://www.mn.ru/politics/20120328/314447137.html> (Zugriff: 13.11.2019).

Asmolov, Gregory (2015): Welcoming the Dragon: The Role of Public Opinion in Russian Internet Regulation. In: Internet Policy Observatory, Nr. 2, 1–13.

Asmolov, Gregory/Kolozaridi, Polina (2017): The Imaginaries of Runet: The Change of the Elites and the Construction of Online Space. In: Russian Politics, Nr. 2, 54–79.

Asmolov, Gregory/Machleder, Josh (2011): Social Change and the Russian Network Society: Redefining Development Priorities in New Information Environments. In: Internews. August 2011. http://www.internews.org/sites/default/files/resources/Internews_Research_RussiaNetworkSociety1.pdf (Zugriff: 23.10.2018).

Assoziation der Internetnutzer (2014): Svoboda interneta 2014: Vlasti ne ostavljajut internetu vybora. <http://freerunet.ru/runet-freedom2014/> (Zugriff: 20.07.2017).

Attelander, Peter (2006): Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin: Erich Schmidt Verlag.

Balkin, Jeck (2004): Digital Speech and Democratic Culture: A Theory of Freedom of Expression for the Information Society. In: New York University Law Review 79 (1), 1–55.

Ballin, André (2006): Die regionalen Medien in Russland, dargestellt am Beispiel der Regionen Krasnodar, Kaliningrad und Baschkortostan. Rostock, Dissertation. http://rosdok.uni-rostock.de/file/rosdok_derivate_000000003620/Dissertation_Ballin_2006.pdf (Zugriff: 11.09.2019).

Barbashin, Anton (2011): Blogosphäre in Russland: Viel Dampf, wenig Veränderung. Interview mit Oleg Kaschin vom 3. November 2011. <https://www.boell.de/de/demokratie/europa-nordamerika-blogosphaere-in-russland-ohne-blogs-haette-es-laengst-aufstaende-gegeben-13252.html> (Zugriff: 12.11.2019).

BBC Russland (2013): Lysenko: „Ja ne verju v nezavisimoe televidenie“ (Interview mit Anatolij Lysenko). http://www.bbc.co.uk/russian/russia/2013/06/130622_public_tv_russia_interview.shtml (Zugriff: 09.11.2019).

- BBC Rusland (2015): Izdatel' Forbes prodal rossijskij biznes. https://www.bbc.com/russian/rolling_news/2015/09/150917_rn_alex_springer_russia (Zugriff: 13.11.2019).
- Becker, Jonathan (2004): Lessons from Russia: A Neo-Authoritarian Media System. In: European Journal of Communication 19 (2), 139–163.
- Benedek, Wolfgang/Kettemann, Matthias C. (2013): Freedom of Expression and the Internet. Paris: Council of Europe Publishing.
- Bizhit.ru (2015): Internet v Rossii: ego značenie, celi i vremja ispol'zovanija. http://www.bizhit.ru/index/internet_v_rossii_i_ego_znachenie/0-593 (Zugriff: 05.07.2018).
- Bizhit.ru (o.J.): Gosėksperty o kontrole gosudarstva nad internetom. http://www.bizhit.ru/index/ru_gos_ėksperty_o_kontrole_gosudarstva_nad_internetom/0-547 (Zugriff: 11.09.2016).
- BloombergBusinessWeek Magazin (2010): Facebook's Russian Campaign http://www.businessweek.com/magazine/content/11_02/b4210032487137.htm (Zugriff: 27.02.2019).
- Bode, Nicole/Makarychev, Andrey (2013): The New Social Media in Russia: Political Blogging by the Government and the Opposition. In: Problems of Post-Communism 60 (2), 53–62.
- Bodrunova, Svetlana (2013): Fragmentation and Polarisation of the Public Sphere in the 2000s: Evidence from Italy and Russia. In: Global Media Journal 3 (1), 1–35.
- Bodrunova, Svetlana/Litvinenko, Anna (2012): Hybridization of the Media System in Russia: Technological and Political Aspects. In: World of Media 2012. Ed. E. Vartanova, Moscow State University, 37–50.
- Bodrunova, Svetlana/Litvinenko, Anna (2013): New Media and the Political Protest: The Formation of a Public Counter-Sphere in Russia of 2008–12. In: Makarychev, Andrey/Mommen, Andre (Hg.) (2013): Russia's Changing Economic and Political Regimes. London, New York: Routledge, 29–66.
- Bodrunova, Svetlana/Koltsova, Olessia (2019): Public Discussion in Russian Social Media: An Introduction. In: Media and Communication 7 (3), 114–118.
- Bovt, Georgy (2002): The Russian Press and Civil Society: Freedom of Speech versus Freedom of Market, in: Marsh, Christopher/Gvosdev K. Nikolas (Hg.): Civil Society and the Search for Justice in Russia, Lanham: Lexington Books, 91–104.
- BR-Analytics.ru (2018): Social'nye seti v Rossii: Cifry i trendy, osen' 2018. <https://br-analytics.ru/blog/socseti-v-rossii-osen-2018/> (Zugriff: 15.11.2019).
- Breuer, Franz et al. (2009): Reflexive Grounded Theory. Eine Einführung für die Forschungspraxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brüsemeister, Thomas (2008): Qualitative Forschung: Ein Überblick. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Bruhn Jensen, Klaus (2002): The Qualitative Research Process. In: A Handbook of Media and Communication Research. Qualitative and Quantitative Methodologies. London, New York: Routledge.

Brunmeier, Viktoria (2005): Das Internet in Russland: eine Untersuchung zum spannungsreichen Verhältnis von Politik und Runet. München: Verlag Reinhard.

Bundeszentrale für politische Bildung (2016a): Analyse: „Ausländischer Agent“: Wie könnte man in Russland unter dem Druck des Gesetzes überleben.

<http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/236076/analyse-auslaendischer-agent> (Zugriff: 14.11.2019).

Bundeszentrale für politische Bildung (2016b): Der Arabische Frühling und seine Folgen. <https://www.bpb.de/izpb/238933/der-arabische-fruehling-und-seine-folgen?p=all> (Zugriff: 12.10.2019).

Cableman.ru (2014): 77% zakonoproektov, svjazannyh s internetom, ocenivajutsja otrasl'ju negativno. <http://www.cableman.ru/node/10209> (Zugriff: 07.10.2019).

Calvert Journal (2014): Media Compass: Russia's Changing Media Landscape. <https://www.calvertjournal.com/features/show/2234/russian-media-independent-compass> (Zugriff: 31.10.2019).

Cappello, Maja (Ed.) (2015): Regulierung von Online-Inhalten in der Russischen Föderation, IRIS extra, Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Straßburg.

<https://rm.coe.int/regulierung-von-online-inhalten-in-der-russischen-foderation/1680789612> (Zugriff: 10.10.2019).

Carroll, Oliver (2015): Russian Editor Galina Timchenko Who Was Fired in Kremlin Media Crackdown Now up for Prize for Latvian News Site Meduza.

<https://www.independent.co.uk/news/world/europe/russian-editor-galina-timchenko-who-was-fired-in-kremlin-media-crackdown-now-up-for-prize-for-10240248.html> (Zugriff: 31.01.2019).

Castells, Manuel (2012): Networks of Outrage and Hope. Social Movements in the Internet. New York: Wiley.

Chaskor.ru (2013): Social'nye seti v Rossii segodnja: Cifry, trendy, prognozy.

http://www.chaskor.ru/article/sotsialnye_seti_v_rossii_segodnya_30886 (Zugriff: 27.07.2019).

Chazov, Vladimir (2016): SORM-1, SORM-2, SORM-3: osobennosti i otlíčija.

<https://vasexperts.ru/blog/osobennosti-i-otlichiya-sorm/> (Zugriff: 14.11.2019).

Civil Society Development Foundation (2012a): Doklad «Runet segodnja: issledovanie rossijskogo interneta». <http://civilfund.ru/mat/view/1> (Zugriff: 05.07.2019).

Civil Society Development Foundation (2012b): Novoe protestnoe dviženie: mify i real'nost'.

<http://civilfund.ru/mat/13> (Zugriff: 23.10.2018).

Consultant.ru. Datenbank für russische Gesetze. <http://www.consultant.ru> (Zugriff: 17.11.2019).

Corrales, Javier/Westhoff, Frank (2006): Information Technology Adoption and Political Regimes. In: *International Studies Quarterly* 50 (4), 911 (23).

Council of Europe (2017): Council of Europe Democracy Innovation Award Goes to Russian Investigative Newspaper The Insider.

https://www.coe.int/en/web/portal/home?p_p_id=101&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&_101_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content&_101_assetEntryId=30629327&_101_type=content&_101_urlTitle=the-council-of-europe-s-democracy-innovation-award-goes-to-russian-investigative-newspaper-the-insider&inheritRedirect=false&redirect=https%3A%2F%2Fwww.coe.int%2Fet%2Fweb%2Fportal%2Fhome%3Fp_p_id%3D101%26p_p_lifecycle%3D0%26p_p_state%3Dmaximized%26p_p_mode%3Dview%26_101_struts_action%3D%252Fasset_publisher%252Fview (Zugriff: 10.09.2019).

Cropley, Arthur J. (2002): *Qualitative Forschungsmethoden: Eine praxisnahe Einführung*. Frankfurt a. M.: Klotz.

CSIS (2014): Reference Note on Russian Communications Surveillance.

<https://www.csis.org/analysis/reference-note-russian-communications-surveillance> (Zugriff: 12.11.2019).

Davydov, Ivan (2007): Internet-SMI: ideal'naja model' i real'naja situacija.

<http://www.russ.ru/pole/Internet-SMI-ideal-naya-model-i-real-naya-situaciya> (Zugriff: 04.11.2019).

Dekoder (2016a): Protestbewegung 2011–2013.

<https://www.dekoder.org/de/gnose/protestbewegung-2011-2013> (Zugriff: 04.11.2018).

Dekoder (2016b): Vkontakte. <https://www.dekoder.org/de/gnose/vkontakte-soziales-netzwerk-russland> (Zugriff: 09.06.2018).

Dekoder (2018a): Alexej Nawalny. <https://www.dekoder.org/de/gnose/alexej-nawalny> (Zugriff: 09.06.2018).

Dekoder (2018b): Juri Dud. <https://www.dekoder.org/de/gnose/juri-dud-vdud-youtube> (Zugriff: 09.06.2018).

Dekoder.de (o.J.): Echo Moskwj. <https://www.dekoder.org/de/source/echo-moskwj> (Zugriff: 09.06.2018).

Dekoder.de (o.J.): Kurzporträts der russischen Medien.

<https://www.dekoder.org/de/dossier/russische-medien-kurzportraets> (Zugriff: 31.01.2019).

Dekoder (2019): Bystro#10. Wie frei ist das Internet in Russland?

<https://www.dekoder.org/de/article/bystro-internet-meinungsfreiheit-zensur-gesetz-fake-news> (Zugriff: 31.01.2019).

Deibert, Ronald J./Palfrey, John/Rohozinski, Rafal (2010a): *Access Controlled. The Shaping of Power, Rights, and Rule in Cyberspace*. London: The MIT Press.

Deibert, Ronald/Rohozinski, Rafal (2010b): Liberation vs. Control: The Future of Cyberspace. In: *Journal of Democracy* 21 (4), 43–57.

Denisova, Anastasia (2016): Democracy, Protest and Public Sphere in Russia after the 2011–2012 Anti-Government Protests: Digital Media at Stake. <https://core.ac.uk/download/pdf/80692547.pdf> (Zugriff: 31.01.2019).

Deutscher Bundestag (2007): Internetnutzung: Globale Entwicklung und Darstellung empirischer Daten. <https://www.bundestag.de/blob/414768/797fa31a4e17ca56bef9ebb6fb0306fc/wd-10-070-07-pdf-data.pdf> (Zugriff: 05.11.2019).

Devjatkov, Andrej/Makarychev, Andrej (2012): Novye media i setevaja subektnost v Rossii. V: Vestnik Instituta Kennana v Rossii, vypusk 22, 7–13.

Diamond, Larry J. (2002): Thinking About Hybrid Regimes. In: Journal of Democracy 13 (2), 21–35.

Diamond, Larry J. (2010): Liberation Technology. In: Journal of Democracy 21 (3), 69–83.

Diekmann, Andreas (2007): Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Digital Report (2015): Čego želaet obščestvo: Stremlenie rossijan k kontrolju interneta. <http://digital.report/internet-control-opinion-in-russia/> (Zugriff: 11.02.2019).

Domingo, David/Heinonen, Ari (2008): Weblogs and Journalism. A Typology to Explore the Blurring Boundaries. In: Nordicom Review 29 (1), 3–15.

Doschd (o.J.): Mediakit. https://tvrain.ru/up/docs/tvrain_mediakit.pdf (Zugriff: 18.11.2019).

Donsbach, Wolfgang/Patterson, Thomas (2003): Journalisten in der politischen Kommunikation: Professionelle Orientierung von Nachrichtenredakteuren im internationalen Vergleich, 281. In: Esser, Frank/Pferch, Barbara: Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Dr.Web.de (2009): Rechtsfreies Netz – Zur Meinungs- und Informationsfreiheit im Internet. <https://www.drweb.de/rechtsfreies-netz-zur-meinungs-und-informationsfreiheit-im-internet/> (Zugriff: 05.02.2019).

Dresing, Thorsten/Pehl, Thorsten (2015): Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende. Marburg: Dr. Dresing & Pehl GmbH.

Dud, Juri (2018): Kolyma – Birthplace of Our Fear (Video). <https://www.youtube.com/watch?v=oo1WouI38rQ> (Zugriff: 25.09.2019).

Dud, Juri (2019): Beslan. Remember (Video). <https://www.youtube.com/watch?v=vF1UGmi5m8s&frags=pl%2Cwn> (Zugriff: 25.09.2019).

Duffy, Natalie (2015): Internet Freedom in Vladimir Putin's Russia: The Noose Tightens. In: AEI Paper & Studies, January 2015. <https://www.questia.com/library/journal/1G1-414680951/internet-freedom-in-vladimir-putin-s-russia-the-noose> (Zugriff: 23.10.2018).

DW.com (2014): Glavnyj redaktor telekanala "Dožd'" polučil premiju Komiteta zaščity žurnalistov. <https://www.dw.com/ru/главный-редактор-телеканала-дождь-получил-премию-комитета-защиты-журналистов/a-18089005> (Zugriff: 19.03.2019).

- Echo Moskwy. <http://echo.msk.ru/about/audience/radioaudience.html> (Zugriff: 09.11.2019).
- Eisewicht, Paul/Grenz, Tilo (2018): Die (Un)Möglichkeit allgemeiner Gütekriterien in der Qualitativen Forschung – Replik auf den Diskussionsanstoß zu „Gütekriterien qualitativer Forschung“ von Jörg Strübing, Stefan Hirschauer, Ruth Ayaß, Uwe Krähnke und Thomas Scheffer. In: Zeitschrift für Soziologie 2018, 47(5), 364–373.
- el-Nawawy, Mohammed/Khamis, Sahar (2013): Egyptian Revolution 2.0: Political Blogging, Civic Engagement, and Citizen Journalism. New York u.a.: Palgrave Macmillan.
- Emmer, Martin (2005): Politische Mobilisierung durch das Internet? Eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung zur Wirkung eines neuen Mediums. München: Fischer.
- Engelke, Jan Phillip (2012): Die Transformation der Russischen Föderation. Baden-Baden: Nomos.
- Engels, Kerstin (2003): Kommunikationsarbeit in Onlinemedien. Zur beruflichen Entwicklung kommunikativer Erwerbstätigkeiten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Etling, Bruce/Alexanyan, Karina /Kelly, John/Faris, Robert/Palfrey, John G./Grasser, Urs (2010): Public Discourse in the Russian Blogosphere. Mapping RuNet Politics and Mobilization. Cambridge, MA, Berkman Center for Internet and Society, Bergman Center Research Publication, Nr. 2010–11.
https://cyber.harvard.edu/publications/2010/Public_Discourse_Russian_Blogosphere (Zugriff: 05.11.2019).
- Faris, Robert/Etling, Bruce (2008): Madison and the Smart Mob: The Promise and Limitations of the Internet for Democracy. In: The Fletcher Forum of World Affairs 32 (2), 65–85.
- Faris, Robert/Villeneuve, Nart (2008): Measuring Global Internet Filtering. In: Deibert, Ronald/Palfrey, John/Rohozinski, Rafal/Zittrain, Johnatan (2008): Access Denied. The Practice and Policy of Global Internet Filtering. Cambridge, MA: The MIT Press.
- Faris, Robert/Roberts, Hal/Wang, Stephanie (2009): China’s Green Dam: The Implications of Government Control Encroaching on the Home PC. Toronto, Canada: OpenNet Initiative.
- FB.ru (2016a): „Antipiratskij“ zakon v Rossii. <http://fb.ru/article/238834/antipiratskiy-zakon-v-rossii> (Zugriff: 19.11.2019).
- FB.ru (2016b): Internet kak global’naja informacionnaja sistema. Kogda pojavilsja internet v Rossii? <http://fb.ru/article/284066/internet-kak-globalnaya-informatsionnaya-sistema-kogda-poyavilsya-internet-v-rossii-internet-resursyi> (Zugriff: 15.11.2019).
- FB.ru (2017): Samye populjarnye social’nye seti: rejting. <http://fb.ru/article/305357/samyie-populyarnyie-sotsialnyie-seti-rejting> (Zugriff: 15.11.2019).
- FBK.info (o.J.): Projects. <https://fbk.info/projects/> (Zugriff: 11.02.2019).
- Federal’noe agentstvo po pečati i massovym kommunikacijam (2013): Internet v Rossii: Sostojanie, tendencii i perspektivy razvitija. Otrasevoj doklad, Moskva.
http://www.fapmc.ru/rospechat/activities/reports/2013/internet_in_Russia.html (Zugriff: 12.11.2019).

- Federal'noe agentstvo po pečati i massovym kommunikacijam (2016): Rossijskaâ pereodičeskaâ pečat': Otralevoj doklad 2016. <http://www.slideshare.net/omukovozov/2016-65039527> (Zugriff: 12.11.2019).
- Fedorov, Alexander (2012): The Contemporary Mass Media Education in Russia: In Search for New Theoretical Conceptions and Models. *Actuate Didactica Napocensia*, 5 (1), 53–64.
- Fidh.org (o.J.): Table Illustrating Legislative Crackdown on Rights and Freedoms of the Civil Society in Russia since 2012. https://www.fidh.org/IMG/pdf/tableau_russie_web_paysage_v2-2.pdf (Zugriff: 18.10.2019).
- Flick, Uwe (2009): *Sozialforschung: Methoden und Anwendungen. Ein Überblick für BA-Studiengänge*. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt.
- Flick, Uwe (2011): *Triangulation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Keupp, Heiner/Rosenstiel, Lutz von/Wolff, Stephan (Hg.) (1995): *Handbuch qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*. Weinheim: Beltz, Psychologie-Verlags-Union.
- Flick, Uwe (2019): Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.) (2019): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 473–478.
- FOM (2015): Kačestvo rossijskogo TV. <http://fom.ru/SMI-i-internet/12255> (Zugriff: 03.11.2019).
- FOM (2016a): Čto smotrât po televizoru? <http://fom.ru/SMI-i-internet/12824> (Zugriff: 03.11.2019).
- FOM (2016b): Onlajn-praktiki rossijan: social'nye seti. <http://fom.ru/SMI-i-internet/12495> (Zugriff: 03.11.2019).
- FOM (2017a): Internet v Rossii: dinamika proniknovenija. Vesna 2017. <http://fom.ru/SMI-i-internet/13585> (Zugriff: 10.11.2019).
- FOM (2017b): Internet v Rossii. Dinamika proniknovenija. Zima 2016–2017. <http://fom.ru/SMI-i-internet/13300> (Zugriff: 11.11.2019).
- FOM (2018a): Internet v Rossii. Dinamika proniknovenija. Zima 2017–2018. <http://fom.ru/SMI-i-internet/13999> (Zugriff: 11.11.2019).
- FOM (2018b): Kak často i začem ljudi smotrjat televizor. <http://fom.ru/SMI-i-internet/14029> (Zugriff: 12.11.2019).
- FOM (2019): Istočniki novostej i doverie SMI. <https://fom.ru/SMI-i-internet/14170> (Zugriff: 12.11.2019).
- Forbes (2013): VKontakte poobeshchala sokhranit' bol'shinstvo audiozapisey. <https://www.forbes.ru/news/240686-vkontakte-poobeshchala-sohranit-bolshinstvo-audiozapisei> (Zugriff: 27.02.2019).
- Forbes (2019): Mediakit. https://cdn.forbes.ru/sites/default/files/mediakit_forbes_august_rus_2019.pdf_1566396137_97366.pdf?_ga=2.115797574.1528143060.1567096384-829327626.1499941296 (Zugriff: 31.01.2019).

Freedom House (2012): Contending with Putin's Russia: A Call for American Leadership 2012.
<http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/Contending%20with%20Putin's%20Russia.pdf> (Zugriff: 27.10.2019).

Freedom House (2016a): Freedom on the Net 2016.
https://freedomhouse.org/sites/default/files/FOTN_2016_Full_Report.pdf (Zugriff: 19.11.2019).

Freedom House (2016b): Russia: Freedom of the Press 2016.
<https://freedomhouse.org/report/freedom-press/2016/russia> (Zugriff: 13.11.2019).

Freedom on the Net Methodology (o.J.). <https://freedomhouse.org/report/freedom-net-methodology> (Zugriff: 16.11.2019).

Freedom on the Net 2018.
https://freedomhouse.org/sites/default/files/FOTN_2018_Final%20Booklet_11_1_2018.pdf (Zugriff: 16.11.2019).

Freedom on the Net 2018. Russia. <https://freedomhouse.org/report/freedom-net/2018/russia> (Zugriff: 11.02.2019).

Freiling, Thomas/Gottwald, Marion (2008): Qualitative Methoden – Auswertung von Interviews mit MaxQDA. http://www.fbb.de/fileadmin/Materialien/Ringvorlesung/080704_qualitative_Methoden_fbb.pdf (Zugriff: 21.01.2017).

Froschauer, Ulrike/Lueger, Manfred (2003): Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme. Wien: WUV.

Galitzky, Efim/Petuchova, Svetlana (2013): Lica rossijskogo interneta. FOM. Online verfügbar unter <http://corp.fom.ru/files/download/330> (Zugriff: 13.11.2019).

Garant.ru (2014a): Socseti, blogery i gosudarstvo: novye mery po regulirovaniju Interneta. <http://www.garant.ru/article/543540/#ixzz500jkTfD8> (Zugriff: 20.11.2019).

Garant.ru (2014b): Svoboda slova i rossijskoe zakonodatel'stvo: tendencii poslednich let. <http://www.garant.ru/article/548283/> (Zugriff: 20.11.2019).

Garant.ru (2016): Osobennosti primeneniya zakona o lokalizacii personal'nyh dannyh na praktike: rekomendacii dlja biznesa. <http://www.garant.ru/article/748180/> (Zugriff: 19.11.2019).

Gazprom-Media Holding. http://www.gazprom-media.com/en?change_lang=1 (Zugriff: 06.11.2019).

Geroivoli.com 2014: Obščij spisok adresov voennoplennyh: Aleksandr Sojmin. <http://geroivoli.com/aleksandr-sojmin> (Zugriff: 20.11.2019).

GfK (2016): Proniknovenie interneta v Rossii. Itogi 2016 goda. https://www.gfk.com/fileadmin/user_upload/dyna_content/RU/Documents/Press_Releases/2017/Internet_Usage_Russia_2016.pdf (Zugriff: 05.07.2018).

- GfK (2018a): Pronikновение interneta v Rossii. https://www.gfk.com/fileadmin/user_upload/dyna_content/RU/Documents/Reports/2018/GfK_Rus_Internet_Penetration_in_Russia_2017-2018.pdf (Zugriff: 05.07.2018).
- GfK (2018b): Pronikновение Interneta v Rossii: Itogi 2018 goda. https://www.gfk.com/fileadmin/user_upload/dyna_content/RU/Documents/Press_Releases/2019/GfK_Rus_Internet_Audience_in_Russia_2018.pdf (Zugriff: 11.03.2019).
- Gibson, Rachel K./Lusoli, Wainer/Ward, Stephen (2005): Online Participation in the UK: Testing a ‚Contextualised‘ Model of Internet Effects. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 7 (4), 561–583. <https://pdfs.semanticscholar.org/c399/3dbd71168a0f5d7bdd6afdc19cd9ce38bd6e.pdf> (Zugriff: 31.03.2019).
- Gladarev, Boris/Lonkila, Markku (2012): The Role of Social Networking Sites in Civic Activism in Russia and Finland. *Europe-Asia Studies*, 64 (8), 1375–1394. https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/09668136.2012.712272?casa_token=1uB4VBwMoP8AAAAA:rFg7BWrnTeKbSn3IG3yyprNNHMz4dpv2jCmV780hTVacxwlkyNdZy3OsDI-LrsuIgrI9iDx6dnp1XA (Zugriff: 10.09.2019).
- Gladkov, Sabine Alexandra (2002): Macht und Ohnmacht der „vierten Gewalt“. Die Rolle der Massenmedien im russischen Transitionsprozeß. Münster u.a.: Lit.
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2004): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Göbel, Alena (2007): Staat und Pressefreiheit in der ersten Amtsperiode des russischen Präsidenten Vladimir Putin (2000–2004). In: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Arbeitspapiere und Materialien. Heft Nr. 84.
- Golyenko, Dmitrij (2010): Soziale Netzwerke in Russland. Negative Gemeinschaft in unverbundener Gesellschaft. In: *Osteuropa* 60 (11), 29–41.
- Goncharenko, Roman (2016): Mit einem Klick in den Knast. <http://www.dw.com/de/mit-einem-klick-in-den-knast/a-19400403> (Zugriff: 12.11.2019).
- Gordienko, Ljubov (2003): Politische Kommunikation in Russland: Neue Chancen durch das Internet? In: Busch, Dominic (2003): *Medientransformationsprozesse, gesellschaftlicher Wandel und Demokratisierung in Südosteuropa*. Frankfurt a. M.: Lang.
- Gorham, Michael S. (2014): *After Newspeak. Language Culture and Politics in Russia from Gorbachev to Putin*. New York: Cornell University Press.
- Gorny, Eugene (2009): Understanding the Real Impact of Russian Blogs. In: *Russian Analytical Digest* 69 (9), 8–11. <http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/RAD-69-8-11.pdf> (Zugriff: 26.10.2017).
- Groshek, Jacob (2009): The Democratic Effects of the Internet, 1994–2003: A Cross-National Inquiry of 152 countries. In: *International Communication Gazette* 71 (3), 115–136.
- Groshek, Jacob (2010): A Time-Series, Multinational Analysis of Democratic Forecasts and Internet Diffusion. In: *International Journal of Communication* 71 (4), 142–174.

Grunwald, Armin/Banse, Gerhard/Coenen, Christopher/Hennen, Leonard (2006): Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Berlin: Edition Sigma.

Gtmarket.ru (2012): Issledovanie VCIOM: Rejting doverija sredstvam massovoj informacii sredi rossijan v 2012 godu. <http://gtmarket.ru/news/2012/08/02/4744> (Zugriff: 09.06.2018).

Habr.com (2013): Gosregulirovanie interneta. Chronika: Načalo i Prjamoe vnedrenie. <https://habr.com/en/post/197064/> (Zugriff: 20.07.2015).

Habr.com (2016). Sajt radiostancii «Écho Moskvvy» atakovali srazu tri botneta. <https://habrahabr.ru/company/qrator/blog/143404/> (Zugriff: 10.06.2019).

Hanitzsch, Thomas (Hg.) (2008): Worlds of Journalism: Journalistic Cultures Around the Globe. New York: Columbia University Press.

Harke/L'hoest/Wingen 2000: Vorgehensweise bei einer qualitativen Expertenbefragung am Beispiel Fondsmanager. <https://www.student-online.net/Publikationen/605/Expertenbefragung.pdf> (Zugriff: 5.04.2019).

Hartwich, Inna (2011): Die Medienlandschaft in Russland. Das Wort und der Tod. <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/47996/medien?p=all> (Zugriff: 03.06.2016).

Haushofer, Monika (2009): Repressionen und Gewalt gegen Journalisten im Spiegel der russischen Presse. Diplomarbeit. Wien. http://othes.univie.ac.at/4260/1/2009-03-22_0206043.pdf (Zugriff: 03.11.2019).

Heimrich, Linette (2012): Politische Public Relations in sozialen Online-Netzwerken. In: Appenzeller, Simon/Flemming, Felix/Küpper, Lena (Hg.): Bürgerprotest im Spannungsfeld von Politik und Medien. Berlin: Frank & Timme.

Heinze, Thomas (2001): Qualitative Sozialforschung: Einführung, Methodologie und Forschungspraxis. München, Wien: Oldenbourg.

Howard, Philip N. (2010): The Digital Origins of Dictatorship and Democracy. Information Technology and Political Islam. Oxford, New York: Oxford University Press.

Hribal, Lucie (2003): Medien und Demokratisierung in Osteuropa. Medien- und politikwissenschaftliche Konzepte der Transformation. In: Medienheft Dossier, 19–27. Juni 2003, 55-61.

Human Rights Watch (2017a): Online and On All Fronts. Russia's Assault on Freedom of Expression. https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/russiafoe0717_web_2.pdf (Zugriff: 06.04.2019).

Human Rights Watch (2017b): Russland: Angriff auf Meinungsfreiheit. Repressive Gesetze und Maßnahmen schränken freie Rede im Internet ein, bringen kritische Stimmen zum Schweigen. <https://www.hrw.org/de/news/2017/07/18/russland-angriff-auf-meinungsfreiheit> (Zugriff: 06.04.2019).

Iarex.ru (2018): Pjataja kolonna zapada v rossijskich SMI. <http://www.iarex.ru/articles/62453.html> (Zugriff: 26.04.2019).

Institut razvitija interneta. <http://ири.рф> (Zugriff: 18.10.2019).

- Interfax (2014): Putin poobeščal ne omejevat' dostup k global'nomu internetu. <http://www.interfax.ru/russia/399699> (Zugriff: 04.03.2019).
- Interfax (2016): „Megafon“ ocenil raschody na „zakon JArovoj“ bolee čem v 500 mlrd rublej. <https://www.interfax.ru/business/537001> (Zugriff: 04.03.2019).
- Ivanov, D. D. (2013): Internet kak faktor formirovanija protestnyh dviženij. V: Gosudarstvo i obščestvo v prostranstve vlasti i političeskich kommunikacij. Političeskaja nauka. Ežegodnik. Rosspeč, Moskva, 170–184.
- Jakowenko, Igor (2013): Čemodan bez ručki. Blogbeitrag. <http://www.ej.ru/?a=note&id=12992#> (Zugriff: 03.01.2019).
- Jiang, Ying (2012): Cyber-Nationalism in China: Challenging Western Media Portrayals of Internet Censorship in China. Adelaide: University of Adelaide Press.
- Kaiser, Robert (2014): Qualitative Experteninterviews. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Kalathil, Shanthi/Boas, Taylor C. (2003): Open Networks, Closed Regimes: The Impact of the Internet on Authoritarian Rule. In: First Monday, 8 (1). <http://firstmonday.org/ojs/index.php/fm/article/view/1027/948> (Zugriff: 29.01.2018).
- Kamnev D.G. (2013): Social'nye seti kak instrument političeskich tehnologi v izbiratel'nyh kampanijach (na primere vyborov prezidenta Rossijskoj Federacii v 2012g.) Političeskaja nauka. Ežegodnik. Rosspeč, Moskva, 170–184.
- Karte der Wahlfälschungen (o.J.): <http://www.kartanarusheniy.org/> (Zugriff: 04.11.2018).
- Kharuk, Irina (2013): Das politische Potential des Internets: Neue Chance für die Medienfreiheit in Russland? (unveröffentlichtes Manuskript).
- Kici, Güler/Westhoff, Karl (2000): Anforderungen an psychologisch-diagnostische Interviews in der Praxis. Report Psychologie, Nr. 7, 428–436.
- Kolozaridi, Polina (2015): From Personal Rituals to Government Laws. In: digitalrussia, 2.11.2015. <http://article.digital-russia.com/rituals-2/> (Zugriff: 23.10.2018).
- Koltsova, Olessia (2006): News Media and Power in Russia. London, New York: Routledge.
- Koltsova, Olessia/Shcherbak, Andrey (2014): „LiveJournal Libra!\": The Political Blogosphere and Voting Preferences in Russia in 2011–2012. In: New Media & Society 17 (10), 1715–1732.
- Konradova, Natal'ja/Kalužskij, Michail (2010): Russlands öffentliche (Blogo-)Sphäre: Bloggen als soziale Praxis, Folgen für das Netz. In: Osteuropa 11, Sonderheft November 2010, 153–161.
- Konradova, Natal'ja/Schmidt, Henrike (2014): From the Utopia of Autonomy to a Political Battlefield. In: Gorham, Michel (Hg.): Digital Russia: The Language, Culture and Politics of New Media Communication. London, New York: Routledge, 34–54.
- Korkonosenko, Sergey (2010): Svoboda ličnosti v massovoj kommunikacii. http://www.russcomm.ru/rca_biblio/k/Korkonosenko.pdf (Zugriff: 29.01.2019).

- Koskina, Ajnur (2017): Kazachstan prinimaet zakon „o propagande suicida“ i gomoseksualizma detjam. Èto kopija rossijskich zakonov. <https://www.currenttime.tv/a/28941797.html> (Zugriff: 19.02.2020).
- Kozlov, Vyacheslav (2014): “RuNet: Politics before Profit.” Open Democracy Russia. <https://www.opendemocracy.net/en/odr/runet-politics-before-profit/> (Zugriff: 05.04.2019).
- Kozybaev, Sagymbai (2012): SMI sovremennoj Rossii. In: Vestnik KazNU. <https://articlekz.com/article/8685> (Zugriff: 10.01.2019).
- Kp.ru (2009): Dmitrij Medvedev: V internete nužno žit' po ego sobstvennym zakonam. <http://www.kp.ru/online/news/475873/> (Zugriff: 25.10.2019).
- Ksenofontova, Irina (2012): Rol' Interneta v razvitii protestnogo dviženija. http://wciom.ru/fileadmin/Monitoring/109/2012_109_10_Ksenofontova.pdf (Zugriff: 11.11.2019).
- Kuckartz, Udo (2012): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Kurdjubova, Serafima (2017): Fil'm „On vam ne Dimon“ nabral počti 7,2 mln prosmotrov za nedelju. <https://www.zaks.ru/new/archive/view/165494> (Zugriff: 10.11.2019).
- Lagerkvist, Johan (2010): After the Internet, before Democracy: Competing Norms in Chinese Media and Society. Bern u.a.: Peter Lang.
- Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. München, Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2009): Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung. Lehrbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Legewie, Heiner (o.J.): Vorlesung: Qualitative Forschung und der Ansatz der Grounded Theory. www.ztg.tu-berlin.de/download/legewie/Dokumente/Vorlesung_11.pdf (Zugriff: 15.02.2019).
- Lei, Ya-Wen (2011): The Political Consequences of the Rise of the Internet: Political Beliefs and Practices of Chinese Netizens. In: Political Communication 28 (3), 291–322.
- Lenhard, Monika (2003): Netzöffentlichkeit in Russland. Die Nutzung des Internet durch die russländische Frauenbewegung. Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 47.
- Lenta (2013): RAËK sozdast sajt dlâ kontrolâ za primeneniem antipiratskogo zakona. <https://lenta.ru/news/2013/07/26/raek/> (Zugriff: 07.11.2019).
- Lenta.ru (o.J.): Mediakit. <https://lenta.ru/mediakit/lenta-mediakit-web.pdf> (Zugriff: 05.04.2019).
- Levitsky, Steven/Way, Lucan (2010): Competitive Authoritarianism: Hybrid Regimes After the Cold War (Problems of International Politics). New York: Cambridge University Press.

- Lewada (2011): Umfrage am Sacharowa-Prospekt 24.12.2011. <https://www.levada.ru/2011/12/26/opros-na-prospekte-saharova-24-dekabrya/> (Zugriff: 23.10.2018).
- Lewada (2013a): Gotovnost' učastvovat' v protestachю <https://www.levada.ru/2013/05/21/gotovnost-uchastvovat-v-protestah/> (Zugriff: 23.10.2018).
- Lewada (2013b): Kakie iz prav čeloveka po vašemu mneniju naibolee važnye. <http://www.levada.ru/archive/prava-cheloveka/kakie-iz-prav-cheloveka-po-vashemu-mneniyu-naibolee-vazhny-otvety-ranzhirova> (Zugriff: 23.10.2018).
- Lewada (2013c): 41% rossiân podderživaet sankcii za narušenie avtorskih prav v setio. <https://www.levada.ru/2013/06/18/41-rossiyan-podderzhivaet-sanktsii-za-narushenie-avtorskih-prav-v-seti/> (Zugriff: 20.11.2018).
- Lewada (2014): Internetcenzura. <https://www.levada.ru/2014/10/14/internet-tsenzura/> (Zugriff: 12.11.2019).
- Lewada (2015): Gotovnost' k ograničeniâm. <http://www.levada.ru/2015/10/13/gotovnost-k-ogranicheniyam/> (Zugriff: 12.11.2019).
- Lexikon der Filmbegriffe (o.J.): Karnevalisierung/das Karnevaleske. <http://filmlexikon.uni-kiel.de/index.php?action=lexikon&tag=det&id=1051> (Zugriff: 23.10.2018).
- Libertarium.ru. <http://libertarium.ru/sormpress> (Zugriff: 07.06.2018).
- Library of Congress (2016): ECHR, Russian Federation: Breaches of Human Rights in Surveillance Legislation. <http://www.loc.gov/law/foreign-news/article/echr-russian-federation-breaches-of-human-rights-in-surveillance-legislation/> (Zugriff: 07.06.2018).
- Lindner, Ralf (2012): Wie verändert das Internet die Demokratie? In: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik: GWP, Nr. 4, 517–525.
- Linz, Juan José (2000): Totalitarian and Authoritarian Regimes. Boulder: Lynne Rienner.
- Litvinenko, Anna (2012): The Role of Social Media in Political Mobilization in Russia (On the Example of Parliamentary Elections 2011). In: Proceedings of International Conference for E-Democracy and Open Government 2012, 181–189.
- Litvinenko, Anna (2013): A New Definition of Journalism Functions in the Framework of Hybrid Media Systems: German and Russian Academic Perspectives. In: Global Media Journal. German Edition 3 (1), 1–12.
- Litvinenko, Anna/Kharuk, Irina (2016): „Unsichtbare rote Linien“: Internet-Regulierung und ihre Konsequenzen für den Online-Journalismus in Russland. In: Russland-Analysen Nr. 324 von 04.11.2016. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen324.pdf> (Zugriff: 20.11.2018).
- Litvinenko, Anna/Toepfl, Florian (2019): The “Gardening” of an Authoritarian Public at Large: How Russia’s Ruling Elites Transformed the Country’s Media Landscape After the 2011/12 Protests “For Fair Elections”. In: Publizistik 64 (2), 225–240.
- Loschak, Andrej (2019): Holivar. Istorija runeta (Video). <https://www.youtube.com/watch?v=hdngdbzayHA&frags=pl%2Cwn> (Zugriff: 18.10.2019).

Lünenborg, Margreth/Berghofer, Simon 2010. Politikjournalismus im Wandel. Merkmale, Einstellungen & Perspektiven deutscher Politikjournalisten angesichts aktueller Entwicklungen im Berufsfeld. In: Fachjournalist 10 (3), 17–25.

https://www.fachjournalist.de/PDF-Dateien/2012/05/FJ_3_2010-Politikjournalismus-im-Wandel.pdf (Zugriff: 09.03.2019).

MacKinnon, Rebecca (2011): China's "Networked Authoritarianism". In: Journal of Democracy 22 (2), 32–46.

Mangott, Gerhard (2002): Zur Demokratisierung Russlands. Baden-Baden: Nomos.

Mason, Mark (2010): Sample Size and Saturation in PhD Studies Using Qualitative Interviews. In: Forum: Qualitative Social Research, Volume 11 (3), Art. 8, September 2010.

Matzen, Nea (2014): Onlinejournalismus. Konstanz: UVK-Verlag.

Mayring, Philipp (2000). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz.

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zum qualitativen Denken. Weinheim, Basel: Beltz Verlag.

Media Sustainability Index 2012, Russia.

http://www.irex.org/system/files/u105/EE_MSI_2012_Russia.pdf (Zugriff: 12.11.2017).

Media-online.ru. <http://media-online.ru/index.php3?id=9&mId=2> (Zugriff: 13.11.2019).

Mediadigger (2016): SMI Rossij v 2016 godu. Analiz dannyh za 25 let.

<http://www.mediadigger.ru/smi-rossii-v-2016-analiz-dannyh-za-25-let/> (Zugriff: 18.11.2019).

Medialogia (o.J.): Federal'nye SMI. <https://www.mlg.ru/ratings/media/federal/>. (Zugriff: 21.02.2020).

Medialogia (2015): Federal'nye SMI: 2015. https://www.mlg.ru/ratings/federal_media/4009/ (Zugriff: 21.01.2019).

Medialogia (2017): Federal'nye SMI: ijul' 2017.

<http://www.mlg.ru/ratings/media/federal/5445/#internet> (Zugriff: 21.01.2017).

Medialogia (2018a): Federal'nye SMI: maj 2018.

<http://www.mlg.ru/ratings/media/federal/6042/#internet> (Zugriff: 10.01.2019).

Medialogia (2018b): TOP-15 samych citiruemyh rossijskich blogerov – sentjabr' 2018.

<http://www.mlg.ru/ratings/socmedia/blogers/6305/> (Zugriff: 23.10.2018).

Mediascope (2016): TOP-20 TOP 20 Internet-proektov.

<http://mediascope.net/press/news/774724/> (Zugriff: 10.07.2018).

Mediascope (2017): Čislo internet-pol'zovatelej v Rossii v 2017 godu sostavilo 87 millionov.

<http://mediascope.net/press/news/744498/> (Zugriff: 05.07.2018).

Mediascope (2018): Auditorija interneta v Rossii. http://a.rif.ru/assets/р_и_ф_о_т_к_р_ы_т_и_е_mediасcope_и_ш_у_н_ь_к_и_н_а_180418.pdf (Zugriff: 05.07.2018).

- Meduza (2016a): Kak v Rossii presleduyut za prizyvny vernut' Krym Ukraine? <https://meduza.io/cards/kak-v-rossii-presleduyut-za-prizyvny-vernut-krym-ukraine> (Zugriff: 23.10.2018).
- Meduza (2016b): Napadenie na žurnalistov v Ingušetii. <https://meduza.io/feature/2016/03/10/napadenie-na-zhurnalistov-v-ingushetii> (Zugriff: 20.11.2017).
- Meduza (2016c): Ne objazany byt' v oppozicii Russkij Forbes vozglavil Nikolaj Uskov. Kak èto proizošlo? <https://meduza.io/feature/2016/01/14/ne-obyazany-byt-v-oppozitsii> (Zugriff: 21.01.2019).
- Meduza (2016d): Razgrom RBK. Korotko Glavnoe, èto nužno znat' ob uvol'nenii rukovoditelej lučšej redakcii v Rossii. <https://meduza.io/feature/2016/05/13/razgrom-rbk-korotko> (Zugriff: 21.01.2019).
- Meduza (2016e): 12 redakcij za pjat' let Razgony, blokirovki, uvol'nenija glavredov: kak vlast' reformirovala rynek SMI. <https://meduza.io/feature/2016/05/17/12-redaktsiy-za-pyat-let> (Zugriff: 21.01.2019).
- Meduza (2016f): Za èto my nenavidim socoproisy Èetyre glavnykh pretenzii k rassuždenijam o «bol'sinstve rossijan». <https://meduza.io/feature/2016/01/14/za-èto-my-nenavidim-oprosy-obschestvennogo-mneniya> (Zugriff: 26.09.2019).
- Meduza (2017): «Paket Jarovoj» prinjat bol'she polugoda nazad. Kak on rabotaet? <https://meduza.io/feature/2017/02/13/zakon-yarovoy-prinyat-bolshe-polugoda-nazad-kak-on-rabotaet> (Zugriff: 11.02.2019).
- Meduza. <https://meduza.io> (Zugriff: 21.01.2017).
- Medvedev, Sergei (2017): Hybrid oder autoritär? Debatte um das politische System in Russland. In: Russland-Analysen Nr. 328, 20.01.2017, 21–24. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen328.pdf> (Zugriff: 21.08.2019).
- Meier, Klaus (2013): Journalistik. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Meißelbach, Christoph (2009): Web 2.0 – Demokratie 3.0?: Demokratische Potentiale des Internets. Baden-Baden: Nomos.
- Merkblatt zur linguistischen Notation in wissenschaftlichen Arbeiten (o.J.). <http://www.slavistik.uni-kiel.de/de/russisch-merkblatt-notationen-und-transliteration> (Zugriff: 11.02.2019).
- Meyer, Christian/Meier zu Verl, Christian (2019): Ergebnispräsentation in der qualitativen Forschung. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.) (2019): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, 271–289.
- Michniewicz, Marta (2010): Bürgerjournalismus in der digitalen Öffentlichkeit. Die politische Rolle von Blogs in der gegenwärtigen Zeit. Hamburg: Diplomica-Verlag.
- Mironov, Nikolai (2005): Russia – Democracy Without Freedom of Speech? A Few Legislative Suggestions. In: Russian Politics and Law 43 (1), 70–76.
- Misnikov, Yuri (2012): How to Read and Treat Online Public Discussions among Ordinary Citizens beyond Political Mobilization. Empirical Evidence from the Russian-language

Online Forums //Digital Icons: Studies in Russian, Eurasian and Central European New Media. 2012. Nr. 7, 1–37.

Misoch, Sabina (2015): *Qualitative Interviews*. Berlin, München u.a.: De Gruyter Oldenbourg.

Moen-Larsen, Natalia (2013): Kommunikation mit dem Volk: Russlands Politiker online. In: *Russland-Analysen* Nr. 253, 08.03.2013, 6–9. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen253.pdf> (Zugriff: 23.01.2019).

Mommsen, Margareta/Nußberger, Angelika (2007): *Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland*. München: C.H. Beck.

Morozov, Evgeny (2011): *The Net Delusion: The Dark Side of Internet Freedom*. New York: Perseus Books Group.

Müller, Carmen (2003): *Qualitative Inhaltsanalyse, Referat*. <http://www.psychologie.uni-oldenburg.de/veranstaltungen/ReferatQIA.pdf> (Zugriff: 24.05.2017).

n-tv.de (2013): Facebook-Nachahmer VKontakte unter Druck. Online verfügbar unter <http://www.n-tv.de/ticker/Computer/Facebook-Nachahmer-VKontakte-unter-Druck-article10702896.html> (Zugriff: 27.10.2019).

Nationale Mediengruppe. <http://nm-g.ru> (Zugriff: 06.11.2019).

Navalny, Alexej (2017): On wam ne dimon (Video). https://www.youtube.com/watch?v=qrwlk7_GF9g (Zugriff: 06.09.2019).

Netzpolitik.org (2019): Putin unterzeichnet umstrittenes Fake-News-Gesetz. <https://netzpolitik.org/2019/putin-unterzeichnet-umstrittenes-fake-news-gesetz/#spendenleiste> (Zugriff: 06.09.2019).

Neuberger, Christoph (2009): *Journalismus im Internet: Profession – Partizipation – Technisierung*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Neuberger, Christoph (2012): Bürgerjournalismus im Internet – was er kann, was er will. In: Schröder, Michael (Hg.): *Die Web-Revolution. Das Internet verändert Politik und Medien*. München: Olzog, 107–126.

NEWSru.com: Putin podpisal zakon, ograničivajuščij dolju inostrannyh akcionerov v SMI. <http://palm.newsru.com/russia/15oct2014/smi.html> (Zugriff: 07.11.2019).

Nikiporets-Takigawa, Galina (2012): O roli Interneta v graždanskom proteste: rossijskij opyt v global'nom kontekste. V: *Vestnik Instituta Kennana v Rossii*, vypusk 22, 13–25.

Nikiporets-Takigawa, Galina (2013): Tweeting the Russian protests. In: *Digital Icons: Studies in Russian, Eurasian and Central European New Media* 9, 1–25.

Novaya Gazeta (2019a): «Kommersant» uznal o peregovorach Dem'jana Kudrjavceva po prodazhe «Vedomostej». <https://www.novayagazeta.ru/news/2019/04/09/150715-kommersant-uznal-o-peregovorah-demyana-kudryavtseva-po-prodazhe-vedomostey> (Zugriff: 09.09.2019).

Novaja Gazeta (2019b): Kto zadušit internet Cenzura pridet k nam ne kak policejskij, a kak raznosčik «Yandex.Edy» v želtoj kurtke.

<https://www.novayagazeta.ru/articles/2019/04/07/80131-kto-zadushit-internet> (Zugriff: 10.10.2019).

Nygren, Gunnar (2015): Journalism in Change: Journalistic Culture in Poland, Russian and Sweden. Frankfurt a. M.: Peter Lang.

Nygren, Gunnar/Degtereva, Elena/Pavlikova, Marina (2010): Tomorrow's Journalists: Trends in the Development of the Journalistic Profession as Seen by Swedish and Russian Students. In: Nordicom Review 31 (2), 113–133.

Oates, Sarah (2006): Television, Democracy and Elections in Russia. London, New York: Routledge.

Oates, Sarah (2013): Revolution Stalled: The Political Limits of the Internet in the Post-Soviet Sphere. Oxford: University Press.

Oates, Sarah/Kaid, Lynda Lee/Berry, Mike (2010): Political Campaigns in the United States, Great Britain, and Russia. New York: Palgrave Macmillan.

Odnoklassniki.ru. <https://ok.ru/dk?st.cmd=anonymMain> (Zugriff: 07.10.2019).

Ognyanova, Katherine (2014): Careful What You Say: Media Control in Putin's Russia – Implications for Online Content. International Journal of E-Politics 1 (2), 1–15.

Oleničev, Maks (2017): Pravo znat'. Doklad Komandy29 o dostupe k informacii v Rossii. Online verfügbar unter: <https://team29.org/wp-content/uploads/2017/08/Access-to-information.pdf> (Zugriff: 04.11.2019).

Open Society Foundation (2011): Karta cifrovych media: Rossija. <https://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/mapping-digital-media-russia-ru-20130702.pdf> (Zugriff: 23.10.2018).

Openinform.ru (2012): Aktivist «Solidarnosti» Maglov poprosil politubezhishche na Ukraine. <http://openinform.ru/news/pursuit/26.10.2012/27570/> (Zugriff: 27.07.2019).

OpenNet Initiative (o.J.): Overview of Internet Censorship. <https://opennet.net/about-filtering> (Zugriff: 06.01.2017).

Opennet.net (2010): Russia. https://opennet.net/sites/opennet.net/files/ONI_Russia_2010.pdf (Zugriff: 27.07.2018).

Openrussia.org (2016). «Poistine istoričeskie itogi» raboty vzbessivšegosâ printera. <https://openrussia.org/post/view/15926/> (Zugriff: 21.11.2018).

Orttung, Robert W./Walker, Christopher (2013): Putin und Russlands gelähmte Medien. In: Länder Analysen Nr. 253, 2–6. <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen253.pdf> (Zugriff: 10.01.2019).

Ostexperte.de (2015): Personenbezogene Daten müssen in Russland gespeichert werden. <https://ostexperte.de/personenbezogene-daten-mussen-in-russland-gespeichert-werden/> (Zugriff: 06.04.2019).

o.V. (2013): Offener Brief der russischen Internet-Gemeinschaft gegen das Anti-Piraten Gesetz. <http://raec.ru/times/detail/2667/> (Zugriff: 27.07.2018).

- o.V. (2014): Offener Brief von „Lenta.ru“: <https://lenta.ru/info/posts/statement/> (Zugriff: 21.01.2018).
- Owen, Catherine (2017): The Struggle for Meaning of Obshchestvennyi Kontrol' in Contemporary Russia: Civic Participation between Resistance and Compliance after the 2011–2012 Elections, *Europe-Asia Studies* 69 (3), 379–400.
- Papacharissi, Zizi/de Fatima Oliveira, Maria (2012): Affective News and Networked Publics: The Rhythms of News Storytelling on #Egypt. https://zizi.people.uic.edu/Site/Research_files/PapacharissiOliveiraJOCEgypt.pdf (Zugriff: 21.08.2019).
- Pasti, Svetlana (2004): A Russian Journalist in Context of Change: Media of St. Petersburg [in Russian]. Tampere: Tampere University Press, Media Studies.
- Pasti, Svetlana (2005): Two Generations of Contemporary Russian Journalists. In: *European Journal of Communication* 20 (1), 89–115. <http://www.uta.fi/cmt/yhteystiedot/henkilokunta/svetlanapasti/publications/EJC2005.pdf> (Zugriff: 09.01.2017).
- Pasti, Svetlana (2010): A New Generation of Journalists. In: Rosenholm, Arja /Nordenstreng, Kaarle/Trubina, Elena (Hg.) *Russian Mass Media and Changing Values*. London, New York: Routledge, 57–75.
- Pasti, Svetlana (2012): 'Sovremennye rossijskie zhurnalisty: otnoshenie k professii' (Contemporary Russian Journalists and Their Attitudes to the Profession), *Vestnik MSU, Moscow, Moscow State University, Zhurnalistika*, Nr. 4, 22–41.
- Perlot, Flooh (2008): *Deliberative Demokratie und Internetforen. Nur eine virtuelle Diskussion?* Baden-Baden: Nomos.
- Pfadenhauer, Michaela (2009): Auf gleicher Augenhöhe: Das Experteninterview – ein Gespräch zwischen Experte und Quasi-Experte. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hg.): *Experteninterviews*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 99–116.
- Pietiläinen, Jukka (2005): From Participating to Informing. The Transformation of Journalism in the Russian Regional Press. In: Høyer, Svernik/Poettker, Horst (Hg.): *Diffusion of the News Paradigm 1850–2000*. Göteborg: Nordicom, 199–210.
- Pietiläinen, Jukka/Fomicheva, Irina/Resnianskaia, Liudmila (2010): Changing Media Use in Russia. In: Rosenholm, Arja/Nordenstreng, Kaarle/Trubina, Elena (Hg.) (2010): *Russian Mass Media and Changing Values*. London, New York: Routledge, 41–57.
- Pöchtrager, Siegfried (2011): *Experteninterviews und Inhaltsanalyse zur additionalen Wissensgenerierung*. New York: Springer.
- Pogorelskaja, Svetlana W. (2012): „Wir sind Bürger, keine Opposition!“ Struktur und Rolle der Protestbewegung in Russland vor und nach der Wahl. In: *Die Politische Meinung. Monatsschrift zu Fragen der Zeit*. Juni 2012, 29–34.
- Politforums.net (2016): Delo Ekateriny Vologžaninovej. Rossija – bol'noe gosudarstvo. <https://www.politforums.net/other/1455813916.html> (Zugriff: 06.04.2019).

- Pörzgen, Gemma (2011): Russische Medien zwischen Vielfalt und Bedrohung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5.11.2011. <http://www.bpb.de/apuz/59636/russische---medien---zwischen---vielfalt---und---bedrohung?p=all> (Zugriff: 01.05.2017).
- Pöttker, Horst (2016): Kommunikationsfreiheit im digitalen Zeitalter. In: Communicatio Socialis, 49 (4), 347–353. <https://ejournal.communicatio-socialis.de/index.php/cc/article/view/1345> (Zugriff: 21.08.2019).
- Programm der Entwicklung des Rundfunks in Russland 2008–2015 (2007). http://minsvyaz.ru/common/upload/raspor_10-03-2009_219.pdf (Zugriff: 06.01.2017).
- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2014): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. München: De Gruyter.
- Rabitz, Cornelia (2007): Gelenkte Demokratie – gelenkte Medien. Beobachtungen im russischen Wahlkampf. In: Russland-Analysen Nr. 147, 02.11.2007, 2–5. <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen147.pdf> (Zugriff: 09.03.2019).
- Rabitz, Cornelia (2010): Ohne Zensur und doch nicht frei – Russlands Medienlandschaft. In: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hg.) Länderbericht Russland. Hamburg: Bundeszentrale für politische Bildung, 153–171.
- RAEK (2014): Zakony i zakonoproekty v zakonodatel'stve, kasajuščiesja seti Internet, za period oktjabr' 2014 – fevral' 2015. https://raec.ru/upload/files/raec_monitoring_201410.pdf (Zugriff: 10.09.2019).
- RAEK (2015a): Angriffe gegen Internetfreiheit: Methoden und ausgewählte Beispiele. http://raec.ru/upload/iblock/cf9/2015_03_raec_monitoring_legislation.pdf (Zugriff: 29.11.2017).
- RAEK (2015b): Internet v Rossii 2014. http://raec.ru/upload/files/rif15_report_special.pdf (Zugriff: 03.11.2017).
- RAEK (2015c): Monitoring zakonoproektov ot otdela strategičeskich razrabotok RAËK. http://old.raec.ru/upload/iblock/227/2015_12_raec_monitoring_legislation.pdf (Zugriff: 01.12.2017).
- RBC.ru (2015): Ošibka RBK: Minsvjazi raspredelilo sredstva «Informacionnogo soobščestva». https://www.rbc.ru/technology_and_media/16/01/2015/54b8356d9a79471b609fad23 (Zugriff: 23.10.2018).
- RBC.ru (2016): Okolo 2,7 tys. SMI uvedomili ob ograničenii doli inostrannogo vladenija. <https://www.rbc.ru/rbcfreenews/5715f84e9a7947cf661b35de> (Zugriff: 01.12.2017).
- RBC.ru (o.J.): <http://www.rbcholding.ru/business.shtml> (Zugriff: 03.09.2019).
- RG.ru (2014): Putin užestočil nakazanie za prizyvny k separatizmu. <https://rg.ru/2014/07/22/separatizm-site-anons.html> (Zugriff: 01.12.2017).
- Republic. <https://republic.ru/about> (Zugriff: 03.09.2019).
- RIA Novosti (2011): Fond éffektivnoj politiki Gleba Pavlovskogo. Spravka. <https://ria.ru/spravka/20110427/368667899.html> (Zugriff: 11.11.2018).

- RIA Novosti (2014): Medvedev: internet dolžen byt' v každoj točke Rossii. <https://ria.ru/20140407/1002821505.html> (Zugriff: 11.11.2018).
- Richter, Andrei (2011): Post-Soviet Media and Communication Policy. In: Mansell, Robin/Raboy, Marc (Hg.): The Handbook of Global Media and Communication Policy. New York: Wiley-Blackwell, 192–209.
- RIF (2014): Internet v Rossii: Sostojanie, Tendencii i perpektivy razvitija. <http://2014.russianinternetforum.ru/upload/runet-today--rif2014.pdf> (Zugriff: 01.08.2018).
- RIF (2018a): Odnoklassniki. <http://files.runet-id.com/2018/rif/presentations/18apr.rif18-zal-4.15-30--boyarskiy.pdf> (Zugriff: 09.06.2018).
- RIF (2018b): RUNET segodnja. http://a.rif.ru/assets/rif18_open_1920x1080.pdf (Zugriff: 01.08.2018).
- RIF+KIB (2014): Internet v Rossii: Sostojanie, tendencii i perspektivy razvitija. <http://2014.russianinternetforum.ru/upload/runet-today--rif2014.pdf> (Zugriff: 01.12.2017).
- ROG (2013): Der Kreml auf allen Kanälen. Wie der russische Staat das Fernsehen lenkt. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/uploads/tx_ifnews/media/ROG-Russland-Bericht-2013_web.pdf (Zugriff: 09.03.2019).
- ROG (2014): Enemies of Internet. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Feinde_des_Internets/RWB_Internet_Enemies_2014.pdf (Zugriff: 31.01.2018).
- ROG (2015): Grenzloses Internet: Zum Welttag gegen Internetzensur am 12. März 2015. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Feinde_des_Internets/Grenzloses_Internet_2015_-_Reporter_ohne_Grenzen.pdf (Zugriff: 31.01.2018).
- ROG (2017): Rangliste der Pressefreiheit 2017. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2017/Rangliste_der_Pressefreiheit_2017_-_Reporter_ohne_Grenzen.pdf (Zugriff: 29.01.2018).
- ROG (2019a): Alles unter Kontrolle? Internetzensur und Überwachung in Russland. November 2019. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Berichte/2019/Russlandbericht_20191128.pdf. (Zugriff: 17.02.2020).
- ROG (2019b): Rangliste der Pressefreiheit. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/uploads/tx_ifnews/media/Rangliste_der_Pressefreiheit_2019.pdf (Zugriff: 25.09.2019).
- ROG Archiv: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/archiv/?L=0> (Zugriff: 21.11.2017).
- ROG (o.J.): Informationsfreiheit im Internet. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/themen/internetfreiheit/> (Zugriff: 23.10.2017).
- ROG (o.J.): Internetzensur in Russland. Video. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/russland/> (Zugriff: 09.09.2019).

Romanosky, Sacha/Libicki, Martin/Winkelman, Zev/Tkacheva, Olesya (2015): Internet Freedom Software and Illicit Activity Supporting Human Rights Without Enabling Criminals. RAND
https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR1100/RR1151/RAND_RR1151.pdf (Zugriff: 09.09.2019).

Roskin, Michael G./Cord, Robert L./Medeiros, James A./Jones, Walter. S. (2011): Political Science: An Introduction. Harlow: Longman Publishing Group.

Roskomnadsor (2015): Publičnyj doklad Federal'noj služby po nadzoru v sfere sjaži, informacionnyh technologij i massovyh kommunikacij.
https://rkn.gov.ru/docs/docP_1485.pdf (Zugriff: 29.10.2019).

Roskomnadsor (o.J.): Položenie o Roskomnadzore. <http://rkn.gov.ru/about/credentials/> (Zugriff: 29.05.2019).

Roskomsvoboda (2016): Doklad Amnesty International: Trend na podavlenie svobody vyraženiya mnenij v internete. <https://roskomsvoboda.org/14840/> (Zugriff: 30.05.2019).

Roskomsvoboda (o.J.): Istorija cenzury runeta. <https://reestr.rublacklist.net/history/> (Zugriff: 30.05.2019).

Russia Beyond (2014): Bürgeraktivismus 2.0: E-Democracy kommt in Russland langsam in Fahrt. https://de.rbth.com/gesellschaft/2014/09/24/buergeraktivismus_20_e-democracy_kommt_in_russland_langsam_in_fa_31235 (Zugriff: 01.08.2018).

Russia Beyond (2016): 10 Jahre VKontakte: Was macht das russische Facebook so erfolgreich? https://de.rbth.com/gesellschaft/2016/10/21/10-jahre-vkontakte-was-macht-das-russische-facebook-so-erfolgreich_64094 (Zugriff: 09.06.2018).

Safina, Adelja (2013): Tipologija i istorija razvitija sovremennyh rossijskich Internet-SMI. In: Al'manach sovremennoj nauki i obrazovanija. Tambov: Gramota, 3, 156–161.
http://scjournal.ru/articles/issn_1993-5552_2013_3_45.pdf (Zugriff: 09.03.2019).

Schimpfoss, Elisabeth/Yablokov, Ilya (2014): Coercion or Conformism? Censorship and Self-Censorship among Russian Media Personalities and Reporters in the 2010s. In: Demokratizatsiya. The Journal of Post-Soviet Democratization 22 (2), 295–311.

Sch lindwein, Simone (2007): Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa. Netzwerk Recherche, Wiesbaden.
<http://www.netzwerkrecherche.de/files/nr-studie-pressefreiheit.pdf> (Zugriff: 12.11.2019).

Schmidt, Christoph (2011): Russland: Medien zwischen Staatslenkung und Kommerzialisierung. Berlin: Vistas.

Schmidt, Henrike (2011): Russische Literatur im Internet. Zwischen digitaler Folklore und politischer Propaganda. Bielefeld: Transcript.

Schmolz, Alexander (2015): Hybride Regime. In: Kollmorgen, Raj et al. (Hg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden: Springer VS, 561–567.

Schnell, Reiner/Hill, Paul B./Esser, Elke (2005): Methoden der empirischen Sozialforschung. München u.a.: Oldenbourg.

Scholl, Armin (2009 [2003]): Die Befragung. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Schröder, Michael (Hrsg.) (2012): Die Web-Revolution. Das Internet verändert Politik und Medien. München: Olzog.

Sell, Saskia (2017): Kommunikationsfreiheit: Emanzipatorische Diskurse im Kontext medientechnologischer Entwicklungsprozesse. Wiesbaden: Springer VS.

Seoded.ru (o.J.): Istorija RUNETA. <http://www.seoded.ru/istoriya/internet-history/runet.html#ixzz551zWWjWH> (Zugriff: 09.06.2018).

Seonews.ru (2012): Social'nye seti v Rossii: itogi 2011 goda. <https://www.seonews.ru/analytics/sotsialnye-seti-v-rossii-itogi-2011-goda/> (Zugriff: 09.06.2018).

Shirayev, Eric (2013): Russian Government and Politics. New York: Palgrave Macmillan.

Sinelschtschikowa, Jekaterina (2015): Neues Datenschutzgesetz: Vergessen auf Verlangen. In: Russia Beyond, von 08.07.2015. https://de.rbth.com/politik/2015/07/08/neues_datenschutzgesetz_vergessen_auf_verlangen_34215 (Zugriff: 11.11.2019).

Sistemnye osobennosti sovremennogo radioveščaniya (o.J.). <http://evartist.narod.ru/text/65.htm> (Zugriff: 06.01.2017).

Smaele, Hedwig (2006): 'In the Name of Democracy': The Paradox of Democracy and Press Freedom in Post-Communist Russia. In: Voltmer, Katrin: Mass Media and Political Communication in New Democracies. London, New York: Routledge.

Smirnov, Sergei/Dunas, Denis (2009): Competition in Regional Media Markets: Expert Assessments of Press Freedom in Russia. In: Vartanova, Elena/Nieminen, Hannu/Salminen, Minna-Mari (Hg.): Perspectives to the Media in Russia: „Western“ Interests and Russian Developments. Aleksanteri Series 4/2009. Gummerus Printing, Helsinki.

Snob.ru (2018): „Nas naučili svobode“. Avtory anonimnyh telegram-kanalov o žizni posle blokirovki messendžera. <https://snob.ru/selected/entry/136325> (Zugriff: 11.02.2019).

Snob.ru (o.J.): Basement. <https://snob.ru/basement> (Zugriff: 11.02.2019).

Snob (o.J.): Mediakit. <https://snob.ru/indoc/documents/snob-mediakit-site.pdf> (Zugriff: 11.02.2019).

Sobesednik.ru (2015): 10 samykh populjarnykh rossijskich politikov v socsetjach. <https://sobesednik.ru/politika/20150926-10-samyh-populyarnyh-rossiyskih-politikov-v-socsetyah> (Zugriff: 11.11.2018).

Soldatov, Andrei/Borogan, Irina (2015a): RusNet on the Offensive (Internet Censorship in Russia) (Reportage/Russian Surveillance). In: World Policy Journal 32 (3). <https://worldpolicy.org/2015/09/08/rusnet-on-the-offensive/> (Zugriff: 18.11.2019).

Soldatov, Andrej/Borogan, Irina (2015b): The Red Web. The Struggle between Russia's Digital Dictators and the New Online Revolutionaries. New York: Public Affairs.

Spiegel Online (2011): Putin verbittet sich Kritik an Wahlablauf. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/russisches-tv-putin-verbittet-sich-kritik-an-wahlablauf-a-803869.html> (Zugriff: 11.11.2018).

- Spiegel Online (2019): Putin unterzeichnet umstrittenes Gesetz gegen „Fake News“ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/russland-wladimir-putin-unterzeichnete-umstrittenes-gesetz-gegen-fake-news-a-1258511.html> (Zugriff: 11.09.2019).
- Spin.com (2014): Pussy Riot Members Launch Independent Russian News Service. <https://www.spin.com/2014/09/pussy-riot-mediazona-independent-russian-news-service/> (Zugriff: 11.09.2019).
- Stegherr, Marc/Liesem, Kerstin (2010): Die Medien in Osteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Steinke, Ines (1999): Kriterien qualitativer Forschung : Ansätze zur Bewertung qualitativ-empirischer Sozialforschung. Weinheim/München: Juventa-Verlag.
- Steinke, Ines (2008): Gütekriterien qualitativer Forschung. In: Flick, Uwe (2008): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 319–332.
- Stier, Sebastian (2017): Internet und Regimetypp: Netzpolitik und politische Online-Kommunikation in Autokratien und Demokratien. Wiesbaden: Springer VS.
- Strübing, Jörg/Hirschauer, Stefan/Ayaß, Ruth/Krähnke, Uwe/Scheffer, Thomas (2018): Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. Ein Diskussionsanstoß. In: Zeitschrift für Soziologie 2018, 47(2), 83–100.
- Svoboda.org (2019): Putin podpisal zakon ob izoljacii rossijskogo interneta. <https://www.svoboda.org/a/29914864.html> (Zugriff: 11.02.2019).
- Systemprojekt der elektronischen Regierung der Russischen Föderation 2010. <http://textarchive.ru/c-1308584.html> (Zugriff: 23.10.2018).
- Systemprojekt der elektronischen Regierung der Russischen Föderation 2016. http://d-russia.ru/wp-content/uploads/2016/03/2016-02-29_system_project.pdf (Zugriff: 23.10.2018).
- Tadviser.ru (2019): Cenzura (kontrol') v internete Opyt Kitaja. <https://bit.ly/2k6R93B> (Zugriff: 09.09.2019).
- TASS (2013): Putin protiv sliškom bol'sich ograničenij v internete. <https://tass.ru/obschestvo/807631> (Zugriff: 11.11.2019).
- TASS (2014a): Politiki v social'nych setjach. Dos'e. <https://tass.ru/info/1442493> (Zugriff: 11.11.2018).
- TASS (2014b): Putin podpisal zakon ob ograničenii v 20% doli inostrannyh akcionerov v rossijskich SMI. <http://tass.ru/ekonomika/1508850> (Zugriff: 15.11.2019).
- Taubman, Geoffrey L. (2002): Keeping Out the Internet? Non-Democratic Legitimacy and Access to the Web. In: First Monday 7 (9). <http://firstmonday.org/ojs/index.php/fm/article/view/984/905> (Zugriff: 10.01.2018).
- The Insider. <https://theins.ru> (Zugriff: 25.09.2019).
- The Swedish Institute (2013): Internet Freedom and Development. A Qualitative Study of Internet Freedom and Sweden's Global Importance with Respect to Internet Freedom Issues. The Swedish Institute & United Minds, 2013. https://si.se/wp-content/uploads/2013/11/SI_Internet-freedom_A4_WEB.pdf (Zugriff: 20.10.2017).

- TheRunet.com (2014): Na otkrytii RIFa raskritikovali bol'sinstvo zakonov ob internete, 22.04.2014. <http://www.therunet.com/news/2800-deyateli-runeta-nedovolny-77-zakonoproektov-ob-internete> (Zugriff: 07.05.2017).
- Thomass, Barbara (2001): Kommunikationswissenschaftliche Überlegungen zur Rolle der Medien in Transformationsgesellschaften. In: Thomass, Barbara/Tzankoff, Michaela (Hg.): Medien und Transformation in Osteuropa. Wiesbaden, 39–46.
- Thomass, Barbara/Tzankoff, Michaela (2003): Medienentwicklung und gesellschaftlicher Wandel in Osteuropa. In: Behmer, Markus/Krotz, Friedrich/Stöber, Rudolf/Winter, Carsten (Hg.): Medienentwicklung und gesellschaftlicher Wandel. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Thomass, Barbara/Tzankoff, Michaela (Hg.) (2001): Medien und Transformation in Osteuropa. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Tigranyan, Eugenija/Bazanova, Anna (2016): Pravovoe regulirovanie seti inertne v Rossii kak otrazhenie provodimoy liderom gosudarstva politiki. <https://cyberleninka.ru/article/n/pravovoe-regulirovanie-seti-internet-v-rossii-kak-otrazhenie-provodimoy-liderom-gosudarstva-politiki> (Zugriff: 07.05.2019).
- Timofeeva, Yulia (2006): Censorchip in Cyberspace. Baden-Baden: Nomos.
- Tkacheva, Olesya/Schwartz Lowell H. u.a. (2013): Internet Freedom and Political Space RAND Corporation. https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR200/RR295/RAND_RR295.pdf (Zugriff: 26.10.2018).
- Toepfl, Florian (2011): Managing Public Outrage: Power, Scandal and New Media in Contemporary Russia. In: *New Media & Society* 13 (8), 1301–1319.
- Toepfl, Florian (2012): Blogging for the Sake of the President: The Online Diaries of Russian Governors. In: *Europe-Asia Studies* 64 (8), 1437–1461. https://www.researchgate.net/publication/235762101_Blogging_for_the_Sake_of_the_President_The_Online_Diaries_of_Russian_Governors (Zugriff: 26.10.2019).
- Toepfl, Florian (2013): Making Sense of the News in a Hybrid Regime: How Young Russians Decode State TV and an Oppositional Blog. In: *Journal of Communication* 63 (2), 244–265. http://eprints.lse.ac.uk/49239/1/_lse.ac.uk_storage_LIBRARY_Secondary_libfile_shared_repository_Content_Toepfl%2C%20F_Toepfl_Making_%20sense_%20news_2013_Toepfl_Making_%20sense_%20news_2013.pdf (Zugriff: 10.11.2019).
- Toepfl, Florian (2014): Four Facets of Critical News Literacy in a Non-Democratic Regime: How Young Russians Navigate their News. In: *European Journal of Communication* 65 (3), 465–488.
- Toepfl, Florian (2016): Innovating Consultative Authoritarianism: Internet Votes as a Novel Digital Tool to Stabilize Non-Democratic Rule in Russia. *New Media & Society* 20 (3), S. 956–972. <https://doi.org/10.1177/1461444816675444> (Zugriff: 16.10.2019).
- Trautmann, Ljuba (2002): Die Medien im russischen Transformationsprozess – Akteur oder Instrument der staatlichen Politik. Frankfurt a. M.: Peter Lang Verlag.

Tschikow, Pawel (2014): 1832 fakta ograničenija svobody interneta v 2013 godu zafiksirovala Agora. <http://president-sovet.ru/blogs/chikov/1832-fakta-ogranicheniya-svobody-interneta-v-2013-godu-zafiksirovala-a> (Zugriff: 07.11.2019).

Über öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Russland (o.J.). http://www.president-sovet.ru/structure/group_16/materials/proekt-conc.php (Zugriff: 06.01.2018).

Valentin, Sylvia (2009): Konzepte von Medienfreiheit und ihre Umsetzung durch NGOs. Marburg: Tectum Verlag.

Varlamov, Ilya (2014): Pro blogerov, kotorye teper' SMI. <http://varlamov.ru/1052761.html> (Zugriff: 21.10.2019).

Varlamov, Ilya (2016): Za čto v Rossii sažajut blogerov. <http://varlamov.ru/1774648.html> (Zugriff: 07.05.2019).

Vartanova, Elena (2009): Russian Media: Market and Technology as Driving Forces of Change. In: Vartanova, Elena/Nieminen, Hannu/Salminen, Minna-Mari (Hg.): Perspectives to the Media in Russia: „Western“ Interests and Russian Developments, Aleksanteri Series 4/2009. Gummerus Printing, Helsinki, 283–300.

Vartanova, Elena (2010): Konvergenz und Medien. In: Friedrichsen, Milke/Wendland, Jens/Woronenkowa, Galina (Hg.): Medienwandel durch Digitalisierung und Krise. Nomos, Baden-Baden.

Vartanova, Elena (2013a): Postsoveckie transformacii rossijskich SMI i žurnalistiki. Moskwa: MediaMir.

Vartanova, Elena (2013b): Theoretical Analysis of Russian Media System: Between the General and the Particular, Formal and Informal.

Vartanova, Elena/Lukina, Maria/Svitich, Luisa/Shiryaeva, Alla (2010): Between Tradition and Innovation: Journalism Education in Russia. In: Journalism Education in Countries with Limited Media Freedom. New York: Peter Lang Publishing, 199–216.

Vartanova, Elena/Nieminen, Hannu/Salminen, Minna-Mari (Hg.) (2009): Perspectives to the Media in Russia: „Western“ Interests and Russian Developments. Aleksanteri Series 4/2009. Gummerus Printing, Helsinki.

Vartanova, Elena/Smirnov, Sergej (2010): Contemporary Structure of the Russian Media Industry. In: Rosenholm, Arja/Nordenstreng, Kaarle/Trubina, Elena (Hg.) (2010): Russian Mass Media and Changing Values. Abingdon: Routledge. 21–40.

VC.ru (2018): Russkij YouTube v 2018 godu. Kakie kanaly stali populjarnymi? <https://vc.ru/social/54640-russkiy-youtube-v-2018-godu-kakie-kanaly-stali-populyarnymi> (Zugriff: 24.09.2019).

vDud. YouTube Kanal. https://www.youtube.com/channel/UCMCgOm8GZkHp8zJ6l7_hIuA (Zugriff: 24.09.2019).

Vedomosti.ru (2012): Roskomnadzor opublikoval trebovanija k vozrastnoj markirovke dlja onlajn-SMI. https://www.vedomosti.ru/technology/news/2012/09/04/roskomnadzor_opublikoval_trebovanija_k_vozrastnoj_markirovke (Zugriff: 20.11.2019).

- Vesti.ru (2010): Neradivnykh chinovnikov otpravlyat «na ulitsu». <https://www.vesti.ru/doc.html?id=347563> (Zugriff: 08.03.2019).
- Vinogradov, Dmitry (2006): Das russische Internet: Insel der Meinungsfreiheit und Zivilgesellschaft. In: Russlandanalysen Nr. 118, 17.11.2006. <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen118.pdf> (Zugriff: 18.11.2019).
- Vinokurowa, Ekaterina (2013): Kreml soberet Internet v zakon. Gazeta.ru. http://www.gazeta.ru/politics/2013/01/23_a_4938357.shtml (Zugriff: 23.05.2019).
- VK.com. <https://vk.com/about> (Zugriff: 09.06.2019).
- Voltmer, Kathrin (2006): Mass Media and Political Communication in New Democracies. European Consortium for Political Research. London, New York: Routledge.
- Wagner, Hans (2008): Qualitative Methoden in der Kommunikationswissenschaft. Ein Lehr- und Studienbuch. München: Fischer.
- Warf, Barney (2011): Geographies of Global Internet Censorship (Report). In: GeoJournal 76 (1), 1–23.
- WCIOM (2012a): Presseвыпуск Nr. 1983 Protestnoe dviženie „Za čestnye vybory“. <https://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112619> (Zugriff: 11.02.2018).
- WCIOM (2012b): «ROSSIJANE «V SETI»: REJTING POPULJARNOSTI SOCIAL'NYCH MEDIA». <http://old2.wciom.ru/index.php?id=459&uid=112476> (Zugriff: 05.07.2018).
- WCIOM (2015a): Čego želaet obščestvo: stremlenie rossijan k kontrolju interneta. http://www.wciom.ru/fileadmin/file/reports_conferences/2015/2015-08-03_internet.pdf (Zugriff: 13.06.2019).
- WCIOM (2015b): „SMI v Rossii: potreblenie i doverie“. <http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115248> (Zugriff: 03.11.2019).
- WCIOM (2017a): A esli bez interneta?! <https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116148> (Zugriff: 15.11.2019).
- WCIOM (2017b): Social'nye seti: kto tuda chodit i začem? <https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=1457> (Zugriff: 09.11.2019).
- WCIOM (2018): Každyму vozrastu – svoi seti. <https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116691> (Zugriff: 15.11.2019).
- WGTRK. <http://vgtrk.com> (Zugriff: 06.01.2019).
- White, Stephen (2008): Media, Culture and Society in Putin's Russia. New York: Palgrave Macmillan.
- Winter, Reiner (2010): Widerstand im Netz. Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation. Bielefeld: transcript.
- Wohlgemuth, Arno/Hiller, Kinga (2002): Medienrecht und Medienwirklichkeit in Polen, Ungarn und Russland mit Exkurs nach Italien. Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. http://www.oei.fu-berlin.de/recht/media/arbeitspapiere/ap_recht_09.pdf (Zugriff: 03.05.2019).

Wolkow, Denis (2012a): PROTESTNOE DVIŽENIE V ROSSII V KONCE 2011 – 2012 gg.: ISTOKI, DINAMIKA, REZUL'TATY. Lewada-Zentrum.
<https://www.hse.ru/data/2012/11/03/1249193438/movementreport.pdf> (Zugriff: 23.10.2018).

Wolkow, Denis (2012b): PROTESTNYE MITINGI V ROSSII KONCA 2011 – NAČALA 2012 gg.: zapros na demokratizaciju političeskich institutov.
<http://ecsocman.hse.ru/data/2013/02/06/1251417661/Pages%20from%20Вестник%20общественного%20мнения%20No.2,%202012-6.pdf> (Zugriff: 23.10.2018).

Worobjev, Andrei (2018): Tendencii razvitija interneta v Rossii. <http://files.runet-id.com/2018/rif/presentations/18apr.rif18-zal-2.15-30--vorobiev.pdf> (Zugriff: 05.07.2018).

Yandex (2009): Blogosfera Runeta.
http://download.yandex.ru/company/yandex_on_blogosphere_spring_2009.pdf (Zugriff: 05.07.2018).

Yandex (2016): Razvitie interneta v regionach Rossii.
https://yandex.ru/company/researches/2016/ya_internet_regions_2016 (Zugriff: 09.06.2018).

Yangyue, Liu (2014): Competitive Political Regime and Internet Control: Case Studies of Malaysia, Thailand and Indonesia. London: Cambridge Scholars Publishing.
<http://www.cambridgescholars.com/download/sample/61598> (Zugriff: 10.01.2018).

Zassurskii, Ivan (2004): Media and Power in Post-Soviet Russia. Armonk, New York: M. E. Sharpe Inc.

Zeit Online (2011): Größte Demonstration seit Beginn der Ära Putin, von 10. Dezember 2011.
<https://www.zeit.de/politik/ausland/2011-12/proteste-russland-wahl> (Zugriff: 04.11.2018).

Zemlyanova, Lydia M. (2013): Theoretical Principles of Media Systems Comparative Analyses in Writings of Daniel Hallin and Paulo Mancini, Their Adherents and Opponents.
<http://mediascope.ru/node/1388> (Zugriff: 07.01.2019).

Zepke, Georg (2001): Auswertung qualitativer Materialien, unveröffentl. Manuskript.

Zittrain, Jonathan/Palfrey, John (2008): Internet Filtering: The Politics and Mechanisms of Control. In: Deibert, Ronald/Palfrey, John/Rohozinski, Rafal/Zittrain, Johnatan (Hg.): Access Denied. The Practice and Policy of Global Internet Filtering. Cambridge: The MIT Press.

Znak.com (o.J.): Infotainment. <https://www.znak.com/infotainment/> (Zugriff: 24.05.2019).

Zuckerberg, Mark (2019): Four Ideas to Regulate the Internet.
<https://newsroom.fb.com/news/2019/03/four-ideas-regulate-internet/> (Zugriff: 08.10.2019).

Rechtsdokumente:

Verfassung der Russischen Föderation vom 12.12.1993. <http://www.constitution.ru/de/> (Zugriff: 12.11.2019).

Föderales Gesetz Nr. N 2124-1 vom 27.12.1991 „Über Massenmedien“.
http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_1511/ (Zugriff: 25.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 126-FZ vom 07.07.2003 „Über die Telekommunikation“. http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_43224/ (Zugriff: 25.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 149-FZ vom 27.07.2006 „Über Information, Informatisierung und Schutz der Information“ (InfG). http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_61798/ (Zugriff: 5.12.2017).

Föderales Gesetz Nr. 121-FZ vom 20.07.2012 „Über die Änderung einiger Gesetzesakte der Russischen Föderation bezüglich der Regulierung der Tätigkeit nichtkommerzieller Organisationen, die die Funktion eines ausländischen Agenten ausüben.“ (Gesetz über Ausländeragenten). <https://rg.ru/2012/07/23/nko-dok.html> (Zugriff: 25.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 139-FZ vom 28.07.2012 „Über die Änderung des Föderalen Gesetzes ‚Über den Schutz von Kindern vor Informationen, die schädlich für ihre Gesundheit und Entwicklung sind‘“ (Gesetz über Schwarze Liste von Internetseiten). <https://rg.ru/2012/07/30/zakon-dok.html> (Zugriff: 25.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 420-FZ vom 28.12.2012 „Über die Änderung des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation“ (Gesetz über Verleumdung). <https://rg.ru/2012/08/01/kleveta-dok.html> (Zugriff: 25.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 136-FZ vom 29.06.2013 „Über die Änderung des Artikels 148 des Strafgesetzbuches und bestimmter Rechtsakte der Russischen Föderation, um der Beleidigung durch religiöse Überzeugungen und Gefühle der Bürger entgegenzuwirken“ (Gesetz über Schutz der Gläubigen). <https://rg.ru/2013/06/30/zashita-site-dok.html> (Zugriff: 13.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 135-FZ vom 29.06.2013 „Über Änderungen von Artikel 5 des Föderalen Gesetzes ‚Über den Schutz von Kindern vor gesundheitsschädlichen Informationen und deren Entwicklung‘“ (Gesetz über Gay-Propaganda). <https://rg.ru/2013/06/30/deti-site-dok.html> (Zugriff: 18.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 187-FZ vom 02.07.2013 „Über die Einführung von Änderungen bestimmter Rechtsakte der Russischen Föderation über den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums in Informations- und Kommunikationsnetzen“ (Gesetz über Urheberrechte). <http://base.garant.ru/70405630/> (Zugriff: 18.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 398-FZ vom 28.12.2013 „Über die Änderung des Föderalen Gesetzes ‚Über Information, Informatisierung und Schutz der Information‘“ (Gesetz über die momentane Sperrung der Internetseiten mit extremistischen Inhalten). <https://rg.ru/2013/12/30/extrem-site-dok.html> (Zugriff: 25.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 97-FZ vom 05.05.2014 „Über die Änderung des Föderalen Gesetzes ‚Über Information, Informatisierung und Schutz der Information‘“ (Bloggergesetz). <https://rg.ru/2014/05/07/informtech-dok.html> (Zugriff: 13.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 242-FZ vom 21.07.2014 „Über Änderung bestimmter Rechtsakte der Russischen Föderation im Hinblick auf die Festlegung des Verfahrens für die Verarbeitung personenbezogener Daten in Informations- und Telekommunikationsnetzen“ (Gesetz über die Lokalisierung persönlicher Daten). <http://base.garant.ru/70700506/> (Zugriff: 13.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 305-FZ vom 14.10.2014 „Über die Änderung des Gesetzes der Russischen Föderation ‚Über Massenmedien‘“ (Über Einschränkung des ausländischen Kapitals). <http://www.garant.ru/hotlaw/federal/570729/> (Zugriff: 18.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 264-FZ Föderales vom 13.07.2015 „Über Änderungen des Föderalen Gesetzes ‚Über Information, Informationstechnologien und Informationsschutz‘“ und Artikel 29 und 402 der Zivilprozessordnung der Russischen Föderation“ (Über das Recht auf Vergessen).
<http://www.consultant.ru/cons/cgi/online.cgi?req=doc;base=LAW;n=182637#034473259146864976> (Zugriff: 18.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 374-FZ und Gesetz Nr. 375-FZ vom 06.07.2016 „Über die Änderung des Föderalen Gesetzes ‚Über die Bekämpfung des Terrorismus‘ und bestimmter Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation im Hinblick auf die Festlegung zusätzlicher Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit“ (sogenanntes Jarovaja-Paket).
http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_201087/ (Zugriff: 18.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 31-FZ vom 18.03.2019 „Über Änderung von Artikel 15 Absatz 3 des Föderalen Gesetzes ‚Über Information, Informationstechnologien und Informationsschutz‘“ (Gesetz über Fake News). <https://www.eg-online.ru/document/law/396673/> (Zugriff: 18.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 31-FZ vom 18.03.2019 „Über Änderung von Artikel 15 Abs. 3 des Föderales Gesetzes ‚Über die Information, Informationstechnologie und den Informationsschutz‘“ (Gesetz gegen die Missachtung staatlicher Organe).
<https://mvd.consultant.ru/documents/1056697> (Zugriff: 18.10.2019).

Föderales Gesetz Nr. 90-FZ vom 01.05.2019 „Über die Änderung des Föderalen Gesetzes ‚Über Telekommunikation‘“ (Gesetz über souveränes Internet).
<http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001201905010025?index=0&rangeSize=1> (Zugriff: 11.11.2019).

The European Court of Human Rights (2015): CASE OF ROMAN ZAKHAROV v. RUSSIA (Application no. 47143/06), JUDGMENT STRASBOURG, 4 December 2015.
[https://hudoc.echr.coe.int/eng#{"itemid":\["001-159324"\]}](https://hudoc.echr.coe.int/eng#{) (Zugriff: 15.11.2019).

The European Court of Human Rights (2016): CASE OF NAVALNYY AND OFITSEROV v. RUSSIA. (Applications nos. 46632/13 and 28671/14). JUDGMENT STRASBOURG, 23 February 2016. [https://hudoc.echr.coe.int/eng#{"itemid":\["001-161060"\]}](https://hudoc.echr.coe.int/eng#{) (Zugriff: 15.11.2019).

The European Court of Human Rights (2017): CASE OF NAVALNYYE v. RUSSIA. STRASBOURG, 17 October 2017. [https://hudoc.echr.coe.int/eng#{"itemid":\["001-177665"\]}](https://hudoc.echr.coe.int/eng#{) (Zugriff: 25.09.2019).

The Human Rights Council (2012): Resolution L13 vom 29 June 2012 „Promotion and protection of all human rights, civil, political, economic, social and cultural rights, including the right to development“. <http://www.loc.gov/law/foreign-news/article/u-n-human-rights-council-first-resolution-on-internet-free-speech/> (Zugriff: 19.11.2019).

11. Anhang

Anhang 1. Interviewleitfaden

Einleitung

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen und ihre Teilnahme am Interview zugesagt haben. Wie ich Ihnen bereits geschrieben habe, promoviere ich an der Freien Universität Berlin und schreibe meine Arbeit über Onlinejournalismus und die Realisierung der Internetfreiheit in Russland nach 2011/2012. Zuerst möchte ich Sie fragen, ob ich eine Tonaufnahme machen darf? Sie wird transkribiert und als Anhang in meiner Arbeit veröffentlicht (*Antwort der/des Befragte/n*). Darf ich in der Analyse Ihren Namen verwenden? (*Antwort der/des Befragte/n*). Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es sich um ein nicht standardisiertes Interview handelt, ich werde nur einige große Aspekte nachfragen, aber alle zusätzlichen Kommentare, Beispiele und Anmerkungen Ihrerseits sind sehr erwünscht.

(Die hier aufgelisteten Fragen wurden der jeweiligen Gesprächssituation angepasst und nicht immer genau in beschriebenen Formulierungen präzise abgefragt. So wurden einige Fragen nicht noch einmal wiederholt, wenn sie bei der vorherigen Antwort schon ausführlich beantwortet wurden. Jedoch wurde die Struktur der Interviews möglichst gleich gehalten, was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse gewährleisten sollte. Bei Bedarf wurden einige Aspekte detaillierter nachgefragt, wenn sie für das Thema des Interviews relevant erschienen oder die Bereitschaft eines Interviewpartners, die Fragen ausführlicher zu beantworten, zuerst nicht genügend war. Als Einstieg wurden bei einigen Interviews Statistiken und Berichte über die Internetfreiheit in Russland genannt).

Vorstellung (nur bei Expert_innen, die ihre Redaktionen/Schwerpunkt der Arbeit vor kurzem gewechselt haben):

Können Sie bitte etwas mehr über Ihre aktuelle Arbeit/Projekt/Media erzählen?

1. Block: Gesetzliche Regulierung

- Seit 2011 wurden viele gesetzliche Änderungen verabschiedet, die die Regulierung des Internets direkt oder indirekt beeinflussen. Welche Bedeutung hatten sie für die Arbeit der Onlinejournalist_innen und Blogger_innen?

- Wie reagieren Journalist_innen bzw. Redaktionen auf diese Änderungen?

Welche neuen Formate oder Strategien der Arbeit sind daraufhin als Reaktion

entstanden? Wie gehen die Onlinemedien mit den neuen Änderungen um? Wie wird die Meinung der Medienexpert_innen/Journalist_innen bei der Verabschiedung weiterer Gesetze einbezogen?

- Gibt es prinzipielle Unterschiede in der Arbeit der Onlinejournalist_innen, wenn man 2011/2012 und heute vergleicht? Welche neuen Tendenzen/Formen der Arbeit sind in dieser Zeit entstanden?
- Welche neuen Instrumente der Kontrolle/des Drucks auf Medien sind im Zusammenhang mit den gesetzlichen Änderungen entstanden?
- Welche Änderungen im Onlinejournalismus in Russland beobachten Sie außer dem Einfluss der gesetzlichen Änderungen? Welche Probleme sehen Sie?

Block 2: Änderung der öffentlichen Diskussion und Position des Staates

- Wie ändert sich allgemein die öffentliche Diskussion über die Medien- und Internetfreiheit in Russland?
 - Wie verändert sich die Wahrnehmung dieser Freiheiten und des Internets als Informationsquelle seitens der Nutzer_innen? Wie wird die potenzielle Einführung der Internetzensur wahrgenommen?
 - Wie verändern sich die Position und die Präsenz des Staates im Internet? Vergleich 2011/2012 und 2015/2016.
 - Die Diskussion über Potenziale und über Gefahren des Internets ist international relativ verbreitet. Wie stark ist sie in Russland ausgeprägt?
 - Wie verändert die Entwicklung der Neuen Medien die Wahrnehmung der traditionellen Medien und umgekehrt, wie beeinflussen Letztere die Wahrnehmung des Internets?
 - Wie wird die Rolle der sozialen Medien wahrgenommen?

Block 3. Lage der Internetfreiheit und weitere Prognosen

- Wie würden Sie generell die heutige Lage der Medien- und Internetfreiheit in Russland charakterisieren? Vergleich zwischen 2011/2012 und 2015/2016
 - Welche Chancen und Hemmnisse sehen Sie für die weitere Entwicklung des Internets und den Onlinejournalismus in Russland?
 - Welche Szenarien der weiteren Entwicklung des Internets in Russland halten Sie für möglich?

Je nach Spezialisierung:

Weitere Anmerkungen/Kommentare/Beispiele/Schwerpunkte, je nach konkreter Spezialisierung der Befragten angegangen wurden.

Schluss:

Vielen Dank! Haben Sie vielleicht noch weitere Kommentare oder Anmerkungen, die für das Thema, was wir jetzt besprochen haben, relevant sind?

(Nach dem Schlussteil - Besprechung der weiteren Kontakte, Transkription etc.)

Anhang 2. Transkriptionsregeln

1. Formales

Schriftart: Times New Roman

Schriftgröße: 12, Abstand 1.0, Abstand zwischen Absätzen

Dateiformat: .doc

Bezeichnungen:

I⁹⁰ – russisch: Interviewerin

P – russisch: Respondent/in

J1, B1... - Bezeichnung der befragten Onlinejournalist_innen oder Blogger_innen

01:20:49 – Dauer des Interviews in Minuten

(неразборчиво, время) – russisch „unverständlich“: die Stelle des Interviews, die nicht verständlich und nicht zu wiederherstellen sind.

(смеется) – russisch: die Interviewerin oder die/der Befragte/r lacht.

(перерыв) – russisch: Unterbrechung während des Interviews, Grund der Unterbrechung.

(пауза) – russisch: Pause beim Sprechen ohne technische oder sonstige Unterbrechungen.

2. Transkriptionsregeln⁹¹

- Es wird wörtlich und nicht zusammenfassend transkribiert.
- Wortdoppelungen, Wort- und Satzabbrüche oder Wiederholungen werden geglättet, wenn sie keine semantische Bedeutung haben. Verständnissignale wie „mhm“, „ja“ oder „ähm“ (*вот, ну, это, эти...*) etc. werden ausgelassen.
- Non-verbale Äußerungen (z. B. Lachen) werden beim Einsatz in Klammern *kursiv* notiert, außersprachliche Handlungen (Gestik, Körperhaltungen, etc.) werden nicht erfasst.
- Bei den Skype-Interviews werden alle technischen Störungen, Geräusche und Unterbrechungen wegen der Internetverbindung zusätzlich markiert.
- Die Besprechungen nach dem Gespräch von weiteren, für die Studie nicht relevanten Themen oder Kontaktempfehlungen sowie die längeren Einführungsteile am Anfang der Interviews werden in den Transkriptionen ausgelassen und entsprechend markiert.
- Alle Zeilen in den Transkriptionen (inkl. Überschrift) werden für die weitere Analyse durchnummeriert.

⁹⁰ Die Transkriptionen der Interviews sind in russischer Sprache, deswegen werden die Markierungen hier auch auf Russisch aufgelistet.

⁹¹ Vgl. Dresing/Pehl 2013, S. 20–21.

Anhang 3. Bildung des Kategoriensystems

Kategorie	Beschreibung	Ankerbeispiele	
1. Einfluss der gesetzlichen Regulierungen und Änderung der journalistischen Praktiken online	Einfluss der neuen Gesetze und ihre Umsetzung	<p>Einschätzung der Auswirkungen von konkreten gesetzlichen Normen, Besonderheiten und Probleme der Umsetzung der Gesetze</p> <p>„Wir sehen nichts Besonderes, was außergewöhnlich wäre. Eine andere Sache ist, dass einige denken, dass es das Ende der Welt sei. Wir sehen sowas nicht, keinen solchen Prozess, keine solchen wesentlichen Änderungen“... (J7, Z.150-153).</p> <p>„Artikel 282, der „Extremismus“-Artikel, ist in der Tat ein Instrument für den Druck <...> Es gibt sehr viele Fälle, wenn Menschen tatsächlich irgendetwas repostet haben, oder irgendwelche Bilder, sehr emotional natürlich, und haben danach sehr ernste Probleme mit dem Gesetz bekommen“... (J3, Z. 379-388).</p> <p>„Wir haben die ganze Menge von Gesetzen in Russland verabschiedet. Aber in der Realität funktioniert ein Teil davon nicht, sie wurden nur „just in case“ verabschiedet, damit man sie dann benutzen kann“ (J7, Z.175-177).</p> <p>...“die Menschen, die diese Gesetze geschrieben haben, haben selbst nicht verstanden, wie diese Gesetze funktionieren werden, deswegen haben sie auch keine klaren Erklärungen dafür gegeben. Und ohne klare Erklärungen hat der Durchführende auch Probleme“ (B8, Z.104-106).</p>	
	Andere Instrumente/Beispiele der Begrenzung	<p>Alle anderen Methoden und Einschränkungen, die für die Begrenzung der Internetfreiheit genutzt werden/potenziell möglich sind, die nicht zur gesetzlichen Regulierung gehören</p>	<p>„Aufgrund des Wechsels des Chefredakteurs nach dem Wunsch des Inhabers, was für mich als vom Kreml engagiert erschien, habe ich beschlossen, die Redaktion zu verlassen. Ich habe dann zu einem kleinen Projekt gewechselt, das damals jünger als ein Jahr alt war“ (J3, Z.17-19).</p> <p>„Offiziell war es ein Konflikt mit dem Inhaber. Und alles wird so offiziell präsentiert: wirtschaftliche Konflikte, Konflikte mit dem Inhaber... In der Tat ist es aber alles zentralisiert“... (B1, Z.100-103).</p>
	Strukturelle Änderungen in den Redaktionen (organisatorischer Schwerpunkt)	<p>Entstehung von neuen Formaten der Arbeit/Änderungen in der Organisation und den Arbeitsprozessen der Redaktionen</p>	<p>„Wenn diese Menschen angefangen haben, nach der Arbeit zu suchen, konnten sie vielleicht ein anderes Projekt eröffnen. Aber viele wurden gezwungen, das Land zu verlassen. Sie haben nach Menschen für neue Projekte gesucht, moderne und günstige, und haben natürlich eine Onlineresource gegründet“ (J6, Z. 50-52).</p>
	Reaktion und Strategien der Medien (inhaltlicher Schwerpunkt)	<p>Inhaltliche und sprachliche Änderungen in den Beiträgen</p>	<p>„Wir schreiben nichts Schlechtes über Putin und über den Patriarchen. Hier ist es klar, dass die Redefreiheit gerade deswegen Redefreiheit ist, dass du „frei“ bist, über Putin oder über Patriarchen nicht zu schreiben. Die andere Sache ist, dass es tatsächlich für alle verbotene Themen gibt“... (J1, Z.184-188).</p> <p>„Sie haben angefangen, statt das Wort „Selbstmord“ „Roskomnadzor“ zu schreiben. Es ist sehr lustig geworden. Roskomnadzor war wütend, aber formal konnte man nichts machen“ (J3, Z.69-73).</p>
	Individuelle Strategien der Journalist_innen	<p>Wie verändern die einzelnen Journalist_innen ihre Arbeit/sonstige Reaktionen z. B. in Form von Aktivismus, Verlassen des Berufs etc.</p>	<p>„Sie schweigen, wenn irgendwelche Gesetzesänderungen verabschiedet werden, das heißt, sie machen nichts. Deswegen haben wir vor ein paar Monaten, Ende März, nach dem Angriff auf Journalisten in Inguschetien, unsere alte Idee über die Gründung einer unabhängigen Journalistengewerkschaft reaktiviert, die genau die Menschen erhalten würde, die ständig im Feld sind, unabhängig von ihren Ansichten“ (J3, Z.199-204).</p> <p>„Es gibt hier nur zwei Strategien – entweder den Kopf in den Sand zu stecken und Angst zu haben,</p>

			ein Wort zu schreiben in irgendeiner Form... Es gibt nicht die Option „lass es“, sondern „gefährlich“: Viele haben Angst, die Arbeit zu verlieren, wenn sie was sagen“... (J5, Z.416-419).
2. Änderung der öffentlichen Diskussion über die Rolle des Internets	Position der Nutzer_innen und Wechsel der gesellschaftlichen Diskussion	Wie reagieren die Nutzer_innen auf Gesetze/wie ändert sich ihre Wahrnehmung von Kommunikationsfreiheiten/Rolle des Internets als Informationsquelle; Änderung der gesellschaftlichen Diskussion generell	„(die <i>Diskussion</i>) ändert sich, und leider nicht in die beste Richtung. Da die gegenwärtige Situation von der Mehrheit als Selbstverständlichkeit wahrgenommen wird, gewöhnen die Menschen sich langsam daran und fangen selbst an, das zu fördern“ (B1, Z.261-263). „(sie <i>glauben</i>), dass man im Internet nur das Schlimmste lernen kann. Deswegen sind alle Kinder im Internet, sie lernen damit was Schlechtes“... (J5, Z.193-195). „...was in 2011-2012 viel mehr Einfluss hatte, dass viele Medien eine neue Nachfrage seitens des Publikums gefühlt haben – die Nachfrage nach der Meinung, nach der Diskussion, nach den Erklärungen“ (J1, Z.21-23).
	Position des Staates	Änderung der staatlichen Rhetorik in Bezug auf Internet/Positionen der Politiker_innen/Staatliche Präsenz im Internet	„...Propaganda durch das Internet etc., sind mehr günstige Alternativen, mehr präzise. Offensichtlich gibt es hier weitere Möglichkeiten. So werden die Menschen beobachten, wie die russischen Behörden im Internet sich stärken und es wird sich in der nächsten Zeit zeigen“ (J1, Z.110-113). „Der Staat hat angefangen, das Internet sehr ernst wahrzunehmen. Vor etwa zehn Jahren gab es so was nicht. Sie haben sehr konservativ alles beobachtet – Fernsehen, Print, aber Internet war für sie ein Quatsch. Jetzt sehen sie, dass das kein Quatsch ist. Aber im Endeffekt versuchen sie das Internet nicht zu entwickeln, sondern es zu steuern“ (J2, Z. 305-310).
	Rolle der sozialen Medien	Einschätzung der Rolle der sozialen Medien in der Verbreitung der Informationen/im Funktionieren der redaktionellen Onlinemedien/Realisierung der Internetfreiheit	„Die Hauptgefahr für den Onlinejournalismus sind nicht die Sperrung der Seiten und nicht die Gesetze selbst, sondern der Bezug zu den sozialen Medien. Wir verstehen, dass wir von sozialen Netzwerken abhängig sind, vor allem von <i>Facebook</i> , <i>Twitter</i> . Solange es <i>Facebook</i> und <i>Twitter</i> gibt, gibt es keinen Tod und keine Kontrolle“ (J7, Z.29-32).
3. Generelle Einschätzung der Lage der Internetfreiheit in Russland seit 2011	Änderungen in der Internetnutzung	Einschätzung, ob die Nutzer_innen die Angebote im Internet aktiv nutzen und ob sie einen freien Zugang zu unterschiedlichen Informationen haben; Änderungen im Nutzungsverhalten/Charakteristika der Nutzer_innen etc.	„Sie (<i>der Staat</i>) berücksichtigen nicht, dass schon die Schüler, so kleine Kinder aufgewachsen sind, die das Internet früher kennengelernt haben, als sie laufen konnten. Das heißt, alles ändert sich, alle Altersparameter verändern sich, und sie bestimmen die Haltung gegenüber den Prozessen des Fortschrittes“ (J5, Z. 206-2012). „Sie (<i>die Nutzer</i>) verstehen schon, dass sie einen VPN-Klienten einrichten müssen, dass sie noch irgendwas unternehmen müssen. Für diejenigen, die es nicht verstehen, entstehen Produkte, die auf Knopfdruck alles einrichten“ (J1, Z. 405-407).
	Szenarien der Entwicklung	Prognose der Befragten zur weiteren Entwicklung der Internetregulierung/Realisierung der Internetfreiheit in Russland	„Solange die sozialen Netzwerke in Russland funktionieren, bleiben alle Bedrohungen nur Bedrohungen, und sie sind nicht die gefährlichsten Dinge, die wir persönlich haben“ (J7, Z.43-45). „Deswegen würde ich mir keine Hoffnung machen, dass alles noch nicht massiv ist, weil es alle Basisinstrumente und alle repressiven Basispraktiken gibt. Insgesamt ist alles sehr-sehr schlecht natürlich. Die Tendenz ist negativ“ (J3, Z.392-395).
4. Makro-Faktoren (aus dem Material gebildet)	Probleme im journalistischen Beruf/Journalistische Ausbildung	Allgemeine Besonderheiten der Arbeit der Journalist_innen in Russland, die von Befragten als relevante Faktoren angesprochen wurden.	„(wenn <i>Studenten des Journalismus Nebenjobs haben</i>), stellen sie fest, dass der Hauptredakteur verbieten kann, über ein bestimmtes Thema zu schreiben oder er sagt, dieses Thema zu verschweigen. Sie fangen an zu denken, dass es tatsächlich irgendwelche „verbotenen“ Themen gibt... Nach 5-7 Jahren bekommen wir eine enorme Zahl von willenslosen Journalisten, die ihre Arbeit so wie Schlosser erledigen werden“ (J1, Z.202-205). „Wenn jemandem egal ist, was er macht, dann wird er auch die Aufgaben der Redaktion ohne Mühe machen. Ich befürchte, dass alle plötzlich solche Ultrapatrioten werden, die von irgendwelchen Ideen

		und nicht von der Idee der Redefreiheit vereinigt werden“... (J1, Z.215-219).
Wirtschaftliche Faktoren der Entwicklung der Medien	Wirtschaftliche Faktoren auf „Makroebene“, z. B. Krise in der Branche, Kosten der Erstellung der Medien, Krise auf dem Werbemarkt etc.	„Die Medien sind in diesem Sinne kein Business mehr, viele davon sind bereits unrentabel. Was ist zum Beispiel mit „Doshd“ passiert? Sie wurden aus dem Programmangebot der Kabelkanäle gestrichen, sie hatten Verluste, über welche Zensur können sie nun reden? Sie verstehen, dass sie die ganze Zeit davon abhängig sind“ (J1, Z.418-423). „Noch ein großer Faktor heißt wirtschaftliche Krise. In der wirtschaftlichen Krise kann man versuchen, alle Schrauben enger zu ziehen. Aber dann kommt der Moment, wenn es zu teuer wird“ (J7, Z.256-259).
Technische Faktoren der Entwicklung der Medien	Technische Besonderheiten, die spezifisch für Russland sind und die Entwicklung der Medien/Internetverbreitung beeinflussen (z. B. Breitbandaufbau in den Regionen/Kosten/Besonderheit des Funktionierens der einzelnen Medien etc./Mobiles Internet etc.)	„... besonders bei den schlecht ausgebildeten oder diejenigen, die in den Orten leben, wo es außer dem Fernsehen nichts gibt. Es ist eine sehr schlechte technische Versorgung in der Russischen Föderation“ (J5, Z.364-366). „Das ist eine klassische Geschichte mit dem Gesetz, das Jarovaja vorgeschlagen hat: Exabyte von Information zu speichern, aber wie viel wird es kosten? So versteht man ungefähr, was sie wollen. Sie können alles wollen, aber man muss die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Realität berücksichtigen“ (J7, Z.260-263).
Einfluss des politischen Kontextes	Änderungen der Arbeit der Medien in der Zeit der konkreten politischen Ereignisse	„Aber in diesem Jahr hat sich alles verändert, weil der Wahlzyklus begann. Im September sind die Duma-Wahlen, danach - die Präsidentschaftswahlen. Alle sind sehr nervös gerade jetzt, das ist absolut offensichtlich, alle, die die Politik bei uns regulieren. Deswegen alles, was gerade mit RBC passiert, ist Teil von dieser Linie“ (J2, Z.68-71). „Ich fühle eine allgemeine Spannung, aber es ist mit der Verbreitung des Internets nicht verbunden, es ist mit der gesamten Verschärfung verbunden, was in der Gesellschaft stattfindet. Selbstverständlich sind eine Propaganda und ein Informationskrieg <...> er geht ohne Zweifel weiter und macht einen bestimmten Einfluss“ (J12, Z.205-209).
Andere Faktoren (je nach Interview konkretisiert)	Alle anderen Kategorien, die bei der ursprünglichen Vorbereitung der Auswertung nicht vorgesehen waren (unerwartete Faktoren) und nur einzeln genannt wurden	

Kodierungsregeln: Die aus dem Text ausgewählten Aussagen können mehreren Kategorien zugeordnet werden. Falls eine Schwierigkeit mit der Abgrenzung zwischen den einzelnen Kategorien entsteht, wird geschaut, welche semantische Bedeutung in der Aussage zu identifizieren ist, z. B. wenn die/der Befragte über die wirtschaftlichen Probleme in den Medien spricht, sie aber als eines der Instrumente der Beschränkung der Arbeit betrachtet, die absichtlich geschaffen werden und nicht von objektiven wirtschaftlichen Prozessen abhängen, wird diese Aussage zur Kategorie „Andere Instrumente/Beispiele der Begrenzung“ hinzugefügt. Da es bei der Paraphrase um die Wiedergabe der Aussagen aus der russischen Sprache geht, werden hier und im Weiteren die weiblichen und männlichen Formen wie in Originaltext der Interviews beibehalten. Wenn es nicht mehr möglich ist, die paraphrasierten Inhalte noch stärker zu reduzieren oder zu abstrahieren, werden die paraphrasierte Versionen beibehalten.

Anhang 4. Beispiel der Interviewauswertung

Kategorienbildung. Interview J1.

Kategorie		Textaussage	Zeilen	Paraphrase	Reduktion	Kernaussage
1. Einfluss der veränderten Rahmenbedingungen auf konkrete journalistische Praktiken	Einfluss der neuen Gesetze und ihre Umsetzung	<p>я не думаю, что законодательные инициативы, особенно в начальный период, что они сильно повлияли на журналистскую работу</p> <p>существует правоприменительная практика, поэтому любые меры, которые могли теоретически рассматриваться как ужесточение, они ничего не означали до того момента, как правоприменительная практика показала в таких случаях, собственно, происходит.</p> <p>правоприменительная практика показывает, как какие-то рамки, какие-то „флажки“</p> <p>в 2011-2012 году различные изменения в законодательстве, что не существовало общего плана по ужесточению, что во многом какие-то меры были приняты на такой реактивной основе.</p> <p>Напротив, в 2014 году, в 2015 году скорее, наоборот, можно говорить о выстраивании четких правил игры.</p> <p>Это правила игры, где сохраняется нарочитая неопределенность правоприменения, например, за счет различных инициатив типа трехтысячной аудитории блогерской.</p> <p>несмотря на внешнее такое ощущение, что государство создает запреты, на деле оно долгое время, там в течение последних 5 лет оно создавало возможность. Оно создавало возможности для запретов.</p>	<p>20-21</p> <p>31-34</p> <p>34-35</p> <p>47-48</p> <p>49-50</p> <p>53-55</p> <p>58-60</p>	<p>Kein Einfluss von den neuen gesetzlichen Initiativen, aber sie haben die „Grenzen“ gesetzt, was erlaubt ist</p> <p>Die Umsetzung der Gesetze zeigt den „Rahmen des Erlaubten“</p> <p>In 2011-2012 gab es keinen Plan für die Verstärkung der Beschränkungen, die Gesetze waren „reaktionär“</p> <p>Seit 2014-2015 wurden konkrete „Spielregeln“ etabliert.</p> <p>Die Regeln der Umsetzung der Gesetze werden absichtlich unklar, willkürlich gemacht</p> <p>Es gibt noch keine Verbote, aber der Staat hat die Möglichkeiten für diese Verbote geschaffen</p>	<p>Kein direkter Einfluss der Gesetze, aber Rahmen des Erlaubten</p> <p>2011-2012- Gesetze nur als Reaktion</p> <p>2014-2015 – konkrete Spielregeln</p> <p>Willkür und Unklarheit der neuen Gesetze</p> <p>Gesetze als Möglichkeit der Kontrolle in der Zukunft</p>	<p>Kein Einfluss der gesetzlichen Änderungen</p> <p>Verstärkung der gesetzlichen Regulierung</p> <p>Willkürliche und unklare Umsetzung</p> <p>Verstärkung der Kontrolle in Zukunft</p>
	Andere Instrumente / Beispiele der Begrenzung der Internetfreiheit	<p>технологические шаги мы в этом направлении сделали, в смысле, мы Россия, государственный аппарат, и, очевидным образом, там же на то, чтобы контролировать интернет, на самом деле нужны очень большие людские ресурсы, это очень часто воспринимают как-то так, что сидит один человек Роскомнадзор, и он иногда дает пищу журналистам</p> <p>Я бы ставил целью изменить соотношение лиц принимающих решение. Им надо каждый день что-то читать. Надо изменить потоки информации,</p>	<p>119-123</p> <p>148-153</p>	<p>Für die Kontrolle des Internets sind technische und menschliche Ressourcen notwendig</p> <p>„Verschmutzung“ der</p>	<p>-</p> <p>Verbreitung der</p>	<p>Rolle der technischen Ressourcen</p> <p>Internet als</p>

	<p>которые они используют для того, чтобы принимать решения. В этом случае, тогда те принимальщики, которые настроены, допустим, оппозиционно, они сами по себе маргинализируются за счет, как сказать, по-русски плохо получается, за счет загрязненного массива данных, которые они получают.</p> <p>Значит, еще один вариант – это вариант с предупреждениями, выстрел в воздух, например. Еще один вариант, который широко используется в регионах, раньше широко использовался в федеральных СМИ, но сейчас он либо становится для федеральных...</p> <p>Это практика блоков тех или иных тем, практика блоков очень хорошо распространена</p> <p>Здесь существует возможность для того, чтобы в любой момент закрыть, допустим, сайт или что-то сделать и в данном случае, естественно, наибольшую нервозность вызывает именно вот эта вещь, например, когда сейчас безумие это</p> <p>Интернет он децентрализован, но когда, допустим, евангелисты интернета говорят о децентрализации, сразу путается это понятие с анонимизацией, что нас, мол, настолько много, что всех не перевешишь. На самом деле, естественно, это не так. Если мы рассмотрим распределение источников информации, которыми пользуются люди, то мы увидим закон 80-20, там 20% источников генерируют, увлекают 80% аудитории. Это означает, что мы можем, допустим, у части источников, например, поменять владельцев, у части редакционную политику и т.д. и т.п. Необязательно это делать самостоятельно, можно делегировать эти полномочия либо допустим политическим властям регионов, либо владельцам. В результате оставшиеся даже 80% мелких площадок, они либо будут поставлены вне закона, либо маргинализируются, потому что, наблюдая за тем, как „валют Слонов“, сложно оставаться, собственно, объективным.</p>	<p>174-178</p> <p>432-435</p> <p>133-144</p>	<p>Informationen seitens des Staates durch Schaffen von eigenen, Diskreditieren und Desorientierung damit der Opposition</p> <p>Die Sperrung der Internetseiten nach den 2 Verwarnungen</p> <p>Schaffung der Möglichkeit, jede Seite jeder Zeit sperren zu können. Dies führt zu einer Nervosität</p> <p>20% der Informationsquellen locken 80% des Publikums: für die Kontrolle ist es nicht notwendig, alles zu wechseln, sondern nur den Teil der Redakteur_innen und Inhaber_innen einiger Medien. Alle unabhängigen Medien werden damit marginalisiert.</p>	<p>Desinformationen und Diskreditieren der Opposition</p> <p>Verbreitung der Sperrung von Webseiten</p> <p>Nervosität wegen der Möglichkeiten der Seitensperrung</p> <p>Marginalisierung der unabhängigen Medien durch Wechsel kritischer Inhaber_innen und Redakteur_innen</p>	<p>Instrument von Propaganda</p> <p>Sperrungen von Webseiten</p> <p>Unsicherheit/Angst im Medienbereich</p> <p>Administrativer/Wirtschaftlicher Druck</p>
Strukturelle Änderungen in den Redaktionen (organisatorischer Schwerpunkt)	<p>когда коллектив уходит вслед за редактором</p> <p>Сейчас после того как уволили руководство РБК, осталось буквально считанное количество людей, которые... считанное количество Медиа, да, которые могут быть интересны.</p>	<p>208</p> <p>561-564</p>	<p>Journalist_innen kündigen nach der Entlassung des Hauptredakteurs/Es bleiben nur einzelne Medien, die noch „interessant“ sind</p>	<p>Kündigung der Journalist_innen nach dem Wechsel des Redakteurs</p> <p>Reduzierung des Kreises der unabhängigen Medien</p>	<p>Wechsel der Redaktionen</p> <p>Administrativer Druck</p>
Inhaltliche Anpassungen	<p>выработка эзопова языка. Она уже началась буквально на днях, главный редактор глянцевого мужского Максим опубликовал колонку прекрасную про...</p> <p>мы про Путина ничего плохого не пишем и про патриарха. Тут понятно, есть какая-то история, связанная с тем, что свобода слова на то и свобода слова, что у тебя есть свобода не писать про Путина и патриарха, это вполне (нормально 00:25:33). Другое дело, что мы понимаем, что есть,</p>	<p>442-444</p> <p>184-188</p>	<p>Es wurde „Äsops Sprache“ etabliert (Sprache der Paraphrase)</p> <p>Alle verstehen, dass es „für alle verbotene“ Themen gibt/ man ist „frei, über bestimmte Themen nicht zu schreiben</p>	<p>Entstehen einer speziellen Sprache der Paraphrase, Vermeidung von bestimmten Wörtern</p> <p>„Verbotene Themen“, Selbstzensur</p>	<p>Paraphrase, Selbstzensur, Humor</p> <p>Etablierung von verbotenen Themen, Verstärkung von Selbstzensur</p>

		допустим, какие-то запретные темы для всех.				
2. Änderung der gesellschaftlichen Diskussion über die Rolle des Internets	Position der Nutzer_innen und Wechsel der gesellschaftlichen Diskussion	<p>что гораздо больше повлияло в 2011-2012 году то, что многие издания почувствовали новый запрос со стороны аудитории – запрос на мнение, запрос на дискуссию, запрос на объяснения.</p> <p>людей и у СМИ явно появилась необходимость брать интервью, знакомить людей с длинными текстами и т.д.</p>	21-23	Medien spüren den Bedarf des Publikums nach einer unabhängigen Meinung, Diskussion, Medien haben mehr Bedarf an qualitativen Beiträgen/long reads	Bedarf der Nutzer_innen an unabhängiger Meinung, qualitativen Beiträgen	Bedarf an qualitativen Beiträgen
	Position des Staates	<p>всего власти боятся распада страны в результате, т.е. не какой-то оппозиции, а именно революционных процессов.</p> <p>ужесточение практик было именно на реактивной основе, проявленное именно в результате очень такой резкой реакции, не боязливой, как это правильно сказать, чтобы невадно просто было.</p> <p>Вопрос демографического сдвига в политике: приходит на смену поколение, в том числе на каких-то местных, допустим, уровнях, для которого, не сказать, что телевизор является меньшим ресурсом, чем интернет. Но для которого интернет явно является более значимым каналом потребления. Поэтому, естественно, начинают приниматься управленческие решения, которые включают все больше интернет в расчет.</p> <p>пропаганда через интернет и т.д., являются более дешевыми альтернативами и более точными каким-то, очевидно, что здесь есть такая возможность, то, что будут наблюдать как люди, как российские власти закрепляются в интернете в ближайшее время будет сильно, будет показываться</p>	76-78	Die Regierung hat Angst, nicht vor der Opposition, sondern vor der Revolution	Angst des Staates vor Unruhen, Gesetze als Reaktion und Demonstration der Macht	Angst vorm Internet
		46-48	Die Verschärfung der Gesetze ist eine Reaktion, Demonstration der Macht	Junge Generationen der Politiker_innen interessieren sich mehr für die Politik	Verstärkung der Präsenz im Internet	
		88-89	Die jüngeren Generationen kommen in der Politik, die das Internet mehr in Betracht nehmen. Entsprechend entstehen mehr politische Entscheidungen, die das Internet betreffen	Internet wird mehr auch für staatliche Propaganda benutzt	Internet als Instrument von Propaganda	
Wahrnehmung der Rolle der sozialen Medien						
Änderungen in der Internetnutzung	<p>У людей и у СМИ явно появилась необходимость брать интервью, знакомить людей с длинными текстами и т.д. (doppelt)</p> <p>переливание телевизионной аудитории в интернет. традиционной слот вечерней сериальной, развлекательной, он сдвигается опять же в интернет.</p> <p>у нас на 100% выросла аудитория, вот такой это момент.</p>	28-29	Bedarf des Publikums nach mehr qualitativen Beiträgen	Bedarf des Publikums nach qualitativen Beiträgen	Bedarf an qualitativen Beiträgen	
		102 106-107	Das Publikum von Fernsehen geht für Unterhaltung ins Internet	Wechsel von Fernsehen zum Internet		
		116	Das Publikum des Internets ist	Wachstum des		

		<p>Одноклассники есть какой-то телеканал, он стал выкладывать сериалы телевизионные раньше, чем они показываются по телевизору.</p> <p>Нам безразлично, какому устройству мы что-то предъявляем. Это означает, что любые тексты, материалы, которые мы производим, они должны создаваться так, чтобы их было удобно прочитать на любом.</p> <p>Возникает цифровой разлом, потому что массово мессенджер не распространен в России.</p> <p>не обсуждение, а информационные каналы по интересам для тех самых принимающих решения. Т.е. это такая децентрализация, каждый интересуется какой-то своей областью, постепенно набирает что-то, рассказывает другим.</p> <p>В паблики, т.е. именно лидеры мнения, они ушли туда и транслируют то, что им интересно.</p> <p>не вижу больших изменений, т.е., например, массово, если мы говорим не о лидерах мнений, массово люди вообще привыкли преодолевать препятствия при добывании какой-то информации.</p> <p>любые медиа потреблялись пиратским способом</p> <p>они уже понимают, что надо настроить VPN, надо еще чего-то сделать, те кто не понимает, для них постепенно появляются продукты, которые содержат большую красную кнопку, на которую надо нажать и тогда все будет.</p>	<p>107-109</p> <p>458-460</p> <p>470-471</p> <p>396-398</p> <p>398</p> <p>405-407</p>	<p>auf 100% gewachsen</p> <p>„Odnoklassniki“ zeigen die Serien online schneller, als das Fernsehen</p> <p>Der/die Träger_in der Information ist unwichtig geworden/der Text muss in allen Formaten zugänglich sein</p> <p>„Digitaler Umbruch“ in Russland, da die Messenger sind nicht überall verbreitet</p> <p>Starke Dezentralisation und Segmentierung des Publikums</p> <p>Keine Änderungen in der Zugänglichkeit der Informationen, zum Beispiel zu den Positionen der Meinungsführer_innen, da die russischen Nutzer_innen daran gewöhnt sind, die Informationen „schwarz“ zu konsumieren.</p> <p>Mehr Verständnis der Nutzer_innen, dass es unterschiedliche Umwege gibt, um alle Informationen zu bekommen</p>	<p>Internetpublikums auf 100%</p> <p>Schnellere Angebote im Internet, als im Fernsehen</p> <p>Die Träger der Information werden unwichtig</p> <p>„Digitaler Umbruch“ in Russland, da die Messenger nicht überall verbreitet sind, starke Dezentralisierung und Segmentierung der Nutzer</p> <p>Zugänglichkeit aller Informationen, „schwarzes Konsumieren“ der Informationen</p>	<p>Verstärkung Rolle des Internets als Informationsquelle</p> <p>Dezentralisierung und Segmentierung der Nutzer</p> <p>Technisches Umgehen von Einschränkungen</p>
<p>3. Generelle Einschätzung der Lage der Internetfreiheit in Russland seit 2011</p>	<p>Szenarien der Entwicklung</p>	<p>в долгосрочной перспективе такое вот отношение „все всё понимают“, оно ведет к деградации журналистского материала.</p> <p>В этом смысле гораздо эффективнее была бы идеологическая подготовка какая-то у людей, но я думаю, что идеологической подготовки никакой не будет, потому что нет как таковой идеологии, ее сложно вывести: мы понимаем, что надо гордиться Россией, у нас даже может быть есть какой-</p>	<p>192-193</p> <p>220-224</p>	<p>Die Einstellung „alle verstehen alles“ führt zur Degradation der journalistischen Beiträge</p> <p>Eine „ideologische Ausbildung“ wäre für die Kontrolle viel effektiver, aber in Russland gibt es keine einheitliche Ideologie</p>	<p>Depression und Degradation im journalistischen Beruf, „willenlose Journalist_innen“</p>	

		<p>то список, за что гордиться Россией, но у нас нет идеологии</p> <p>благодаря таким безвольным журналистам, вырастет поколение циников, которые прикрываясь какими-то тактическими, краткосрочными лозунгами будет просто работать на себя. (doppelt)</p> <p>дальнейшее развитие журналистских инициатив будет связано с экономическим ландшафтом.</p> <p>я думаю, что к 2017 году, может быть, к первой половине 2018 года, я думаю, что произойдет какое-то количество сделок. Значит, и появятся какие-то новые медиа.</p> <p>Я сомневаюсь, что направление пропагандистское будет как в 14 или 15 году ждуть серьезно внешние какие-то скандалы, конфликты и т.д. Или искать везде виноватых. Скорее всего, будет существовать какая-то повестка по выработке патриотизма, в каждом случае своя</p> <p>Другое направление, это поставить под контроль те медиа, которые вещают из-за пределов России, но очевидным образом принимают российские проблемы близко к сердцу и становятся все больше оппозиционными.</p>	<p>227-229</p> <p>527-528</p> <p>537-540</p> <p>549-552</p> <p>565-568</p>	<p>Dank „dieser willenlosen Journalist_innen“ kommt eine neue Generation von Zyniker_innen, die nur für sich selbst arbeiten werden</p> <p>Die weitere Entwicklung der journalistischen Initiative ist mit der Wirtschaft verbunden</p> <p>Bis 2017-2018 werden neue Geschäfte geschaffen, es heißt, es kommen einige neue Medien</p> <p>Entwicklung einer bestimmten Berichterstattung zur Schaffung des Patriotismus</p> <p>Künftig mehr Kontrolle der oppositionellen Medien, die ihren Sitz im Ausland haben</p>	<p>Starke Abhängigkeit der weiteren Entwicklung von den wirtschaftlichen Faktoren</p> <p>Schaffung neuer Formate und Geschäftsmodelle von 2017-2018</p> <p>Verstärkung der „patriotischen“ Berichterstattung</p> <p>Mehr Kontrolle auf oppositionelle Medien</p>	<p>Senken der journalistischen Standards</p> <p>Rolle der wirtschaftlichen Faktoren</p> <p>Gründung von neuen Onlinemedien</p> <p>Verstärkung der Kontrolle in der Zukunft</p>
	Probleme im journalistischen Beruf generell	<p>когда человеку все равно, что он делает, он и задания редакционные, какие бы они ни были, он выполняет спустя рукава. Мы столкнемся, я опасаясь, даже если неожиданно все станут вот такими ультрапатриотами, объединенными какой-то идеей, а не идеей, допустим, свобода слова, что может случиться.</p> <p>благодаря таким безвольным журналистам, вырастет поколение циников, которые прикрываясь какими-то тактическими, краткосрочными лозунгами будет просто работать на себя. (doppelt)</p> <p>в 2008, примерно в 2006 году существовала концепция универсального журналиста, который может тут же сделать инфографику и все и то и се, она, в общем-то, провалилась. Не может массовый журналист быть ниндзей.</p> <p>Надо понимать, что региональная пресса, ее системная проблема заключается не в свободе слова, которой у нее никогда не было вообще принципиально, а в том, что там очень низкий уровень журналистики.</p>	<p>215-219</p> <p>227-229</p> <p>343-345</p> <p>582-584</p>	<p>Wenn Journalist_innen ihre Arbeit egal ist, ist für sie die Medienfreiheit nichts wert</p> <p>Dank „dieser willenlosen Journalisten“ kommt eine neue Generation der Zyniker_innen, die nur für sich selbst arbeiten werden. Die Idee eines universellen Journalisten ist gescheitert</p> <p>Die regionale Presse beschäftigt sich nicht mit dem Thema Redefreiheit, sie hat generell ein sehr niedriges</p>	<p>Entwertung der Medienfreiheit wegen „willenlosen Journalisten“</p> <p>Niedriges Niveau der Journalist_innen in den Regionen, fehlende Idee der Medienfreiheit</p>	<p>Senken der journalistischen Standards</p>

				Niveau			
4. Makro-Faktoren (aus dem Material)	Journalistische Ausbildung	они же учатся, сейчас они, по-моему, 4 года бакалавриата (...пять 00:27:53), около того. Они уже со второго-третьего курса, естественно, как-то подрабатывают. Подрабатывая, они встречаются с тем, что главный редактор может запретить писать на какую-то тему, допустим, или замалчивать эту тему. Они начинают думать, что существуют реально какие-то запретные темы и т.д.	202-205	Schon seit dem Studium wissen die Journalist_innen über „verbotene“ Themen	Konformismus zur Selbstzensur und „verbotenen Themen“ schon seit Studium	Verstärkung der Selbstzensur durch Ausbildung	
		лет через 5-7 мы получим на руки огромное количество безвольных журналистов, которые будут выполнять работу примерно так же, как и слесари.	209-211	In 5-7 Jahren gibt es sehr viele „willenlose“ Journalist_innen	Keine aktuellen journalistischen Kompetenzen werden unterrichtet		
		о качестве наших журфаков, это то, что все-таки в либеральной системе ценностей, из которой выросла журналистика в современном понимании, которую преподают как четвертую власть, мы фактически убиваем иммунную систему организма, потому что... потому что именно журналисты должны по уму сигнализировать о том, что что-то пошло не так где-то. Сейчас они не будут сигнализировать о том, что что-то пошло не так.	238-244	Journalismus als „Immunsystem“ der Zivilgesellschaft funktioniert nicht	Veralten der journalistischen Ausbildung		Veralten der journalistischen Ausbildung / Entwertung der Kommunikations-freiheiten
		журналистский факультет по идее должен давать навыки руководителя, потому что иначе бессмысленно строить карьерную лестницу: выйти после 5 лет журналистики, пишущим просто новости, хотя можно, допустим, продавать блины в заведении Теремок за примерно те же деньги, если взять регионы, это как-то немножко смешно выглядит.	268-272	Die unterrichteten journalistischen Kompetenzen werden zu schnell nicht aktuell/Es werden keine Managerkompetenzen vermittelt	Fehlendes Verständnis der Arbeit der Medien/der Distribution		
		Не ожидают стать медиа-менеджером после окончания, их медиа-менеджерские процессы не очень интересуют	276-277	Die journalistischen Instrumente ändern sich ständig und veralten jedes Jahr/Es wird nach neuen Instrumenten der Arbeit gesucht			
		будем находиться в трансформационном процессе, когда инструменты журналисты меняют каждый год. Все что мы им рассказали на первом курсе, обесценивается к третьему курсу, а т.к. мы работали на первом курсе по программе, то программа тоже устарела уже к моменту, когда мы на первом курсе учили	282-285				
		надо усилить навыки работы с большим количеством данных. это навык найти нужный инструмент в кратчайшие сроки	286-287	Fehlendes Verständnis der Besonderheiten der Arbeit/des Publikums/der Distribution			
		Отсюда трансформация, переход от традиционных СМИ к новым СМИ, он показал, что первыми идут самые простые жанры, потом постепенно перетаскиваются все более сложные. не понимаешь дистрибуции, как она осуществляется, как достичь нужной аудитории, причем на основном уровне	315-317 361-362				
		хуже всего то, что этого нег централизованно и, соответственно, каждый человек сам старается	368-369	Es gibt keine zentralisierten Standards in der Ausbildung	Keine Standards in der journalistischen		

					Ausbildung	
Wirtschaftliche Faktoren der Entwicklung der Medien	Очень сложно легально работать на нашем рынке и это сложность даже, и эта сложность проистекает даже не из того, что не хотят платить, а просто во многих случаях, например, случай какого-нибудь айтюнса, в случае различных видео, невозможно найти чего ты хочешь.	411-414	Es ist fast unmöglich auf dem Markt legal zu arbeiten			
	Т.е. медиа перестают в этом смысле тогда быть бизнесом, они и так уже многие убыточные. Так что здесь проблема ровно, допустим, у Дождя что-то произошло, Дождь отключили от кабельных каналов, они понесли какие-то убытки, вот прям что они могут теперь говорить про цензуру? Они понимают, что это над ними все время висит. Это не прибавляет желания запустить что-нибудь свое и не делая этого	418-423	Medien sind kein profitables Business mehr, sie müssen nicht mit der Freiheit, sondern mit Überleben beschäftigen			
	в частности, из-за различных инструментов влияния на такие СМИ. Значит, они будут находиться в поисках новых бизнес-моделей или усиления существующих. Но так как во многих случаях это рекламная модель, то следует, скорее, ожидать усиления других каких-то моделей. Это могут быть различного рода партнерства, это могут быть попытки выстроить платный доступ или того как (неразборчиво 01:10:32), мы это увидим. Насколько это будет успешно, сказать сложно.	543-548	Medien werden nach neuen Modellen und Geschäftsformen suchen			Werbekrise/ Abhängigkeiten von wirtschaftlichen Prozessen/Suche nach neuen Formaten
	я не верю в то, что в течение ближайших двух лет кризис закончится. Я верю в небольшое оживление, верю в небольшое оживление на рынке рекламы просто потому, что медийная реклама перестала всех удовлетворять.	587-589	Das Ende der Krise ist nicht zu erwarten, da das Werbemodell nicht mehr funktioniert			Abhängigkeit von wirtschaftlichen Prozessen und Krisen, Entwertung der Medienfreiheit wegen Problemen des Überlebens Suche nach neuen Geschäftsmodellen, Möglichkeiten zu verdienen
	конечно, нас, наверное, ждет какая-то определенная революция на рынке интернет-рекламы. Потом с точки зрения агентств, потому что сейчас агентства забирают очень большую часть денег. Нам на таких комиссиях работать становится невозможно, медиа становится... Нет речи о том, чтобы они стали прибыльными, есть речи о том, как, мы недавно разговаривали с одним человеком, значит, прикидывали прибыль его проекта, он грустно сказал, „ну это тогда не бизнес, это самозанятость”	610-615	Krise auf dem Werbemarkt, die weitere Entwicklung der Medien wird mit der Wirtschaft verbunden			
	дальнейшее развитие журналистских инициатив будет связано с экономическим ландшафтом.	527-528	Weitere Entwicklungen sind von wirtschaftlichen Faktoren abhängig			
Technische Faktoren der Entwicklung der Medien	Есть технологический аспект, последние 2-3 года доля мобильных пользователей очень выросла, а доля мобильных бюджетов нет.	597-599	Mobiles Internet ist stark gewachsen, aber seine Budgetierung nicht		Wachstum des mobiles Internets und Publikums, aber fehlende Budgetierung, andere Mediennutzung in den Regionen	Regionale Unterschiede im technischen Aufbau des Internets
	прекрасные совершенно привычки медиа потребления, никак не похожие на то, что мы привыкли. Например, у них огромные локальные сети, провайдеры занимаются тем, что выкачивают интернет потихонечку и кэшируют его с какой-то там задержкой, допустим, Википедия, вот она с норильского сервера качается и (вот смотрите 01:03:23). Там, естественно, не сказать, что свои СМИ, но что-то там есть какая-то большая внутренняя,	482-489	Mediennutzung und technische Möglichkeiten für die Internetverbreitung/Nutzung sind in den Regionen prinzipiell anders, als im Zentrum			

		то же самое, в Якутске ты не можешь без мобильного телефона, но, естественно, там не такие хорошие условия и по трафику, и (неразборчиво 01:03:46) естественно, это...				
	Einfluss des politischen Kontextes					
	Allgemeine Tendenzen der Entwicklung der Onlinemedien	будем находиться в трансформационном процессе, когда инструменты журналисты меняют каждый год. Все что мы им рассказали на первом курсе, обесценивается к третьему курсу, а т.к. мы работали на первом курсе по программе, то программа тоже устарела уже к моменту, когда мы на первом курсе учили		Neue Transformationsprozesse wegen des schnellen „Veraltens“ der Instrumente der journalistischen Arbeit	Veralten der journalistischen Instrumente/ weitere Transformationsprozesse	Veralten der journalistischen Instrumente/ weitere Transformationsprozesse
	Andere Faktoren (je nach Interviews konkretisiert)	<p>Это как, допустим, в России, во многих странах работают роботы, выписывающие за превышение скорости (неразборчиво 00:57:18) и тебе приходит, ты платишь, извини, брат, нечеловечного. Это хотя бы были бы правила игры, которые понятны, могут быть неприятны, спорны, но понятны</p> <p>...с рынком региональной прессы. Потому что одно дело, когда мы сидим в Москве и рассуждаем о том, как правительство изменит федеральную повестку, совершенно о другом думает правительство, когда понимает, что у него есть 80 с лишним регионов и в каждом из них тоже какая-то своя повестка, какие-то свои телодвижения.</p> <p>с подконтрольными бизнесменами, которые могут сконструировать повестку. Значит, есть кейсы с объединением либо губернаторским, либо государственным объединением местной прессы в один какой-нибудь государственный холдинг. Т.к. вся муниципальная пресса практически, так или иначе, государственная, то это... Причем иногда это приводит к неплохим результатам, правда, не в плане свободы слова, но в плане технологической оснащенности.</p>	<p>429-432</p> <p>572-576</p> <p>577-582</p>	<p>Keine deutlichen „Spielregeln“ für die Medien, willkürliche Entscheidungen</p> <p>Die Regionen haben komplett andere Probleme und Berichterstattung als Moskau</p> <p>Mehr Druck auf die regionale Presse, Verbundenheit mit den regionalen Behörden oder kontrolliertem Business</p>	<p>Keine klaren „Spielregeln“ der Arbeit der Medien</p> <p>Andere Prozesse in den regionalen Medien, ihre starke Verbundenheit mit regionalen Behörden</p>	<p>Unklarheit der Regulierung</p> <p>Starke Abhängigkeit der regionalen Medien</p>

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich, dass ich diese Dissertation selbständig und lediglich unter Benutzung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel verfasst habe. Ich versichere außerdem, dass die vorliegende Arbeit keinem anderen Prüfungsverfahren zugrunde gelegen hat.

Berlin, 28.09.2020

Irina Kharuk